

Görks spezial:



Wir sind das Volk.

Wer oder was
war die DDR?

Friedliche Revolution
und Mauerfall

Wiedervereinigtes
Deutschland

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

vor fünf Jahren startete das Jugendbildungsprojekt „Begegnung fördern – Geschichte verstehen“. Ziel dieses Medienprojektes war es, jungen Menschen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten deutschen Geschichte zu ermöglichen: Zwei deutsche Länder auf dem Weg in ein gemeinsames Miteinander.

Mit Ausstellungen und Themenabenden haben sich Schülerinnen und Schüler, Redakteure der Görls-Redaktion, Interessierte sowie die Kinder- und Jugendförderung informiert, Weiterbildungen besucht, Erkundungsfahrten und Bildungsurlaube mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt, außerdem noch einen Themenkalender und eine Medienkiste erstellt. Auf den Spuren der Friedlichen Revolution haben die Teilnehmenden neue Eindrücke gesammelt und Erfahrung und Wissen erweitert. Etliche der am Projekt beteiligten jungen Menschen haben sich erstmals eine Meinung über die Verhältnisse in der DDR und die Beziehung zur BRD bilden können.

Dies ist den Autorinnen und der GÖRLS-Redaktionsgruppe in hervorragender Weise gelungen und hierfür gebührt ihnen Dank, Lob und Anerkennung. Den über 400 Mitwirkenden – Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden sowie Experten des Alltags aus Ost und West ist es zu verdanken, dass in der aktuellen Ausgabe von GÖRLS diese spannende Sammlung an Texten zu finden ist. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und wissenschaftliche Fundiertheit, sondern geben teilweise subjektive Wahrnehmungen junger Menschen wieder, die so auch übernommen wurden. Ziel ist es, nicht nur jungen Menschen, sondern auch Erwachsenen mit dem Blick von heute dabei zu helfen, das damalige Geschehen besser zu verstehen.

Die mehr als 50 Artikel im Heft wurden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Jugendliche und junge Erwachsene geschrieben. Alle Leserinnen und Leser der GÖRLS sind herzlich eingeladen sich mit ihnen gemeinsam auf den Weg zu machen, Leben und Alltag sowie die Zeit des Umbruchs und des Übergangs besser zu erfassen und zu verstehen.

Wir danken unseren Kooperationspartnern – der Sparkasse Darmstadt, der Sparkasse Dieburg, der Sozialstiftung des Landkreises Darmstadt-Dieburg und dem Europäischen Partnerschaftsverein e.V. des Landkreises Darmstadt-Dieburg für ihre Unterstützung. Ohne sie wären all diese Projekte nicht möglich gewesen.

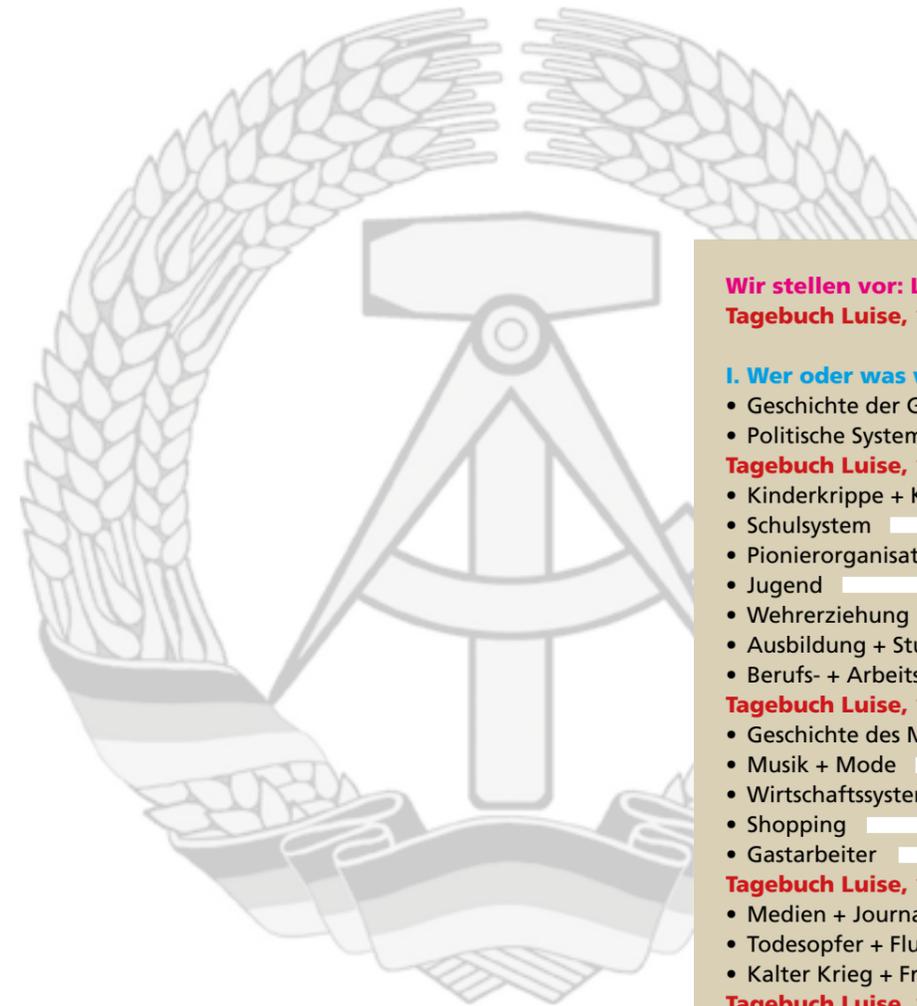
Ganz besonders danken wir Nadja Springer (Texte) und Brigitte Illtischko (Fotos), die für diese Broschüre eine Lebensgeschichte geschrieben und bebildert haben, wie sie hätte sein können. `Luisas Tagebuch` wird Euch und Sie durch diese Zeitschrift begleiten.

Übrigens: Die Medienkiste steht zur Ausleihe bei der Kinder- und Jugendförderung bereit. Wer mehr dazu wissen möchte, schaut auf der Rückseite dieser Zeitschrift nach.

Wir wünschen allen eine spannende Lektüre.

Klaus Peter Schellhaas
Landrat

Rosemarie Lück
Erste Kreisbeigeordnete



Inhalt

Wir stellen vor: Luise *1939	4
Tagebuch Luise, 1949	4

I. Wer oder was war die DDR?

• Geschichte der Gründung	5
• Politische Systeme im Vergleich	7
Tagebuch Luise, 1959	8
• Kinderkrippe + Kindergarten	9
• Schulsystem	13
• Pionierorganisation	20
• Jugend	22
• Wehrerziehung	27
• Ausbildung + Studium	29
• Berufs- + Arbeitswelt	32
Tagebuch Luise, 1961	36
• Geschichte des Mauerbaus	36
• Musik + Mode	38
• Wirtschaftssysteme, Geld + Devisen	46
• Shopping	50
• Gastarbeiter	53
Tagebuch Luise, 1969	55
• Medien + Journalismus	56
• Todesopfer + Fluchtversuche	60
• Kalter Krieg + Friedensbewegung	63
Tagebuch Luise, 1979	65
• Religion	66

II. Friedliche Revolution und Mauerfall

• Zeitgeschehen 1970-1988	68
• Geheimdienste + Gefangenschaft	69
• Reisen	74
• Die Friedliche Revolution 1989	76
Tagebuch Luise, 1989	79
• Helden der Friedlichen Revolution	80
• Erinnerungen an den 9. November 1989	81

III. Wiedervereinigtes Deutschland

• Vom Mauerfall zur Deutschen Einheit	84
• Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Stasi	86
• Gedenkstätten + Museen	87
Tagebuch Luise, 1990	88
• Deutschland – eine Einheit?	89
• Fragen an: Klaus Peter Schellhaas, Jörg Lippmann Dr. Christoph Scheurer	93
Tagebuch Luise, 2014	95
• Nachwort	95

Medienkiste	96
Doswidanja Luise	96

Impressum

Herausgeber:

Landkreis Darmstadt-Dieburg, Jägertorstr. 207,
64289 Darmstadt, www.ladadi.de.

Diese Broschüre wurde erstellt von:

Görls-Team c/o Jugendbildungswerk Darmstadt-Dieburg unter
der Leitung von Gerda Weiser und Oriella Bazzica, www.goerls.de,
goerls-online@gmx.de; Telefon 06151 / 881-1464;

Daniela Hirsch-Bluhm und Simone Weiser von der Kinder-
und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg,
Telefon 06151 / 881-1465;

Felicia Ax, Büro Landrat, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Telefon 06151 / 881-1007

Unter Mitwirkung:

von 400 Schülern und Lehrern, Auszubildenden sowie Experten
aus den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Zwickau sowie der
Stadt Darmstadt

Schlussredaktion und Bearbeitung:

Felicia Ax, Büro Landrat, Telefon 06151 / 881-1007

Gestaltung:

RE.FORM Kommunikationsdesign, Mühltal, www.re-form-design.de

Druck: Frotscher Druck, Darmstadt, Auflage: 4.000

Wir stellen vor: Luise, geb. 1939



Foto: privat

Tagebuch Luise, 1949, 10 Jahre alt

Seit heute wohne ich in einem neuen Land. Das ist komisch, denn wir sind nicht einmal umgezogen. Wir wohnen nach wie vor in dem Haus in Berlin-Friedrichshain, wo wir schon immer gewohnt haben, selbst dann, als der Krieg ein großes Loch in die Außenwand gemacht hatte. Berlin, das ist doch Deutschland, oder? Und irgendwie klingt das neue Land, in dem wir jetzt wohnen, weiterhin nach Deutschland...es hängen bloß noch andere Wörter hintendran, einmal ein Demokratisch und dann noch eine Republik. Ich weiß nicht, warum man für ein einzelnes Land so viele Wörter braucht.

Mama hat mich beiseite genommen, um es mir zu erklären. Seit dem Frühling geht es rund, die Eltern waren wählen und es ist stets ein großes Getöse da draußen. »Luise, weißt du noch von früher, wie da immer die vielen Männer draußen marschiert sind?«, fragte sie mich. »Die mit den roten Fahnen mit dem Hakenkreuz drauf?« »Genau die. Du weißt doch noch, wie sie sich immer mit den Leuten aus unserer Straße gestritten haben, nicht wahr?« Ich nickte. Daran erinnerte ich mich gut. Die jüdische Familie hatte wegziehen müssen, aber auch viele Friedrichshainer, die keine Juden waren, hatten Ärger mit den Hakenkreuz-Männern gehabt, weil sie so genannte Kommunisten gewesen sind. »Siehst du, so etwas wird jetzt nicht mehr passieren«, sagte Mama, »Wir sind jetzt in einem neuen Land, wo es keine Hakenkreuze mehr gibt und auch keinen Krieg.« Ich legte den Kopf schief und runzelte die Stirn. »Und das Land, in dem wir jetzt wohnen, ist das Deutschland?« Mama musste ein bisschen lachen wegen meiner Frage, überlegte kurz und meinte dann: »Aber ja, wir sind jetzt die Deutsche Demokratische Republik.« Sie strich mir lächelnd über die Haare und wollte schon zu meinem kleinen Bruder huschen, der gerade zu Weinen begonnen hatte. Da fiel mir ein, was ich gestern auf der Straße für ein Wort gehört hatte – ein ganz anderes Wort.

Hallo! Wie schön, dass du das hier liest. Bitte blättere mich nicht weg – mein Name ist Luise. Das bedeutet laut, berühmt und leider auch Krieg ... aber keine Sorge: Ich bin ganz harmlos. Ich strecke einfach nur meine Hand aus und lade dich ein, mit mir durch dieses Heft zu reisen. Schwer zu glauben, dass hier zwischen diesen Seiten mein Leben steckt, zumindest ein kleiner Teil davon. Seit ich schreiben konnte, habe ich immer Tagebuch geführt, und jedes einzelne Schreibheft habe ich sorgfältig aufbewahrt. Und jetzt – tja, jetzt hast du Auszüge daraus zwischen deinen Fingern! Mein Tagebuch erzählt Geschichten von mir und einem Land, das geteilt und wieder zusammen geführt wurde. Und weil ich nur ein einzelner Mensch bin und noch dazu kein lauter, berühmter und kriegerischer, findest du hier noch viel mehr: Hintergrundinfos, historische Fakten, Zeitzeugenberichte und, und, und ... such dir aus, was du spannend findest – und du wirst merken, wie lebendig die Geschichte der deutschen Teilung und Wiedervereinigung ist. Wie sieht's aus? Kommst du mit?

»Und was ist dann die Bundesrepublik Deutschland?« Da schaute Mama ganz komisch drein und der Peter hörte sogar mit Weinen auf. »Naja, das ist...das andere Deutschland. Es gibt jetzt zweimal Deutschland, wir wohnen in dem einen, und deine Tante Traudel und die Cousine Heike zum Beispiel, die wohnen jetzt im anderen Deutschland.«

Es ist mir ein Rätsel, warum es ein zweites Deutschland geben muss. Und wer hat denn entschieden, dass Berlin-Friedrichshain zum einen und Mainz zum anderen Deutschland gehört? Schon vor vier Jahren, nach dem Krieg, fand ich es komisch mit den fremden Soldaten. Ich weiß noch wie es war, als sie kamen. Wir mussten uns zuerst verstecken, als die Soldaten mit den Hakenkreuzen gegen die fremden Männer kämpften. Dann, als die Hakenkreuz-Männer weg waren, hatten wir immer noch Angst vor den anderen Soldaten.

Ich weiß noch, wie Mama und ich mit den anderen Friedrichshainer Frauen und ein paar alten Schubkarren die Trümmer der zerbombten Häuser wegschafften, als plötzlich einige von diesen Unbekannten vorbeikamen. Einer sah mich und kam auf uns zu, und ich weiß noch wie die Mama meine Schulter hielt. Es war ein großer Soldat mit Händen wie Waschbretter, aber ganz blauen Augen und einem Bonbon in der Brusttasche. Er schenkte mir das Bonbon und ich sagte ganz artig »Dankeschön«, aber der Soldat zeigte auf seinen Mund und machte »Spasiba«. Und statt »Auf Wiedersehen« sagte er »Doswidanja«, und ich merkte mir die Worte und sagte sie nun immer, wenn ich einen fremden Soldaten sah. Die freuten sich jedes Mal und winkten!

Viele Monate später bekamen wir eine Postkarte von meiner Cousine Heike aus Mainz – unsere erste richtige Postkarte nach dem Krieg! Heike ist 12, nur zwei Jahre älter als ich, und sie hat von einer ganz ähnlichen Begegnung mit einem fremden Soldaten erzählt. Auch sie hatte fremde Wörter gelernt, doch es war nicht Spasiba und auch nicht Doswidanja. Sie hatte Merci gelernt und Au revoir, und ich weiß noch, dass ich es seltsam fand, dass ihre fremden Soldaten ganz anders sprachen als meine. Ich fand das Merci ein bisschen hübscher als das Spasiba, aber die Soldaten in Friedrichshain reagierten gar nicht darauf, wenn ich es sagte, also ließ ich es wieder bleiben.

So ähnlich muss es jetzt mit dem einen und dem anderen Deutschland sein. Es ist wie mit Spasiba und mit Merci, beides bedeutet Dankeschön, aber sie klingen nicht gleich. Deutsche Demokratische Republik und Bundesrepublik Deutschland, das bedeutet vielleicht beides Deutschland, und es hört sich nur verschieden an?

I. Wer oder was war die DDR?

Geschichte der Gründung

Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Schon während des Zweiten Weltkrieges planen die Alliierten, die „Großen drei“ – die USA, Großbritannien und die Sowjetunion – die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg. So einigen sich auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 der amerikanische Präsident Roosevelt, der britische Premierminister Churchill und der sowjetische Machthaber Stalin: Deutschland muss bedingungslos kapitulieren, entnazifiziert und entmilitarisiert werden. Wie genau sie aber nach Kriegsende mit Deutschland umgehen wollen, legen sie nicht fest.

Am 5. Juni 1945 bilden die Besatzungsmächte den Alliierten Kontrollrat. US-Amerikaner, Sowjets, Franzosen und Briten übernehmen die Verwaltung des Deutschen Reichs. Erst etwa eineinhalb Monate später regeln Stalin und die neuen Staatsoberhäupter, US-Präsident Truman und Groß-Britanniens Premier Attlee auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) die wichtigsten Details für die Besatzungspolitik. Sie erstellen eine Nachkriegsordnung: Deutschland soll demokratisiert, demilitarisiert, denazifiziert, dezentralisiert und demontiert werden. Das ehemalige Deutsche Reich teilen die Sieger in vier Besatzungszonen. Vorbehaltlich einer endgültigen Friedensregelung übernehmen Polen und die Sowjetunion die Verwaltung von Pommern, Schlesien und Ostpreußen. Polen bekommt außerdem die Verwaltungshoheit über deutsche Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie. Zu diesem Zeitpunkt sollen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn lebende Deutsche „geordnet“ und „human“ nach Deutschland umgesiedelt werden.

Diese Punkte sind das Minimum, auf das sich die Alliierten einigen können. Kämpften sie während des Krieges als Anti-Hitler-Koalition noch gemeinsam gegen Deutschland, sind sie zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz schon gespalten. Den US-Amerikanern und Briten, aber auch den Sowjets ist bewusst, dass sie nach der Konferenz für spätere friedensvertragliche Regelungen keinen Spielraum mehr haben. Die Tatsachen haben sie schon vor der Konferenz geschaffen – jetzt geht es nur noch darum, sie dem anderen zu präsentieren. Wenn auch kein Friedensvertrag im völkerrechtlichen Sinne, so ist das Potsdamer Abkommen faktisch eine Friedensregelung. Deutschland ist von Siegermächten besetzt, die nicht nur unterschiedliche Auffassungen von der „richtigen“ Besatzungspolitik haben, sondern auch konkurrierende politische und wirtschaftliche Systeme repräsentieren. Auf der einen Seite Kapitalismus / Liberalismus und Marktwirtschaft, auf der anderen Seite Kommunismus / Sozialismus mit



Wahlplakate in West-Deutschland die für die Bundestagswahl 1949 werben. Foto: dpa

Alliierte: Bündnis von USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion zwecks Zerschlagung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland.

Kalter Krieg: Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Ostblock unter Führung der Sowjetunion, den diese von 1947 bis in die 1980er Jahre mit nahezu allen Mitteln austrugen. Der Kalte Krieg trat als Systemkonfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus in Erscheinung. Zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion und ihren jeweiligen Militärblöcken kam es jedoch nie.

Potsdamer Konferenz: 17-tägige Konferenz im Potsdamer Schloss, bei der die drei Hauptalliierten 1945 auf höchster Ebene am Ende des 2. Weltkrieges über das weitere Vorgehen berieten, die Ergebnisse sind das Potsdamer Abkommen.

Stalin-Noten: Vorschlag von Stalin an die Westalliierten für einen Friedensvertrag für ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland, 1952.

SMAD: Abkürzung für Sowjetische Militäradministration in Deutschland – die SMAD übernahm die Verwaltung der sowjetischen Zone (SBZ)

SBZ: Abkürzung für sowjetisch besetzte Zone, anstatt DDR, weil die BRD die Existenz der DDR als Staat nicht anerkennen wollte, das änderte sich erst mit dem Grundlagenvertrag.

Reparationen: Wiedergutmachungen für Kriegsschäden.

Weltwirtschaftskrise: Rückgang der wirtschaftlichen Leistungen der Länder, in Folge massive Arbeitslosigkeit, soziales Elend – beendete die „Goldenen 20iger Jahre“.

Zwei-Plus-Vier-Vertrag: Staatsvertrag zwischen DDR, BRD, Frankreich, USA, Großbritannien und Sowjetunion, am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet. In Kraft seit 15. März 1991.

Politische Systeme BRD / DDR im Vergleich

Die DDR – Deutsche Demokratische Republik – und die BRD – Bundesrepublik Deutschland – unterschieden sich in politischer Sicht zuerst in ihrem Verständnis für Demokratie.

Im ersten Artikel der DDR-Verfassung bezeichnete sich die DDR als ‚sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern‘, als ‚politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei‘. Schon hier wird klar, dass dieser Staat keine pluralistische Demokratie im westdeutschen Sinne sein konnte: Was ist das für eine Demokratie, wenn schon in Artikel 1 der Verfassung steht, dass der Staat von einer Partei (der ‚Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands‘, kurz SED) geführt wird?

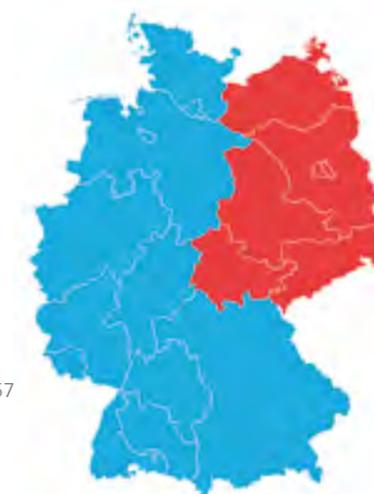
Die BRD ist ein föderal organisierter Staat – viele Entscheidungen werden in den Bundesländern oder auch in den Kreisen und Städten getroffen. In der DDR wurden alle Entscheidungen zentral getroffen und die Behörden in Städten und Regionen mussten sich genauestens an diese zentralen Anweisungen halten.

Das Parlament

BRD: Der Bundestag wird alle vier Jahre vom Volk gewählt. Jeder Bürger ab 18 hat 2 Stimmen: Mit der ersten kann er zwischen verschiedenen Kandidaten in seinem Wahlkreis wählen, mit der zweiten zwischen Listen der Parteien in seinem Bundesland.

Der Bundestag ist gemeinsam mit dem Bundesrat, in dem Vertreter der Regierungen der Bundesländer sitzen, das gesetzgebende Organ in der BRD. Der Bundestag stimmt über alle Gesetze ab und bereitet diese in Ausschüssen und Arbeitsgruppen vor.

DDR: Die Volkskammer wurde alle vier, ab 1971 alle fünf Jahre vom Volk gewählt. Jeder Bürger ab 18 konnte sein Kreuz bei einer Liste machen. Es gab keine Auswahl zwischen verschiedenen Listen oder einzelnen Kandidaten. Die Volkskammer war formal das höchste Organ, tagte allerdings nur 4 bis 6-mal im Jahr und fasste – bis auf einen – alle Beschlüsse einstimmig.



Deutsche Bundesländer 1957
Abbildung: Uni Gießen,
CC BY-SA 3.0



Massenkundgebung anlässlich der Gründung der DDR und der Wahl des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck am 11.10.1949. FDJ im Demonstrationszug vor der Humboldtuniversität.
Foto: akg-images

Info

Erst am 9. November 1989 fällt die Mauer wieder. Und am 3. Oktober 1990 wird mit dem Anschluss der DDR an die BRD mit dem Grundgesetz die gemeinsame Verfassung des geeinten Deutschlands unterzeichnet. Erst im Jahr 1990 unterzeichnen die BRD, die DDR und die ehemaligen Alliierten den Zwei-plus-Vier-Vertrag, in dem die Bundesrepublik ihre volle Souveränität wiederbekommt und in dem alle bestehenden Grenzen völkerrechtlich angenommen werden.

Am 20. Juni 1948 ersetzt in den drei westlichen Besatzungszonen, auch Trizone genannt, die D-Mark die Reichsmark. Drei Tage später führt die SMAD (sowjetische Militäradministration in Deutschland) in der sowjetischen Besatzungszone ebenfalls eine eigene Währung ein. Wirtschaftlich koppelt das die drei westlichen Besatzungszonen von der sowjetischen Besatzungszone ab. Nur Berlin hat in allen Besatzungszonen – wegen seines Sonderstatus – noch eine Zeit lang beide Währungen nebeneinander.

Der Wiederaufbau dauert in der sowjetischen Besatzungszone länger als in den westlichen Zonen. Die Sowjetunion unterstützt Ostdeutschland, die DDR, nicht beim Aufbau, sondern besteht auf der sofortigen Leistung der Reparationen in Form von Maschinen der industriellen Produktion und anderen für die Infrastruktur wichtigen Dingen wie Lokomotiven oder Bahngleisen. Unter diesen Bedingungen ist kein Wiederaufbau möglich. Auch die Währungsreform ändert daran nur wenig. Schwarzmarkt und Tauschhandel blühen in Ostdeutschland länger als in Westdeutschland. Viele Menschen entscheiden sich wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation (neben politischen Gründen) in die Westzonen auszuwandern. Erst 1961 setzt der Wirtschaftsaufschwung in der BRD ein. In diesem Jahr wird die innerdeutsche Grenze geschlossen, Ostbürger können nicht mehr in den Westen umziehen.

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) verkündet. Es ist nur als Übergangslösung (aus der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszone) gedacht. Eine richtige Verfassung soll bei der Vereinigung Deutschlands zu einem Staat verabschiedet werden.

Zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949 wird auch deren Verfassung ausgerufen. Aus der sowjetischen Besatzungszone wird die DDR: Ein sozialistischer Staat mit dem Ziel, unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei – der SED – den Sozialismus zu verwirklichen. Mit der Parteikonferenz im Juli 1952 verkündet die SED den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Dessen Umsetzung führt zu einer schweren Ernährungs- und Lebensstandards- und zum Rückgang der industriellen Produktion. Viele Menschen flüchten in den Westen. Die tief greifende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise der DDR ist unübersehbar. Am 17. Juni 1953 protestieren rund eine Million Menschen in Ost-Berlin und in der DDR weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie äußern ihre Unzufriedenheit über wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repression. Die SED-Führung ist überfordert von den Demonstrationen, die Sowjetunion greift ein und reagiert mit Härte: Mit massivem Einsatz von Militär, Volkspolizei und Staatssicherheit wird der Aufstand des 17. Juni niedergeschlagen. Ohne das Eingreifen der Sowjetunion wäre das SED-Regime zusammengebrochen. Stattdessen bleibt Walter Ulbricht an der Spitze der DDR-Führung und beschließt 1961 den Bau der Mauer. Im August 1961 werden die rechtlich getrennten Staaten somit auch physisch getrennt.

Von Christian Proff und Julia Kern

Die Regierung

BRD: Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler/der Bundeskanzlerin, der/die vom Bundestag gewählt wird, und den von ihr ausgewählten Ministerinnen und Ministern. Sie leiten die Ministerien, in denen Gesetzentwürfe vorbereitet werden und die Gesetze nach der Verabschiedung ausführen.

DDR: Der Ministerrat bestand aus allen Ministern, Staatssekretären und anderen Verwaltungschefs. Er führte alle politischen und wirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen aus.

Das Staatsoberhaupt

BRD: In der BRD ist der Bundespräsident/die Bundespräsidentin das oberste Staatsoberhaupt. Er/Sie muss alle Gesetze prüfen und unterschreiben, bevor sie in Kraft treten. Hinter ihm/ihr folgt der/die Bundeskanzler/in, der/die die Geschäfte der Regierung leitet.

DDR: Der Staatsrat war eine Art ‚kollektives Staatsoberhaupt‘ der DDR. Ihm gehörten verschiedene Parteivertreter der SED und die Vorsitzenden der Blockparteien an. Er wurde von der Volkskammer gewählt und traf judikative, legislative und exekutive Entscheidungen.

Das ‚Zentralkomitee‘ der SED war informell das höchste Amt im Staate, und der Generalsekretär hatte informell das höchste Amt inne. Die Sekretäre und Abteilungsleiter des ZK konnten den Ministerien Anweisungen geben, auch diese standen also über den staatlichen Organen. Die SED gab auch die führenden Zeitungen des Staates heraus.

Die Parteien

BRD: In der BRD gibt es ein Mehrparteiensystem. Im Bundestag gibt es mehrere Parteien. Wenn keine Partei bei Wahlen allein die absolute Mehrheit im Bundestag erzielt, muss sie deshalb mit einer oder mehreren Parteien zusammenarbeiten, um bei Abstimmungen Mehrheiten zu erhalten. Das nennt man Koalition.

DDR: In der DDR war die SED immer die führende Partei. Jeder fünfte Bürger war Mitglied. Es gab auch weitere Parteien neben der SED, die so genannten ‚Blockparteien‘, sowie die Massenorganisationen. Als Massenorganisationen galten beispielsweise die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) oder die Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Ihre Kandidaten standen auf einer Einheitsliste gemeinsam mit den SED-Kandidaten – einzelne Wahlmöglichkeiten gab es nicht.

Mit den Blockparteien waren die Parteien des Demokratischen Blocks gemeint, die unter der Führung der SED in der ‚Nationalen Front der DDR‘ eingebunden waren und damit nur ein bestimmtes Kontingent von Mandaten in den Volksvertretungen inne hatten. Dazu zählten unter anderem die CDU und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DPD). Neben den Blockparteien sollten die Massenorganisationen in der DDR möglichst große Teile der Bevölkerung beeinflussen und kontrollieren und sie damit in das gesellschaftliche System der DDR integrieren. Ihre Mitgliedschaft war grundsätzlich freiwillig, bildete jedoch eine wichtige Voraussetzung für sozialen und beruflichen Aufstieg.

Christine Sudbrock

Tagebuch Luise, 1959, 20 Jahre alt

Wenn Deichselmanns zu Gast sind, darf kein Westfernsehen laufen. Sie wollen wissen, was Mittwochabends immer bei uns los ist, wenn die drei anderen Familien aus dem Haus mit einem Kasten Bier und einem Kasten Limo bei uns vorbeikommen. Natürlich, wir gehören zu den ersten in unserer Straße, die einen eigenen Fernseher besitzen. Dank meines Vaters, der einen kennt, der jemanden kennt, dessen Vetter dritten Grades jemanden kennt, der uns unkompliziert ein Fernsehgerät besorgen konnte.

Doch Deichselmanns sehen natürlich nur die Antenne auf dem Dach. Die Antenne, die den Deutschen Fernsehfunk, den Fernsehsender der DDR, empfängt. Was Deichselmanns von Gegenüber nicht sehen können, ist die zweite Antenne unter unserem Dach, die gen Westen gerichtet ist und die ARD empfangen kann. Wenn alle Bewohner des Hauses also mittwochs in unserem Wohnzimmer zusammengesetzt sitzen, dann, weil wir gemeinsam West-Nachrichten schauen oder auch Was bin ich?

Aber Deichselmanns gehören nicht zu denen, denen man davon erzählen kann. Sie sind erst vor kurzem im Haus auf der anderen Straßenseite eingezogen, und Vater – der nicht mehr viel sagt, seitdem er im Krieg ein Bein verloren hat – nannte sie nach dem ersten Kennenlernen gleich »die Purpurroten«. Womit er nichts weiter sagen will, als dass sie die Einstellung zum Sozialismus haben, die sich die DDR-Regierung eigentlich wünscht, die aber nur die Deichselmanns und ein paar andere wirklich besitzen.

Mein Bruder Peter geht jetzt in die dritte Klasse, er hätte eigentlich schon im Bett sein sollen, aber als die Deichselmanns kamen, ist er wieder aufgestanden und hat das blaue Halstuch der Jungpioniere aus seinem Schrank gefischt. Den ganzen Abend saß er neben Mutter Deichselmann, zeigte ihr, wie er sich das Halstuch mit einem perfekten Pionierknoten über den Schlafanzugkragen bindet und erzählte von den letzten Ferien im Pionierlager.

Vater Deichselmann hingegen belagerte meinen armen Papa, der sich trotz purpurroten Gästen die Mühe gemacht hatte, seine Beinprothese anzulegen. Er saß in seinem Sessel und versuchte sich für Herrn Deichselmanns Ausführungen über den neuen Produktionsplan für Schreibtischlampen zu interessieren. Die Staatliche Plankommission hat nach genauer Untersuchung der Bedürfnisse der DDR-Bürger offenbar beschlossen, dass 5 Prozent mehr Schreibtischlampen hergestellt werden müssen. Herr Deichselmann, der Abteilungsleiter in einer Berliner Schreibtischlampenfabrik ist, konnte seine Euphorie kaum bremsen. Am Ende seines Vortrags hatte man das Gefühl, der Sozialismus würde allein durch Schreibtischlampen den kapitalistischen Westen besiegen können. Vater versuchte sich an einem begeisterten Hm-hm und machte sich dann daran, das Thema zu wechseln.

Und ich hatte das Fräulein Tochter Deichselmann am Hals. Sie ist 20 Jahre alt, wie ich, und natürlich sind wir beide Mitglieder in der SED. Mehr Gemeinsamkeiten gibt es nicht. Ich bin der Partei beigetreten, weil ich nicht benachteiligt werden wollte, weil ich in Ruhe meine Schulen besuchen und meiner Arbeit in den Lagerhallen am Osthafen der Spree nachgehen möchte. Du kannst nicht so nahe an der Grenze zu Westberlin arbeiten, ohne zur Partei zu gehören.

Linda Deichselmann hingegen ist in der Partei, weil sie es wirklich ernst meint. Was willst du auch anderes machen, wenn dein Vater den Sozialismus mit Schreibtischlampen voranbringen will? Ich weiß, dass es Linda zu etwas bringen wird in der SED, und vielleicht – so hoffe ich – bringt sie es weit genug, um mal etwas Richtiges verändern zu können...und ich meine damit nicht die blöden Schreibtischlampen. Viel besser wäre es, unsere Planwirt-

schaft würde mal für hübschere Klamotten sorgen. Richtig schöne Mode, wie sie in der Zeitschrift Sybille fotografiert wird. Aber so wie Linda aussieht, wird sie sich dieses Thema nicht auf die Fahne schreiben. Da bleibt wohl nichts anderes übrig, als wie bisher weiterzumachen: Heike schickt hochwertige Stoffe aus Mainz, ich schaue mir an, was die Sybille so abdruckt und nähe mit meiner Mutter das zusammen, was die Bekleidungsindustrie nicht auf die Reihe kriegt. Ich wünschte, der Sozialismus sähe nicht nur arbeitende, sondern auch schöne Frauen vor!

Leider hat Linda gegen Ende des Abends die Jeanshose in meinem Zimmer entdeckt. Auch ein Geschenk von Heike. Linda ist schon ein bisschen erschrocken, als hätte sie nicht nur eine Hose, sondern den amerikanischen Präsidenten persönlich in meinem Schrank sitzen gesehen. Ich habe noch versucht ihr zu erklären, wie unglaublich bequem so eine Jeans ist, egal ob sie nun ein Produkt des Kapitalismus ist oder nicht, aber Linda hat nur an ihrem schmucklosen Planwirtschafts-Kragen genestelt und mein Zimmer unter einem Vorwand verlassen. Vielleicht hat es wenigstens den Nebeneffekt, dass die Deichselmanns jetzt nicht mehr so oft zu Besuch kommen.

Ich glaube, die Deichselmanns wissen auch gar nicht, in welche Fußstapfen sie zu treten versuchen. Noch vor ein paar Monaten haben die Krämers im Haus gegenüber gewohnt, und das schon seit meiner Geburt. Damals im Krieg, als uns eine Außenwand zerbombt worden war, konnten wir in der Zeit, die wir nicht im Luftschutzbunker verbrachten, immer zu den Krämers rein sehen. Die hatten zwar noch ihre Wand, aber keine Fenster mehr. Wir hatten eine lange Schnur zwischen unseren Häusern gespannt, an der wir uns alles Mögliche hin- und herschoben: Lebensmittel, Zeitungen, kleine Zettel mit guten Wünschen. Die Krämers hatten uns geholfen, den Krieg zu überstehen.

Und Anfang dieses Jahres waren sie einfach verschwunden. Hatten aus ihrer Wohnung nur das Wichtigste mitgenommen, keine Möbel, wenig Kleidung, alles schön unauffällig, denn eigentlich ist Republikflucht ja verboten, sie haben Grenzkontrollen und was weiß ich nicht alles. Schwer zu sagen, ob sie jemals in Westberlin angekommen sind. Ich kann nicht behaupten, dass ich wirklich überrascht war. Die Krämers waren nie sehr glücklich in unserem neuen Land, sie sprachen nicht darüber, aber mein Vater hat es ihnen immer angesehen, dass sie im Sozialismus nicht leben wollten. Es war eine ganz leise Sache... und die Krämers hatten sich auch nur ganz leise von uns verabschiedet.

Sie ist schon ein komisches Ding, die Zeit. Während des Nationalsozialismus hatten diejenigen Friedrichshain verlassen müssen, die kommunistisch gesinnt waren, und nun taten es diejenigen, die es nicht waren. Man hört es an allen Ecken und Enden, dass die Menschen fortgehen aus der DDR. Ist das Land vielleicht bald menschenleer, abgesehen von Leuten wie den Deichselmanns? Absurd, sich Friedrichshain mit leergefegten Straßen vorzustellen! Am Ende müssen sie doch einsehen, dass zweimal Deutschland völliger Unfug ist.



Foto: privat

Kinderkrippe / Kindergarten in der DDR / BRD

Eine Kinderkrippe in Ingersleben, 1958
Foto: Bundesarchiv, 183-53169-0011,
Wittig, CC BY-SA 3.0



Foto: pädal – pädagogik aktuell e.V., Lernwerkstatt Kita-Museum, Mainstraße 11, 14612 Falkensee, www.paedal.de

Der DDR-Staat stellte ausreichend Krippen und Kindergartenplätze für die Kinder zur Verfügung, vor allem in den Städten.

Die Kinder wurden in der Kinderkrippe im Alter von wenigen Wochen bis zum 3. Lebensjahr aufgenommen, um es Frauen zu ermöglichen, erwerbstätig zu sein. Schon in der Krippe wurden die Kinder an einen festen, regelmäßigen Tagesablauf gewöhnt: an systematische geistige Beschäftigung beginnend mit der Vollendung des 1. Lebensjahres, an viel Sport und Bewegung an der frischen Luft, das Trockensein vor dem Ende des 2. Lebensjahres und intelligentes Spielen. Der Kindergarten betreute Kinder vom 3. Lebensjahr an und hatte die Aufgabe, die Kinder bis zur Schulreife zu fördern. Die Betreuung im Kindergarten, in dem die gezielte sozialistische Erziehung begann, war sogar kostenfrei für die Eltern. Die Eltern hatten dafür lediglich einen Essensgeldzuschuss (monatlich 27,50 Mark) zu zahlen.

Die Situation in der BRD war komplett anders, es war fast „normal“ bzw. eine Selbstverständlichkeit, dass die Mütter die ersten Lebensjahre zu Hause blieben und nicht erwerbstätig waren. Kinder wurden erst mit drei Jahren in den Kindergarten geschickt. Kinderkrippen waren Errungenschaften der Frauenbewegung der 70er Jahre, nur auf privater Initiative organisiert und finanziert. Der Kindergarten ist immer kostenpflichtig gewesen. Bis heute hat sich für die Eltern nichts wesentlich verändert. Noch immer gibt es für junge Eltern, vor allem für allein erziehende Frauen die Problematik, dass sie ihre Erwerbstätigkeit nicht wieder aufnehmen können, weil sie keinen Betreuungsplatz für ihr Kind bekommen. Nicht alle bekommen in der BRD einen Kindergartenplatz. Gemeinsamkeit: in der BRD und der DDR gab es immer von Kirchen geführte Kindertageseinrichtungen.

recherchiert von Elin Wagner

Gemeinsamkeiten und Differenzen:
Das Vorschulsystem der DDR war so, wie es sich heute viele berufstätige Eltern wünschen. Beide Eltern – nicht nur Väter, auch die Mütter – übten ihren Beruf aus, für Kleinkinder gab es Krippenplätze und Kindergartenplätze. Früh war das Lernen mit Gleichaltrigen in der Gruppe möglich. Es sei ein langer Tag für die Kleinen, war manchmal die Kritik. In Gesamtdeutschland gibt es seit langem einen chronischen Mangel an Kindergarten- und Krippenplätzen. Die Bundesregierung reagierte auf die steigende Nachfrage inzwischen mit der Festlegung eines Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz. Außerdem gibt es das Betreuungsgeld für Eltern, die ihr Kind nicht in eine Krippe oder Kindergarten schicken möchten.

Quelle: www.britigte.de/gesellschaft/politik-gesellschaft/contrabetreuungsgeld

recherchiert und zusammengefasst
von Veronika Hilmer

Interview mit Anja Kerwel – Erzieherin

Anja Kerwel, aufgewachsen in Mecklenburg-Vorpommern, absolvierte ihr Studium zur Erzieherin in Schwerin. 1990 verlegte sie ihren Wohnort nach Hessen und leitete mehrere Jahre eine Kindertagesstätte in Messel im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Anja schildert hier ihre beruflichen Erfahrungen im Umgang mit den Kindern und im Kita-Arbeitsteam im Vergleich DDR / BRD.

Görls: Anja, wie hast du deine Ausbildung in der DDR in Erinnerung?

Anja: Für jedes Ausbildungsfach gab es einen theoretischen und einen praktischen Teil. Die Theorie wurde auch in die Praxis umgesetzt. Die Strukturen waren klar vorgegeben: Das Ziel setzen, die Inhalte herausarbeiten, die Methoden überlegen war Teil unserer Ausbildung. Es gab einen Erziehungs- und Bildungsplan, der auf jedes Alter ausgelegt war, von 3 bis 4, von 4 bis 5 und von 5 bis 6 Jahren. Gelehrt wurde in der Ausbildung in den Bereichen Musik, Mathematik, Deutsch, Lesen von Geschichten, Umgang in der Gesellschaft, Umgang mit der Natur. Heute gibt es auch Lernziele in der Erziehung, aber sie sind nicht an das Alter gebunden.

Görls: Mit welchen Methoden ging man an die Aufgabe heran? Wurden die Ziele erreicht?

Anja: Die Erzieher/innen mussten einen Wochen- und Monatsplan aufstellen und festlegen, was sie wann erreichen wollten. Diese Pläne wurden regelmäßig von der Leitung der Kindertagesstätte und von der Kreis-Fachberatung kontrolliert. War ein Ziel noch nicht erreicht, d.h. konnte ein 3-jähriges Kind z.B. noch keine Schleife binden, dann wurde mit der ganzen Gruppe noch weiter geübt. Es gab sicher Kinder, die nicht „das Ziel erreichten“, aber 80 % der Kinder gelang es in der Regel.

Görls: Wurde weniger oder mehr autoritär gearbeitet?

Anja: Es wurden im Alltag so viele Methoden eingebaut, damit möglichst viele Übungsmöglichkeiten für die Kinder da waren, damit das Ziel erreicht wurde. Zum Beispiel nicht

nur eine Schleife am Schuh binden, sondern auch an einer Gardine, an einem Holzschuh oder in einem Spiel oder an einem Geschenk.

Görls: Wenn ein Kind Schwierigkeiten hatte, seinem Alter entsprechend „trocken“ zu werden, welche Methoden wurden dabei angewandt? Das Töpfchensitzen wurde ja sehr kritisiert und teilweise ins Lächerliche gezogen.

Anja: Die Kinder wurden wirklich auf den Topf gesetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es ganz ohne nachdrückliche Hilfe gegangen wäre, wenn ein 2-jähriges Kind das nicht gewollt hätte. Das ist normal, man kann es ja einem 2-jährigen Kind alleine mit Erklärungen nicht klarmachen. Beim Schlafen war es nicht viel anders: Alle Kinder bis 6 Jahre mussten im Gruppenraum schlafen, es ging nicht, dass sie nur ruhten. Da wurden die Decken über den Kopf gezogen und gesagt, „dreh dich um auf die andere Seite“, damit sie nicht miteinander redeten.

Görls: Wie bewertest Du die beiden Erziehungsstile und Konzepte heute rückblickend?

Anja: Als ich in die BRD kam, fand ich, dass die Kinder hier zu sehr individuell handeln konnten, so dass sich die Gruppe verlor. Die Kinder mussten keine Regeln einhalten, sie durften zu jeder Zeit alles machen und wir haben gemerkt, dass das den Kindern nicht gut tat. Kinder brauchen Strukturen, Rituale, an denen sie sich festhalten können, und genauso brauchen sie ihre eigene Zeit, in der sie entscheiden können, mit was sie sich beschäftigen möchten. Bei uns in der Gruppe können sie z.B. nicht essen wann sie wollen, alle essen

Kindergarten 1976 in Leipzig mit Schwimmbecken im Keller.
Foto: Bundesarchiv 183-1989-0407-015, Waltraud Grubitzsch, CC BY-SA 3.0

gemeinsam. Die gute Mischung zu finden zwischen Individualität und Gruppe ist immer eine Gratwanderung. In der DDR wurden Rituale spielerisch gestaltet. Es wurde viel gesungen: ob wir zum Essen gingen oder zum Händewaschen, nie haben wir das einfach so gemacht, es gab immer ein Lied zum jeweiligen Thema, wie z.B. „wir gehen jetzt Hände waschen und alle machen mit!“ Oder sie haben gesungen, dann auf dem Töpfchen gesessen und



Während ihre Mütter und Väter arbeiteten, wurden die Kinder in Kindergärten-, und -krippen betreut. Foto: Bundesarchiv 183-1989-0407-015, Heinz Hirndorf, CC BY-SA 3.0

sich unterhalten. Es war sehr spielerisch und ich glaube, deswegen haben die Kinder auch nie Druck empfunden. Es gab übrigens die Scheu vor dem Nacktsein nicht. Der Nachteil dieser Gemeinschafts-Töpfchen-Session ist allerdings der, dass die Kinder nicht mehr spüren, wann sie eigentlich auf Toilette gehen müssen. Das eigene Körpergefühl wurde nicht gefördert.

Görls: Als du dann in Hessen gearbeitet hast, wie kamst du mit Kolleginnen und Kollegen und den anderen Konzepten zur Erziehung klar und wie konntest du dich mit deinem Wissen und deinen Erfahrungen einbringen?

Anja: Als erstes würde ich sagen, dass es für mich sehr hilfreich war, – als ich nach der Wende und nach dem Erziehungsurlaub für meine Tochter wieder berufstätig war – dass wir im Team die Konzeption gemeinsam erarbeitet haben. Das war für mich noch mal wie eine kleine Schullaufbahn. Ich habe theoretisch noch mal alles neu kennengelernt. Vor allem, dass ich als Erzieherin Begleiterin bin, nicht alles steuere und die Inhalte vorgebe. Natürlich hat auch geholfen, dass ich meine Tochter hatte. Da habe ich vom Herzen her nicht mehr nur die Gruppe gesehen, sondern auch das Individuum Kind.

Weiterhin habe ich in meiner damaligen Einrichtung in Hessen mehr Struktur eingebracht, sie war nur vormittags geöffnet. Wir haben sie in eine Kindertagesstätte umgebaut.

Ich hatte das Gefühl, dass die Erzieher Angst hatten, den Kindern etwas vorzugeben. Immer wieder sagten sie, „nein, die Kinder wollen selbst entscheiden“. Alles wurde nur



Kinderkrippe Zwickau. Foto: privat

situativ gemacht, ohne wirklich einen roten Faden zu haben und nach dem zu schauen, was die Kinder bewegt. Ja, vor allem an Struktur mangelte es.

Görls: Du sagst, dass Kinder auch Vorgaben brauchen?

Anja: Wenn wir alles offen lassen und die Kinder nach ihren Wünschen fragen, dann kommen nur Wünsche aus dem Erfahrungsschatz, den sie bis dahin haben. Wir müssen ihnen aber auch etwas Neues anbieten, damit sie auswählen können. Ich finde es ganz wichtig, dass Kinder eine Wahl haben, aber sie müssen auch eine Auswahl haben.

Görls: Einerseits wollen Eltern berufstätig sein und Karriere machen, andererseits wird das fehlende Familienleben beklagt. Eine Frauenbeauftragte meinte dazu, es hänge nicht von der Quantität der Zeit, sondern von der Qualität der Zeit ab, die man mit den Kindern verbringt, wenn eine gute Eltern-Kind-Beziehung besteht. Was wäre denn pädagogisch wichtig und optimal?

Anja: Ich finde es gesellschaftlich wichtig, dass Mütter oder Väter keinen Ganztagsjob machen, denn Kinder gehören zum Leben, zur Familie. Ich halte es für sinnvoll, wenn Kinder bis halb drei nachmittags im Kindergarten sind und den Nachmittag mit ihren Eltern und Freunden verbringen können. Firmen sollten auf die Bedürfnisse von Familien eingehen. Wir haben Kinder, die mehr als 9 Stunden in unserer Einrichtung sind. So lange ist nicht einmal die tägliche Arbeitszeit der Erzieherinnen. Ich finde, es ist zu anstrengend für Kinder, sich den ganzen Tag in eine Gruppe einfügen zu müssen. Beispielsweise nicht sagen zu können, ich will jetzt einfach draußen sein, oder alleine sein, oder mir den Baum anschauen. Aber auch zu Hause gibt es oft keinen richtigen Alltag mehr, wo Kinder einfach spielen können. Sie werden leicht überfordert durch Musikschule, Englisch-Kurs, usw. Möglicherweise werden sie auch noch verwöhnt durch das schlechte Gewissen der Eltern, die ihnen zu wenig Zeit widmen.

Görls: War das in der DDR anders? Hatten Eltern mehr Zeit für die Familie?

Anja: Ich denke, dass das in der Regel ähnlich war. Bei mir war es allerdings anders. Ich war nie im Hort, denn meine Mutter war Grundschullehrerin, daher war ich nach der Schule immer zu Hause.

Görls: Hast du dann mit anderen Kindern spielen können oder waren die anderen noch in der Betreuungseinrichtung?

Anja: An die Kindergartenzeit kann ich mich nicht so gut erinnern, aber an den Wochenenden haben wir alle gemeinsam gespielt. Später in der Schule haben wir unsere Nachmittage eher in den AGs, den Arbeitsgruppen, verbracht. Jeder musste sich als „Pionier“ in irgendeiner AG beteiligen. Ich habe 8 Jahre lang Puppenspiel gemacht und war im Chor.



Ein Kindergarten-Gruppenfoto von Nicole Langer: Da ist die Clique zu sehen: Thomas, Simone und Nicole. Mit Thomas ist der Kontakt leider eingeschlafen. Fotos: privat

Nach vielen Jahren besuchte Nicole ihren christlichen Kindergarten und erinnert sich gerne an diese Zeit. Anders als in den staatlichen Kindergärten, die kostenfrei waren, lagen die Betreuungskosten in den christlichen Kindergärten bei ca. 40 Mark im Monat. Diese waren auch sozial gestaffelt und von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich.

Von Nicole Langer,
eine von den Görls der ersten Stunde



Das gesamte Bildungssystem – von der Krippe bis zur Uni – war kostenfrei. Die Idee war, dass alle Bürger – je nach Begabung – einen Beitrag zum Aufbau des proletarischen Staates, der Arbeiter und Bauern leisten sollten.



Das Schulsystem in der DDR

POS und EOS – wie gestaltete sich das Schulsystem in der DDR?

Allgemeine Schulpflicht waren zehn Jahre auf der Polytechnischen Oberschule, abgekürzt POS, das war die allgemeinbildende Regelschule, bei der die Schüler ab der Einschulung bis zum Abschluss im gleichen Klassenverband blieben. Es gab eine Unterteilung in Unter-, Mittel- u. Oberstufe, die 1.- 4. Klasse nannte sich Unterstufe, es folgte die Mittelstufe ab der 5. Klasse, mit der weitere Fächer eingeführt wurden, z.B. Russisch als erste Fremdsprache, die manchmal schon ab der 3. Klasse unterrichtet wurde. Ab der 7. Klasse konnte wahlweise Englisch oder Französisch gewählt werden.

Besonders in der DDR: Die polytechnische Bildung an der POS. Das Gesetz zur Einrichtung der polytechnischen Oberschule wurde 1959 verabschiedet. Dieser Schultyp war ein absolutes Novum, denn es war die Verbindung von Erziehung mit produktivem Arbeiten und eine Einführung in viele Zweige der Technik umfassenden Bildung – also polytechnisch. Zuvor gab es in der DDR Volksschulen, ähnlich wie in der BRD.

Die POS war naturwissenschaftlich und technisch ausgerichtet und stellte früh eine enge Verbindung zur Arbeitswelt her. Die volkseigenen Betriebe sowie die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden in die Verantwortung für die Entwicklung und Durchführung des polytechnischen Unterrichts genommen. Die polytechnische Bildung blieb bis zum Ende der DDR ein zentrales Element des Schulwesens und war anerkannt und wertgeschätzt.

Das Niveau der Schulbildung an der POS – vor allem im mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Bereich – war höher als vergleichsweise das an einer Realschule in der BRD.

Die EOS, Erweiterten Oberschule. An der EOS, der Erweiterten Oberschule, legten Schüler mit 12 Schuljahren das Abitur ab, bis 1981 war der Zugang nach der 8. Klasse, ab 1981 mit der Klasse 10. Die Aufnahme in die weiterführende EOS war von verschiedenen Faktoren abhängig. An erster Stelle standen die Leistungen, bei gleichem Notendurchschnitt wurden Kinder von Arbeiterfamilien bevorzugt und an dritter Stelle stand die politische Orientierung der Familie. Schüler von Arbeiter-Eltern hatten gegenüber Mitschülern, deren Eltern studiert hatten, bei gleicher Leistung höhere Chancen zur Erlangung der Hochschulreife, weil sich die DDR als Arbeiter- und Bauernstaat verstand.

Die Aufnahmeordnung des Ministeriums für Volksbildung besagte: „In die Erweiterte Oberschule werden Schüler aufgenommen, die sich durch Leistungsfähigkeit und Bereitschaft sowie politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichnen, ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.“ (Quelle: Mitteldeutscher Rundfunk)

Berufsausbildung. POS-Abgänger begannen in der Regel mit einer Facharbeiterausbildung. Berufsberatungszentren unterstützten die Schüler bei der Berufsentscheidung und ab Klasse 8 hatten sie in der Regel ihre berufliche Wahl getroffen. Der Staat garantierte die Zuteilung eines Ausbildungsplatzes für jeden Schulabgänger. Wer schulische Lernziele nicht erreichte oder frühzeitig in das Berufsleben einsteigen wollte, konnte in den 70er Jahren bereits mit dem Abschluss der 8. Klasse die POS verlassen, was allerdings die Lehrzeit um ein Jahr verlängerte.

Beruf mit Abitur (BmA). Zur Erlangung der Hochschulreife gab es alternativ zur EOS die Möglichkeit einer dreijährigen Berufsausbildung, die mit einem Abiturabschluss gekoppelt war (BmA). Absolventen dieser Richtung konnten – sofern sie erforderlichen Eignungsprüfungen bestanden – ein beliebiges Studium aufnehmen. Meistens entschieden sie sich anschließend für ein Studium, das in Beziehung zu ihrem erlernten Fachberuf stand, an einer technischen Hochschule oder Ingenieurhochschule.

Spezialschulen. Anfang der 60er Jahre wurden in der DDR Spezialschulen und -klassen gegründet, und zwar als eine Form der Differenzierung des Schulsystems. Diese Schulen verfolgten das Ziel, ausgeprägte Begabungen und Talente von Schülern auf den verschiedensten Gebieten zu berücksichtigen und diese zu fördern. Es gab Spezialschulen für Musik, Sport, Mathematik, Naturwissenschaften, Chemie und Artistik oder Sprachen. Viele Schüler der Spezialklassen erreichten bei nationalen und internationalen Wettbewerben, wie Mathematik- oder Chemieolympiade, herausragende Platzierungen. Die Schüler waren in der Regel in Internaten untergebracht, die nicht immer am Wohnort der Familie vorzufinden waren. Besser hatten es die Sprachbegabten, denn in vielen größeren Städten existierten „Schulen mit erweitertem Fremdsprachenunterricht“, kurz „Russischschulen“ genannt.

Beispiel für Leistungssport an den Kinder- und Jugendsportschulen: Bei den Spezialschulen zur Förderung sportlicher Höchstleistungen war der Stundenplan auf den Sport optimiert, d.h. es erlaubte zweimal täglich Training vor und nach dem Unterricht. Die Klassenstärken waren geringer als im DDR-Durchschnitt und oft nur auf ein oder zwei Sportarten spezialisiert. Beim Versäumen des Unterrichts aus sportbedingten Gründen gab es automatisch Nachhilfe. Das Abitur an Sportschulen wurde erst nach 13 Jahren abgelegt, sonst waren in der DDR 12 Jahre die Regel. Die Sportschule konnte aber auch mit einem POS-Abschluss verlassen werden. Der hohe Stellenwert des Sports lag daran, dass die Sportler von Seiten des Staates als „Botschafter im Sportanzug der DDR“ angesehen wurden, die für das Ansehen der DDR wettkämpfen sollten.



WAS NOCH BESONDERS WAR IM DDR-SCHULSYSTEM

Politikunterricht gab es ab der 7. Klasse, es nannte sich in der DDR „Staatsbürgerkunde“. Dort sollte die Idee des Sozialismus vermittelt werden als die Grundlage, auf der die DDR-Gesellschaft aufgebaut war und politisch funktionierte. Die Schüler sollten gute Bürger der DDR werden. Zum Unterrichtsstoff zählten auch die Beschlüsse der Parteitage der SED. Die Lehrkräfte waren ausgebildete Diplomlehrer mit einem 2. Unterrichtsfach – sie waren in der Regel SED Mitglieder und in den Leitungsgremien der FDJ, der Freien Deutschen Jugend.

Astronomie Mit der Einführung der POS wurde 1959 Astronomie als eigenes Schulfach in der Klasse 10 eingeführt. Astronomie – vom Kalender bis zur Raumfahrt – sollte die Schüler anregen, sich aus globaler und kosmischer Sicht mit Problemen der Menschheit zu befassen.

Die SED schätzte ein:

„Es gehört zu den Werten des Sozialismus, dass mit dieser umfassenden Bildung reale Voraussetzungen der Chancengleichheit für alle Kinder des Volkes geschaffen sind. In einer Zeit, da in vielen Ländern der Welt den Werkträgern das Recht auf Bildung immer noch vorenthalten wird und in den Staaten der Monopole das Bildungsprivileg weiter besteht, ist das ein anschaulicher Beweis für den tiefen humanistischen Charakter des Sozialismus und seine Überlegenheit über den Kapitalismus.“

Quelle: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED. A.a.O. aus Staatsbürgerkunde 8, 4. Auflage, Verlag Volk und Wissen, VEB, Berlin, 1984, S. 66

Patenschaft für eine Schulklasse – wie funktionierte das?

Eine Gruppe von Mitarbeitern eines volkseigenen Betriebes (VEB) oder einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) übernahm für eine Schulklasse eine Patenschaft, manchmal dauerte diese Patenschaft über die ganze Schulzeit. Die Klasse besuchte die Brigaden in ihrem Arbeitsumfeld, dafür kamen die Brigadevertreter bei wichtigen schulischen Ereignissen in die Schule und waren z.B. bei der Zeugnisvergabe anwesend.

Schulnoten Im Bildungswesen der DDR gab es fünf Noten: 1 (sehr gut), 2 (gut), 3 (befriedigend), 4 (genügend) und 5 (ungenügend).

Schulferien In allen 15 Bezirken der DDR waren die Ferienzeiten gleich. Die Sommerferien – auch „große Ferien“ genannt – waren typischerweise während der Monate Juli und August, insgesamt 8 Wochen lang, die Herbstferien dauerten 1 Woche, und 2 Wochen gab es Winterferien im Februar. Die Frühjahrsferien, jeweils im Mai, waren 1 Woche lang.

Sitzenbleiben Es gab Schüler, die die Klasse wiederholen mussten. Es war in der DDR so, dass die zuständigen Lehrkräfte eine Stellungnahme abgeben mussten und sich zu rechtfertigen hatten, denn das Verständnis war, dass die Lehrer ihr Planziel erreichen sollten, d.h. der Unterrichtsstoff von den Schülern in der geplanten Zeit verstanden werden sollte, um in die nächste Klasse versetzt zu werden.



Schul- und Unterrichtsfächer, die es in der DDR gab und in der BRD nicht:

- Wehrerziehung, Astronomie
- Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion UTP
- Einführung in die sozialistische Produktion ESP
- Technisches Zeichnen = TZ
- produktive Arbeit = PA
- Nadelarbeit

UTP bedeutet Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion, später nannte sich das Fach **PA**, produktive Arbeit, d.h. Arbeiten in Abteilungen eines Betriebes. Ab der Klasse 7 gab es neben 5 Tagen Schulunterricht einen Tag pro Woche in einem Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieb und so wurden die Schüler mit der sozialistischen Produktion vertraut gemacht. PA wurde ergänzt durch die Schulfächer **ESP** – Einführung in die sozialistische Produktion – die Theorie zu ökonomischen und technischen Fragen mit praktischen Anteilen – und **TZ** – Technisches Zeichnen.

Schulgeld Ebenso wie der Besuch der POS war auch der EOS-Besuch kostenfrei, seit 1981 erhielten die Schüler sogar eine Ausbildungsbeihilfe von monatlich 110 Mark in der 11., und 150 Mark in der 12. Klasse. Dies erfolgte, um die EOS-Schüler den Lehrlingen anzugleichen.

recherchiert von Elin Wagner,
unterstützt durch Elke Löffler und Marko Exner

Das gleiche Recht auf Bildung ist eine große Errungenschaft des sozialistischen Staates. Die Verantwortung für seine Durchsetzung obliegt dem Staat und jedem einzelnen Staatsbürger. Mit diesem Grundrecht verbinden sich auch gesetzliche Pflichten, zum Beispiel die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder.

Aus § 30, Absatz 2 der Schulordnung:
„Zur Wahrnehmung seines Rechts auf Bildung hat jeder Schüler die Pflicht, fleißig und gewissenhaft zu lernen und sich für eine gute Lern- und Arbeitsatmosphäre im Kollektiv einzusetzen. Die Schüler haben die Pflicht, sich gegenüber den Lehrern, Erziehern und anderen erwachsenen Personen sowie im Schülerkollektiv höflich und anständig zu benehmen, gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft zu üben. Alle Schüler sollen sich aktiv am schulischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen.“

Im § 30, Absatz 3 der Schulordnung heißt es:
„Die Schüler haben den Unterricht und andere schulische Veranstaltungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen.“

§ 30, Absatz 4 der Schulordnung legt fest:
„Die Schüler sind verpflichtet, die Hausordnung einzuhalten, das gesellschaftliche Eigentum zu achten, es sorgsam zu behandeln und sich im Schulgebäude sowie außerhalb der Schule diszipliniert zu verhalten.“

Quellen:
<http://www.planet-wissen.de>
www.jungewelt.de, Ausgabe junge Welt (5.16.12.2009 Nr. 282)



Polytechnische Oberschule in Berlin, Marzahn, 1984. Foto: Bundesarchiv 183-1984-0227-026, CC BY-SA 3.0

Erinnerungen aus der Schulzeit von Nicole



Nicole verlebte ihre Schulzeit in Mecklenburg-Vorpommern. Für gute Leistungen und Lernerfolge erhielten Schüler Belobigungen, Auszeichnungen und Urkunden.

Görls: Hier an den Schulen gibt es ja die Schülerversammlung (SV). Gab es so was auch in der DDR?

Nicole: Es gab auch bei uns Klassensprecher, aber ob wir damit eine Art Schülerversammlung hatten, weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur, dass es eine Gruppe von Schülern gab, die innerhalb der Klasse eine besondere Aufgabe hatte. Ich war Schriftführerin, d.h. wenn sich der Gruppenrat traf oder wenn wir Pioniernachmittage hatten oder Ausflüge gemacht haben usw., habe ich das Ganze schriftlich festgehalten.

Görls: Ist es wahr, dass Ihr schon in der Grundschule mit dem Füller schreiben durftet?

Nicole: Wir durften in der Schule nur mit dem Füller schreiben. Man hat uns immer gesagt, ein Kugelschreiber versauere die Handschrift. Da ist auch was dran.

Görls: ...und kontrolliert wurde, ob das Schreibmaterial bereit war?

Nicole: Stichprobenweise ja. Ab und zu hat sich der Lehrer oder die Lehrerin jemanden rausgepickt und den Schulranzen kontrolliert. Ob man alle Hefte und Bücher dabei hatte, ob in der Federtasche (westdeutsch „Mäppchen“) alle benötigten Stifte da sind, ob Ersatzpatronen da sind, ob das Lineal da ist usw.

Görls: Um schneller im Unterricht voranzukommen wahrscheinlich?

Nicole: Ja genau. Erst mal hat das den Ordnungssinn geschult – auch wenn das sicherlich auch nicht bei jedem Schüler gefruchtet hat – und man konnte sich besser auf den Unterricht konzentrieren.

Görls: Die Lehrer standen auch unter Druck, Erfolg in ihren Klassen zu haben. Stimmt das?

Nicole: Ja, es wurde nicht gerne gesehen, wenn ein Schüler sitzen geblieben ist. Das warf ein schlechtes Licht auf den Lehrer. Wie überall in der Planwirtschaft der DDR hatten auch die Lehrer ihre Vorgaben, die sie zu erfüllen hatten. Statt ein Kind die Klasse wiederholen zu lassen – was in vielen Fällen einfach besser gewesen wäre – wurde es oft doch versetzt.

Görls: Erzähl noch mal über Eure Schulfächer!

Nicole: Unsere Klassenlehrerin ist manchmal mit uns rausgegangen und hat uns z.B. die Getreidesorten am Feld

erklärt. Wie man Gerste, Roggen und Weizen voneinander unterscheidet und wie Hafer aussieht. Frag mal einen Schüler hier im Westen nach den heimischen Getreidesorten und wie sie aussehen, bisher konnte mir keiner diese Frage beantworten. Das ist z.B. wieder so ein Unterschied zwischen West und Ost. Bei der Gelegenheit hat sie uns auch erklärt, welcher Vogel über uns geflogen ist usw. Ich glaube, das war auch in der DDR eine Ausnahme. Wir hatten einfach das Glück, eine super Lehrerin zu haben.

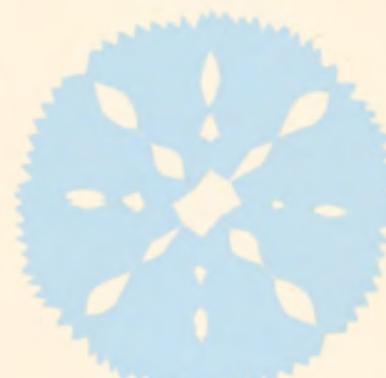
Ansonsten hatten wir neben den üblichen Fächern wie Mathematik, Musik, Zeichnen und Sport auch noch Werkunterricht (an dem haben Mädels und Jungs teilgenommen, es gab keine Geschlechtertrennung) und Schulgarten. Wir hatten wirklich einen eigenen Garten, den wir bewirtschaftet haben. So richtig mit Beeten anlegen, Samen setzen, gießen usw.

Görls: Nach Deinen Noten im Zeugnis warst Du eine richtige Musterschülerin.

Nicole: Kann man so sagen. Ich wurde allerdings erst im Westen als Streberin angesehen, das war neu für mich. Im Osten empfand ich es als normal, gut sein zu wollen.

Görls: Im 1. Schuljahr hast du sogar eine Urkunde des Ministers und ein Buch bekommen, war das was Besonderes?

Nicole: Ja, diese Auszeichnung gab es für „sehr gute“ Lernergebnisse.



Görls: Du hast mal eine Anekdote über Deine Lehrerin erzählt. Wie war das noch mal?

Nicole: Wir sind mit der Klasse wie jeden Tag in Zweierreihen durch den Ort zur Schulkantine gelaufen (die war nicht in der Schule mit drin) und ich habe mich dabei mit meinen Mitschülern darüber unterhalten, was ich gestern im ZDF gesehen hatte. Wir haben alle Westfernsehen empfangen und es hat auch jeder geguckt. Lieber als Ostfernsehen, da gab es nur ein paar Kindersendungen, die wirklich toll waren (z.B. das Sandmännchen, das es heute immer noch im Kika gibt oder in den Ferien gab es immer die Märchenstunde). Ich habe dabei ausdrücklich betont, dass das ZDF sowieso mein Lieblingssender sei. Das hat meine Lehrerin mitbekommen und nur zu mir gesagt: „Du bist ja doof“ (lach).

Görls: Was aus dem Bildungssystem hätte man Deiner Meinung nach übernehmen können?

Nicole: Das Abitur in 12 Jahren hat es in der DDR auch gegeben und es hat wunderbar funktioniert. Hier regen sich die Leute darüber auf. Der Unterschied liegt aber vielleicht darin, dass die Schüler in der DDR disziplinierter waren, der Lehrer war immer noch eine Respektsperson. Da wurde weder mit dem Lehrer diskutiert noch mitten in der Stunde aufgestanden, um sich den Bleistift zu spitzen. Das Material hatte vor Beginn einsatzbereit zu sein und es hatte Ersatz da zu sein. Wenn also ein Stift während des Unterrichts abgenutzt wurde, nahm man den zweiten, den man dabei hatte. Solche Dinge haben meiner Meinung nach dazu beigetragen, dass die Schüler sich mehr auf den Unterricht konzentriert haben. Wir haben im Osten schneller und effektiver gelernt, würde ich sagen. Das hat man daran gemerkt, wie ich von der 5. Klasse Ost in die 6. Klasse West kam. Den meisten Lernstoff kannte ich schon, weil wir die Dinge bereits im Osten durchgenommen hatten. Ich hatte in West-Berlin mit den für mich schlechtesten Noten das beste Zeugnis der Klasse.



Abbildungen: privat

Schulsystem BRD / DDR

Bianka hat mit uns über ihre Schulzeit in Thüringen gesprochen. Ihr Elternhaus war christlich orientiert. Doch sie ist zum Abitur zugelassen worden. Heute ist Bianka Luther Physiklehrerin an einer Gesamtschule in Hessen.

Görls: Welche Voraussetzungen mussten erfüllt sein, um zum Abitur zugelassen zu werden?

Bianka: An erster Stelle standen die Noten, als zweites wurden Arbeiterkinder bevorzugt, an dritter Stelle war die politische Orientierung der Schüler und des Elternhauses. Es gab Beschränkungen aufgrund eines eventuellen kirchlichen Engagements, was sogar ein Ausschlusskriterium war. Waren die Eltern dagegen in der Partei, so wurde das bei der Zulassung positiv berücksichtigt. Man brauchte einen Notendurchschnitt zwischen 1,5 und 1,2 in der 10. Klasse. Soweit mir bekannt ist, wurden nur ca. 5% der Schüler überhaupt zum Abitur zugelassen.

Görls: Dein Elternhaus war christlich orientiert, trotzdem bist Du für die EOS zugelassen worden, wie kam das?

Bianka: Ich war aber wie alle Mitschüler bei den Pionieren und in der FDJ. Und ich hatte das Glück, dass meine Schulleiterin von mir überzeugt war. Sie schrieb eine Empfehlung, dass es gut wäre, wenn ich das Abitur machen könnte. Zum einen aufgrund meines Notenschnitts und zum anderen, weil ich mich trotz meines christlichen Hintergrundes engagierte, mich für den Staat einsetzte, mich nicht abgrenzte, dass ich in der FDJ mitarbeitete; außerdem würde doch die DDR auch für Meinungsfreiheit stehen; man müsste ja auch die Minderheit der Christen fördern und dafür wäre ich doch ein gutes Beispiel. Auf diese Weise bekam ich dann die Zulassung zum Abitur.

Görls: Wie groß waren die Klassen in der Regel?

Bianka: In der Regel hatten sie zwischen 24 und 28 Schüler und es gab mehrere Parallelklassen. In unserem Ort gab es auf der einen Straßenseite eine Schule mit 4 Klassen und auf der anderen nochmals eine mit 6 Klassen. Der Unterricht war vollkommen einheitlich, der Stoff war zentral vorgegeben.

BRD (Hessen)			
Besondere Schulfächer: 1. Fremdsprache: meist Englisch, gelegentlich Französisch; Sozialkunde/ Gemeinschaftskunde (von Lehrern gehalten)			
Schulferien: 2 Wochen im Winter, 2 Wochen im Frühling, 6 Wochen im Sommer, 2 Wochen im Herbst			
Schulnoten: Klasse 1+2: keine, ab Klasse 3: 1-6, in der gymnasialen Oberstufe: 0-15 Punkte			
Berufliche Ausbildung	Fachoberschulen	Berufs- und Fachgymnasien	Berufsbildende Schulen
	Abschluss: Fachhochschulreife	Abschluss: Abitur	
	Fachhochschule Studium	Universität Studium	Universitätsstudium oder jede andere berufliche Ausbildung
Hauptschule Alter: bis 15/16 Klasse: 5-9 Abschluss: Hauptschulabschluss	Realschule Alter: bis 16/17 Klasse: 5-10 Abschluss: Mittlere Reife	Gymnasium Alter: bis 18/19 Klasse: 5-12/13 Ziel: Qualifikation für Studium Abschluss: Abitur 5-10: Klassenunterricht 11-13: Kursunterricht	Gesamtschule Alter: je nach Abschluss Kooperative GS: alle Schulabschlüsse können in nach Leistung getrennten Klassen erworben werden; Integrative GS: Schüler werden in gemischten Gruppen unterrichtet
Grundschule (Primarstufe) Alter: bis 10/11 Jahre Klasse: 1-4 (in einigen Bundesländern 1-6)			
Kindergarten Alter: bis 6/7 Jahre – Freiwillig			
Kinderkrippe (erst ab den 80ern durch die Kinderladenbewegung) Alter: bis 3 Jahre – Freiwillig			

Tabelle: Sarah Kirschmann

Geprüft wurden wir alle am gleichen Tag mit den gleichen Examensaufgaben.

Görls: Wo liegen die Vor- bzw. Nachteile des Zentralabiturs?

Bianka: Durch das Zentralabitur sollen alle das gleiche Bildungsniveau erreichen. In der DDR war das schon immer so, mit dem einen Unterschied zum hessischen Zentralabitur, dass dort auch zentral korrigiert wurde. Nach der Wende wurden ja viele Systeme der DDR umgeformt oder abgeschafft, wobei doch vieles vernünftig war. Mit dem Zentralabitur kommt man ja nun wieder zum DDR-System zurück.

Görls: Worin bestand der polytechnische Unterricht?

Bianka: In der polytechnischen Ausbildung hatten wir einmal in der Woche praktischen Unterricht und wurden auf technische Berufe vorbereitet, wie Technisches Zeichnen oder den Umgang mit Maschinen. Wir haben wirklich in einer Maschinenhalle gestanden und gearbeitet und auch Dinge in größeren Mengen produziert, die hinterher benutzt wurden. Es war dort relativ entspannt, wie hier vielleicht beim Werkunterricht. Uns wurde zwar gesagt, wie viel wir erreichen sollten, aber das war machbar. In den polytechnischen Fächern wurden Theorie und Praxis zu je 50% bewertet. Die

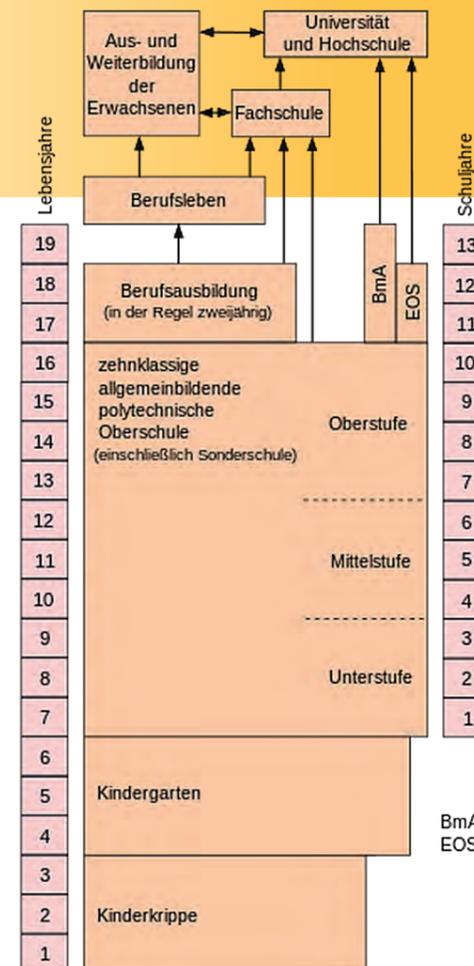


Abbildung: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Mai 1989

Struktur des Schulsystems in der DDR (vereinfachte Darstellung)

Bildungswege in der DDR			
Möglichkeiten	Plan	Wünsche	
Facharbeiter	75%	1033	982
Erweiterte Oberschule (EOS) 10%	138	118	
Beruf mit Abitur	5%	69	135
medizinische Fachschule	7%	96	83
pädagogische Fachschule	2,5%	34	47

Wunsch und Wirklichkeit der Bildungswege. Hier die Angaben für Stadt und Kreis Leipzig 1988

Fächer liefen übrigens unter der Bezeichnung „Einführung in die Sozialistische Produktion (ESP)“.

Görls: War das Schulfach Staatsbürgerkunde so ähnlich wie heute Gemeinschaftslehre oder PoWi?

Bianka: Prinzipiell könnte man das vergleichen, aber die Idee dahinter ist jeweils eine andere. In Gemeinschaftskunde lernt man System und Wesen der Demokratie kennen, während es bei der Staatsbürgerkunde der DDR darum ging, die Schüler „auf Linie“ zu bringen, d.h. auszurichten auf die Ideologie des Sozialismus. Wir haben die Theorien von Marx und Engels gelesen, über 5-Jahres-Pläne, die Partei und darüber, was so toll und besonders an „unserer Staatsform“ sei.

Görls: Hattest du das Fach Astronomie? Ich habe gelesen, dass sich die Schüler aus globaler und kosmischer Sicht mit den Problemen der Menschheit beschäftigten. Wie ist das zu verstehen?

Bianka: Das war wahrscheinlich Auslegungssache des Lehrers. Wir hatten einen Lehrer, der auch Physiklehrer war, durch den wir ganz einfach über Himmel und Sterne lernten. Wir nannten das Sternkunde. Wir gingen auch nachts los und untersuchten mit unseren Sternkarten den Himmel.



Abbildung: privat

Pioniersein in der DDR



Mit der Einschulung nach den Sommerferien jeweils zum 1. September warb die Pionierorganisation um die Abc-Schützen. Für die jungen Schüler war es in der Regel ein großer Moment, wenn das Pioniersversprechen abgelegt wurde. Ein Leben als Pionier war für die Schüler und Schülerinnen in der DDR der Beginn der sozialistischen Erziehung – die Pionier-Aktivitäten nach dem Unterricht waren Freizeitgestaltung im Klassenverband.

Thälmann Pionierorganisation

Sie war eine Unterorganisation der FDJ, der Freien deutschen Jugend. Die Ernst-Thälmann-Pionierorganisation für 6- bis 14-jährige Schüler wurde 1948 gegründet und 1952 benannt nach Ernst Thälmann. Er war der Vorsitzende der KPD und wurde 1933 mit 47 Jahren von den Nazis verhaftet und nach 11 Jahren Haft von SS-Männern vermutlich ermordet.

Jungpionier für Kinder ab 6 Jahren

Jungpioniere wurden Kinder mit der Einschulung im Alter von 6 Jahren. Es gab eine feierliche Zeremonie in der Schule, die Kinder bekamen das blaue Halstuch umgelegt und das Pionierkäppi. Sie legten ein Versprechen ab: „Ich verspreche ein guter Jungpionier zu sein. Ich will nach den Geboten...“

Thälmann Pionier für Kinder ab 9 Jahren

Ab der 4. Klasse wurde aus dem blauen ein rotes Tuch und aus dem Jungpionier ein Thälmann-Pionier.

Aktivitäten – die Pioniernachmittage

Pioniere hatten viele Aufgaben und Ämter. Sie aktualisierten die Wandzeitung oder übernahmen soziale Aufgaben in und außerhalb der Schule. Sie begleiteten Hilfsbedürftige zur Straßenbahn, holten für ältere Personen Kohlen aus dem Keller, halfen bei schweren Tätigkeiten. Im Rahmen der Politik der Völkerverständigung mit den sozialistischen Bruderstaaten sammelten sie für die Kinder in Vietnam. Aber das Leben bei den Pionieren bestand nicht nur aus Pflichten. An Pioniernachmittagen wurde gebastelt, gespielt und Sport getrieben – eben alles, was Kindern Spaß macht.

Gruppenrat

Die Mitglieder der Pionierorganisation einer Klasse wählten einen Gruppenrat, der aus Gruppenratsvorsitzendem, Stellvertreter, Schriftführer, Kassierer bestand. Der Gruppenrat hielt Kontakt mit dem Klassenlehrer und übernahm eine ähnliche Funktion wie in der BRD ein Klassensprecher und sein Stellvertreter/in.

Recyclen im Klassenverband

Eine verbreitete Aktivität für die Schüler am wöchentlichen Pioniernachmittag war Altstoffsammlung. Sie zogen mit einem Handwagen von Tür zu Tür und klingelten bei den Haushalten, die ihre noch verwertbaren Rohstoffe meist nicht wegwarfen, sondern den sammelnden Kindern überließen, die sich damit ein Taschengeld verdienten. SERO-Aannahmestellen des VEB Kombinars waren Recyclingstellen für Flaschen, Gläser, Altpapier und gebrauchte Kleider. SERO heißt Sekundärrohstoff-Sammlung. Die Pionierorganisation Ernst Thälmann organisierte große Altstoffsammlungen, auch um Geld für Hilfsaktionen zu sammeln.

Elin Wagner

Abbildungen: privat

Erinnerungen an ihre Pionierzeit von Nicole Langer

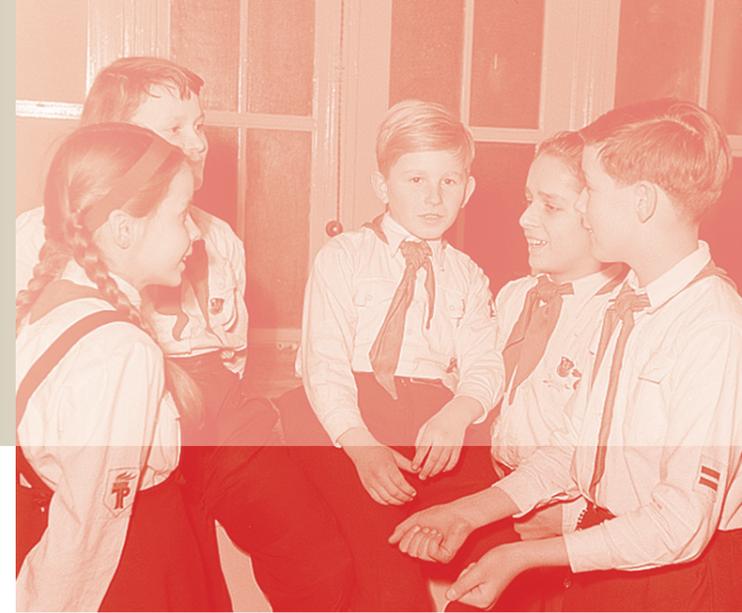
Görls: Wie sind Deine Erinnerung an Deine Pionierzeit?

Nicole: An Pioniernachmittagen hat sich die Klasse getroffen wir haben zusammen was gebastelt oder z.B. die Patenbrigade besucht. Jede Klasse hatte eine Arbeitergruppe: eine „Patenbrigade“ z.B. in einer Fabrik, die wir besucht haben oder die uns besucht hat. Da konnten wir uns über deren Arbeit informieren. Diese Brigade hat bei uns von Jahr zu Jahr gewechselt.

Bei den Pioniernachmittagen war mindestens ein Lehrer anwesend, der das Ganze koordiniert hat. Außerdem haben wir viel Gemeinnütziges gemacht wie Altpapier und Altglas bei den Bewohnern im Dorf gesammelt. Die Sammlungen haben wir in Eigeninitiative gemacht. Meistens sind 2-3 Leute aus der Klasse zusammen losgezogen mit dem Bollerwagen und haben an jeder Tür im Dorf geklingelt und dann eben nach Altpapier / Altglas gefragt. Das wurde dann an einer Sammelstelle abgegeben und das gab dann ein paar Mark für die Klassenkasse.

Wir haben auch jedes Jahr Eicheln und Kastanien gesammelt, die beim Förster abgegeben wurden, und die er dann im Winter an die Tiere im Wald verfüttert hat. Da wurde ein richtiger Wettbewerb draus gemacht, der auch in der Klasse offiziell dokumentiert wurde. Man kannte schon die besonders „ergiebigen“ Bäume in der Umgebung und hat eimerweise Eicheln und Kastanien in die Schule geschleppt.

Das ist wohl gemerkt NACH der Schule gemacht worden und nicht während des Unterrichts. Das könnte man sich hier gar nicht vorstellen. Ich habe das als Kind nicht mal als störend empfunden, kann mir aber vorstellen, dass sich die Interessen dahingehend als Teenie sicherlich auch geändert hätten.



Ein Pionier mit zwei Streifen am Ärmel des Pionierhemdes war Gruppenratsvorsitzender oder Freundschaftsratsmitglied. Foto: Deutsche Fotothek, Roger Rössing, df roe-neg 0006394 017, CC BY-SA 3.0

Görls: Wie war das mit dem Morgenappell in der Schule?

Nicole: Beim Fahnenappell haben sich alle Klassen auf dem Schulhof aufgestellt und einen Gruß gesprochen. Die Schulleitung hat meistens ein paar Worte verloren und dann wurde sozialistisch begrüßt: Bei den Pionieren bis Klasse 7 sprach jemand von der Schulleitung: „Für Frieden und Sozialismus seid bereit!“ Und wir Schüler haben daraufhin die rechte Hand auf den Kopf aufgestellt mit dem Daumen nach unten und der Handkante nach oben und geantwortet: „Immer bereit!“

Bei den älteren Klassen, so ab der 8. Klasse, hieß es beim Appell von der Schulleitung nur: „Freundschaft!“ und die Schüler haben auch mit „Freundschaft“ geantwortet. Der „Kleine Appell“ war in jeder Klasse abzuhalten. In dem Alter war man dann nicht mehr Pionier, sondern Mitglied der FDJ („Freie Deutsche Jugend“). Die Mitgliedschaft war zwar auch freiwillig, aber sie wurde ebenso erwartet wie bei den Pionieren.

Görls: Musstet Ihr diese Pionieruniform jeden Tag tragen?

Nicole: Nein, nur zu bestimmten Anlässen. Sonst sind wir mit ganz normalen Klamotten zur Schule gegangen.





Das Instrument Jugend

Die Jugendpolitik der SED hatte als Leitbild hohe Werte und Anforderungen.

Jugendgesetz der DDR

Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik vom 28.1.1974, §1, Abs. 2, aufgehoben durch Einigungsvertrag vom 31.8.1990 (BGBl II S. 889):

„Alle jungen Menschen sollen sich durch sozialistische Arbeitseinstellung und solides Wissen und Können auszeichnen, hohe moralische und kulturelle Werte ihr eigen nennen und aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben, an der Leitung von Staat und Gesellschaft teilnehmen. Ihr Streben, sich den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, anzueignen und sich offensiv mit der imperialistischen Ideologie auseinanderzusetzen, wird allseitig gefördert. Die jungen Menschen sollen sich durch Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewusstsein und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsbewusstes Verhalten zum anderen Geschlecht auszeichnen. Sie sollen sich gesund und leistungsfähig halten.“

Durch diesen Paragraphen des Jugendgesetzes der DDR wird deutlich, welches Bild eines Heranwachsenden die damalige Regierung als wünschenswert empfand und charakterisiert das Musterbeispiel, welchem die Jugend im DDR-Staat nach den Vorstellungen der SED entsprechen sollte. Der Jugend wurde in politischer Hinsicht die besondere Rolle zugeordnet: Als Garant des Sozialismus für die Zukunft. So ergab sich die Aufgabe, möglichst früh die jungen Menschen in das bestehende politische und gesellschaftliche System des Sozialismus einzugliedern und eine bestmögliche Identifikation der Jugendlichen mit ihrem Staat zu schaffen. Hauptsächlich sollte die Jugendpolitik eine erzieherische Rolle für junge Menschen haben und orientierte sich am Leitbild der „sozialistischen Persönlichkeit“. Deutlich formuliert: Der individuellen Entwicklung jugendlicher Menschen wurde in der DDR ein Platz eingeräumt, jedoch nur innerhalb der Zielsetzung des sozialistischen Staates. Wenn sie den Anforderungen und Normen der sozialistischen Arbeitsmoral nicht entsprachen, dann versuchte man verschiedene Maßnahmen anzuwenden, die sie zur „sozialen Einbindung“ führen sollten.

Kritische Äußerungen gegenüber der Verfassung der DDR konnten als kriminell eingestuft werden, beispielsweise war es ein Straftatbestand, nicht arbeiten zu gehen. Wer nicht systemgetreu war, wurde unter Beobachtung gestellt und der berufliche Werdegang wurde erschwert. Wer öffentliche Meinungsbekundungen oder beispielsweise ein Flugblatt

erstellte und verteilte, bekam die Härte des Gesetzes zu spüren. Das Motto des Staates war: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“

Alle Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse besuchten die so genannte Polytechnische Oberschule (POS). Welchen weiteren Lebensweg Schüler nach der 10. Klasse einschlugen, entschieden in erster Linie nicht alleine ihre Leistungen. Wer zum Abitur und zum Studium zugelassen werden wollte, musste strenge Kriterien erfüllen. Neben den Noten, wurde vor allem nach gesellschaftlich-politischen Aktivitäten in der FDJ sowie nach Klassenzugehörigkeit der Eltern bestimmt.

Besonders interessant finde ich das Kriterium der Zugehörigkeit der Eltern zur Arbeiterklasse. Demnach existierten für Kinder der sogenannten Werktätigen bei gleichem Leistungsstand – zum Beispiel gleichem Notenschnitt – bessere Chancen, für die EOS zugelassen zu werden, als für Kinder von Akademikern. Der Staat wollte somit eine ‚Kastenbildung‘ vermeiden (Anm. der Red.: d.h., dass Kinder von Ärzten selbst Ärzte werden und Kinder von Rechtsanwälten wieder Rechtsanwälte werden.). Kinder von studierten Eltern hatten daher einen schwierigeren Bildungsweg vor sich. Die Mehrzahl entschied sich für Beruf mit Abitur, absolvierte zuerst eine Facharbeiterausbildung und integrierte parallel das Abitur. Dies dauerte 3 Jahre.

Die Maßnahmen der Jugendpolitik sorgten für die Entstehung einer qualifizierten Facharbeiterschaft und für eine Verbesserung des Bildungsniveaus. Vor allem hatten nun auch Frauen gute Chancen, berufliche Erfolge zu erzielen und konnten endlich in Männerberufen arbeiten. Jedoch waren die zu wählenden Berufe am Bedarf orientiert und nicht alle erhielten die Chance, ihren Beruf ganz frei zu wählen.

Die Berufsvorbereitungen in den Schulen orientierten sich bewusst am lokalen Stellenbedarf, hauptsächlich in Industrie, Landwirtschaft und Bauwirtschaft. Für den Teil der Jugendlichen, der die Schule ohne regulären Abschluss der zehnjährigen Pflichtschule verließ, was ca. 15 % ausmachte, waren Berufe vorgesehen, für die keine speziellen schulischen oder beruflichen Leistungen erforderlich waren. So wollte die Regierung sichern, dass alle Menschen Arbeit erlangten und eine ihrer Qualifikation entsprechende Chance erhielten.

In der Erziehung verfolgte man eine zielgerichtete, kritische Auseinandersetzung mit dem „Klassengegner“, dem Westen. So sollte ein mögliches Sympathisieren mit dem Westen verhindert werden, da viele Jugendliche begonnen hatten, die politischen Zielsetzungen der DDR mit denen des Westens zu vergleichen. Dazu diente die FDJ als einzige von der SED anerkannte Jugendorganisation. Die FDJ hatte ein hohes Maß an Einfluss. Sie sollte die Erziehung zu „klassenbewussten Sozialisten“ vornehmen und die Jugend für den Ausbau des Sozialismus begeistern. Durch die Zielsetzung der Jugendpolitik war der politische Druck auf die Jugend besonders hoch, da Leistungsnachweise, Berufsausbildung und Studium an das politische Engagement gekoppelt waren. Zusätzlich plante die FDJ attraktive Freizeitangebote für ihre Mitglieder, beispielsweise Ausflüge in das „sozialistische Ausland“. Obwohl die DDR durch Kontrolle und Überwachung einen enormen Machtapparat aufbaute, gelang es nicht, ihre Bürger und vor allem die Jugendlichen langfristig für den Sozialismus zu begeistern.

von Sarah Hain



Abbildungen: privat

Gemeinsamkeiten und Differenzen:

Was heute denunziatorisch klingt, war damals in der DDR Programm. Es gab keinen Geheimplan, die Jugend für den Sozialismus zu begeistern, damit sie später die Gestaltung und Fortentwicklung des sozialistischen Staates übernehmen würden. Das war in der Gesellschaftsordnung der DDR genau so selbstverständlich wie in der Gesellschaft der BRD der Individualismus gefördert wird. Ohne ideologische Richtlinien, wonach die Jugend sich verhalten sollte. Von der Jugend wird lediglich erwartet, dass sie sich als gute Konsumenten verhalten und die Leistung aufbringen, damit sie sich in den Kampf um die immer knapper werdenden Arbeitsplätze durchsetzen können. Das ist systemkonform, genauso wie es in der DDR systemkonform war.

von Veronika Hilmer

Literatur:
 - Der Neue Brockhaus, Lexikon und Wörterbuch, Erster Band, F.A. Brockhaus Wiesbaden
 - Prof. Dr. Alexander Fischer, Die Deutsche Demokratische Republik Daten Fakten Analysen, Ploetz
 - Hans-Hermann Hertle, Stefan Wolle, Damals in der DDR, der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, Goldmann Verlag, erste Auflage 2006
 - Helga Schultz, Hans-J. Wagener (Hg.), Die DDR im Rückblick, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Ch. Links
 - Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, erweiterte Neuausgabe, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1985

Quellen:
 Gerald Syring in www.planet-schule.de/wissenspool/alltag-in-der-ddr/inhalt/hintergrund/jugend.html
www.planet-wissen.de/politik_geschichte/ddr/jugend_in_der_ddr/index.jsp, 26.04.10
 Peter Barowsky in www.bpb.de/publikationen/08848277605002510500926090697269_5_0_Die_DDR_in_den_sechziger_Jahren.html, 26.04.10

Redliche Arbeit,
Fleiß und Initiative
sind die Bausteine
für das Wohl und Glück
des Volkes,
für Sicherheit und Frieden.



Jugendweihe

„Jugendweihe ist so was wie Konfirmation! Das gab es in der DDR“, sagen die meisten Leute aus den westlichen Bundesländern. Die wenigsten wissen, dass der Brauch der „Jugendweihe“ mehr als 150 Jahre alt ist.

Der Begriff „Jugendweihe“ tauchte erstmals 1852 auf und geht auf einen Vorschlag von Eduard Baltzer zurück. Baltzer war Demokrat, evangelischer Theologe sowie erster Präsident des Bundes freireligiöser Gemeinden Deutschlands. Die freigeistigen Bewegungen hatten Jugendweihen als Gegenmodell zu katholischen und evangelischen Zeremonien eingeführt. Seiner Meinung nach sollte sich die Abkehr von den Amtskirchen auch in der Bezeichnung verdeutlichen. Vorher hießen auch die außerkirchlichen Feiern Konfirmation.

Die Jugendweihe ist eine festliche Initiation, die den Übergang vom Jugend- ins Erwachsenenalter kennzeichnen soll.

Im 19. Jahrhundert als Ersatz für kirchliche Rituale eingeführt, war die Jugendweihe bei vielen Arbeiterbewegungen üblich.

In der DDR wurde die Jugendweihe im März 1954 vom Politbüro der SED beschlossen. Ab 1955 fanden die ersten Jugendweihen statt. Jeder Jugendliche konnte am Ende des 8. Schuljahres mit Zustimmung seiner Eltern an der Jugendweihe teilnehmen. Mit 14 Jahren feierten somit die meisten DDR-Teenies die Jugendweihe.

In der Regel ging ihr ein politisch-ethischer Unterricht voraus: Es gab speziellen Unterricht, in dem die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftssystems erläutert wurde. Die Zeremonie baute auf dem feierlichen Gelöbnis auf, sich für die Sache des Sozialismus einzusetzen, den Bruderbund mit der Sowjetunion zu vertiefen, im Geiste des proletarischen Internationalismus zu kämpfen, den Frieden zu schützen sowie den Sozialismus gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen.

Zur Feier selbst gehörte ein Festprogramm mit Musik, einer Ansprache, der Überreichung einer Urkunde sowie dem Gelöbnis. Ähnlich wie bei der Kommunion oder Konfirmation in der BRD erwarteten die Jugendlichen auch Geschenke von ihrer Verwandtschaft.

Nach der Wiedervereinigung konnte und kann weiterhin die Jugendweihe empfangen werden, jedoch ohne Gelöbnis.

recherchiert und zusammengefasst von Veronika Hilmer



Festakt einer Jugendweihe im März 1989 in Berlin-Lichtenberg.
Foto: Bundesarchiv 183-1989-0325-009, Robert Roeske, CC BY-SA 3.0



Abbildungen: privat

Zitat aus „Meine Jugendweihe“, Teilnehmerheft 1989/1990

„Was will die Jugendweihe?
Die Jugendweihe will an der Seite der Schule und im engen Zusammenwirken mit der FDJ für euch ein zuverlässiger und wertvoller Gefährte auf dem Weg zum aktiven Staatsbürger sein. Am Ende der Kindheit und am Beginn eures Jugendalters hilft euch die Jugendweihe viele Fragen nach dem Sinn des Lebens in der heutigen Zeit zu beantworten. Durch die Jugendweihe lernt ihr auch besser verstehen, dass dem Sozialismus auf der ganzen Welt gesetzmäßig die Zukunft gehört.“



Abbildung: privat



Die Freie Deutsche Jugend

Gesellschaftliche Arbeit in der FDJ, Arbeitseinsätze, vielfältige kulturelle Angebote, Zeltlager, Weltfestspiele, das prägte die Jugendzeit in der DDR.

Ziele und Aufgaben der Freien Deutschen Jugend

„Die Freie Deutsche Jugend ist die einheitliche sozialistische Massenorganisation der Deutschen Demokratischen Republik. Sie vereint auf freiwilliger Grundlage in ihren Reihen junge Menschen, die gemeinsam mit allen Werktätigen die entwickelte sozialistische Gesellschaft weiter gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus schaffen. Sie verkörpert die politische Einheit der jungen Generation der DDR. Die in ihr organisierte Arbeiterjugend bildet den Kern der Freien Deutschen Jugend.

Die Freie Deutsche Jugend arbeitet unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und betrachtet sich als deren aktiver Helfer und Kampfreserve. Grundlage für die gesamte Tätigkeit sind das Programm und die Beschlüsse der SED.“

Auszugsweise aus: Statut der Freien Deutschen Jugend, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ, über Verlag Junge Welt.



Foto: Oriella Bazzica

Der Begriff FDJ wird in der Regel direkt mit der DDR in Verbindung gebracht, obwohl sie im westlichen Teil von Deutschland, direkt nach dem 2. Weltkrieg, geboren wurde. Das Thema „Frieden“ hatte sie sich auf die Fahnen geschrieben. Die FDJ ist ein sozialistischer Jugendverband.

In Ostdeutschland wurde am 7. März 1946 mit Erlaubnis der Sowjetischen Militäradministration SMAD in Berlin die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) als „überparteiliche, demokratische und einheitliche“ Jugendorganisation gegründet.

Ihre wichtigsten Ziele beschrieb die FDJ in Ost und West so: Ein neues demokratisches Deutschland aufbauen, ohne Faschismus, ohne Militarismus und ohne Monopole, mit garantierten sozialen Rechten für Kinder und Jugendliche.

1950 gab es in der BRD 30.000 Mitglieder, vor allem in der Gewerkschaftsjugend. Die FDJ kämpfte in der BRD gegen die Wiederbewaffnung und Einführung der Bundeswehr. Im Juni 1951 wurde die FDJ von der Adenauer-Regierung verboten und viele Jugendliche mussten wegen ihres Friedenskampfes ins Gefängnis. Das Verbot ist bis heute nicht aufgehoben. Bei einer Friedensdemonstration in Essen wurde 1952 der 21-jährige FDJler Philipp Müller von der Polizei erschossen. In der DDR war die FDJ die einzige staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation. Sie übernahm die politischen Ziele wie im SED Parteiprogramm festgeschrieben und war Teil eines parallelen Erziehungssystems zur Schule. Die FDJ hatte die Leitung der Pionierorganisation Ernst Thälmann. Nach der Jugendweihe, in der Regel mit 14 Jahren, traten Jugendliche in die Jugendorganisation ein. Die Schüler bekamen einen Ausweis und zahlten einen Mitgliedsbeitrag von 10 Pfennig monatlich. Das Kleidungsstück des FDJlers war das blaue Hemd („Blauhemd“) mit dem Emblem auf dem rechten Oberarm. Zu besonderen Anlässen wurde die blaue Fahne mit dem FDJ-Emblem gehisst. Der FDJ-Gruß lautete „Freundschaft!“. Der erste Vorsitzende der FDJ war von 1946 bis 1955 Erich Honecker.

Die FDJ unterhielt Klub- und Kulturhäuser, ein Reisebüro namens „Jugendtourist“ und auch einen Verlag, in dem alle Kinder und Jugendzeitschriften der DDR erschienen. Außerdem veranstaltete die FDJ die meisten Discos und Freizeitveranstaltungen und hatte Einfluss auf das Jugendfernsehen der DDR.



Die FDJ war Herausgeber der auflagenstärksten Tageszeitung der DDR, die „Junge Welt“, 1947 gegründet, erschien wöchentlich, später 6 x die Woche und führte den Untertitel „das Zentralorgan der FDJ“. Nach 1990 wurde die „Junge Welt“ privatisiert und ist heute eine überregionale linksgerichtete deutsche Tageszeitung.

Aktuell hat die FDJ über rund 200 Mitglieder, mit Gruppen in einigen Großstädten. Die FDJ kritisiert die Wiedervereinigung als „Annexion der DDR“ und fordert die Gründung eines sozialistischen Staates nach dem Vorbild der DDR. Die FDJ kooperiert mit der 1990 neu gegründeten KPD.

recherchiert von Veronika Hilmer

Quelle: Wikipedia
bio.bwbs.de/bwbs_biografie/Gruendung_der_Freien_Deutsche_Jugend_B1274.html
www.ddr-geschichte.de/Bildung/Schule/FDJ/fdj.php / www.fdj.de / www.jungewelt.de
www.chronikderwende.de/lexikon/glossar / Statut der Freien Deutschen Jugend
Abbildungen: privat



Wehrerziehung und Wehrkundeunterricht in der Schule

Wehrkunde war ab 1978 ein Unterrichtsfach – die Teilnahme war verpflichtend, aber unbenotet. Auf die Wehrerziehung wurde besonderen Wert gelegt, denn jeder sollte wissen, wie wichtig die Armee zur Verteidigung der Heimat war. Jeder musste selbst einen Beitrag zum Schutz vor den Imperialisten leisten.

Nachdem bis Anfang der 70er Jahre in den anderen Staaten des Warschauer Pakts ein reguläres wehrpolitisches Unterrichtsfach an den allgemeinbildenden Schulen eingeführt worden war, forderte 1973 eine Studie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR erstmals die Einrichtung eines entsprechenden Faches auch in der DDR. 1978 begann dann das reguläre, jedoch unbenotete Unterrichtsfach zunächst für die 9. Klassen, ein Jahr später für die 10. Klassen

Die Teilnahme am Wehrunterricht war im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich. Nachdem die Einführung des Faches im Frühjahr 1978 bekannt geworden war, protestierten bereits vor dem Beginn des Unterrichts im Juni 1978 die Evangelische und auch die Katholische Kirche dagegen.

Inhalte des Wehrkundeunterrichts

Es wurde militärisches und politisches Grundlagenwissen über die Nationale Volksarmee (NVA) vermittelt. Vier Doppelstunden im Blockunterricht pro Schuljahr wurden von NVA-Offizieren der Reserve in Uniform abgehalten. Bestandteil des Wehrunterrichts war am Ende der 9. Klasse ein zweiwöchiges Wehrlager. Die Mädchen und die Jungen, die nicht in das Wehrlager fuhren, nahmen an einem Lehrgang für Zivilverteidigung teil. Den Abschluss des Wehrunterrichts bildeten in den Winterferien der 10. Klasse drei so genannte „Tage der Wehrbereitschaft“.

Wehrlager

Die Ausbildung und Betreuung übernahmen auch hier Offiziersschüler und NVA-Offiziere der Reserve. Sie fand meist in Kinderferienlagern statt, es wurden

Erinnerungen an ihre Wehrerziehung von Bianka

Anlagen und Ausrüstungsgegenstände der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und der NVA genutzt, die Schüler trugen dabei Uniformen der GST.

Bestandteil der Ausbildung war an insgesamt zwölf Ausbildungstagen je acht Stunden: Bewegungen und Orientieren im Gelände, Übungen mit Gasmasken, Ausdauerläufe, teils auch Überwinden der Sturmbahn sowie Schießübungen und das Training im Handgranatenwurf („F1“-Handgranatenattrappe). Dazu kamen Ordnungsübungen („Exerzieren“) sowie militärtheoretischer und politischer Unterricht, der von Armeeangehörigen durchgeführt wurde. Zwischen den Klassen wurden Wettbewerbe um die „besten“ Ausbildungsergebnisse veranstaltet.

Lehrgang für Zivilverteidigung

Der Lehrgang umfasste eine Ausbildung in Erster Hilfe und Evakuierungsmaßnahmen, die meistens in der Schule stattfand. Sie dauerte ebenfalls zwölf Tage, zu jeweils sechs Stunden. Dies betraf in den ersten Jahren nach Einführung des Wehrunterrichts einen Großteil der Jungen, da es noch nicht genügend Plätze für alle Jungen gab, später waren dies nur noch sehr wenige.

Mit der Wende 1989 gab es keine Wehrlager mehr, die frei gewählte Volkskammer schaffte den Wehrunterricht und das Schulfach Staatsbürgerkunde im Mai 1990 offiziell ab.

Görls: Was sind deine Erinnerungen an die „Lager“?

Bianka: Die „Lager“ gehörten zum Wehrkunde-Unterricht. Der ganze Jahrgang richtete in der Schule ein Lager ein, um Zivilverteidigung zu üben. Wir wurden zu verschiedenen Aufgaben eingeteilt, zum Sanitätsdienst oder zum Organisationsstab, der im Kriegsfall ein solches Lager aufbauen sollte.

Dieses Bewusstsein über einen eventuellen Kriegsfall ist mir im Nachhinein noch sehr gegenwärtig. Durch die Übungen im Unterricht wurde mir die Gefahr eines Krieges nur noch viel bewusster – nicht nur das, es hat mir noch mehr Angst bereitet, als ich sowieso schon hatte.

Ich war in der Schule für die Gestaltung einer Wandzeitung und ähnliches zuständig. Ich machte viel zum Thema Krieg und Atombomben, da dies für mich Kirche und Schule verbinden konnte. Es gab bei uns in der Kirche eine Friedensorganisation „Weiße Taube“, in der es auch um das Thema Abrüstung ging. Wir waren ja mitten im Kalten Krieg zu dieser Zeit und ich hatte immer das Gefühl, wir seien kurz vor dem richtigen Krieg, wir müssten jetzt etwas tun, damit nichts passiert.

Görls: Wurde bei den Übungen zwischen Jungen und Mädchen unterschieden?

Bianka: Die Jungen waren natürlich oft interessierter, aber die Mädchen waren genauso dabei. Es gab nur keine Wehrpflicht für Frauen. Wir Mädchen mussten auch eine Uniform tragen und kilometerlang marschieren, eine Gasmaske tragen und schießen lernen. Wir haben auch gelernt, Funkstrecken aufzubauen, Verbände anzulegen und Verletzte zu bergen. Allerdings haben das auch die Jungen gelernt.

Im Sportunterricht wurde Handgranatenweitwurf geübt. Das war eine normale Disziplin. Es gab Eierhandgranaten und Stabhandgranaten, das wurde geübt wie heute Weitsprung.



Parade mit Minipanzer.
Foto: Bundesarchiv 183-U0602-047, Rainer Mittelstädt

Eine freie Berufswahl gab es in der DDR nur bedingt – aber jeder Schulabgänger bekam eine Lehrstelle in einem der 318 festgeschriebenen Ausbildungsberufe.

Wie war die berufliche Ausbildung in der DDR organisiert?

Die volkseigenen Betriebe nannten die „Planzahlen“, d.h. welche Berufsausbildung in welchen Betrieben angeboten werden sollte. Daraus wurden die Lehrstellenverzeichnisse erstellt, praktisch der Bedarf ermittelt. Diese waren Grundlage für die Vermittlungsarbeit der Berufsberater. Die Berufsberater arbeiteten mit Schulen zusammen, sie erfassten die Berufswünsche der Schüler und organisierten Elternabende ab Klasse 7.

Die Mehrzahl aller Jugendlichen, ca. 75 % absolvierte nach der Polytechnischen Oberschule (POS) eine Facharbeiterausbildung. Ungefähr 10 % besuchten die Erweiterte Oberschule (EOS), die mit dem Abitur endete und auf die ein Studium folgte. Weitere ca. 12 % besuchten medizinische oder pädagogische Fachschulen und ca. 5 % machten eine Berufsausbildung mit anschließendem Abitur, genannt BmA.

In der DDR war die Berufsorientierung schon in die Schulzeit integriert durch wöchentliche Arbeitstage ab der Klasse 7 und dem späteren Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion, genannt UTP. Schulklassen pflegten Kontakte zu Brigaden in volkseigenen Betrieben. Eine Brigade war ein Arbeitskollektiv, das auch die Klasse besuchte und Gemeinschaftsaktivitäten unternahm.

Die Berufsausbildung in der DDR fand in staatlichen Betriebsberufsschulen statt, BBS genannt, diese waren den sog. volkseigenen Betrieben (VEB) und den Kombinat angeschlossen. Ein Kombinat war ein Verbund mehrerer volkseigener Betriebe des gleichen Produktionszweiges.

Jeweils in den Herbstferien bekamen alle Schüler eine sog. „Bewerberskarte“, mit der sie sich bei einem Betrieb bewerben konnten. Je nach Zensuren und Verlauf des Vorstellungsgesprächs entschied sich eine Kommission dann, wen sie nahmen. Wer eine Absage erhielt, bekam seine Unterlagen zurück und bewarb sich in einem anderen volkseigenen Betrieb.

DDR – Kein Mangel an Ausbildungsplätzen

In der DDR gab es keinen Mangel an Ausbildungsplätzen. Es gab Berufe, die wegen ihrer besonderen Bedingungen begehrt und überlaufen waren, teilweise wurden sie „Trinkgeldberufe“ genannt, z.B. das Friseurhandwerk oder das Gaststättengewerbe, wo neben dem Lohn ein Trinkgeld durch die Kunden erwartet werden konnte. Kellner oder Ober in einem Lokal verdienten mitunter ähnlich gut wie ein leitender Ingenieur. Auch Fachverkäufer für Gemüse und Obst waren sehr beliebt und auch hoch angesehen. Wegen der möglichen Tauschgeschäfte konnten sie nämlich Menschen versorgen und dafür eine Gegenleistung für sich erwarten; manche sagten: „Alles Schöne war unter dem Ladentisch!“



Berufsausbildung in der DDR

Foto: Einführung in die sozialistische Produktion, Lehrbuch Klasse 9, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin, 1986, (Cornelsen)

BERUFSBEZEICHNUNG OST-WEST

Facharbeiter für Warenbewegung, Agronom, Ökonom, waren Bezeichnungen von Berufsausbildungen in der DDR. Diese wurden durch die gängige BRD Bezeichnung: Lagerist, Diplom-Agraringenieur oder Betriebswirtschaftler abgelöst. Manche Berufsbezeichnungen der DDR waren in der BRD nicht bekannt und umgekehrt. Der Beruf Maurer nannte sich in der DDR Betonbauer, Kaderleiter beispielsweise war die Bezeichnung für einen Personalchef. Es gab Ausbildungsberufe in der BRD, die in der DDR anders hießen und umgekehrt. Manchmal waren die Ausbildungsinhalte ähnlich, aber die Berufsbezeichnung anders. Allein für den Beruf Dreher gab es in DDR 12 unterschiedliche Fachrichtungen. Plaste- und Elastefacharbeiter nannte sich in der BRD Kunststoff-Formgeber, in der DDR gab es den Signalmechaniker, in der BRD war es der Nachrichtengerätemechaniker. Weitere Beispiele sind: Rinderzüchter, Landschaftsbauer oder Traktorist. Diese Berufe wurden in den landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften, genannt LPGs, ausgebildet. Dieser Sektor war vielfältig ausdifferenziert, denn in der DDR gab es aufgrund der Agrarreform keine private Landwirtschaft. Es gab nicht den „Bauer für alles“, sondern Spezialisierungen in den genossenschaftlichen Betrieben.

Anerkennung der DDR-Berufe in der BRD

Für Bürger der DDR, die vor der Wende aussiedelten oder solche, die nach 1989 aus den neuen Bundesländern übersiedelten, war die Industrie- und Handelskammer die erste Anlaufstelle für die Anerkennung des Berufsbildes.

Aufgrund des Einigungsvertrages wurden Zeugnisse und Ausbildungsgänge überprüft und es bestand ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Beispielsweise konnte ein „Traktorist“ als „Landmaschinenmechaniker“ anerkannt werden. Das war für Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer (IHK) häufig keine einfache Aufgabe. Beispielsweise gab es den Beruf Ökonom in der DDR sowohl als Ausbildungsberuf, heute Bürokaufmann/-frau als auch als Studiengang. Sollte der Studiengang in der BRD anerkannt werden, dann war nicht die IHK, sondern das Kultusministerium zuständig.



In Schulbüchern für Geschichte und Staatsbürgerkunde wurde der Friedensdienst der Nationalen Volksarmee thematisiert.

Studieren nach Plan

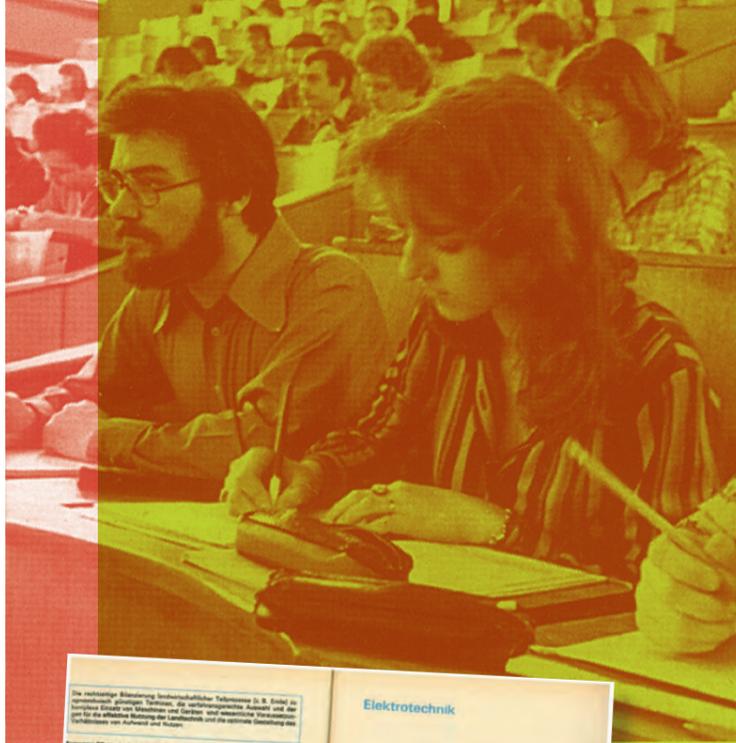
Gespräch mit Bianka Luther über Studium und Berufsfindung

Görls: Konntet Ihr Studienfächer und den Beruf selbst wählen?
 Bianka: Durch ein Berufsberatungszentrum erfuhren wir Schüler, wie viele Stellen es in einem Berufszweig gab. Dann mussten wir uns rechtzeitig entscheiden, sonst hatten wir das Nachsehen. Eine freie Berufswahl wie in der BRD gab es nicht. Man musste wissen, was man in etwa studieren wollte und ob es die entsprechende Stelle dafür gab. Möglicherweise hätte sonst ein bestimmtes Studium keinen Sinn gemacht.

Görls: Und wenn jemand direkt in einen Beruf gehen und nicht studieren wollte?
 Bianka: Das war genauso geregelt. Entweder man bewarb sich rechtzeitig oder es wurde eine offene Stelle zugewiesen.

Görls: Wie wäre es gewesen, wenn du z.B. Medizin hättest studieren wollen?
 Bianka: Durch meine christliche Erziehung und dadurch, dass meine Eltern nicht in der Partei waren, mein Vater studiert hatte und meine Mutter Diakonin war, wusste ich, dass mir nicht alle Studienfächer zur Wahl standen, zumal ich auch selbst nicht in die Partei wollte. Jetzt bin ich Lehrerin, aber das wäre damals ausgeschlossen gewesen.

Ich war aber wie alle Mitschüler bei den Pionieren und in der FDJ. Und ich hatte das Glück, dass meine Schulleiterin von mir überzeugt war. Sie schrieb eine Empfehlung, dass es gut wäre, wenn ich das Abitur machen könnte. Zum einen aufgrund meines Notenschnitts und zum anderen, weil ich mich trotz meines christlichen Hintergrunds engagierte, mich für den Staat einsetzte, mich nicht abgrenzte, dass ich in der FDJ mitarbeitete; außerdem würde doch die DDR auch für Meinungsfreiheit stehen; man müsste ja auch die Minderheit der Christen fördern und dafür wäre ich doch ein gutes Beispiel. Auf diese Weise bekam ich dann die Zulassung zum Abitur.



Fotos: Einführung in die sozialistische Produktion, Lehrbuch Klasse 9, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin, 1986 (Cornelsen)

Görls: Wieso hatte man in der DDR Nachteile, wenn die Eltern Akademiker waren?

Bianka: Es war nicht gewollt, dass Leute aus Akademikerfamilien bei Zulassung zum Studium bevorzugt behandelt werden, denn man wollte den sog. „Bildungsadel“ unterbinden.

Wenn in einer Arbeiterfamilie ein Kind intelligent und förderungswürdig war, sollte es protegirt und zum Studium geführt werden, um später an der „richtigen Stelle“ als „Führungskader“ eingesetzt zu werden. Man nahm an, so ein Kind wüsste angeblich besser, wie mit den Menschen aus der Arbeiterklasse umzugehen sei und würde sich angeblich gegenüber dem Arbeiterstaat loyal verhalten.

Es wurde kein besonderer Wert darauf gelegt, dass möglichst viele einen Universitätsabschluss anstrebten, denn die DDR nannte sich ja „Arbeiter- und Bauernstaat“, in dem angeblich nicht viele Akademiker gebraucht wurden. Man brauchte ein paar Ärzte, ein paar Lehrer, Führungskräfte und vor allem Techniker.



Gemeinsamkeiten und Differenzen: Conny aus der Görls-Redaktion hat sich mit Thomas über die Berufswahl in der DDR ausgetauscht.

Was willst du einmal von Beruf werden?

Conny: Die Frage: „Was willst du einmal werden, wenn du groß bist?“ hat wohl schon jeder in seinem Leben gestellt bekommen. Als Kind antwortete man auf diese Frage meistens mit Berufen, die Abenteuer und Abwechslung versprechen, wie Polizist oder Astronaut. Fragte man Jugendliche in der DDR, was sie werden wollten, so hatten diese zwar ihre eigenen individuellen Berufswünsche, doch konnten sie diese in den wenigsten Fällen auch verwirklichen.

Thomas Titze: Dies ist eine weit verbreitete und falsche Meinung. Die meisten Jugendlichen konnten sich ihren Berufswunsch erfüllen. Allein aus meinem Jahrgang – das war in den 70er Jahren – haben ca. ¾ aller Schulfreunde den Beruf, den diese auch wollten. Angefangen vom Tischler, Bauarbeiter, Lehrer bis zum Kinderarzt. Und ¾ sind die meisten und nicht die wenigsten!

Conny: Jugendliche, die in der DDR lebten, unterlagen dem Staat und somit der Politik.

Thomas Titze: Selbiges gilt auch für Jugendliche in der damaligen und heutigen BRD.

Conny: Dabei wurden vom Staat die handwerklichen Berufswünsche der Jugendlichen unterstützt, die künstlerischen, schon im Elternhaus, versucht auszureden.

Thomas Titze: Diese Aussage kann ich nicht bestätigen, zumal es Förderunterricht für den Bereich Kunst gab. Wer wollte, konnte an diesem teilnehmen. Alle Schulen haben das nicht angeboten, aber das ist heute auch noch so, je nach dem wie der Schwerpunkt der Schule ausgerichtet ist.

Conny: In der Schule wurde dazu beigetragen, dass das handwerkliche Geschick der Schüler gefördert und trainiert wird. Der Staat bot jedem Schüler eine polytechnische Bildung, bei der Theorie und Praxis über einen Produktionsvorgang vermittelt wurden. Außerdem wollte der Staat mit diesem polytechnischen Unterricht erreichen, dass die Schüler selbst zum Fortschritt des Landes in der Produktion etwas beitragen können und fähig werden, damit sie später die bereits vorhandenen und bekannten technischen Maschinen und Produktionsabläufe weiter entwickeln können. Dieses Konzept basiert auf Forderungen der marxistischen Theorie. In Fächern wie Werk- und Schulgartenunterricht wurde zwar Wert darauf gelegt, produktives Arbeiten zu erlernen, aber den Schülern wurden keine Grundkenntnisse vermittelt und es fehlte ebenso an Möglichkeiten der praktischen Förderung.

Thomas Titze: Das war auch nicht Sinn und Zweck des Werk- und Schulgartenunterrichtes. Dieser wurde von der Klasse 2 oder 3 bis zur Klasse 6 unterrichtet. Der polytechnische Unterricht erfolgte ab Klasse 7 bis 10 und dort gab es die Fächer ESP – Einführung in die sozialistische Produktion (Theorie) sowie UTP – Unterricht in Technik und Produktion (Praxis). So etwas gibt es heute überhaupt nicht mehr, abgesehen von den selbst gewählten Praktika. Und da ist der Lernerfolg oftmals fraglich. So meine eigene Erfahrung mit meinen Kindern.

Conny: Viele Berufe, die es im Westen gab, wurden im Osten gar nicht gelehrt, oder unter anderen Begrifflichkeiten aufgeführt. Beispielsweise war die Bezeichnung Tierpfleger in der DDR unter dem Begriff Zootechniker bekannt. Die Ausbildung zum Eisenbahner war die zum Zugführer. Der für unsere Ohren fremd klingende Begriff Kaderleiter war gleichzusetzen mit dem Beruf des Personalchefs.

Thomas Titze: Personalchef ist kein Beruf, sondern eine Tätigkeit. Es gibt keine Berufsausbildung „Personalchef“.

Conny: Der Fremdenführer war unter dem Ausdruck Städtebilderklärer bekannt und ein Dolmetscher wurde als Sprachmittler bezeichnet.

Thomas Titze: Sicherlich gab es in Lexika oder Nachschlagewerken diese Bezeichnungen, aber meine Generation ist mit Fremdenführer und Dolmetscher „groß“ geworden.

Conny: Wenn man die Frage: „Was willst du einmal werden, wenn du groß bist?“, als im Westen Lebender, an einen Jugendlichen aus der DDR stellte, musste man demnach zwei Dinge berücksichtigen: 1. Man musste sich erkundigen, ob der Jugendliche aus eigenem Willen diesen Beruf gewählt hat und 2. musste man sich zum Beispiel erklären lassen, dass mit stomatologischer Assistentin eine Zahnärztin gemeint war.

Thomas Titze: Auch hier noch ein erläuternder Satz. Ob ein Jugendlicher einen Beruf „aus eigenem Willen“ erlernt hat oder nicht, ist nicht nur auf Jugendliche der ehemaligen DDR zu beziehen. Das war damals für die BRD, ist auch heute und gerade in der jetzigen Zeit, ein Thema. Allein unter der Betrachtung der „PISA Studie“ oder einem Migrationshintergrund sowie der damit verbundenen zwangsläufigen Entwicklung vieler Jugendlicher, sind länderübergreifende systemunabhängige Parallelen zu sehen. Mit der Bezeichnung von Berufen ist das auch so eine Sache. Der Maurer wurde zum Baufacharbeiter und dann zum Bauwerker. Der Arbeitsvorbereiter wurde zum Vorarbeiter und dann zum Technologen. Der Schlosser wurde zum Metallbearbeiter oder der Elektriker wurde zur Elektrofachkraft. Die Auflistung lässt sich fortsetzen, aber im Großen und Ganzen haben sich nur die Begrifflichkeiten geändert. Berufliche Inhalte sind gleich geblieben.

Corinna Bischof
Thomas Titze



Berufs- und Arbeitswelt in der DDR

Wir interviewten Dagmar Mitsching
aus Görlitz

Foto: Einführung in die sozialistische Produktion, Lehrbuch Klasse 9, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin, 1986 (Cornelsen)

Görls: Was wurde bei Deinem polytechnischen Unterricht in der Schule gemacht / gelernt bzw. gelehrt, und hatte es eine Bedeutung für Deine Berufswahl?

Dagmar: Der Polytechnische Unterricht war gegliedert in ESP und UTP. Bei ESP – Einführung in die sozialistische Produktion – lernten wir die Theorie: Wirtschaftsaufbau, Strukturen der Wirtschaft, Kombinate bis zum kleinen Betrieb, Wirtschaftsformen staatlicher Betriebe, halbstaatliche Betriebe bzw. Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Privatbetriebe meist Handwerksbetriebe. Es gab praktische Unterweisungen in Metall- und Holzverarbeitung, von der technischen Zeichnung bis zum fertigen Werkstück wurde alles selbst gearbeitet – unter Aufsicht eines Werklehrers.

UTP – Unterricht in der Produktion, das gab es ab Klasse 7. Ich war zuerst in der ‚Kiwa‘ – Kinderstrickwaren Görlitz und habe in der Spinnerei gearbeitet. Ich musste bei Fadenbrüchen, die den Stillstand der Maschine zur Folge hatten, die Fäden wieder miteinander verbinden und so die Spinmaschine wieder zum Laufen bringen. Es war stehende Arbeit mit starker Lärmbelastung, man lernte die Arbeit der Spinnerinnen schätzen und konnte selbst erkennen, dass es eine monotone Arbeit ist, die Geschicklichkeit, Handfertigkeit und Schnelligkeit bedurfte. Es wurde nach Leistung bezahlt.

Dann war ich auch im Waggonbau Görlitz. In unterschiedlichen Abteilungen haben wir unter Aufsicht der speziellen Arbeiter unkomplizierte Arbeiten verrichtet, z.B. Materialien abgezählt, sortiert, gebohrt usw. Und später, bei der Luft- und Wärmetechnik Görlitz, dort habe ich Blechverarbeitung erlernt. Ausschneiden, anreißen, körnern, bohren, falzen usw. Bedeutung für die Berufswahl – ja, jedoch indirekt.

Görls: Hattest Du in der damaligen DDR-Zeit die Möglichkeit, Deinen Berufswunsch zu erlernen?

Dagmar: Berufswunsch zu erlernen ja, sofern die Lehrstelle vorhanden war, die Noten und die Beurteilung stimmten. Mir fiel es schwer, mich für einen Beruf nach der 10. Klasse zu entscheiden. Aus diesem Grund habe ich mich im Bekleidungswerk Görlitz für die Ausbildung zum Kleidungsfacharbeiter mit Abitur beworben. Die berufliche Ausbildung fand in der Lehrwerkstatt des Betriebes statt. Turnusmäßig hatten wir Praxis bzw. Schule für das Abitur. Meine Ausbildung nach der 10. Klasse dauerte 3 Jahre.

Görls: Wie verlief Deine Lehrlingszeit damals?

Dagmar: Da ich keine Ahnung vom Nähen hatte, war die Ausbildung hart für mich. In der Lehrlingsgruppe waren ungefähr 10 Lehrlinge, die ein Lehrmeister beaufsichtigte. Wir saßen am Schnellnäher hintereinander, und der Lehrmeister konnte alle übersehen. Bei Fragen oder Problemen kam er an die Maschine und gab Hilfestellung. Wir mussten in Einzelanfertigung im ersten Jahr Kinderschürzen, Hosen und Sakkos nähen lernen und auch nach Zeit arbeiten. Es war also nicht nur die Qualität, sondern auch die Quantität wichtig. Auch in der Lehrwerkstatt gab es theoretischen Unterricht, z.B. über den Bau und die Wirkungsweise der Nähmaschine, Nahtarten, Taschenarten, Verschlüsse, alle Details usw. Ab dem 2. Lehrjahr ging es in die unterschiedlichsten Meisterbereiche des Betriebes, wo Bandarbeit durchgeführt wurde. Dort musste man einen Arbeitsplatz ausfüllen, je nach Bedarf. Entweder 8 Std. Seitennähte schließen, Schlitze einarbeiten, Taschen nähen usw. In eine Karte, die an dem Posten blieb, musste

eingetragen werden, wer den entsprechenden Arbeitsgang ausgeführt hat. Man musste selbst aufschreiben, wie viel Stück man geschafft hat. Beide Angaben waren wichtig für die Benotung. Wurde in der Kontrolle festgestellt, dass ich einen Fehler gemacht habe bzw. schlecht genäht habe, bekam ich das Teil zurück und musste es verbessern.

Görls: Warst Du im erlernten Beruf später tätig? Wenn nein, in welche Branche hast Du gewechselt?

Dagmar: Nach der Ausbildung haben wir zirka 2 Monate als Näher gearbeitet. Anschließend ging es zum Studium. Ich hatte mich für das Studium an der Technischen Hochschule in Chemnitz entschieden, der Studiengang nannte sich ‚Verarbeitungstechnik Textil-Bekleidung-Leder‘.

Das Bekleidungswerk hat mich zum Studium delegiert. Damit war garantiert, dass man nach erfolgreichem Abschluss des Studiums einen entsprechenden Arbeitsplatz erhält. Ich habe 1973 in der Erzeugnisgruppe des Betriebes als Ingenieur für Rationalisierung begonnen. Zusätzlich habe ich in der Erwachsenenbildung als Lehrkraft gearbeitet. Der Betrieb führte Facharbeiterlehrgänge für Ungelernte durch. Gute Facharbeiter konnten sich so bei Eignung zum Meister qualifizieren.

Ich selbst habe ein Zusatzstudium Pädagogik in Dresden im Fernstudium belegt. Die Lehrtätigkeit machte mir Freude und bei einer günstigen Gelegenheit – die Kollegin ging in Rente – wurde ich Leiterin der Betriebsakademie. Hier musste ich die Lehrgänge organisieren und durchführen. Die Görlitzer Fachschule für Binnenhandel holte mich auch vertretungsweise an die Schule, um im Fach Warenkunde auszuweichen. Ich führte auch die Studentengruppen durch das Bekleidungswerk. Ich wechselte schließlich an die Fachschule und habe zuerst in der Studienorganisation und später als Dozentin gearbeitet.

Görls: Welche Erinnerungen hast Du an Deine damalige Erwerbstätigkeit? Wie würdest Du die Bedeutung dieser Zeit einschätzen aus heutiger Sicht?

Dagmar: An das Berufsleben in der DDR habe ich gute Erinnerungen. Ich war ein Teil des Betriebes oder der Schule und habe mich für beides eingesetzt, als ob es der eigene Betrieb oder die eigene Schule wäre. Es gab ein besseres Miteinander, denn keiner musste um seinen Arbeitsplatz bangen.

Görls: Was fehlt Dir heute oder findest Du besser an dem jetzigen Ausbildungssystem?

Dagmar: Ich meine, dass die Ausbildung in der DDR gut war. Jeder konnte bei entsprechender Leistung seine Wünsche verwirklichen. Die Lehrer oder Ausbilder waren im Kontakt mit dem Elternhaus und hatten ein gemeinsames Ziel. Bei schwachen Leistungen gab es Lernkollektive oder unentgeltliche Nachhilfe.

Staatsbürgerkunde 10



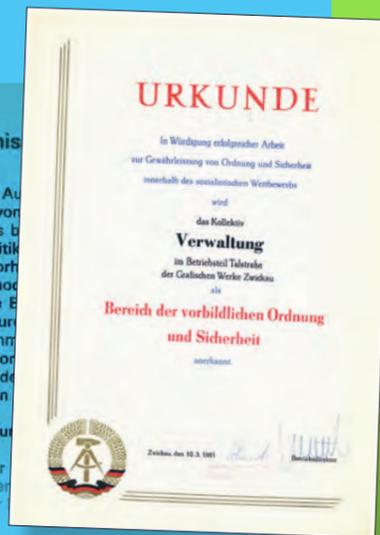
Material- und energieökonomis

Das Bauwesen in der DDR hat wichtige Aufgaben zu erfüllen: Durch den Ausbau der Rohstoff- und Energiebasis ist das Bauwesen als Kernstück der Sozialpolitik zur Landesverteidigung fortzuführen. Vorhandene Industrieanlagen sind instand zu setzen, zu modernisieren und zu erweitern. Um diese Aufgaben zu lösen, muß die Bauwirtschaft sich insbesondere in folgenden Bereichen anstrengen:

- die Industrialisierung der Bauwirtschaft, durch die optimale Auslastung von Maschinen und Anlagen;
- die Senkung des Produktionsaufwandes (z. B. durch den Einsatz von Transportaufwandes);
- energieökonomisches Bauen (z. B. durch den Einsatz von Leichtbauweise).

Alle Aufgaben im Bauwesen können nur durch den Einsatz von modernster Technik und durch die Anwendung der neuesten Erkenntnisse in kürzester Zeit umgesetzt und in der bestmöglichen Qualität ausgeführt werden.

Abbildungen: Staatsbürgerkunde, Lehrbuch Klasse 10, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag Berlin, 1986 (Cornelsen) / Urkunde: privat



Arbeitsplatzgarantie versus Sozialhilfesicherheit

Ein Gespräch mit Jenny, Eisenberg

Berufs- und Arbeitswelt in der DDR

Ein Gespräch mit Arite Zander, Ost-Berlin

Görls: Hattest Du in der damaligen DDR-Zeit die Möglichkeit Deinen Berufswunsch zu erlernen?

Arite: Da ich selbst im Alter zwischen 14 bis 17 auch nicht recht wusste, was und wie, musste ich mal in mich gehen und überlegen, was gut umsetzbar ist. Ich hatte schon 'ne Idee mit Holz, auch durch meinen Vater mit seinen Bastel- und Reparaturarbeiten. Ich dachte an Theaterwerkstätten. Aber da gab es dann nichts, für das weibliche Geschlecht schon gar nicht. Hier waren mit Sicherheit alle „mit Beziehungen“, also Söhne der Väter, „die schon dabei waren“, untergekommen. Dann gab es „wie Sand am Meer“ einen Lehrberuf: Facharbeiter/in für Schreibtechnik oder bekannt als Sekretärin. Da mir Deutsch gut liegt und auch gewisses Organisieren, dachte ich: „machste halt das“. Das war auch okay.

Görls: Wie verlief Deine Lehrlingszeit damals?

Arite: Lehrlingszeit, das waren 2 Jahre Lehre mit Betriebspraktikum. Meine Berufsschule war nicht weit von zu Hause. Viele nette Mädels, gute, nicht stressige Zeit. Das Betriebspraktikum war dann interessant. Einsatz in einem großen Baukombinat. Zuerst in der Personalabteilung, später in einer Abteilung für Technologische Vorplanung. Hier war dann auch bald klar: Sekretärin ist interessant, aber nicht fürs ganze Leben.

Görls: Warst Du im erlernten Beruf später tätig? Wenn nein, in welche Branche hast Du gewechselt?

Arite: Ich wurde weiterhin als Sekretärin in der Firma beschäftigt. Über meinen damaligen Chef bin ich zum Studieren animiert worden. Ingenieurökonomie des Bauwesens im Fernstudium, das dauerte 5 Jahre und lief neben meinem Job als Sekretärin. Im Verlauf des Studiums wurde ich dann als Mitarbeiterin der Abteilung Technologische Vorplanung – Einsatzplanung von Kränen, Baumaschinen usw. – eingesetzt und entsprechend bezahlt.

Etwas in die Zeitmitte meines Studiums fiel die politische Veränderung, die Maueröffnung. Mein Studium bekam ein westliches Profil und hieß dann „Staatlich geprüfte Betriebswirtin“ im Abschluss. Da ich noch studierend war, wurde ich auch als eine der ersten aus dem Baukombinat „abgewickelt“ und stand auf der Straße.

Durch die Entstehung von vielen neuen Berufsbildungszentren (Geldabschöpfung) ergab sich für mich die Möglichkeit, eine Umschulung zur Tischlerin zu machen. Das war bei mir immer noch im Hinterkopf. Es folgte eine 2-jährige Umschulung zur Tischlerin. In diesem Beruf war und bin ich bis heute noch tätig.

Görls: Welche Erinnerungen hast Du an Deine damalige Erwerbstätigkeit? Wie würdest Du die Bedeutung dieser Zeit einschätzen aus heutiger Sicht?

Arite: Schwer zu sagen, auf jeden Fall waren meine beruflichen Erfahrungen für einen jungen Menschen sehr lehrreich und für meine persönliche Entwicklung gut und wichtig. Sich dem Takt des Gesellschaftssystems – welches auch immer – anzupassen, ist nicht immer leicht und einzusehen.

Görls: Was fehlt Dir heute oder findest Du besser an dem jetzigen Ausbildungssystem?

Arite: Zum Ausbildungssystem kann ich nur sagen, dass mir das System der 10-Klassen-Schule gut gefallen hat. Es gab keine Trennung nach Grund- und Realschule bzw. Gymnasium. Die prägt mehr Teamgeist und hat ein anderes Gemeinschaftsgefühl, als vielleicht die heutigen Bildungssysteme. Hier und heute wird die Ellenbogengesellschaft immer weiter forciert, anstatt die anderen Werte zu entwickeln. Da ich nichts anderes kennen gelernt habe, kann ich auch keine weiteren Vergleiche anstellen.

Görls: Ist es richtig, dass es in der DDR Arbeitsplatzsicherheit gab?

Jenny: Ja, denn wir in der DDR hatten mit Arbeitskräftemangel zu kämpfen. Überall wurden Arbeitskräfte gebraucht, obwohl in den Betrieben teilweise ein Überangebot an Arbeitskräften war. Das wird heute oft verdeckte Arbeitslosigkeit *) genannt. Es wurde die Arbeit simuliert, genauso wie heute mit manchen Beschäftigungsmaßnahmen für Erwerbslose. Pünktliches Erscheinen war erwünscht, obwohl nichts zu tun war. Manche Beschäftigte vertrieben sich die Zeit bzw. nutzten sie für „Einkaufen gehen“ oder „Kaffeeklatsch“. Das führte natürlich dazu, dass viele in ihrer Arbeit unterfordert waren. Es waren ja meistens volkseigene Betriebe, da hat der „Anreiz“ gefehlt, andere Branchen jedoch, z.B. in Bekleidungswerken, da wurde nach Stückzahl gearbeitet und entlohnt, d.h. Fleißige haben dann auch besser verdient.

Görls: Gab es Kündigungen?

Jenny: Nein, durch den Kündigungsschutz konnten die Betriebe nur mit Zustimmung einer Behörde, das war in der Regel eine Abteilung „Inneres“ in jeder Stadt und nach Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes eine Kündigung aussprechen. Es gab ja kein Arbeitsamt. Die Beschäftigten waren also unkündbar, es waren ja überwiegend staatliche Betriebe. Auch Betriebsschließungen und Arbeitsentlassungen waren in der DDR nicht vorgesehen. Die Lohnentwicklung wurde staatlich gesteuert.

Görls: Wie war es, wenn jemand nicht arbeiten wollte?

Jenny: Durch das Arbeitsrecht bekam jeder eine Arbeitsplatzgarantie. DDR-Bürger, die nicht arbeiten wollten, wurden meistens als „arbeitsscheu“ bezeichnet und konnten kriminalisiert werden. In der Praxis konnten unqualifizierte Arbeitsplätze zugewiesen werden, z.B. als Hofarbeiter in einem Betrieb. Die Arbeitserzwingung war sogar im Straf-

gesetzbuch verankert. Unstimmigkeiten oder Streitigkeiten wurden jedoch in betrieblichen Konfliktkommissionen ausgetragen und geklärt. Sogenannte „Drückeberger“ wurden mit durchgeschleift und damit sozial integriert, aber das gibt es heute doch auch.

Görls: Wie gestaltete sich die Arbeit im Betrieb?

Jenny: Das Arbeitskollektiv hatte schon eine soziale Komponente und war für viele bedeutsam. Das Kollektiv sorgte für soziale Kontakte, der Betrieb für das Zusammenleben. Die Kinder der Beschäftigten gingen häufig zusammen in den Betriebskindergarten. Viele Beschäftigte fuhren gemeinsam in den FDGB-Urlaub, häufig an die Ostsee. Viele waren froh, wenn sie eine Zusage für einen Ferienplatz bekamen. Das Leben des „DDR-Normalbürgers“ spielte sich teilweise stark im Betrieb ab, abends hat der Betrieb ab und an Kulturabende organisiert.

Görls: Wie war es mit der Sozialversicherung? Arbeitslosenversicherung hatten Ihr sowieso nicht – oder? Hattet Ihr eine Kranken- und Rentenversicherung?

Jenny: Bei Krankheit gab es die Betriebspoliklinik als Anlaufstelle, aber auch ein anderer Arzt konnte gewählt werden. Die Sozialversicherung betrug ungefähr 60 Mark im Monat und war inklusive der Rentenversicherung. Es gab keine Zuzahlung für Medikamente, für Zahnersatz oder Krankenhausaufenthalt, alles war damit versichert, sogar ein Kur-aufenthalt. In der Schule gab es regelmäßig zahnärztliche Kontrolle für die Kinder. Es war für uns nach 1989 eine riesige Umstellung, überhaupt das ganze System zu verstehen.

Görls: Gab es Unterstützung bei Arbeitslosigkeit?

Jenny: Das gab es so eigentlich nicht. Die Möglichkeit für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und Sozialfürsorge zu beziehen, wurden eben erschwert und damit die Erwerbsfähigen in die Arbeitswelt gedrängt.

Görls: Also nur wenige ‚Werkstätige‘ benötigten Sozialhilfe, was heute Arbeitslosengeld II bzw. umgangssprachlich Hartz IV genannt wird – stimmt das?

Jenny: Ja, es gab schon die staatliche Stütze für Kranke und auch für kinderreiche Familien. Der Staat hat eine Art Sozialhilfe geleistet, indem auch nicht oder wenig produktive volkseigene Betriebe am Leben erhalten wurden. Etwas ähnlich wie es heute im marktwirtschaftlichen System auch praktiziert wird, indem in der BRD mit staatlichen Subventionen versucht wird, Unternehmen vor der Schließung zu retten. Aber auch gut gehende Unternehmen werden mit verschiedenen Begünstigungen gefördert, also indirekt staatlich subventioniert.

*) Verdeckte Arbeitslosigkeit: Ist die Bezeichnung der Quote an Arbeitslosen, die nicht in der Statistik erfasst sind. Es gibt zwei Varianten, entweder meldet sich der „Erwerbslose“ nicht und wird daher nicht erfasst oder aber die verdeckte Arbeitslosigkeit wird vom Arbeitsamt selbst gesteuert. Arbeitssuchende, die eine Fortbildung besuchen oder eine Maßnahme oder einen 1-Euro-Job annehmen, werden nicht in die Statistik aufgenommen.

Quelle: Spiegel Nr. 24 (1990)

Tagebuch Luise, 1961, 22 Jahre alt

Sie haben die Oberbaumbrücke dicht gemacht. Es sieht schlimm aus, wenn ich das so geschrieben sehe, aber das macht es irgendwie fassbarer. Die wunderbare alte Bogenbrücke, die schon seit 1945 schwer mitgenommen aussah, ist ein Wahrzeichen. Sie verbindet Friedrichshain mit Kreuzberg – verband, muss ich nun eigentlich sagen. Autos durften da schon ein paar Jahre lang nicht mehr fahren, aber zumindest die Fußgänger hatten noch drüber gehen können, pendeln dürfen und Geld tauschen.

»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!« Nein? Und was sind das dann für graue Betonblöcke, die sich in immer mehr Berliner Boden stemmen? Achja, richtig: ein antifaschistischer Schutzwall. Das ist ja was ganz anderes.

Ehrlich, mich persönlich stört das nicht weiter. Friedrichshain ist meine Heimat und soll es auch bleiben, der Westen reizt mich nicht besonders, außer vielleicht mal ein Ausflug ins Kaufhaus des Westens oder aber Heike wiedersehen. Aber die Mauer ist einfach keine schöne Sache – das Brandenburger Tor verhandelt, U-Bahn-Linien abgebrochen, ganze Straßenzüge unzugänglich gemacht. So etwas macht man einfach nicht.

Ulrich, mein Freund, amüsiert sich über meine Ansichten. »Ein bisschen angemalt, mit ein paar Kübelpflanzen dekoriert – und schon hast du dich dran gewöhnt«, neckt er mich ständig. Er meint, dass das irgendwie voraussehbar gewesen sei, schließlich haben sie nach und nach schon alles durch das Militär abgeriegelt. Doch ich finde, dass kalter Beton und Stacheldraht etwas ganz anderes sind! Ein Mensch kann zurückweichen... Mauern und Zäune können, einmal aufgestellt, nur noch mit Gewalt eingerissen werden. Bei dem Gedanken kaut sogar Linda Deichselmann unruhig auf ihrem Mundwinkel herum...!



Foto: privat

Zur Geschichte des Mauerbaus Die „Berliner Mauer“

„Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“, ließ Walter Ulbricht, damaliger DDR-Staatsratsvorsitzender, am 15. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz verlauten. Und trotzdem: Keine zwei Monate später, in der Nacht zum 13.8.1961, beginnt die gewaltsame Abriegelung Ost-Berlins von West-Berlin. Ulbricht erteilt den Befehl zur Abriegelung der Sektorengrenze. Die DDR baut eine Barriere, die unter anderem den Massenausreisen (bisher 2.686.942 Menschen) in den wirtschaftlich florierenden Westen entgegenwirken sollte.

Doch wie kam es dazu? Was waren die Ursachen?

Die Gründe für den Bau einer Mauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren vielschichtig. Eine davon war die Berlin-Krise, denn das mitten in der DDR gelegene West-Berlin war der Sowjetunion ein Dorn im Auge, weshalb der sowjetische Partei- und Staatsführer Nikita Chruschtschow am 27. November 1958 das sogenannte Chruschtschow-Ultimatum verlauten ließ. Würde West-Berlin nicht in eine von den Westmächten unabhängige ‚freie Stadt‘ umgewandelt und würden die Westmächte nicht innerhalb von sechs Monaten in Verhandlungen über einen Friedensvertrag treten, so wollte die Sowjetunion einen einseitigen Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Außerdem würde die Sowjetunion dann ihre Rechte (vor allem Kontrolle der Verbindungswege zur BRD) gegenüber Berlin an die DDR abtreten. Doch die Westmächte geben diesen Forderungen nicht statt, sie wollen weder den Viermächte-Status Berlins aufkündigen, noch ihre Truppen aus Westberlin abziehen.

Während sich ab dem Frühjahr 1961 die wirtschaftliche Lage der DDR weiterhin verschlechtert und immer mehr Menschen Berlin und die DDR verlassen, findet im Juni 1961 ein sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen in Wien statt. Auf diesem wiederholt Chruschtschow erneut sein Ultimatum, setzt es bis Ende 1961 aus, doch der amerikanische Präsident John F. Kennedy weist dieses zurück, kündigt sogar weitere Erhöhungen der Rüstungsausgaben an.

Die nun prekäre Lage der wirtschaftlich gefährdeten DDR war Chruschtschow bewusst, sodass er beschloss, nur einen Teil der Drohungen, die er in seinem Ultimatum aufstellte, umzusetzen. So wurde beispielsweise die Kontrolle der Verbindungswege zur BRD an die DDR abgetreten und der Abriegelung Berlins stattgegeben.

Auf 43 km Grenzlänge zwischen West- und Ostberlin und 112 km Grenzlänge zwischen Westberlin und dem ostdeutschen Umland montierte man von nun an 106 km Betonplattenwand und 66,5 km Metallgitterzaun. Doch die ‚Mauer‘ war keineswegs immer nur ein Stück Betonwand, je nach Lage fand sich neben dieser eine zwischen 30 und 500 m breite ausgeklügelte Überwachungszone, der sogenannte ‚Todesstreifen‘, der bis in die 80er Jahre ständig ausgebaut wurde und auch bei Nacht durch Flutlicht hell beleuchtet war.

Wie war die Berliner Mauer genau aufgebaut?

Auf ostdeutscher Seite fand sich zunächst eine dünne Betonmauer vor der ein Patrouillenweg verlief, auf dem neben Soldaten auch Mitarbeiter der Volkspolizei patrouillierten. Direkt hinter der dünnen Betonmauer begann der ‚Todesstreifen‘. Hier war unter anderem ein Signalzaun installiert, der bei Berührung einen stillen Alarm an einen der 320 Berliner Wachtürme weiterleitete. Weiterhin gab es Fahrzeugsperren und mit Dornen besetzte Stahlteppiche, im Westen ‚Stalinrasen‘ genannt. Die Erde im Todesstreifen wurde regelmäßig glattgereicht, um die Fußspuren Flüchtender erkennen zu können. Erst dann folgt die eigentliche ‚Mauer‘.

Doch nicht nur die Berliner Grenze galt es abzusichern, auch die 1378 km lange innerdeutsche Grenze zwischen DDR und BRD verfügte (ebenfalls je nach Lage) über ein ähnlich ausgeklügeltes Überwachungssystem wie die Berliner Mauer. Allerdings war die ‚Mauer‘ dort meist ein Metallgitterzaun. Dennoch existierten Signalzäune, Wachtürme, Hundelaufanlagen sowie das Postensignalgerät, das – je nachdem an welcher Stelle des Grenzstreifens es sich befand – bei Berührung eine gelbe oder rote Leuchtkugel abgab, sodass Grenzsoldaten direkt erkennen konnten, an welcher Stelle sich ein Flüchtling befand. Bis 1983 existierten sogar Minenfelder und etwa 60.000 Selbstschussanlagen, die scharfkantige Metallsplitter abfeuerten.

Der Preis der Mauer – was ließ sich die DDR die Mauer „kosten“?

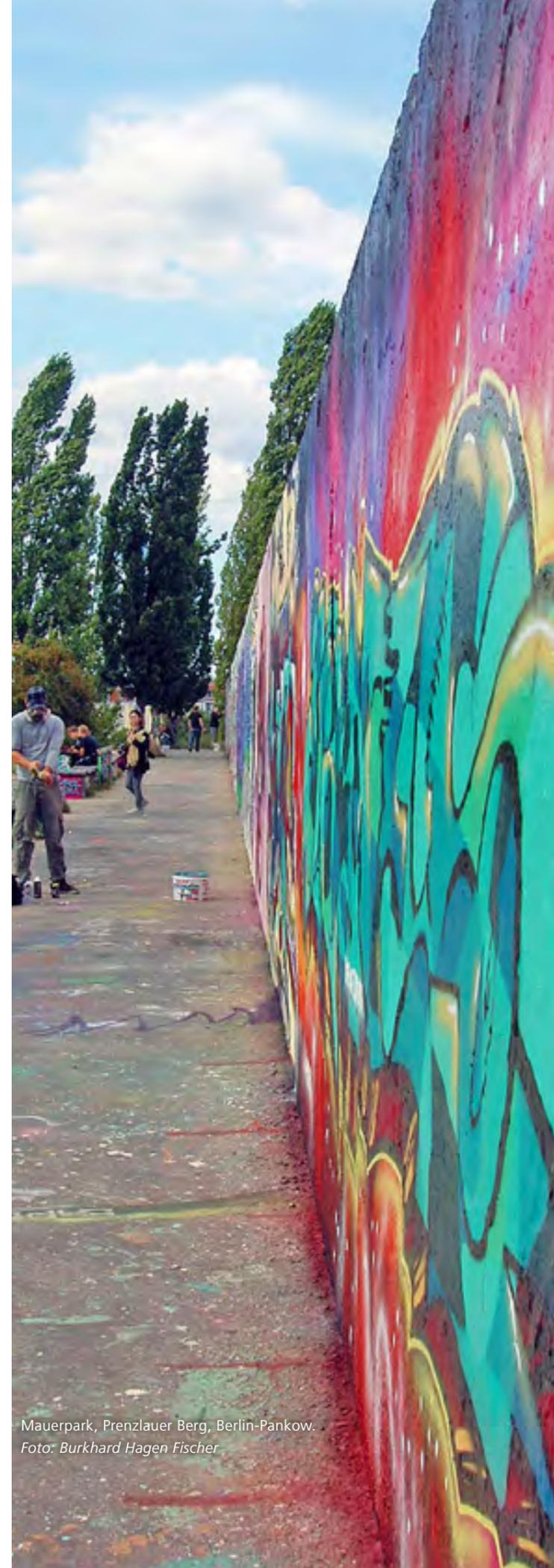
Der Aufwand, den die DDR betrieb, um eine Grenze auf ganzer Länge zu überwachen und die Bürger eines Staates an einer Massenabwanderung zu hindern, ist in der Geschichte nahezu einzigartig. Nicht nur Aufbaukosten von insgesamt über 1,8 Milliarden (DDR-) Mark nahm das Regime auf sich, auch mussten jedes Jahr aufs Neue die laufenden Kosten von geschätzten 500 Millionen Mark gedeckt werden. Zu diesen zählten unter anderem die Löhne der etwa 40.000 Mann starken Grenztruppen.

Literatur / Internet:

- 1 <http://www.goethe.de/lhr/prj/kal/bem/la06/de/index.htm>, 28.11.11 11:55
- 2 Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer // The Berlin Wall, Monument des Kalten Krieges // Monument of the Cold War, 3. korr. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, S. 18.
- 3 http://de.wikipedia.org/wiki/Innerdeutsche_Grenze Opferbilanztafel der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, alle Opfer bis 1989 außer Opfer an der Berliner Mauer, 28.11.11 11:57
- 4 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Mauertote-DDR-Mauermuseum;art270,2869614,28.11.11> 11:58
- 5 Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer // The Berlin Wall, Monument des Kalten Krieges // Monument of the Cold War, 3. korr. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, S. 57.
- 6 http://www.rbb-online.de/themen/dossiers/mauer_46/rueckkehr_der_mauer/die_mauer_in_fakten.html, 19.05.10
- 7 <http://www.come-on.de/nachrichten/maerkischer-kreis/meinerzhagen/feierstunde-anlaesslich-tages-deutschen-einheit-1432272.html>, 28.11.11 12:01
- 7 <http://de.wikipedia.org/wiki/H%C3%A4ftlingsfreikauf>

Quellen:

Hans-Hermann Hertle, Die Berliner Mauer // The Berlin Wall, Monument des Kalten Krieges // Monument of the Cold War, 3. korr. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009 // DVD, ‚Eingemauert!‘, Deutsche Welle Susanne Fritsche, Die Mauer ist gefallen, Eine kleine Geschichte der DDR, aktualisierte Neuauflage, Deutscher Taschenbuchverlag, 2009



Mauerpark, Prenzlauer Berg, Berlin-Pankow.

Foto: Burkhard Hagen Fischer

Musikgeschichte in 40 Jahren DDR

Jazzmusik und Rock 'n Roll gehörten in den Nachkriegszeiten zu den Hauptmusikrichtungen in Deutschland. Anfang der 1960er Jahre verbreitete sich in der DDR Twist- und Beatmusik auf größtenteils instrumentaler Basis, die sich an der Beat- und Rock 'n Roll Musik des Westens orientierte (damit ist US-amerikanische und englische Musik gemeint). Um den Siegeszug des Rock'n'Roll aufzuhalten, wurde 1959 der Modetanz „Lipsi“ – in Leipzig – erfunden, der im Vergleich zum Rock'n'Roll ein gesitteter Paartanz und lang nicht so rasant war. Die Jugend ignorierte ihn weitgehend. „Wir brauchen keinen Lipsi und keinen Ado Koll. Wir brauchen Elvis Presley mit seinem Rock and Roll.“ (Ado Koll war Leiter des staatlichen Unterhaltungsorchesters).

Die Radiosender jener Zeit waren verpflichtet, zu 60 % DDR-Musik oder Musik anderer sozialistischer Länder zu spielen. Dies führte zur Gründung vieler Jugend-Bands (im offiziellen DDR-Sprachegebrauch: Gitarrengruppen). Zu den bekanntesten Gruppen gehörten die Sputniks aus Berlin und die Butlers aus Leipzig.

Anfang der 60er Jahre förderten und unterstützten FDJ-Funktionäre und örtliche Kulturfunktionäre die jungen Bands. Als Höhepunkt der neuen Offenheit wurde das am Pfingsten 1964 durchgeführte Deutschlandtreffen der FDJ genannt, aus dem der Rundfunksender DT 64 hervorging. Der damalige Jugendfunktionär Hans Modrow sagte später: „Man begriff natürlich, dass, wenn man die Jugend gewinnen will, auch das annehmen muss, was die Jugend bewegt und begeistert“.

Nachdem es im September 1965 auf der West-Berliner Waldbühne nach einem Konzert der „Rolling Stones“ zu Ausschreitungen kam, sah sich die SED-Parteiführung zum Umdenken gegenüber der Beatmusik gezwungen, um ähnlichen Vorfällen auf Beatkonzerten in der DDR vorzubeugen. Es wurden daraufhin alle Beatkonzerte abgesagt und vierundfünfzig Bands verboten, unter anderem die beliebte Band „The Butlers“ am 21. Oktober 1965. Diese Entscheidung führte zur Planung der Leipziger Beatdemo. Am 31.10.1965 lehnten sich etwa 2.000 Beatszene-Anhänger gegen das Verbot auf.

Die siebziger Jahre waren geprägt von Liedersängern und gemäßigttem Rock. In den achtziger Jahren äußerte sich der Protest am Gesellschaftssystem der DDR in der Gründung verschiedener Punkbands, die dies in ihren Texten zum Ausdruck brachten. Man wollte sich – wie 10 Jahre zuvor in den USA und später auch in England – von der Gesellschaft



Gerhard Schöne 1988 auf dem Festival des politischen Liedes.
Foto: Bundesarchiv 183-1988-0216-033, Gabriele Senft

abgrenzen, sich nicht allem anpassen, man wollte anders sein, weil man mit den vorhandenen Gesellschaftsformen nicht einverstanden war. Die Texte waren systemkritisch, bedurften häufig einer Interpretation und wurden teilweise bei Live-Auftritten abgewandelt aufgeführt.

Ab 1983 wurde die Staatssicherheit aktiv und ging gegen den Punk vor. So wurden viele jugendliche Anhänger bedroht, festgenommen und teilweise als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit rekrutiert. Der Einfluss und die Kontrolle des DDR-Staats auf die Musiklandschaft nahm jedoch ab Mitte der achtziger Jahre immer mehr ab. Die FDJ veranstaltete daraufhin auch internationale Großveranstaltungen, zu denen ausländische Musik-Stars und sehr gute DDR-Musikbands als Vorgruppen engagiert wurden.

Oftmals imitierten die DDR-Bands westliche Songs und verliehen ihnen des Öfteren eine besondere Note. Zumeist erfreuen sich auch heute noch einige, liebevoll Ostnostalgiker genannt, an ostdeutschen Liedern. Es bleibt der Eindruck zurück, dass Musik vielen Zwecken dienen kann, so neben dem Vergnügen, dem politischen Protest.

Christopher Höhmann

Quellen: <http://www.ddr-suche.de/pages/Musik/> (17.4.2010 18:10)
www.old-gdr.de/ (17.4.2010 18:32) / <http://de.wikipedia.org/wiki/DDR>

Liedermacher und Chansoniers

Sänger, die ihre Lieder selbst schrieben und sangen, gab es in West und Ost vor allem seit Mitte der 60er Jahre. Manche dieser Liedermacher schrieben lustige Texte, andere erzählten Geschichten, wieder andere drückten in ihren Texten Gesellschaftskritik aus. Diese Vielfalt spiegelte sich auch in der DDR wieder. Einige Sänger bogen auf den Kurs der SED ein, andere eckten schnell an, weil sie sich nicht beugen lassen wollten.

Hartmut König etwa war führendes Mitglied des Oktoberklubs, der die Singebewegung anführte, war SED- und FDJ-Funktionär und wurde 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, während der Liedermacher **Wolf Biermann** von 1965 bis zu seiner Ausbürgerung 1976 gar nicht auftreten durfte. Zu den bekanntesten Liedermachern der DDR gehören **Kurt Demmler**, der zugleich für viele Rocktexte verantwortlich war, und **Gerhard Schöne**, der eher dem alternativen, kirchennahen Milieu angehörte und auch mit Kinderliedern bekannt wurde. **Gerulf Pannach** und **Christian Kunert** mussten im Zuge der Biermann-Ausbürgerung ebenfalls die DDR verlassen. **Stephan Krawczyk** hatte ab 1985 Auftrittsverbot und musste die DDR 1988 verlassen. Von 1970 bis 1990 wurde alljährlich das Festival des politischen Liedes in Ost-Berlin durchgeführt. Veranstalter war die FDJ. Politische Texte waren auch in der DDR willkommen – so lange sie auf der Linie der SED lagen. Kampf- und Arbeiterlieder gehörten zum bekannten Liedgut und wurden an die junge Generation vermittelt. Neben bekannten, der Parteilinie genehmen DDR-Liedermachern traten viele ausländische Interpreten auf.

Von 1973 bis 1992 fanden meist im Zwei-Jahres-Abstand die Chansontage der DDR in Frankfurt (Oder) statt, die auch Liedermachern offenstanden. Anders als zum Festival des politischen Liedes waren die Chansontage ein Wettbewerb. Eine Jury wählte den besten Musiker aus. 1987 wurde die Juryentscheidung aufgrund von politischen Gründen gekippt und einem anderen Musiker wurde der Hauptpreis verliehen. Zu den bekannten weiblichen Chansonsängern der DDR zählen **Barbara Kellerbauer**, **Barbara Thalheim**, **Gisela May** und **Eva-Maria Hagen**. Sie sangen ihre Lieder gewöhnlich auf Deutsch.

Quelle: <http://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/125/die-novemberrevolution/liedermacher/>
<http://www.mdr.de/damals/archiv/biermann100.html>
http://de.wikipedia.org/wiki/Musik_der_DDR

Musikszene der DDR – Ein Gespräch mit 'Wolle', Ost-Berlin

Görls: War die junge Musikszene der DDR eher von sowjetischer oder – wie in der BRD – amerikanischer Musik, geprägt?

Wolle: Wir wurden von denselben Einflüssen wie im Westen geprägt. Durch die Medien, Fernsehen und Rundfunk, hatten wir denselben Stand wie im Westen: RIAS, SFB, AFN, Deutsche Welle, Radio Luxemburg, Deutschlandfunk, ARD und ZDF. Es gab keine sowjetischen Einflüsse. Kaum ein Jugendlicher hatte Ostmusik auf seinen Bändern. Vereinzelt gab es auch mal eine gute Band aus Ungarn oder Polen (OMEGA und BUDGARSOFLÄRA). RIAS und SFB hatten besondere Musikwunsch-Sendungen für Osis. Da wurden alle Songs in voller Länge und mit Ansage des Bandnamens und des Songs zum Aufnehmen gesendet. Auch im DDR Rundfunk gab es eine Sendung zum Mitschneiden: DT64 „vom Band fürs Band“. Da wurden komplette Westalben zum Kopieren gespielt. Es gab auch alle Informationen zu den Musikgruppen und den Alben. Bei Live-Konzerten von lokalen Bands wurden ausschließlich englische Songs gespielt. Höchstens ein oder zwei eigene Songs, aber dann war die Tanzfläche auch immer leer und man ist erst mal aufs Klo gegangen oder hat sich ein neues Bier geholt.

Görls: Also es gab keine eigene Musikrichtung?

Wolle: Einen eigenen Musikstil in der DDR-Rockmusik gab es nur bei den Texten. Wenn eine Band das Glück hatte und eine eigene Schallplatte im Rundfunk oder bei AMIGA produzieren durfte, mussten aber alle Texte auf Deutsch sein. Der Star-Texter der DDR war Kurt Demmler. Ich denke, er hat 60-80% aller Texte für sehr, sehr viele Bands geschrieben. Ich mag seine Texte sehr. Er hat es verstanden die Texte so zu schreiben, dass sie durch die Zensur gekommen sind, aber nicht an Inhalt verloren haben. Man konnte gut zwischen den Zeilen lesen. Er hat immer ‚Elefanten‘ in die Texte

eingebaut, damit die Genossen was zum Zensieren hatten und dadurch von der eigentlichen Botschaft des Textes abgelenkt wurden. Es wurde auch immer wieder vom Westen anerkannt, dass man die deutsche Sprache pflegt. Das Pflegen der deutschen Sprache war aber nicht das Interesse der Genossen, sie wollten nur die Texte verstehen, was sie aber auch nicht wirklich geschafft haben.

Görls: Welche Band hast Du favorisiert?

Wolle: Eine wichtige Band in meinem Leben war „Klaus Renft Combo“, die Texte haben mir sehr viel Mut gemacht, die triste Zeit in der DDR zu ertragen. Leider wurde sie 1976 verboten.

Görls: In der BRD ist Volksmusik beliebt. War es auch in der DDR so?

Wolle: Volksmusik gab es auch in der DDR. Der bekannteste Interpret war Herbert Roth. Die Jugendlichen hatten aber kein Interesse an dieser Art von Musik.

Görls: Wie war die Jugendszene in den 70ern?

Wolle: In den siebziger Jahren gab es nur eine Jugend-Kultur-Szene, die Hippies, auch „Kunden“ genannt. 90% aller Jugendlichen hatten lange Haare, Jeans und eine US-Armee Jacke. Man traf sich täglich in der Kneipe, trank viel Bier und Schnaps und plante das Wochenende. Telefon und Handys gab es nicht. Was in der Woche fürs Wochenende geplant wurde, war auch verbindlich. Wir sind in die umliegenden Kulturhäuser zum Tanz und Konzert gegangen oder aufs Dorf zum Dorftanz gefahren. Im Sommer sind wir viel an Seen zum Zelten oder in eine Jugendherberge mit dem Zug gefahren. Einmal im Jahr sind wir auch nach Budapest oder Prag gereist, um Klamotten und Schallplatten zu kaufen. Nach Prag nur, um zu Saufen und nach Budapest für Westschallplatten (eine Schallplatte 100-120 Mark). Rückblickend hatte ich eine sehr schöne Jugend.

Görls: Habt Ihr ‚Rockpalast‘ gekannt?

Wolle: Einmal im halben Jahr gab es eine große Rockpalast-Party. Da haben wir uns alle, meistens 20-30 Leute in einer Wohnung getroffen und Rockpalast geguckt. Wir waren immer besoffen und es ist viel zu Bruch gegangen. Aber am nächsten Tag haben wir alle zusammen die Wohnung wieder in Ordnung gebracht. Die Rockpalast-Sendung war für alle ostdeutschen Jugendlichen der Höhepunkt im Jahr.

Görls: Wurden bei Euch in der Musikszene auch Drogen genommen?

Wolle: Eine Drogenszene wie im Westen gab es hier nicht. Die Kontrollen an den Grenzen zum Osten waren zu scharf. Die Volksdroge in der DDR war Alkohol und Bier. Ganz krasse Leute haben das auch noch mit Tabletten gemixt, aber eigentlich nicht die Masse. Die Schnaps-Regale in den Kaufhallen waren immer gut bestückt. Da gab es nie Engpässe. Das war als Ventil so gewollt von den Genossen.

Görls: Was war bei Euch anders als im Westen?

Wolle: Ein wichtiger Bestandteil der Jugendkultur und Musikszene der Siebziger waren die „BLUES MESSEN“ in den evangelischen Kirchen. Da konnte man so wie man war und mit einer Rotweinflasche in die Kirche gehen und Blues hören. Die Kirchen waren immer überfüllt und man stand auf den



Foto: anke1168, SILLY - Asyl im Paradies, youtube.com, Konzert 2013, Rügen
Cover: Silly



Bänken und hat Rotwein getrunken. Ich glaube die Samariter-Kirche war da der Vorreiter.

Görls: Waren Punk-Konzerte erlaubt?

Wolle: Mitte der Achtziger wurde die Szene vielseitiger. Popper, Punks, Gruftis und Skins tauchten überall auf und belebten die untergehende DDR. Der Kulturpark Berlin und PW, das war eine Gaststätte vor der „Insel der Jugend“, waren auch immer beliebte Szenetreffe. Mitte der Achtziger hat auch dieser Jugendklub Punk-Konzerte veranstaltet.

Görls: Hast Du ein Abschluss-Statement für uns?

Wolle: Ein Punkt, der mir in der heutigen Berichterstattung überhaupt nicht gefällt, ist, dass alle ostdeutschen Jugendlichen eine sch... Jugend hatten, und wir nur mit Blauhemd und Parteibuch gelebt haben. Wir hatten auch Drugs (Schnaps), Sex and Rock & Roll. Wir haben NICHT in der Ecke gesessen und geweint. Unser Leben war sehr authentisch.

Eine Musikgeschichte

1978 wurde an einem Biertisch im Prenzlauer Berg die Familie Silly gegründet. Die Kapelle spielte Cover-Versionen und tingelte durch Bars und Vergnügungslokale. Familie Silly sorgte überall für gute Laune, die Band unterhielt bis zur Schwarzmeerküste das Publikum mit nachgespielten Hits. Bald entstanden auch erste eigene Songs.

Inzwischen gehörte ein Westberliner Plattenproduzent zum Familie-Silly-Kreis, der ganz dringend etwas machen wollte, was die einzige Plattenfirma der DDR bis dahin so standhaft verweigerte: eine LP. So brachte Familie Silly 1981 ihre erste Platte zunächst in der Bundesrepublik heraus. Nachdem „Tanzt keiner Boogie?“ bei der Westberliner Hansa-Musik veröffentlicht wurde, kam der DDR-Plattenmonopolist AMIGA in Zugzwang. Wenig später erschien die LP auch auf dem DDR-Label.

1985 erschien „Liebeswalzer“ (wieder „Platte des Jahres“) und 1986 wurde „Bataillon d’amour“ als erfolgreichstes Album in den Medien gekürt. „Februar“ war 1989 das letzte Album der Band (ebenfalls LP des Jahres), das in der DDR erschien. Dann kam die Wende und mit ihr eine wesentliche Erfahrung: Die Zensur der Kulturpolitik wurde nun durch die Zensur der Marktwirtschaft ersetzt.

1993 bewies das Album „Hurensöhne“ dann auch, wie authentisch Silly geblieben war. Die Band kam sich nicht abhanden – allen voran Tamara Danz, die nicht nur das Gesicht, sondern auch der Geist von Silly war. Während es bei „Februar“ noch eine Gemeinschaftsarbeit mit Gundermann war, schrieb sie seit „Hurensöhne“ die Texte selbst. Mit der letzten Neuveröffentlichung 1996, „Paradies“, fand sich Silly in den höheren Regionen der deutschen Charts wieder. Diese verstärkte Aufmerksamkeit war allerdings auch einem tragischen Umstand geschuldet. Tamara starb am 22. Juli 1996. „Hängt nicht rum, geht auf die Bühne“, das war ein Schlachtruf der Frontfrau. Deshalb gibt es Silly heute noch. Im Sommer 2005 gingen nach fast 10 Jahren Pause Ritchie Barton, Uwe Hassbecker und Jäcki Reznicek mit dem Projekt „Silly & Gäste“ wieder live auf Tour. Verstärkt wurde die Band durch die Söhne Basti Reznicek (Drums) und Daniel Hassbecker (Keyboards / Cello) sowie den Rockhaus-Gitarristen Reinhard Petereit. Einer der Höhepunkte dieses Neubeginns war das Konzert im Berliner Tempodrom mit Toni Krahl, Stefanie und Thomas von Silbermond, Kati Karrenbauer, IC Falkenberg und Anja Krabbe als Gästen. Der Live-Mitschnitt auf Doppel-CD und DVD belegt dies in eindrucksvoller Weise.

Im Dezember 2005 wurden die Sillys auf die Schauspielerin und Sängerin Anna Loos aufmerksam und luden sie zu Proben in ihr Studio ein. Seitens Anna war es nicht nur Liebe auf den ersten Blick, sondern die unvergessliche Jugenderinnerung einer Dreizehnjährigen, die Tamara Danz und Silly zum ersten Mal in ihrer damaligen Heimatstadt Brandenburg live erlebte. Nun stehen sie gemeinsam auf der Bühne. Eine Geschichte, die fast nach Schicksal klingt.

Quelle: <http://silly.de>

Info

DT64 nach dem Deutschland-Treffen der Jugend 1964 in Ost-Berlin genannt. Beliebtes Jugendprogramm des DDR-Rundfunks, 1986 ein eigenständiger Sender, bestand bis Mai 1993. Der Nachfolger ist MDR Sputnik, das Jugendradio des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)

Rockpalast-Nächte – von 1974 bis 1986, 6-stündige Live-Sendung des WDR Köln mit international bekannten Bands und Musikern.

RIAS – Rundfunk im amerikanischen Sektor 1946 nach dem Zweiten Weltkrieg von der US-amerikanischen Militärverwaltung gegründet; bis 1993 mit zwei Hörfunkprogrammen, von 1988-1992 ein Fernsehprogramm, Rundfunkanstalt mit Sitz in West-Berlin, Stadtteil Schöneberg.

Mode und Textilindustrie in der DDR

Mode war in der ehemaligen DDR ein „Produkt“, das viele, vor allem Frauen, haben wollten, aber die wenigsten bekamen. Welches waren die Gründe, dass DDR-Bürger nicht dieselben Möglichkeiten hatten, sich modisch zu kleiden?

Textilindustrie: Ein kleiner historischer Spaziergang

Die Textilindustrie auf dem Gebiet der DDR hatte eine lange Tradition. Führende Städte wie Cottbus, Zwickau und Görlitz waren seit dem Mittelalter als Tuchmacher-Zentren bekannt und geschätzt, Zwicksches Tuch ein Begriff für beste Ware. 1798 machte Chemnitz mit der Errichtung der Spinnmühle den Anfang der industriellen Revolution in Sachsen, so dass man es als „Sächsisches Manchester“ bezeichnete. Mit dem Begründer des Werkzeugmaschinenbaus, Johann Zimmermann, entstand hier die erste Fabrik Deutschlands, die Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik. Nicht genug, der Erfindungsgeist der ‚Chemnitzer‘ gab 1877 ihrem Bürgermeister Wilhelm André Anlass, das deutsche Patentrecht zu entwerfen und am Ende des 19. Jahrhunderts war Chemnitz die reichste Stadt Deutschlands. Und blieb auch zu DDR-Zeiten Hochburg des Textilmaschinenbaus.

In Chemnitz – zu DDR Zeit Karl-Marx-Stadt – begann 1957 die Serienfertigung der „Malimo-Nähmaschinen“, sie konnten mit mehreren Nadeln gleichzeitig und dadurch erheblich schneller nähen. Dies ist ihrem genialen Erfinder Heinrich Mauersberger zu verdanken, der damit schon 1949 die Textilindustrie revolutionierte. (Die „Webtechnik Malimo“ war die erste Lizenz der DDR, die als Patent in die USA verkauft wurde. Bis heute wird seine Nähwirktechnik in der Industrie sowie in der Raumfahrt genutzt.) Den Beschäftigten war es möglich, hochwertige Stoffe zu modernen Kollektionen umzuwandeln, allerdings wurden bis zu 80 % dieser Textilerzeugnisse vor allem nach Westdeutschland und in die Ostblockstaaten exportiert. Der größte Produzent von Textilmaschinen war VEB Kombinat Textima in Karl-Marx-Stadt.

Nach der Staatsgründung blieben zunächst viele Unternehmen in privater Hand und waren sehr gefragt und erfolgreich. „Die privaten Konfektionäre erbrachten 1951 knapp die Hälfte der einschlägigen Bruttoproduktion“. Wie wichtig sie im Staatsgefüge waren, erläutert U. Koepf: „Während immer mehr lohnabhängige DDR-Bürger das Land in Richtung Westen verließen, weil sie sich dort bessere Lebensbedingungen versprachen, stellte die Staatssicherheit fest, dass die Zahl der flüchtenden Privatunternehmer rückläufig war.“ Nur allmählich wurden viele Privatunternehmen in der Bekleidungsindustrie enteignet und in staatliche volkseigene Betriebe, abgekürzt VEB, umgewandelt. (Die Heinz Bormann KG und ihre Firmen-Geschichte ist ein spezielles Beispiel dafür, siehe „Der rote Dior“, S. 44).

Begünstigt durch den Trend westlicher Unternehmer, ihre Fertigung in Billiglohnländer zu verlagern, weitete sich die

Produktion in den RGW-Staaten aus. Gemeinsam hatten die staatlichen und die privaten, eigentlich halbstaatlichen Betriebe, mit den Schwierigkeiten, die Sozialismus und Planwirtschaft ausmachten, zu kämpfen: Fehlende Arbeitskräfte und hoher Krankenstand sowie Produktionsausfälle wegen Material- und Rohstoffknappheit.

Der Wunsch nach schöner und bezahlbarer Kleidung wuchs mit dem Wohlstand in der DDR, zum Teil auch gelenkt durch die Programme aus den westlichen TV-Sendern. Erst als sich in den Betrieben das Problem mit den „Überplanbeständen“ stellte, d.h. Bekleidungsstücke, die keinen Abnehmer fanden, suchten die Planstellen nach einer Lösung. Anfang der 60er Jahre wurden Spezialverkaufsstellen für modische Bekleidung eingerichtet, die Vorläufer der Exquisitläden.

Modemagazine, Trends

Wenn die Rede von der Mode in der DDR ist, herrscht ein Pauschalurteil, wonach es nur modisch unschicke, farblose und qualitativ minderwertige Kleidung gab. Es stimmt nicht, es gab gut und phantasievoll angezogene Frauen, qualitativ hochwertige Stoffe, dauerhaft haltbare Kleidung, aber immer von allem zu wenig.

Es hat pfiffige Modedesigner, Moderedakteure und Modefotografen gegeben. Der „Verlag für die Frau“ in Leipzig hatte 400 Mitarbeiter, eine Druckerei, eine Schneiderei, Schnitt-Werkstätten, Foto-Studio, Fotolabor, angestellte Fotografen und eine Experimentier-Küche für die Autorinnen der Kochbücher. Hier wurden außer der „Saison“ die Modezeitschriften „Praktische Mode“, „Sibylle“ und die Handarbeitszeitung „Modische Maschen“ herausgegeben.

Die Modezeitschriften der DDR konnten durchaus mit den Frauenzeitschriften des Westens konkurrieren, sowohl in der Aufmachung, als auch in der Aktualität der gezeigten Mode. Die beliebte Modezeitschrift „Sibylle“ war auch als „Ost-Vogue“ bekannt und immer schnell vergriffen. Die Einflüsse aus dem Osten waren in der Modeindustrie der DDR stark verankert. In der Modezeitschrift „Saison“ gab es z.B. eine feste Rubrik mit dem Titel „Mode aus Moskau“, die die aktuellste Mode aus der Sowjetunion präsentierte.

Eine „Haute Couture“ in der DDR hat es nie gegeben, dafür aber Mode „Prêt-à-porter“, Mode zum Tragen also. Passend zu dem idealen Frauenbild in der DDR: berufstätig, unabhängig und selbstbewusst.

Kunstfaserstoffe für den Alltag

Der Rohstoffmangel in der DDR in allen Industriezweigen schlug sich auch in der Mode nieder. Baumwolle, Wolle und Leder mussten auf dem internationalen Markt eingekauft werden und das war für die DDR unverhältnismäßig teuer, da mit Devisen bezahlt werden musste.

Um der Bevölkerung eine Alternative zu den teuren Naturfasern zu bieten, entwickelte die Textilindustrie kostengünstigere Stoffe, die mehr Farbe und Eleganz in den eintönigen Modealltag der Bevölkerung bringen sollten. „Dederon“ ist eine in der DDR entwickelte Kunstfaser, aus der Schürzen, Taschen, Herrenhemden und auch Damenkleider hergestellt wurden. Sie waren ein großer Schlager in der DDR-Mode. Dederon war das Pendant des in den USA patentierten „Perlon“. Ein anderes Material war „Lederol“, eine Art Kunstleder, dessen Produktion in der DDR verfeinert wurde. Daraus wurden Mäntel und Jacken gefertigt, denn das Gewebe aus Baumwoll- oder Viskosefasergarnen war wasserdicht und luftundurchlässig. Auch der Polyesterstoff „Trevira“ und das Gewebe „Präsent 20“ waren Stoffe, die in der DDR hergestellt wurden. Sie basierten auf bereits in westlichen Ländern bekannten Stoffen, die es in der DDR trotz der wenig zur Verfügung stehenden Mittel zu produzieren gelang.

Jugendmode (Jumo)

Jumo – war eine HO-Ladenkette, die 1970 mit einem speziellen Bekleidungsassortiment für Jugendliche eröffnet wurde. Die Jumo-Kleidung war modisch und qualitativ gut, manche Artikel waren so begehrt, dass Eltern schon morgens vor den Geschäften anstanden. Begehrt waren Importe, häufig aus Jugoslawien, die nur in begrenzten Mengen kamen. Viele Kunden wussten, an welchem Tag Waren geliefert wurden und standen Schlange. Manche Bekleidungsstücke kamen nicht mal bis ins Regal. Ergänzt wurde das Angebot durch Kosmetik für Mädchen und jungen Frauen, z.B. die Marke „Sküs“.

Jeans

nehmen ein besonderes Kapitel in der Modegeschichte der DDR ein. Lange Zeit galten sie – in DDR-Jargon „Niethosen“ oder „Nahthosen“ – für die Führung der DDR als Symbol der kapitalistischen Gesellschaften, also des Klassenfeindes und es gab sie nicht in den Läden zu kaufen.

Ende der 70er reagierte die DDR Führung auf den Jeanshype und erlaubte kurzzeitig vor Weihnachten den Import von Levis Jeans in größere Städte der DDR. Die Lederetiket-

ten waren nicht angenäht; teilweise wurden sie aber zu den Hosen mitgeliefert.

Gleichzeitig organisierte die Regierung den Aufbau einer eigenen Jeansproduktion, im Jahre 1978 kamen die Jeans der DDR in den Handel, sie hießen „Boxer“, „Goldfuchs“, „Shanty“ und „Wisent“. Der Stoff war dunkelblau und die Nähte orangefarben. Die Leute stürmten die Läden, obwohl die Jeans sehr teuer waren. Die später aktuellen „stone-washed“-Jeans taufte man im Osten Marmor-Jeans. Glücklicherweise konnte sich schätzen, wer eine hatte.

Naomi Ba



Quellen: www.dederon-design.de
www.mdr.de/damals/archiv/artikel/87470.html
www.aus-der-ddr.de/katalog/genex_zusatz_1988.html
www.mdr.de/damals/lexikon/1593310.html#lexikon
www.sz-online.de/nachrichten/ddr-mode-als-wunschbild-und-spiegel-der-gesellschaft-1916310.html
Fotos: privat und Oriella Bazzica



Shopping-Mode Der »rote Dior«

Der Name Heinz Bormann stand damals in der DDR für individuelle und exklusive Mode. Ein Kleid des Magdeburger Modehauses zu tragen, war etwas Besonderes und versprach Schönheit und Prestige. Allein schon die Aura des privaten Unternehmers hob ihn heraus aus dem Heer der volkseigenen Kleiderproduzenten. Aber nicht nur Künstlerinnen ließen sich gern von Bormann kleiden, auch Lotte Ulbricht, die Frau des Staatsratsvorsitzenden, bestellte ihre Garderobe bei ihm.

Auf die Heinz Bormann KG bauten die DDR-Ökonomen nicht nur beim Export in die Sowjetunion, in die Niederlande, nach Belgien, Österreich und andere westliche Länder – wobei die bundesdeutschen Importeure übrigens die Bedingung stellten, dass der Firmenname Bormann nicht auf dem Etikett stand.

So beschreibt Ulrike Kopp in ihrem Aufsatz „Heinz Bormann – der Dior der DDR“ den wichtigsten und bekanntesten Modemacher der DDR. Im ‚Westen‘ wäre er einer von diesen tüchtigen, hoch gelobten Unternehmern gewesen, die mit Initiativegeist und Kreativität dem Wirtschaftswunder beisteuerten. Der aber im Osten wegen des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR die Flügel gestutzt bekam und in Vergessenheit geriet. Anhand seiner Geschichte wird die Entwicklung der Textilindustrie nachgezeichnet und Einblick gewährt in die Struktur der bürokratisch geführten Wirtschaft.

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/koepf123.pdf
Fotos: PRAMO – Praktische Mode, Modezeitschrift DDR, Verlag für die Frau, Berlin / Leipzig

Interview mit Christina Hapke Moderedakteurin

„Pramo“, „Saison“ und „Sibylle“, waren beliebte Frauenzeitschriften und Frauen-Modemagazine in der DDR. Alle wurden im „Verlag für die Frau“ herausgegeben, ebenso die monatliche Zeitschrift „Sowjetfrau“ mit der neuesten Mode aus der UdSSR. Eine weitere auflagenstarke DDR-Frauenzeitschrift war ab 1963 die sehr beliebte Wochenillustrierte „Für Dich“ vom Berliner Verlag. Und Mode war auch für die sozialistische Frau ein Thema, oder? So haben wir Kontakt mit Christina Hapke aufgenommen. Sie war Moderedakteurin bei dem „Verlag für die Frau“ und zuständig für die „Pramo“, das heißt 'praktische Mode'. Die Zeitschrift war besonders beliebt wegen ihrer Schnittmusterbögen, ähnlich wie die vom Burda Verlag herausgegebene Zeitschrift BURDA in der BRD.



Görls: Frau Hapke, stimmt es, dass viele Frauen in den 60er und 70er Jahren selbst Kleidung nähten?*)

Christina Hapke: Genäht wurde viel, meist nach BURDA-Schnitten oder Schnitten aus dem „Verlag für die Frau“, ein Frauenverlag in der DDR, ähnlich wie der Burda-Verlag. Die Stoffe besorgte man sich über Verwandtschaft im Westen oder andere Beziehungen, z.B. von den Stoffherstellungsbetrieben in der DDR. Die Textilindustrie der DDR war weit verbreitet. Da man in diesen Betrieben vor allem für den Export produzierte, hatte man auch die Chance, modisch aktuelle Stoffe zu bekommen. Nähzutaten waren preisgünstig, so dass es für einen Großteil erschwinglich war, sich modisch zu kleiden.

Die Menschen der DDR haben improvisiert, bevor etwas weggeworfen wurde, verwendete man dies und das weiter: Knöpfe, Reißverschlüsse, Spitzenborten, Stoffreste usw. Aus heutiger Sicht war das sehr ökologisch. Bei Schuhen und Taschen musste man wieder Glück haben, das Angebot war eher mager. Wenn doch mal modisch, dann sehr teuer.

Görls: War es sonst schwer sich modisch zu kleiden?

Christina Hapke: Trendige Sachen gab es in der damaligen DDR u.a. in Exquisit-Geschäften, Läden mit hochpreisigen Produkten, auch aus dem Ausland, für viele nicht erschwinglich. Man musste entweder überdurchschnittlich gut verdienen oder Beziehungen zum Verkaufspersonal haben. Westpakete von Verwandten beinhalteten eher Lebensmittel als Bekleidung und wenn, dann waren es meist getragene Sachen, über die die Freude dennoch sehr groß war.

Dann gab es noch die sogenannten Jugendmodegeschäfte, hier versuchte man annähernd Modisches zu verkaufen, aber es gelang nicht wirklich. Es fehlten die modischen Stoffe. Jeans konnten einfach nicht kopiert werden. Die modischen Accessoires fehlten, das Drumherum stimmte nicht. Und trotzdem kauften viele junge Leute, die keine Beziehungen zu Westverwandten hatten, dort ein.

Görls: Wie erfuhren die Menschen von Trends?

Christina Hapke: Zeitschriften und Kataloge wurden über die Grenze von Omas und Opas geschmuggelt, die damals ohne Einschränkung reisen durften, und gingen dann von Hand zu Hand. Selbstverständlich, wenn der Zoll der DDR diese an der Grenze nicht konfiszierte...! Ansonsten waren Trends im Westfernsehen zu sehen: Musiksendungen oder Jugendsendungen lieferten jede Menge Anregungen. Da die BRD Programme fast überall in der DDR zu empfangen waren, sahen viele Leute, was ‚IN‘ war.

Görls: Wie informierten Sie sich als Moderedakteurin?

Christina Hapke: Ich gehörte, dank meines Berufes, zu den wenigen, die internationale Trends über das Modeinstitut der DDR in Berlin erhielten. Das waren hochprofessionelle Veranstaltungen, die uns auf dem aktuellsten, internationalen Stand hielten. Zweimal im Jahr wurden diese Informationsveranstaltungen speziell für die Fachpresse und die Bekleidungsindustrie der DDR als Anregung konzipiert. Außerdem hatte ich im „Verlag für die Frau“ auch die Gelegenheit über die Abteilung Dokumentation Modezeitschriften aller Art zu lesen. Jedoch nur in der Redaktion. Wir durften die Zeitschriften nicht mit nach Hause nehmen.

Görls: Wo gab es modische Artikel zu kaufen?

Christina Hapke: In den Intershops, diese gab es nur in Großstädten. Die Bekleidung, die dort angeboten wurde, war relativ teuer und nur ein kleiner Bevölkerungsteil hatte die Möglichkeit, Forumschecks zu bekommen. Die anderen haben sich die Nase an der Schaufensterscheibe platt gedrückt. Es gab auch die weniger bekannte Möglichkeit, beim GENEX Versandhandel zu bestellen. Diese Möglichkeit sogenannte Engpasswaren einzukaufen wurde z.B. gern von Botschaftsangehörigen, Auslandsmonteuren oder Künstlern genutzt. Ansonsten konnte man modische Bekleidung recht gut in Polen oder auch Ungarn kaufen. Polnische Zloty und ungarische Forint konnten aber nur begrenzt getauscht werden. So musste man sich sehr genau überlegen, wofür man das Geld ausgab.

Görls: Wie war es, wenn jemand keine Westkontakte und kein Westgeld hatte?

Christina Hapke: Natürlich gab es Leute, die keine Gelegenheit hatten im Intershop einzukaufen, aber es gab auch genügend Leute, die es auch aus politischer Überzeugung nie getan hätten!!!!

Kinder speziell konnten natürlich nicht begreifen, dass Mama und Papa hier nicht einkaufen können, währenddessen andere selbstverständlich in diese Geschäfte gingen, die man immer schon von weitem an dem Duftgemisch von Waschpulver, Kaffee und Parfüm erkannte.

Görls: Vielen Dank für das informative Gespräch!

Christina Hapke: Ich finde es toll, dass es von jungen Leuten Bestrebungen gibt, das Leben in der ehemaligen DDR zu hinterfragen, es kann nur zum besseren Verständnis zwischen Ost und West beitragen und hilft sicher, so manches besser zu verstehen. Bleiben Sie neugierig!

**) Uschi aus Halle: „Nähmaschinen waren in den Haushalten, in denen jemand nähen konnte. Eine Nähmaschine kostete 600 Mark, also kaufte nur jemand mit Kenntnissen so ein Gerät. Meine Mama hatte keine, meine Schwester hatte keine, ich hatte keine und viele, die ich kannte auch nicht. Aber jeder wusste in seinem Freundes- oder Bekanntenkreis jemanden, der nähen konnte und ließ dann dort für sich gegen Bezahlung nähen.“*

Info

Verlag für die Frau – Dieser wurde 1946 gegründet. Nach 1989 kaufte der Gong Verlag in München den Verlag auf. Die Frauenzeitschriften konnten sich nicht durchsetzen. Lediglich die Zeitschrift „Guter Rat“ – in der DDR eine 4 x jährlich erscheinende sozialistische Verbraucherzeitschrift – überlebte. „Sibylle“-Redakteurinnen versuchten nach der Wiedervereinigung die Zeitschrift durch einen eigenen Verlag zu retten, was leider nicht gelang.

Die Wirtschaftssysteme in DDR und BRD

Planwirtschaft / Soziale Marktwirtschaft

Während in der Bundesrepublik Deutschland die soziale Marktwirtschaft eingeführt wurde, beschäftigte man sich in der DDR durch den Einfluss der Sowjetunion mit der Planwirtschaft. Aber was sind denn Planwirtschaft und soziale Marktwirtschaft?

Planwirtschaft

Die Planwirtschaft, auch Zentralverwaltungswirtschaft genannt, beschreibt eine Wirtschaftsordnung, die sehr kommunistisch orientiert ist. Der Staat versucht alle gleich zu behandeln und eine Klassengesellschaft zu vermeiden. Die Wirtschaftsvorgänge werden vom ihm geplant und geleitet. Das heißt, der Staat bestimmt was, wann, wo, von wem, für wie lang produziert bzw. verarbeitet wird und welches Produkt wie viel kostet. Dem Staat gehörten Kapital, Arbeitskraft und Maschinen.

Durch das staatliche Zentralverwaltungssystem wurden privatwirtschaftliche Betriebe nur selten und wenn, dann nur in geringem Umfang geduldet. Denn auch wenn man selbstständig ist, muss man dem Staat das Kapital, die Arbeitskräfte und Maschinen und alles was dazu gehört auflisten und vorzeigen, damit dieser dann einen individuellen Plan für jede Firma erstellen und festlegen kann. Der Staat bestimmte wie viel die Firma produzieren darf, wie viel die Ware kosten soll und wie viel der Stundenlohn der Arbeiter betragen muss. Das heißt, auch in der Selbständigkeit, lässt sich der Staat nicht die Möglichkeiten nehmen, alles zu bestimmen. Zusätzlich kontrolliert er, ob man die vorgegebenen Pläne auch pflichtgemäß erfüllt.

Soziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft beschreibt ein Wirtschaftssystem, bei dem das individuelle Eigeninteresse im Vordergrund steht. Bei der sozialen Marktwirtschaft bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis der Ware, d.h. je größer die Nachfrage der Konsumenten (Käufer / Verbraucher), desto höher ist dementsprechend der Preis. Aber wenn das Angebot der Verkäufer hoch und die Nachfrage gering ist, dann ist der Preis sehr niedrig. Ein Beispiel: Wenn ich Massen an Schoko-Riegeln habe, die keiner kaufen möchte, halte ich den Preis ganz klein, um verlockend zu sein, damit ich meine Ware überhaupt „los werden“ kann. Umgekehrt, wenn meine Schoko-Riegel sehr gefragt sind, setze ich den Preis höher, damit ich mehr Profit mache. So entsteht letztlich ein Wettbewerb, bei dem jeder besser, günstiger, erfolgreicher sein möchte, um somit sein persönliches Interesse, mehr Profit zu machen, zu steigern. Durch besser Sein wird der wirtschaftliche Fortschritt angekurbelt. Damit dies jedoch nicht zu Problemen führt, wie z.B. Ausbeutung der Arbeiter bzw. Entwürdigung der Menschenrechte oder Bildung von Monopolen, wacht der Staat über diesen Wettkampf und legt durch Gesetze einen Rahmen fest, in dem sich die Privatinvestoren bewegen müssen. So leben wir heute noch in Deutschland mit der sozialen Marktwirtschaft.

Umsetzung der Wirtschaftssysteme in DDR und BRD

Ein Ziel des DDR-Staates war die Preisstabilität der Grundnahrungsmittel. Der Staat übernahm viele Subventionen, damit der Bürger nicht so viel selber zahlen muss, z.B. waren die Mietpreise niedrig und auch lebensnotwendige Dinge wie Brot waren im Gegensatz zum Westen recht billig. Nicht lebensnotwendige Dinge hingegen waren sehr teuer, z.B. Autos. In jedem Ort gab es einen Einkaufsladen (Konsum, HO), also brauchte man zum Einkaufen kein Auto. Zur Arbeit musste man entweder mit Bus und Bahn fahren, oder die Arbeitsstelle war zu Fuß zu erreichen. Deswegen gehörten auch Autos (nicht notwendig) zu den Luxusartikeln und waren somit recht teuer. Zusätzlich musste man noch ca. 10 Jahre warten, bis man überhaupt sein gekauftes Auto bekommen hat. Also, stellt euch mal vor, ihr seit 18 Jahre alt, habt gerade euren Führerschein, wollt euch etwas schönes gönnen und „bestellt“ deswegen ein tolles zweisitziges Cabriolet. Zehn Jahre später: Ihr seid mittlerweile 28, habt schon geheiratet, habt zwei gesunde Kinder und bekommt nun euer zweisitziges Auto. Wie praktisch! Im Westen war das anders: Die Preise stiegen und sanken in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, aber auf ein neues Auto wartest du maximal 3 Monate oder überhaupt nicht.

Ein weiteres Merkmal der Planwirtschaft war der Fünfjahresplan, nachdem sich alle Produzenten richten mussten. Das hatte zur Folge, dass der Osten nie auf dem technisch neuesten Stand war. Du musst es dir wie folgt vorstellen: Ich schreibe dir vor, dass du fünf Jahre lang den neuesten MP3-Player produzieren sollst. Du beginnst zu produzieren. Ein Jahr später: Aus dem MP3-Player ist der iPod geworden. Jedoch produzierst du jetzt nicht den gefragten iPod, sondern produzierst, dem Plan entsprechend, die alten MP3-Player weiter. Fünf Jahre später: Du hast MP3-Player produziert, die schon längst nicht mehr aktuell sind, denn mittlerweile ist schon das iPhone auf dem Markt. Wer will denn da noch die veralteten MP3-Player kaufen? Nicht sehr viele! Das Ergebnis des Fünfjahresplans war eine Überproduktion, d.h. das Angebot war sehr hoch, jedoch gab es keine Nachfrage. Der Staat hatte somit keine Einnahmen und blieb auf den Kosten sitzen. Das Problem des Fünfjahresplans war es, dass dieser sich nicht nach der aktuellen Nachfrage orientiert, sondern mit Hilfe von Hochrechnungen erstellt wurde.

Um die Staatsausgaben zu decken, verkaufte der Staat begehrte Waren an den Westen, um wenigstens Geld zu haben, um im Ausland fehlende Waren, Produkte oder Materialien einkaufen zu können. Doch leider war ihm das nicht immer möglich, sodass es Tage gab, in denen Ladenregale einfach leer blieben. Für die Modernisierung



Foto: Oriella Bazzica

der industriellen Maschinen blieb erst recht nichts übrig. Anders in der BRD: Hier wuchs aufgrund des Wettbewerbs der wirtschaftliche Wohlstand. Bei Geldmangel konnte die Regierung finanzielle Zuschüsse aus dem Westblock (hauptsächlich Amerika) erhalten. Dafür sorgte der Marshallplan. Nach dem Krieg war es auch für Westdeutschland ein langer Weg – die Wirtschaft war vollkommen zerstört. In allen Besatzungszonen wurden Industrieanlagen zerlegt und abtransportiert. Diese Demontagen waren als Ersatz für erlittene Kriegsschäden gedacht. Außerdem sollte somit sicher gestellt werden, dass Deutschland nie wieder Krieg führen konnte. Weil jedoch die Russen die westliche Zonengrenze schlossen, um die Auswanderung in den Westen zu verhindern, beschlossen die Briten und die Amerikaner, ihre Besatzungszonen zu vereinen und die westdeutsche Wirtschaft finanziell und mit Rohstoffen zu versorgen. Die ebenfalls zu diesem sogenannten Marshallplan eingeladenen osteuropäischen Länder mussten ihre Teilnahme jedoch unter dem Druck der UdSSR absagen. In der BRD wiederum kam es zum sogenannten „Wirtschaftswunder“ und später auch zur Integration in die Weltwirtschaft.

Nach der Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung wurde die Planwirtschaft abgeschafft und statt dessen galt jetzt im gesamten Bundesgebiet die soziale Marktwirtschaft. Die Firmen in der ehemaligen DDR waren vollkommen marode, weil durch die hohen Subventionen des Staates bzw. aufgrund des Geldmangels, keine modernen Maschinen zur Verfügung standen. Eine Restauration wäre nötig gewesen. Da die BRD nicht für die gesamten Kosten aufkommen wollte und konnte, wurden die Unternehmen privatisiert. Manche Firmen wurden sogar abgewickelt: Nützliches verkauft, der Betrieb geschlossen. Vieles wurde unter Wert für einen „Appel und 'n Ei“ verkauft, damit sie nicht mehr Staatslast waren. Die Produktion wurde mitunter nach Westdeutschland verlagert. Manche Betriebe wurden mit Hilfe von Staatsgeldern fortgeführt, um sie später dennoch zu schließen. Durch die Umstrukturierungen verloren viele Menschen ihren Job und waren somit arbeitslos. Und auch heute noch weisen die östlichen Bundesländer eine höhere Arbeitslosenquote auf.

Aus der DDR-Mark wurde die D-Mark und somit wurde für die Ost-Deutschen alles teurer, denn 1,- DM entsprach 4,40 DDR-Mark. Nun wird auch deutlich, warum die Westkonzerne vor dem Mauerfall ihre Ware im Osten produzieren ließen: Weil es dort billiger war. Und anschließend wurden diese teuer weiterverkauft. So ähnlich ist es heute immer noch! Durch die Globalisierung ist es leichter für Unternehmen, im Ausland billig produzieren zu lassen, um die Waren ebenfalls günstiger weiterverkaufen zu können. Da wir uns jedoch in einem Wettbewerb befinden (soziale Marktwirtschaft), muss man für den Kunden attraktiv bleiben und das funktioniert nur, wenn man billig ist. Oder würdest du etwa ein Handy für 500,- Euro kaufen, wenn du dasselbe woanders für nur 100,- Euro bekommen könntest?

Suzan Sevilii

Quellen:
Ulrich Winkler (Hrsg.): *Abitur-Wissen Geschichte – Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart* Verlag: STARK
Dr. Christian Zentner (Hrsg.): *Allgemeinwissen aktuell – Geschichte & Kultur – Von der Steinzeit zum Atomzeitalter – Geschichte, Religion, Philosophie und Kunst*, Verlag: MOEWIG
Sammiler-Editionen: *Alltag in der DDR: Aushängeschilder „Made in GDR“ – „Ham'wa nicht!“ – „Wissenschaft und Technik – Schlüssel zum Erfolg“ – Die Verschuldung- die 70er „Honecker beginnt das Konto zu überziehen“ – Verlag: WELTBILD*
Das Große Illustrierte Lexikon – Verlag: orbis, Band 2/3, S. 547/705
http://www.abendblatt.de/multimedia/archiv/00000/206064v1_jpg_419c.jpg (26.2.2009)
<http://www.bpb.de/files/VH/LGSL.pdf> (Erscheinungsdatum: März 2009)
http://www.bpb.de/themen/L20BKO,0,0,Der_Marshallplan_Selling_Democracy.html
<http://www.ddr-history.info/> (2009)
<http://www.ddr-wissen.de/wiki/DDR-Lexikon>
http://www.fos-coburg.de/aktuelles/sj08-09/ldr_projekt_2009/wirtschaftssystem_ddr.htm (18. November 2009)
<http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/WiederaufbauUndWirtschaft/marshallPlan.html>
<http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/WiederaufbauUndWirtschaft/demontage.html>
<http://de.wikipedia.org/wiki/SED> (21. April 2010)
<http://de.wikipedia.org/wiki/Planwirtschaft> (19. April 2010)
http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Marktwirtschaft (22. Februar 2010)
<http://www.schlaubi.de/geschichte/ddr/ddr.html>
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/dl/wirtschaftssystem/wirtschaftssystem.htm>

Geld und Devisen

Was genau bedeuteten Devisen in der DDR – Und warum waren sie für den DDR-Staat überlebensnotwendig?



Foto:
Oriella Bazzica

Als Devisen oder Valuta wurden in der DDR alle Währungen bezeichnet, die unbegrenzt in andere Währungen umgetauscht werden konnten. Diese Währungen wurden „konvertible Währungen“ genannt, es waren: Deutsche Mark, US-Dollar, Schweizer Franken, Britisches Pfund Sterling, französischer Franc und österreichischer Schilling. Um auf internationaler Ebene Handelsbeziehungen führen zu können, benötigt jede Volkswirtschaft Devisen. Nun war die Mark der DDR nicht umtauschbar, wie konnten internationale Geschäfte abgewickelt werden?

Im Zahlungsverkehr mit der BRD wurde mit der „D-Mark“ gerechnet, offiziell bezeichnet als „Valutamark“ und bei Außenhandelsgeschäften mit nichtsozialistischen Wirtschaftsstaaten (NSW-Staaten) die frei konvertiblen Währungen. Beide mussten zuerst beschafft werden. Bei Außenhandelsgeschäften innerhalb des RGW wurde Valuta auf Rubel-Basis (russische Währung) benutzt.

Die DDR benötigte Devisen

- um Rohstoffe für ihre Produktionen, Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung sowie chemische Erzeugnisse oder ganze Maschinen zu kaufen
- für Lebensmittel, Importe von exotischen Früchten wie Bananen und Genussgüter, wie Kaffee, Kakao und Schokolade.
- um Reisekader mit finanziellen Mitteln auszustatten (Reisekader waren Werkstätige mit einer befristeten oder dauerhaften Reiseerlaubnis, z.B. nach Westberlin, BRD oder in andere nichtsozialistische Wirtschaftsgebiete. Sie reisten im Auftrag eines Betriebes oder für einen wissenschaftlichen Auftrag).

Wie kam die DDR zu Devisen-Einnahmen?

1. Festlegung eines Mindestumtauschs bei Einreise in die DDR / nach Ost-Berlin

Mindestumtausch, inoffiziell „Zwangsumtausch“ genannt, war ein Pflichtumtausch, der 1964 für jede Einreise in die DDR oder nach Ost-Berlin eingeführt wurde. Pro Tag / Besucher musste Westgeld gegen Ostgeld – also DM gegen die Mark der DDR – im Verhältnis 1:1 getauscht werden. Anfangs waren es 3 DM pro Tag / Person. Die Höhe der Beträge und Bedingungen änderten sich im Laufe der Jahre mehrmals, 1989 – vor dem Mauerfall – belief sich der Mindestumtausch auf 25 DM pro Tag / Besucher. Die Einnahmen durch den Mindestumtausch sollen sich, nach unseren Recherchen, auf insgesamt 4,5 Milliarden DM belaufen haben. *Anm.d.Red.: Einen Mindestumtausch und diese Deviseneinnahmequelle forderten annähernd alle Länder des RGW.*

2. Forum-Schecks für Einkauf in Intershops

Während bis 1979 mit DM-Bargeld im Intershop eingekauft werden konnte, gab es im April 1979 eine Änderung, nach der man nur noch mit Forumschecks im Intershop einkaufen konnte. Die Schecks wurden von der Forum Handelsgesellschaft in Ost-Berlin herausgegeben, sie war die wichtigste Firma im Bereich der sog. „kommerziellen Koordinierung“ (KoKo), unter der Leitung des Offiziers Alexander Schalck-Golodkowski (siehe Infokasten). Durch Einzahlung von DM erwarben DDR-Bürger die Schecks für den Einkauf in den Intershops. Damit flossen DM direkt an die Forum Handelsgesellschaft. Der Intershop-Handel war ihre Hauptaktivität.

3. „Gestattungsproduktion“ – Westfirmen produzieren in der DDR

Die DDR hatte rege wirtschaftliche Beziehungen mit vielen Staaten des westlichen Auslands. Sie lieferte an die BRD und weltweit Agrarerzeugnisse, Textilien und andere Konsumartikel. „Made in GDR“ fand sich in allen Industriezweigen.

Auch die Organisation dieser Produktionsform lag bei der Forum HgmbH. West-Firmen wurde gestattet, ihre Erzeugnisse in Betrieben der DDR zu fertigen und das niedrige Lohnniveau der DDR zu nutzen. Bekannte Produkte wie Schuhe der Marke Salamander, Pralinen und Kakaopulver der Marke Triumph, Batterien der Marke Varta, Miederwaren der Firma Triumph, Unterwäsche der Firma Schiesser sind Beispiele solcher Produktions-Handels-Geschäfte. Die Waren wurden in der DDR entweder komplett hergestellt oder weiter- bzw. endbearbeitet. Der wirtschaftliche Vorteil für die BRD war die Nutzung des Lohngefälles für arbeitsintensive Verarbeitungsprozesse, was heute kritisch als „Fertigstellung im Billiglohnland DDR“ bezeichnet wird.

Die DDR und westliche Konzerne haben also Geschäftsbeziehungen gepflegt, die für beide Seiten gewinnbringend waren. In der Fachsprache spricht man von ‚Gestattungsproduktion‘ oder auch ‚Lohnveredelung‘. Bis zum Mauerfall 1989 nutzen viele Westfirmen diese Produktionswege und erzielten dadurch große Gewinne. Nur ein kleiner Teil der fertig gestellten Erzeugnisse verblieben in der DDR und diente der Verbesserung der Versorgungslage der Bürger.

4. Genex –

Staatsunternehmen in der Schweiz und Dänemark

Genex wurde 1956 von der DDR-Regierung in Ostberlin gegründet und entwickelte sich zu einer der wichtigsten Devisenquellen der DDR. Es war ein DDR-Staatsunternehmen, über das westdeutsche Bürger Waren an Verwandte in der DDR verschicken konnten. Zweck war die Versorgung der DDR Bürger mit westlichen Produkten, und auch mit Produkten aus der DDR Produktion, welche schwer oder nur zu hohen DDR-Mark Preisen in der DDR beziehbar waren. Da die Waren der Firma mit westdeutscher Währung bezahlt werden mussten, war dies eine Möglichkeit für die DDR-Regierung an Devisen zu kommen.

5. „Inoffizielle Geschäfte“: Freikäufe von DDR-Bürgern

„Freikauf“ war die Bezeichnung für Geschäfte zwischen den zwei deutschen Staaten, die jedoch inoffiziell liefen. Menschen – in der Regel so genannte politische Gefangene der DDR – wurden gegen Geld oder Waren in die BRD „freigekauft“. Meistens wurden diese Bürger in die BRD ausgebürgert. Der Häftlingsfreikauf begann 1962 und endete 1989. In diesem Zeitraum sollen 33.755 Häftlinge der DDR durch die BRD für mehr als 3,5 Milliarden Deutsche Mark freigekauft worden sein. Die Anzahl der Häftlinge wird auf 150.000 bis 250.000 Personen geschätzt. Anfangs wurden 40.000 DM, später bis zu 100.000 DM für einen Freikauf gezahlt.

6. Transitpauschale für Fahrten von der BRD nach West-Berlin – Die Straßenbenutzungsgebühr in der DDR

Transitstrecken bezeichnete man die Verkehrsstraßen zwischen der BRD und Westberlin. Die Nutzung dieser Transit-Autobahn innerhalb der DDR war kostenpflichtig für die BRD. Die DDR verlangte eine Transitpauschale jährlich vom westdeutschen Staat, es war also eine Straßenbenutzungsgebühr. Die Höhe der Pauschale wurde auf höchster Ebene zwischen den beiden deutschen Staaten ausgehandelt. In den 80er Jahren belief sie sich auf jährlich zwischen 850 und 950 Millionen D-Mark. Die Transitpauschale war größter Einzelposten der Devisen-Einnahmen der DDR. Das Geld wurde zum Teil zur Instandhaltung der Strecken verwandt. Dadurch waren einige Autobahnabschnitte in besserem Zustand als das restliche Straßenverkehrs- bzw. Autobahnnetz.

7. Weitere Einnahmequellen waren Regierungsabkommen und Geschäfte mit Westdeutschland.

Info

Über Koko und die Devisenbeschaffung

Eine Schlüsselrolle im Devisengeschäft nahm der zuständige Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel, Alexander Schalck-Golodkowski, ein. Er galt als „der Devisenbeschaffer“ der DDR. Seine Ideen und Geschäfte waren Dreh- und Angelpunkt der DDR-Devisenerwirtschaftung.

In seiner Doktorarbeit (1970) zeigte er vielfältige Möglichkeiten der Devisenerwirtschaftung auf, insbesondere im innerdeutschen Handel, auch unter Ausnutzung von Gesetzeslücken und rechtswidriger Methoden. Sein Aufgabenbereich war die Kommerzielle Koordinierung (1964) genannt KoKo, er gründete Betriebe zwecks Gewinnabschöpfung in der DDR und in nichtsozialistischen Ländern, er nutzte Bankkonten, Stiftungen und Holding-Gesellschaft in der Schweiz, Liechtenstein und den Benelux-Staaten. KoKo unterlag der Geheimhaltung und war in der DDR bis 1989 öffentlich nicht bekannt.

Mit dem Aufmacher „Fanatiker der Verschwiegenheit“ behandelte das Magazin „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 20.11.1989 die einträglichen Geschäfte des DDR-Staatssekretärs Schalck-Golodkowski über Tarnunternehmen und Briefkastenfirmen, die dubiose Beschaffung von Devisen in Milliardenhöhe.



Abbildung:
SPIEGEL 19/1991

Obst- und Gemüsestand auf dem Wochenmarkt in Pankow. Foto: Bundesarchiv 183-R0705-0017, Bernd Settnik

Shopping à la DDR

recherchiert von Gabi und Peggy



1. Wo haben die Leute eingekauft?

Es gab staatliche und genossenschaftliche Betriebe in der DDR. Die staatlichen Einzelhandelsbetriebe hießen HO, die Abkürzung für HANDESLORGANISATION. Sie bestand aus den Bereichen Industriewaren, Lebensmittel, Warenhäuser, Gaststätten und Hotels.

KONSUM – waren die Lebensmittelgeschäfte in der DDR, es war „die Marke“ der Konsumgenossenschaften. Sie betrieben auch Gaststätten. „Konsum“ ist eine spezielle Form des Einzelhandels, bei dem den Mitgliedern der Genossenschaft der Konsum gehörte. Es waren bereits in der DDR private Unternehmen, die ausschließlich ihren 4,5 Mio Mitgliedern gehörten und sie waren auch keine DDR-Besonderheit. Konsum gab es übrigens auch in Westdeutschland, diese gingen in den 70er Jahren in der COOP AG auf.

Die Idee der Genossenschaft entstand schon vor dem 2. Weltkrieg überall in Europa als Folge der Industrialisierung. Die Mitgliedschaft erfolgte durch eine Geldeinlage, und über die Rabattmarken gab es Rückvergütungen für die Käufer.

KAUFHALLEN – waren eingeschossige Selbstbedienungsläden, dort wurden neben Lebensmitteln Waren des Alltagsbedarfs, Drogerieartikel und Reinigungsmittel angeboten – identisch mit dem heutigen Begriff „Supermarkt“. Kaufhallen gab es vorwiegend in Städten, sie wurden sowohl von der HO, der staatlichen Handelsorganisation als Volkseigentum betrieben und auch von der Konsumgenossenschaft, als genossenschaftliches Eigentum. „Kaufhalle“ hat aber nichts mit dem früheren Niedrigpreiswarenkonzern der Handelskette Kaufhof aus der BRD zu tun, den es nicht mehr gibt.

DORFKONSUM – sie boten ein ähnliches Warenangebot wie in einer Kaufhalle, lediglich ein kleineres Sortiment an Produkten.

DELIKATLÄDEN – waren Lebensmittelgeschäfte für den „gehobenen Bedarf“ mit höheren Preisen. Im „Deli“ angebotene Spezialitäten, waren im allgemeinen Handel nicht oder selten zu finden. Im Sortiment gab es Nahrungs- und Genussmittel, überwiegend aus DDR-Produktion, auch Exportartikel und selten zu erhaltene Lebensmittel, teilweise in Westaufmachung und auch West-Marken. Eine Dose Pfirsiche oder Ananas konnte beispielsweise 7,50 Mark kosten, eine Tafel Westschokolade sieben Mark, ein Pfund Kaffee 40 Mark. Die ersten Deli-Läden wurden 1966 eröffnet, 1978 folgte eine Erweiterung von 109 auf 250 Geschäfte.

EXQUISIT-LÄDEN – waren Bekleidungsgeschäfte der DDR. Verglichen mit den normalen HO- und Konsum-Läden mit einem hochpreisigen Angebot von Bekleidung und Kosmetika.

INTERSHOPS – boten die Möglichkeit, sowohl westliche Artikel als auch in der DDR produzierte Westwaren zu kaufen, allerdings nur mit Deutscher Mark. Wer beispielsweise durch eine westliche Dienstreise oder Trinkgeld in der Hotelbranche an D-Mark gelangte oder wer durch Westverwandtschaft D-Mark erhielt, hatte durch Einkäufe in den Intershops Vorteile. Dazu musste jedoch die D-Mark in sogenannte Forum-Schecks umgetauscht werden. Das Angebot war westlich orientiert und breit gefächert: Besonders Strumpfhosen, Seife und Kaffee waren sehr beliebt.

WARENHÄUSER – Die Centrum-Versandhäuser waren große Warenhäuser der staatlichen Kette HO. Die Kaufhäuser „Konsum“ waren Warenhäuser von der Konsum-Genossenschaft.

VERSANDHANDEL GENEX – Geschenkediens GmbH – Versandhandel über den Katalog „Geschenke in die DDR“. Die in der DDR erzeugten Waren konnten nur in der Bundesrepublik bzw. im Ausland für Devisen als Geschenke für DDR-Bürger bestellt werden. Die Lieferzeiten waren relativ kurz. Ein Auto wurde innerhalb von 6 Wochen an den DDR-Bürger ausgeliefert, während er bei Eigenbestellung meist 10 Jahre warten musste.

2. Handel & Versorgungslage

Es finden sich unterschiedliche bis widersprüchliche Berichte über die Versorgungslage in der DDR, über Menge und Qualität von Lebensmitteln und Konsumgütern. Konsumgüter wurden übrigens in der DDR – „Waren des täglichen Bedarfs“ (Abkürzung: WtB) genannt.

Die **GRUNDVERSORGUNG** der DDR-Bevölkerung war gewährleistet. Die Preise für Lebensmittel waren stabil und wurden als Errungenschaft des Staates erachtet, vor allem für die Grundnahrungsmittel, denn die SED-Führung hatte diese Preise „eingefroren“. Ein Mischbrot kostete ca. 78 bis 93 Pfennige, 100 gr. Wurst 68 Pfennige, 250 gr. Marmelade 54 Pfennige. Lebensmittel gab es also äußerst kostengünstig und vorwiegend gab es lokale Produkte sowie aus den sozialistischen Nachbarländern, z.B. Krakauer Wurst aus Polen oder Salami aus Ungarn. Französische Salami, italienischer Parmaschinken oder Camembert aus der Normandie waren eher nicht erhältlich.

EINHEITLICHE VERKAUFSPREISE (EVP genannt) gab es für alle Waren und Güter. Demzufolge gab es keine Preiskonkurrenz, lediglich das Sortiment eines Ladens konnte unterschiedlich sein. Im Vergleich der UVP (Unverbindlicher Verkaufspreis) in der BRD: Der Preis, der dem Handel vom Hersteller / Großhändler im Verkauf als Weiterverkaufspreis an den Kunden empfohlen wird.

SUBVENTIONIERUNG – Die hohen staatlichen Subventionen hielten die Lebensmittelpreise in der DDR künstlich niedrig. Auch in Gaststätten klafften Aufwand und Kundenpreis auseinander. Die technische Ausstattung vieler Gaststätten waren nicht auf dem neuesten Stand, für Küchen- und Bedienungspersonal häufig eine schwere Arbeit. Der Staat jedoch subventionierte die Gaststättenpreise: eine Limonade 21 Pfennig, ein Glas Bier 40 Pfennig, eine Suppe mit Brot 80 Pfennig, für ca. 20 Mark konnte eine vierköpfige Familie im Gasthaus essen gehen. Lebensmittel, Gaststätten, Kinderbekleidung, soziale Einrichtungen und Wohnungsmieten – alles wurde in der DDR durch den Staat finanziell gefördert – also subventioniert.

ENGPÄSSE / VERSORGUNGSPROBLEME – Bei Lebensmitteln wie Südfrüchten, Bananen, Apfelsinen oder Ananas gab es häufig Engpässe oder waren überhaupt nicht erhältlich. Die knappen Lieferungen führten dazu, dass Kunden Südfrüchte „zugeteilt“ wurden (1kg pro Familie), kinderreiche Familien erhielten mehr.

WARUM? Für den Import, beispielsweise der Südfrüchte, musste die DDR Devisen aufbringen. So wie jeder Staat war auch die DDR abhängig von Export und Import. Wegen des Bedarfs an Devisen wurde in der DDR für das westliche Ausland produziert. Dies führte auf dem Binnenmarkt – also für die eigene Bevölkerung – zu Lieferdefiziten, was als „Mangelwirtschaft“ bezeichnet wurde. Die Nachfrage war höher als das Angebot. Es fehlte daher an nachgefragten Waren und Gütern, obgleich genug Geld zum Kauf der Waren vorhanden war. Der hohen Kaufkraft stand kein Warenangebot gegenüber.

STADT vs. LAND – Die Menschen auf dem Land waren vom Mangel an Waren / Gütern stärker betroffen. Allen größeren Städten, vor allem Berlin – wurde mehr zugeteilt / zugeleitet, größere Auswahl und größere Mengen an Lebensmitteln und auch an Alltagsprodukten, wie z.B. auch Kühlschränke oder Waschmaschinen, die in ländlichen Gebieten nicht immer angeboten wurden.

LANGE WARTEZEITEN – Für Industrierzeugnisse musste der Kunde sehr lange warten. Auf ein Auto wartete man beispielsweise 10 Jahre.

3. Folgen:

Wie gingen DDR-Bürger mit Mangel in der Versorgungslage um? Welche Konsequenzen hatte dies im Alltag?

WARTESCHLANGEN waren nicht ungewöhnlich, bereits um 6.30 Uhr oder 7 Uhr morgens bildeten sich manchmal schon Warteschlangen. „Schlangestehen“ bedeutete nicht selten Hektik und schlechte Stimmung unter den Kunden.

TAUSCHGESCHÄFTE waren an der Tagesordnung („Haste Schinkenspeck, ich denk' dran, wenn Du mal einen schicken Kinderanorak brauchst...!“) Nicht selten hat das Verkaufspersonal Waren für sich zurückgehalten / zurückgestellt und unter sich aufgeteilt.

BÜCKWARE bürgerte sich ein für Waren, welche das Verkaufspersonal unter dem Ladentisch für Kunden „reservierte“. Bevorzugte sowie unregelmäßig erhältliche Lebensmittel, z.B. Konservenobst wie Ananas oder Pfirsiche, kamen manchmal nicht bis zum Kunden, weil diese bereits für Bekannte und Verwandte reserviert wurden, ähnlich war es bei Bekleidungsstücken.

EINGABEN, LESERBRIEFE – Wenn Kunden Klagen vorbringen wollten, formulierten sie Mängel und Reklamationen gegenüber der Staatsführung. Es nannte sich „eine Eingabe machen“. Viele nutzten auch die Möglichkeit durch Leserbriefe an Zeitungen in der Rubrik „Sektor Handel“, alle Briefe wurden beantwortet. Im Laden verlangte man einfach das „Kundenbuch“ und schrieb dort direkt hinein.

BROT BILLIGER ALS GETREIDE – Die staatliche Subventionierung von Brot und der niedrige Endverkaufspreis führten häufig dazu, dass in der Stadt Brot im Mülleimer landete und auf dem Land, dass Bauern Brot an Schweine verfütterten, denn Brot war leichter und billiger für Bauern zu beziehen als unveredeltes Getreide.

LEIPZIGER MESSE – Der Ausstellerausweis für Werktätige ermöglichte den Zugang zu allen Einrichtungen und Verkaufsstellen in den zahlreichen Leipziger Messehallen, und zwar mit der Mark der DDR. Intensive Einkäufe für die Familie, die Hausgemeinschaft konnten getätigt werden.

SCHWARZ-TAUSCH von DDR-MARK – Geld schwarz zu tauschen war eine Möglichkeit leichter an Güter zu gelangen. Im Verhältnis von vier bis zehn Ostmark gab es eine Westmark.

*LESETIPP: www.unileipzig.de/~hagen/Zeitzeugen/zz165.htm
Eine Geschichte über zarte Salzheringe und fehlendes Speisesalz in Greifswald, mit dem Titel „Über Raritäten in der Versorgung der DDR“.*

Fotos: Privatarchiv Siegfried Wittenburg, Fotograf, aus: Schaufensterbummel in der DDR, April 1989. Durch seine Fotografien gelangte er auch ins Visier der DDR-Staatssicherheit.



4. Von Club-Cola bis Waschhalbautomat – was kostete wie viel?

- 5 Pfennige ein einfaches Brötchen
- 66 Pfennige ein Beutel Vollmilch (1,0 l)
- 3,75 Mark eine Flasche Schlagsahne (0,25 l)
- 42 Pfennige eine Flasche Club-/Quick-Cola (0,33 l)
- 70 Mark ein Kilo Kaffee (acht Packungen gemahlener Filterkaffee „Mocca Fix“ à 125 g)
- 2,50 Mark eine Schachtel (20 Stück) Filterzigaretten der Marke (Juwel bzw. Juwel72)
- 123 Mark ein Schultaschenrechner SR1 (1984, subventionierter Preis für Schüler, regulär 800 Mark)
- 400 Mark eine digitale Armbanduhr Anfang der 1980er
- über 1.000 Mark ein Sony-Walkman (um 1985)
- 1.900 Mark ein Moped Simson S51 Elektronik
- 2.700 Mark ein Motorrad MZ TS 150 deluxe
- 2.990 Mark ein Waschvollautomat (1988 von Monsator)
- 4.500 bis 6.000 Mark ein Farbfernseher (Chromat, 1982 bzw. Colotron, 1987)
- über 8.900 Mark ein Trabant 601 (Standardausführung), Nachfolger Trabant 1.1 mehr als 20.000 M
- ca. 23.000 Mark ein Wartburg 353, Nachfolger Wartburg 1.3 mehr als 30.000 M
- 10 - 15 Pfennige eine Tageszeitung
- 25 Mark die Monatsmiete für 40m²-Altbauwohnung mit Ofenheizung
- 70 Mark die Monatsmiete für eine 60m²-Neubauwohnung inkl. aller Nebenkosten
- 66 Mark ein Hin- und Rückflug Berlin-Prag mit Interflug
- ein Farbfernsehgerät mit einer 56er Bildröhre kostete ca. 5.600 Mark, ein Waschhalbautomat rund 1.600 und ein Kühlschrank ca. 1.200 Mark

Produkte für den Alltagsbedarf

1989 betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines Arbeiters oder Angestellten 1300 Mark. Gemessen an den 60er Jahren hatte sich jedoch vieles gewandelt. Für einen Schwarzweiß-Fernseher musste damals noch eine Wartezeit in Kauf genommen werden. Kühlschränke oder Waschmaschinen galten in diesen Jahren für die meisten Haushalte noch als unerschwinglicher Luxus.

5. Meinungen und Berichte

Peggy aus Magdeburg erzählt:

Görls: Wie waren die Angebote bei Euch in der Stadt im Vergleich zu Dörflern?

Peggy: Tja, wer nun mehr hatte – Dörfler oder Städter – kann man gar nicht genau sagen. Jeder sah es aus seiner Situation heraus anders. Meine Ma sagte, dass man in der Stadt mehr Anlaufpunkte hatte, wo man hingehen konnte. Wir hatten hier in unmittelbarer Nähe drei „Kaufhallen“ und wenn es irgendwas Besonderes gab, z.B. Südfrüchte, dann ist jeder in eine andere gegangen und hat sich angestellt. Auf dem Dorf

gab es meistens nur einen Konsum. Obst und Gemüse musste man nicht zwangsläufig anbauen, um welches zu haben. Wir haben immer alles frisch zu kaufen bekommen. Du musstest eben nur bis zu einer gewissen Zeit einkaufen gewesen sein, sonst bekam man nichts mehr ab.

Klamotten bekam man das Übliche auch immer. Nur das war eben nicht immer angesagt oder schick. Meine Ma hat sich sehr oft anstellen müssen, um mal eine rosa Jacke für mich zu bekommen. Das war meistens reine Glücksache. Manchmal hat sie einfach irgendeine Größe genommen, die noch da war und hat dann mit jemandem getauscht. Meine Ma hat meine ganze Babyausstattung an ihre Geschwister weiter gegeben. In meinem Babykörbchen haben zig meiner Cousinen und Cousins gelegen und so war das mit fast allem. Fahrräder, Möbel, Puppenwagen – so was konnte man nicht spontan kaufen. Mein Opa hatte mal Glück und zufällig viel Geld dabei, als er ein Doppelstockbett für uns bekam. Meine Eltern haben beide nicht viel Geld verdient damals. Manchmal waren sie sehr knapp bei Kasse und da half dann meine Oma aus. Zum Beispiel als wir nach Magdeburg gezogen sind, und die Möbel bezahlt werden mussten. Man bekam zu DDR-Zeiten meistens nur eine Wohnung, wenn man verheiratet war. Und viele haben geheiratet, weil man dann auch einen Kredit bekam.

Nicole erzählt vom Leben auf dem Land

in Mecklenburg-Vorpommern:

Görls: Wie waren die Angebote an Lebensmitteln? Auf dem Land gab es weniger Läden, hast Du etwas vermisst?

Nicole: Wir waren größtenteils Selbstversorger und hatten einen Garten, in dem wir Kartoffeln, Bohnen, Johannisbeeren, Erdbeeren, Möhren und vieles andere angebaut haben, wir haben nichts vermisst.

Und wir hatten Viehzeug: Hühner, Enten, Kaninchen und Schweine, wobei wir die Schweine nicht selbst geschlachtet, sondern nur aufgezogen und gemästet haben. Sie kamen dann in den Schlachthof und wir haben Geld dafür bekommen. Außerdem waren wir in der glücklichen Lage, dass meine Großeltern aus West-Berlin regelmäßig zu Besuch kamen, und die brachten natürlich auch Lebensmittel mit. So kannten mein Bruder und ich – was die absolute Ausnahme war – Kellog's Smacks, Nutella, richtige Orangen, Bananen und Kiwis – nicht nur das ungenießbare Zeug aus Kuba, das wir von Zeit zu Zeit auf Zuteilung bekamen. Ich erinnere mich genau an meine erste Kiwi. Das Ding war grün und hatte Haare und ich wäre nie im Leben auf die Idee gekommen, es zu essen. Als meine Mutter oder meine Oma die Kiwi aufgeschnitten haben und die Frucht innen auch grün war und auch noch schwarze Punkte hatte, war es ganz aus. Es heißt nicht umsonst: „Was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht“. Es hat meine Oma viel Überredungskunst gekostet, mich davon zu überzeugen, dass man so was essen kann – und siehe da, es schmeckte auch noch!

Görls: Du sagtest, dass Deine Mutter oder Oma auch Fleisch eingeweckt hat – wie war das?

Nicole: Wir hatten ja keine Gefriertruhe, also mussten wir die Lebensmittel anders haltbar machen. Das hat meine Mutter gemacht. Gemüse hat man schon immer eingeweckt, aber das mit dem Fleisch war schon was Besonderes. Meine Mutter hat die Enten oder Hühner geschlachtet, ausgenommen, gerupft und teilweise sogar schon gekocht oder gebraten und dann in Weckgläser gesteckt. Durch das Vakuum war das Fleisch dann haltbar. Meine Großeltern haben sich gern

frische Eier und eingewecktes Gemüse von uns mitgenommen, obwohl sie in West-Berlin ja in den Supermärkten mehr als genug Auswahl hatten. Aber Gemüse aus dem Garten bzw. Fleisch aus eigener Haltung schmeckt einfach anders als gekaufte Ware. Die Grenzer haben bei der Rückkehr meiner Großeltern nach Berlin nicht schlecht geguckt, als sie bei der Kontrolle auch mal so einen Vogel im Glas entdeckt hatten. Punkt eins war es unüblich, dass ein „Wessi“ Sachen aus dem Osten mit in den Westen nahm, weil man ja im Westen viel mehr hatte als im Osten. Und Punkt zwei hatten die noch nie eingeweckte Hühner oder Enten gesehen. Auf die Frage, wie der Vogel ins Glas gekommen sei, antwortete mein Opa nur: „reingeflogen“ (lach).

Kathrin aus Thüringen berichtet:

„... die Allergien haben mit der Wende zugenommen! Manche Konsumgüter waren knapp, da hat man schon manchmal drunter gelitten. Wir haben nicht gehungert, wir haben alles gehabt, es gab Wurst und Käse. Für günstiges Geld konntest du alles kaufen. Wenn es Bananen gab, das war schon was Besonderes.

Du hattest nicht jeden Tag in Deinem Obstkörbchen Bananen und wenn, dann hat Dir jemand was zur Seite gelegt. Gemüsesorten, Rosenkohl, Blumenkohl – das gab es alles, nur nicht so ein Riesenangebot. Es gab auch hier und da Rinder oder Schweinefilets.

Es war bei uns alles nicht in der breiten Auswahl und in diesen bunten Farben wie bei Euch in Westdeutschland. Die Produkte waren relativ gesund, die Allergien haben mit der Wende zugenommen.

Wir essen jetzt viel mehr Chemie, ich würde noch mal so einen Joghurt von damals essen wollen. Wir haben ein Brot in die Schule mitbekommen, dazu gab es Kakao in kleinen Trinkflaschen, in kleinen Glasflaschen gab es Joghurt mit Erdbeeren oder Kakao, das wurde mit verschiedenen Geschmacksrichtungen in der Schule angeboten. Viele Familien hatten eigenen Anbau, es gab viele Schrebergärten. Mein Vater war ja in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) tätig. Wir mussten als Kinder immer Kartoffeln verkosten. Es wurde damals nicht gespritzt und die Kartoffeln sahen daher nicht so schön perfekt aus, mein Vater hat immer gesagt, die Kartoffeln würden heute nicht dem Idealbild entsprechen.

Born-Senf oder Bautzener Senf, Bambina Schokolade, Rauberger Bier, Rotkäppchen Sekt und Weine, Halloren-Süßwaren, Mühlhäuser Pflaumenmus – die Sachen gibt's heute alle noch oder inzwischen wieder. Und sie sind lecker, auf jeden Fall besser als Löwen-Senf oder Zentis-Pflaumenmus.



Foto: Siegfried Wittenburg

Gastarbeiter in der DDR

Bericht über die Vertrags- / Gastarbeiter in der damaligen DDR Ihre Lebenssituation vor und nach 1989

„Sie wurden gesandt, um der sozialistischen DDR wirtschaftlich zu helfen, sie kamen mit der Hoffnung auf ein besseres Leben und um ihre Familien in der Heimat finanziell zu unterstützen...“ Die Rede ist von sogenannten „Vertragsarbeitern“, den ausländischen Arbeitskräften, die die DDR ab 1960 zeitlich befristet (2-5 Jahre) und ohne Integrationsabsicht als Arbeitskräfte angeworben hatte.

Der Bedarf der Anwerbung entstand in der DDR um 1949, weil es zu der Abwanderung von Arbeitskräften kam. Bis zum Mauerbau 1961 entwickelte sich deswegen ein Arbeitskräftemangel. Die DDR schloss daher Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, genannt RGW. Die ersten Vertragsarbeiter kamen aus den sogenannten sozialistischen Bruderstaaten, nämlich aus Polen (1965), Ungarn (1967), Mosambik (1979), Sozialistische Republik Vietnam (SRV) (1980), später auch aus Angola und Kuba. 1981 waren ca. 24.000 Vertragsarbeiter in der DDR tätig, 1989 circa 94.000, wovon 60.000 Vietnamesen, 15.000 Mosambikaner und 8.300 Kubaner waren.

Die Vertragsarbeiter der DDR erhielten in verschiedenen Fabriken eine Facharbeiterausbildung, um mit dem angelernten Wissen die deutsche Wirtschaft sowie später ihre Heimatländer wirtschaftlich zu stärken. Häufig wurden die Vertragsarbeiter jedoch für unbeliebte, schlecht bezahlte, teilweise gefährliche und gesundheitsgefährdende Arbeiten eingesetzt, die die Einheimischen nicht ausführen wollten. Damit wurde auch der Mangel an Billigarbeitern in der DDR überdeckt.

Info

In der BRD gab es eine ähnliche Entwicklung. Die angeworbenen Arbeitskräfte, vorwiegend aus dem Mittelmeerraum, wurden „Gastarbeiter“ genannt, weil ihr Aufenthalt nur vorübergehend sein sollte. Die ersten Anwerbeabkommen wurden mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960) und der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) sowie Jugoslawien (1968) geschlossen. Die Gastarbeiter sollten den Arbeitskräftemangel bestimmter Industriezweige der bundesdeutschen Nachkriegsökonomie ausgleichen. Die meist männlichen, jungen Angeworbenen lebten ohne Familienangehörige in Sammelunterkünften. Obwohl schon 1960 die zeitliche Befristung wegfiel, hielt sich und hält sich teilweise bis heute der Begriff „Gastarbeiter“, statt Arbeitsmigranten. Basis waren die römischen Verträge, die am 1.1.1958 in Kraft traten und damit die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) besiegelten.

Ihr Höchstalter war auf 35 Jahre begrenzt, der Familiennachzug war nicht vorgesehen, jedoch unterstützten sie ihre Familien in der Heimat finanziell.

Vietnam war 1977 nach dem 30 Jahre andauernden Vietnamkrieg völlig zerstört. Darauf richtete die DDR zu Vietnam besondere zeitlich begrenzte Austauschprogramme für junge Vietnamesen ein, die in der DDR eine Arbeit annehmen durften, eine kostenlose Ausbildung oder sogar Studium absolvieren konnten. Es begann mit 6-monatigem Deutschunterricht. Nur wer gute Leistungen erbracht hatte, durfte in die DDR. Es gab eine begrenzte Auswahl, an vorwiegend technischen Berufen. Für die Bewerber war es häufig die einzige Chance für eine Berufsausbildung. Vietnam profitierte als Entsendeland auch an den gesandten Arbeitern. Die sozialistische Republik Vietnam musste ihre Schulden an die DDR zurückzahlen, da Nordvietnam während des Krieges gegen die USA durch die DDR finanziell unterstützt wurde. Bis zu 12 % des Bruttolohnes der Arbeitnehmer erhielt die DDR als Tilgung der Schulden des vietnamesischen Staates.

Auszubildende wohnten kostenfrei in Wohnheimen mit kostenfreier Versorgung. Während ihrer Ausbildungszeit durften sie sogar für 4 Wochen in ihre Heimat reisen, um die Familie zu besuchen, die DDR kam dafür auf. Vertragsarbeiter wohnten in Wohnheimen. Die Mehrzahl dieser waren Männer (70 %). Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren gut, allerdings waren intensive Kontakte zur Bevölkerung und die Integration in die DDR-Gesellschaft staatlich wenig erwünscht. Die größte Gruppe der Vertragsarbeiter bildeten die Vietnamesen, die vorwiegend in der Textilindustrie eingesetzt waren. Einige erkannten die Nachfrage der Bevölkerung an den begehrten Jeans und nähten diese nach Feierabend zuhause, so entstand häufig der einzige Kontakt zwischen den Vertragsarbeitern und den DDR-Bürgern, die diese Dienstleistung gerne in Anspruch nahmen.

Ein Verstoß gegen die sog. „sozialistischen Gesetze“ oder eine unerwartete Schwangerschaft führten zur frühzeitigen Abreise in das Entsendeland. Um dies zu verhindern, gebaren viele Frauen in der damaligen Zeit ihre Kinder illegal oder sahen sich gezwungen abzutreiben, um weiterhin in der DDR bleiben zu können.

Es gab auch Ausländerfeindlichkeit, was jedoch dem propagierten Menschenbild im Arbeiter- und Bauernstaat widersprach. Dennoch waren freundschaftliche Beziehungen von staatlicher Seite nicht erwünscht. Isolation statt Integration waren Gründe, weshalb es zu rechtsradikalen Angriffen auf die Vertragsarbeiter kam, was nach der Wende, in den neuen Bundesländern zunahm.

Mit der Wiedervereinigung 1990 wurden die Arbeitsverträge nicht mehr verlängert, wodurch die Vertragsarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren. Nach und nach wurden viele Betriebe geschlossen und die „solidarischen Helfer“, wie die DDR-Regierung die Gastarbeiter verschönt nannte, wurden vorerst entlassen und mussten aus den zu den Betrieben gehörenden Wohnheimen ausziehen. Die Regierung bemühte sich, die Vertragsarbeiter in ihre Entsendeländer zurück zu schicken, ihnen wurde ein Rückflug angeboten.

Viele nahmen das Angebot an, andere wiederum nicht. Wenn sie dazu bereit waren, erhielten sie vom Staat neben dem Freiflug 3.000 Mark. Ungefähr 45.000 bis 50.000 Vietnamesen nutzen diese Möglichkeit. Viele Vertragsarbeiter blieben dennoch weiterhin in Deutschland, wegen der vorhandenen Chancen, sich ein Leben mit höherem Lebensstan-

dard zu ermöglichen, was in ihrem Herkunftsland nicht realisierbar war. Um dauerhaft bleiben zu dürfen, mussten sie sich um eine Aufenthaltsgenehmigung bemühen. Nur wenige bekamen diese, wenn sie bestimmte Auflagen erfüllten, z.B. sich selbst finanzieren können und nicht vom Staat abhängig zu sein.

Für die Bleibenden, war es nicht einfach, sich in der neuen BRD zu integrieren, zusätzlich erlebten sie Ausländerfeindlichkeiten. Eine unsichere Rechtslage in der Übergangszeit entstand für die Vertragsarbeiter. Von Akzeptanz und Integration keine Spur. Ihnen wurden Parolen und Schimpfwörter wie „Ausländer raus!“, „Du Fidschi!“ an den Kopf geworfen. Viele der ehemaligen Vertragsarbeiter waren darüber erstaunt, wie extrem sich das Blatt von sozialistischer Solidarität zu ausländerfeindlichen Übergriffen wenden konnte.

Überfälle auf vietnamesische Straßenhändler und Beschädigungen kleiner Textilläden wurden immer häufiger. Am Anfang war es die Ausgrenzung aus der Gesellschaft, dann waren es Beleidigungen, die zu handgreiflichen Taten gegenüber Ausländern übergingen. Die Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991 stellten erstmals in ganz Deutschland und sogar weltweit öffentlich dar, wie stark die rechtsradikale Szene war und wie brutal ihre Übergriffe auf Ausländer.

Wohnheime und Asylbewerberheime wurden überfallen, mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen. Einzelne jubelten den Tätern zu und ermutigten sie für das, was sie taten. Sie begründeten ihr Verhalten mit Argumenten wie „Sie nehmen uns Arbeit und Wohnungen weg!“ oder „Eigentlich müssten sie schon längst abgehauen sein!“. Auch ich selbst wurde früher im Osten mit Ausländerfeindlichkeiten konfrontiert, zwar nie in dem Ausmaß. Ich, eine in Deutschland Geborene und hier Lebende, wurde mit „Fidschi“ beschimpft. Es war nicht immer so – es gab auch Freundschaften zwischen Deutschen und Vietnamesen / Mosambikanern, etc., sogar Ehen wurden geschlossen.

Trang Nguyen Thi Minh



September 1991, Sachsen

Es begann mit einer Auseinandersetzung durch acht jugendliche Neonazis (Skinheads) gegenüber vietnamesischen Händlern auf dem Marktplatz in Hoyerswerda, Sachsen. Es folgten 2 Wochen Ausnahmezustand in der Stadt Hoyerswerda. Hoyerswerda steht für rassistisch motivierte Übergriffe. Die Polizei war den Ausschreitungen nicht gewachsen. Die Welle rechtsextremer Gewalttaten erfasste auch andere Städte in den neuen und alten Bundesländern.

Auch meine Eltern waren als Vertragsarbeiter aus der damaligen sozialistischen Republik Vietnam angereist und lebten in einer kleinen Stadt namens Arnstadt in der Nähe vom Industriestandort Erfurt, wo sehr viele vietnamesische Arbeitnehmende untergebracht und stationiert waren.

Sie konnten zu der Gesellschaft Kontakt knüpfen und pflegten Freundschaften. Meine Eltern meinen sogar, dass das Leben früher in der DDR einfacher und auch schöner war als heute. Man kannte und hatte aber im Vergleich zum Westen nicht alles, aber was man kannte, konnte man haben und sich auch leisten. Sie hatten ein sicheres Einkommen und Freunde, deutsche sowie nicht-deutsche, um die man sich gekümmert hat. Es gibt immer zwei Seiten einer Geschichte, meine Eltern hatten die positive Seite kennengelernt, aber die negative Seite nach der Wiedervereinigung war dafür umso grausamer und gravierender.

Trang Nguyen Thi Minh

Vietnamesische Gastarbeiter auf dem Flughafen Schönefeld. Foto: Bundesarchiv 183-1990-0531-022, Ralph Hirschberger

Literatur: Fabian Dietrich: Magazin Fluter „Fidschi ist ein schönes Land“

Quellen:
<http://www.wallstreet-online.de/diskussion/1079932-1-10/gastarbeiter-wie-die-ddr-das-problem-loeste>
http://www.nzz.ch/nachrichten/international/article25cd_1.351246.html
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/hoyerswerda-erinnert-sich/753338.html>
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/bin/dump.fcgi/2008/1122/feuilleton/0009/index.html>
<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projektfoerderung/geofoerderte-projekte/arbeit-mit-betroffenen-rechter-gewalt/neues-leben-in-der-ddr/>
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2009-10/vietnamesische-vertragsarbeiter-dd>
<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/programm/ausstellungen/vietnamesen/index1.html>
http://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_von_Hoyerswerda

Tagebuch Luise, 1969, 30 Jahre alt



Foto: privat

Auf meiner täglichen Route zwischen der Arbeit, Jans Kindergarten, Konsum und unserem Zuhause komme ich immer an der Oberbaumbrücke vorbei. Eine Zeitlang hat man dort wenigstens noch drüber gehen können, zumindest als Pendler zwischen Ost und West, eine Bekannte von mir hatte drüben in Kreuzberg immer Westgeld geholt. Jetzt ging das natürlich nicht mehr, die Oberbaumbrücke ist dicht.

Ich weiß noch gut, wie mich Jan nach der Mauer fragte. Er ist jetzt 6 Jahre alt und kommt nächstes Jahr in die Schule, er ist ein kluges Kind, nachdenklich, alles in Frage stellend. Ich habe mir Mühe gegeben, es ihm so zu erklären, dass er nicht durch den Kindergarten rennt und rumschreit „Die Mutti hat gesagt, wir sind alle eingesperrt!“ Aber am Ende meiner Erklärung schien er trotzdem zu dem Schluss gekommen zu sein, dass eine Mauer mitten durch Stadt und Land eine ungewöhnliche Sache ist.

Abends hole ich Jan zuerst aus dem Kindergarten ab, dann gehen wir am Konsum vorbei und schauen, ob drinnen viel los ist. Wenn sich eine lange Schlange bildet, stellen wir uns dann einfach mit an, anfangs meist nicht wissend, um welche begehrte Ware es überhaupt geht, aber meistens ist es richtig. Früher oder später gibt es alles irgendwo zu kaufen – die Frage ist nur: Wie viel ist da und wie lange musst du dafür anstehen?

Unsere Wohnung ist nur ein paar Straßen von meinem Elternhaus entfernt; es ist ein großes Mietshaus mit mehreren Familien. Ich bin kaum angekommen, da klingelt auch schon irgendwer bei uns, die junge Mutter von gegenüber oder das ältere Ehepaar aus dem Erdgeschoss. „Guten Abend, ich wollte dir nur den hier vorbeibringen“, hieß es gestern erst wieder und ich hielt plötzlich einen wunderschönen handgestrickten Pulli in der Hand. „Danke nochmal für die Erdbeeren.“

Mein Mann kommt ursprünglich vom Land, und wenn wir seine Eltern besuchen und Körbeweise Erdbeeren und Gemüse mitnehmen, dann bringen wir unseren Nachbarn selbstverständlich etwas davon vorbei. „Gerne. Danke. Willst du Samstagabend vielleicht bei uns vorbeikommen? Ulrich hat Geburtstag, ich habe die Bowlé schon angesetzt.“ „Na bei dem Versprechen kann ich ja schlecht nein sagen!“ Wir helfen uns im Haus, so gut wir können. Eine kleine Gemeinschaft, die sich gegen die großen und kleinen Engpässe da draußen zu helfen weiß. Wenn wir uns nicht umeinander kümmern, wer sonst? Das Zentralkomitee jedenfalls nicht, auch wenn es im Allgemeinen so tut als ob.

Ulrich kam mal wieder später nach Hause. Die Planerfüllung fordert ihre Opfer – unrealistische Zahlen können auch nur durch unrealistische Arbeitszeiten erreicht werden. Dabei hat mein Mann noch Glück; weil alle wissen, dass er Familie hat, muss er wenigstens nicht am Samstag arbeiten.

Im Briefkasten war wieder Post von Heike. Wir schreiben uns nach wie vor regelmäßig, sie ist ja die einzige Verwandtschaft im Westen, und manchmal schickt sie noch Dinge mit, die es hier nicht so gibt. Das ist ja auch alles sehr lieb von ihr, aber mich ärgert immer öfter der mitleidige Ton, in dem ihre Briefe gehalten sind. Alles tut ihr leid, die Mauer tut ihr leid; dass ich arbeiten gehen muss, tut ihr leid; dass mein Junge nicht jeden Tag Bananen essen kann, tut ihr leid. Ich warte noch darauf, dass sie in irgendeinem Brief eine waghalsige Flucht in die BRD vorschlägt, so wie man es immer in den Nachrichten hört (meist nur in denen der ARD), mit

einem Flugzeug, durch Tunnel, über andere sozialistische Staaten. Ganz abgesehen davon, dass ich das gar nicht will – die Gefahr wäre viel zu groß.

Heike ist schon seit 1960 verheiratet. Statt ihre Ausbildung zur Krankenschwester zu nutzen und etwas Gutes zu tun, besteht ihre größte Leistung darin, den Chefarzt auf sich aufmerksam gemacht und ihn geheiratet zu haben. Das war ein Jubel in Mainz, so ein guter Fang, ein echter Arzt, so wohlhabend, so gebildet, er fährt ein Cabrio... Ich habe mich zurückgehalten mit meiner Kritik, habe mich für sie gefreut, habe ihren Lebensentwurf zu bejahen versucht. Aber es war und ist mir unverständlich, wie sie ihren Beruf einfach so an den Nagel hängen konnte, nur weil sie jemanden gefunden hatte, der nun für sie sorgte. Ich meine: Haben wir Frauen denn im Krieg nicht gezeigt, dass wir mehr Aufgaben übernehmen können als Kinderkriegen und Abwaschen? Während die Männer sich sinnlos die Köpfe einschlugen und Deutschland in zwei Teile zerrissen, hatten Frauen wie meine Mutter und ihre Schwester Traudel nun die Möglichkeit zu zeigen, dass sie vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind und nicht das Heimchen am Herd.

Aber in der BRD wollte man das schnell wieder vergessen und Frauen wie Heike an Vorkriegstugenden erinnern. Jetzt ist es ihr einziger Lebenssinn, Wäsche weiß zu zaubern und ihrem Herrn Gemahl ein Abendessen zu kredenzen. Die paar Träume, die sie noch hat, werden mit Musikfilmen mit Peter Alexander abgespeist. Wo war sie denn, die Frauenbewegung und die Sexuelle Revo-

lution, nach der im letzten Jahr so laut gebrüllt worden war? Im Alltag der BRD war sie offensichtlich nicht angekommen.

Heike hat nie begriffen, dass Arbeit keine Pflicht ist, sondern ein Bedürfnis. Ich arbeite, also bin ich ein Mitglied dieser Gesellschaft, ich trage zu ihrem Bestehen bei. Ich hätte keinesfalls heiraten müssen, und ich habe es nur getan, weil ich Ulrich wirklich liebe. Auch Jan hat mich nicht daran gehindert, weiter zu arbeiten, denn dank Kinderkrippe und Kindergarten weiß ich, dass er gut betreut ist. Ja, ich weiß, Heike tut auch das „kollektive Topfsitzen“ meines Sohnes leid. Aber was ist falsch daran, wenn er den Tag mit anderen Kindern verbringt, anstatt seiner Mutter beim Putzen zuzusehen?

Es wäre eine Lüge, zu behaupten, hier in unserem schönen neuen Land sei alles perfekt. Aber wenn es eines gibt, von dem ich überzeugt bin, dann davon, dass ich hier als Frau mehr Gleichberechtigung erfahre als im Westen. Das ist natürlich keine Sache, die sich in zwei Generationen durchsetzen lässt, natürlich nicht; nur, weil etwas im Gesetzbuch steht, steht's noch lange nicht in den Köpfen. Aber es ist der richtige Weg raus aus einer steinzeitlichen Gesinnung. Ich mache mir nicht die Mühe, so etwas Heike zu schreiben. Es wäre eine sinnlose Diskussion. Wie willst du denn anfangen, anders zu denken, wenn du den ganzen Tag nur Waschmaschinenwerbung hörst? Und wie sollte ich anfangen, mich besser in Heike hineinversetzen zu können, wenn Waschmaschinen hier teurer Luxus sind, den sich nur das Zentralkomitee leisten kann?

Info Medienfreiheit

Nach § 27 der DDR-Verfassung von 1974 herrschte Medienfreiheit. Allerdings konnten nach der Verfassung, Zuwiderhandlungen als sogenannte staatsfeindliche Hetze geahndet werden und auch Freiheitsstrafen nach sich ziehen (§ 106 Strafgesetzbuch). Sämtliche Verlage mussten sich dafür in der Hand des Staates befinden. Andere Publikationen mussten faktisch ihr Erscheinen einstellen.

Die Medien in der DDR

Medien wie Fernsehen, Radio, Zeitungen und Magazine spielten in der DDR eine entscheidende Rolle, denn durch sie wurden die Ansichten der regierenden Partei SED dargestellt. „Unsere Presse – Die schärfste Waffe der Partei“, so lautete 1950 das Motto der ersten Konferenz des SED-Parteivorstandes. Rechtlich gesehen herrschte in der DDR zwar Pressefreiheit, allerdings war diese durch die Verfassung stark eingegrenzt, denn es durfte nichts veröffentlicht werden, was sich gegen den Staat richtete.

Aus diesem Grund existierten kaum Werke (Schriften), die sich kritisch mit der Politik des Staates auseinandersetzten. Die Medien wurden im Sinne der DDR-Staatslehre genutzt, somit als beeinflussendes Element der Massen durch die SED. Sie waren politisch geleitet und unterstanden der Anweisung und Kontrolle durch Staats- und Parteiapparat.

In der DDR wurden, trotz der strengen Gesetze, eine Vielzahl von verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben. Es gab mehr als 30 Illustrierte, Wochen- und Monatszeitungen, die verschiedenste Interessensfelder abdeckten. Eine der bekanntesten Zeitungen war die zentrale Tageszeitung „Neues Deutschland“, das Organ des Zentralkomitees, in der die offiziellen Ansichten der SED veröffentlicht wurden. Die SED besaß das größte Verlagshaus der DDR, den „Dietz Verlag Berlin“.



Zeitungen und Zeitschriften der DDR, DDR-Museum Zeitreise, Radebeul
Foto: Stefan Kühn, fotografiert mit Genehmigung der Museumsleitung, CC BY-SA 3.0

Zu den wichtigsten Wochenzeitungen gehörten der „Sonntag“ und die „Wochenpost“. Letztere mit 2,2 Mio. Exemplaren größtes Blatt, ein Mix aus Unterhaltung, Information und Genres, die in anderen Medien vernachlässigt wurden, z.B. Gerichtsberichterstattung.

Das Satiremagazin „Eulenspiegel“ erschien einmal monatlich und war immer in Gefahr, von der Medienaufsicht des Staates aus dem Verkehr gezogen zu werden, weil Probleme der Politik aufgegriffen und kritisch hinterfragt wurden. Mehrmals wurden Ausgaben eingestampft. Seinen humoristisch-satirischen Stil prägte den „Eulenspiegel“ über Jahrzehnte, mitunter wurde er auch der „Woody Allen des DDR-Humors“ genannt und galt als Ventil für Unmut.

Die große Frauenzeitschrift „Für Dich“ unterstützte die Emanzipation der Frau – in der DDR großgeschrieben. Das Magazin gab Frauen Ratschläge bei verschiedensten Problemen, z.B. wie die Berufstätigkeit mit der wichtigen Aufgabe der Kindererziehung verbunden werden konnte.

„Bummi“, „Frösi“, „Trommel“ und „Atze“ waren beliebte Kinder- und Jugendzeitschriften. „Bummi“ richtete sich an Vorschulkinder, „Frösi“ war das Pioniermagazin mit Beilagen zum Basteln und Experimentieren. „Trommel“ für Thälmannpioniere. „Atze“ war ein beliebtes monatliches Comic-Magazin für Jugendliche.

Die wohl populärste Jugendzeitschrift war „Neues Leben“ (NL) aus dem Verlag Junge Welt, Herausgeber war der Zentralrat der FDJ, ursprünglich 1945 von FDJ-Mitgliedern als Schulungsblatt gegründet, aber nach einigen Jahren eingestellt, 1953 wurde „Neues Leben“ neu aufgemacht und erschien monatlich. Nach der Wende 1990 übernahm der Verlag Pabel-Moewig den Verlag Junge Welt und auch die Rechte an der Zeitschrift. Anfang 1992 wurde die beliebte Zeitschrift ganz eingestellt.

Auch wenn Jugendliche in der DDR stark sozialistisch erzogen wurden und meist schon zwischen 20 und 21 Jahren heirateten, beschäftigten sie sich dennoch mit den gleichen Themen wie westdeutsche Jugendliche. Dazu zählten erste

Info „Neues Deutschland“

Im Dezember 1989 wurde ND zur »Sozialistischen Tageszeitung«, sie blieb über eine GmbH zunächst im Eigentum der Linkspartei, wurde aber Anfang 2007 aus dem parteilichen Besitz entlassen. Mit ca. 45.000 verkauften Exemplaren und rund 150.000 Leserinnen und Lesern ist ND in den östlichen Bundesländern die am meisten verbreitete und gelesene überregionale Tageszeitung.

Liebe, Sexualität, Verhütung usw. – Themen, die für Heranwachsende von Bedeutung sind. Die Zeitschrift ist mit der „BRAVO“ in manchem vergleichbar, die allerdings erst 3 Jahre später, 1956 in Westdeutschland gegründet wurde. Themen der „NL“ waren also neben Mode, Musik – regelmäßig gab es Umfragen nach den beliebtesten Filmen oder Musikinterpreten – auch Berufswahl, Familie und Sexualität. Gemeinsamkeiten: Bekannt war bei „Neues Leben“ die Kolumne „Professor Borrmann antwortet“ zu Fragen der Sexualität. Sicher kommt euch das irgendwie bekannt vor, denn auch hier gibt es Parallelen zur BRAVO, die ebenfalls die bekannte Rubrik „Fragen an Dr. Sommer“ beinhaltet.

„Neues Leben“ verfolgte gleichzeitig die politische Bildung der Jugend im Sinne des DDR-Systems. Trotz hoher Auflage von 540.000 Exemplaren war „Neues Leben“ an den Kiosken schnell vergriffen, Abonnements waren sehr schwer zu erhalten und wurden sogar 'vererbt'. Diese Zeitschrift und auch alle andere DDR-Presseerzeugnisse waren in der BRD nicht zu beziehen, umgekehrt blieb der Zugang zu westdeutschen Zeitschriften der DDR offiziell verwehrt.



Das Sandmännchen wurde am 22. November 1959 zum ersten Mal zum Müdemachen auf die Reise geschickt. Schöpfer der beliebten Fernsehfigur ist der Regisseur des damaligen DDR-Fernsehens Gerhard Behrendt. Foto: Bundesarchiv 83-1984-1126-312, CC BY-SA 3.0

Info Grundlagenvertrag

1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR vereinbart. Darin wurden die deutsch-deutschen Beziehungen geregelt. Unter anderem wurden die „Ständigen Vertretungen“ (ähnlich einer Botschaft) gegründet, der Grenzverkehr erleichtert und wesentliche Punkte der Zusammenarbeit zum Vorteil beider Seiten erfasst.

Mehr dazu: http://www.bstu.bund.de/DE/Presse/Themen/Hintergrund/20121219_grundlagenvertrag.html

Journalisten- austausch – Anregungen zur weiteren Recherche

Westdeutsche Korrespondenten in der DDR? – Da stellt sich die Frage: Gab es das auch umgekehrt?

Ja, es gab Korrespondenten westdeutscher Medien, die aus der DDR berichteten, und auch Korrespondenten von DDR-Medien, die aus Bonn berichteten.

Dies ermöglichte der „Grundlagenvertrag“. Die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin hatten diesen Vertrag 1972 geschlossen, der 1973 in Kraft trat (siehe Infokasten). Es ist ein deutsch-deutscher Vertrag über die Beziehungen zwischen der BRD und DDR, in dem unter anderem auch der Journalistenaustausch vereinbart wurde.

Diese bedeutsame Entwicklung für die deutsch-deutsche Geschichte war allgemein kaum bekannt und nicht öffentlich geworden. Ungefähr 20 BRD-Journalisten von Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten aus der DDR für die Bundesrepublik: Ihre Reportagen und Analysen flossen per Radio und Fernsehen auch in die DDR zurück.

Diese Korrespondenten aus der DDR und aus der BRD waren nicht nur Beobachter, sondern durch ihre Arbeit auch Akteure deutsch-deutscher Politik. Sie hatten schwierige Arbeitsbedingungen – vom Gastland beschattet und von den eigenen Leuten beobachtet. Die DDR-Journalisten hatten ihre Büros im Pressehaus II im Tulpenfeld, dem Bonner Regierungsviertel, wie auch alle anderen Parlamentskorrespondenten aus dem In- und Ausland. Sie standen in Bonn unter doppelter Kontrolle der Geheimdienste. Es gab Fälle von versuchter Anwerbung von DDR-Korrespondenten durch den bundesdeutschen Verfassungsschutz. Ein DDR-Korrespondent lehnte trotz des guten Honorars das Angebot ab, weil er sein Land nicht verraten wollte. Von den meisten der westlichen Kollegen in Bonn wurden die DDR-Kollegen anfangs mit Skepsis und Misstrauen beäugt. Erst langsam und zögernd entwickelten sich sogar einige kollegiale Freundschaften. DDR Korrespondenten hatten Zugang zu den Regierungspressekonferenzen in der Bundespressekonferenz. Auch am Bundespresseball, dem wichtigsten gesellschaftlichen Ereignis des Jahres mit enger Nähe zur geballten politischen Prominenz, nahmen sie teil.

Irgendwie kann ich mir das fast nicht vorstellen, wie das funktioniert haben soll. Gerade, weil doch von der DDR niemand bzw. nur in bestimmten Ausnahmefällen in die BRD reisen durfte. (mehr dazu ab Seite 76). Und jetzt gab es sogar Pressevertreter auf beiden Seiten??? Peter Pragal hat dazu ein Buch geschrieben. *Lest weiter ...* >>

Julia Kern

<http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/korrespondenten-der-ddr-in-bonn-002214>

Abgesehen von der „NL“ hatten Zeitschriften für jüngere Leser eine gewisse erzieherische Aufgabe. Da Bücher und Zeitungen sehr billig zu kaufen waren, war Lesen eine weit verbreitete Freizeitbeschäftigung. Gerne wird die DDR als „Lese-Land“ bezeichnet.

Neben der großen Auswahl an Literatur stand den DDR-Bürgern auch das Fernsehen zur Verfügung. Als zu Beginn der 60er Jahre erst wenige Familien einen Fernsehapparat hatten, diente das Fernsehen schnell als Treffpunkt in den öffentlichen Räumen und zuhause für die ganze Familie und die Nachbarschaft. Das war nicht viel anders in der BRD. 1952 war der Start für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen, sowohl für die DDR als auch die BRD. In der DDR startete 1956 DDR 1, das 1. Fernseh-Programm, 1969 kam das 2. Programm hinzu (DDR 2). Radio DDR I und Radio DDR II sowie weitere Stationen boten Nachrichten- und Unterhaltungsprogramme, Jugendlad DT 64 war ein beliebter Hörfunksender.

Es gab viele beliebte Fernseh-Sendungen wie die Unterhaltungsshow „Ein Kessel Buntes“. Eine Samstagabend-Fernsehsendung, bei der internationale Stars verpflichtet wurden. Die Sendung wurde 6 x jährlich in großen Hallen, wie dem Palast der Republik in Berlin oder dem Kulturpalast in Dresden, produziert. Kultcharakter hatte die TV-Sendung „Zwischen Frühstück und Gänsebraten“, die jedes Jahr am 1. Weihnachtsfeiertag von Margot Ebert und Heinz Quermann moderiert wurde. 1985 sendete „Klik“ einmal im Monat für 45 Minuten direkt aus einem Jugendklub, 1989 ging das Jugend-Magazin „Elf 99“ im DDR-Fernsehen auf Sendung. Die wohl bekannteste Figur des Ost-Fernsehens ist das „Sandmännchen“. Es eroberte schnell die Herzen der kleinen und großen Zuschauer und wurde zum Ritual vor dem Zubettgehen, als Gute-Nacht-Gruß für Kinder. Am 22.11.1959 zum ersten Mal ausgestrahlt ist es eine der wenigen Sendungen des Deutschen Fernsehfunks der DDR, die auch nach der Wiedervereinigung fortgesetzt wurde. Fester Bestandteil der

Sendung war das Sandmann-Lied. Das Sandmännchen kam im Hubschrauber, in der Kutsche, in einer Lokomotive oder in einer Rakete. Wie beliebt die Sendung war, zeigte sich, als aufgebrauchte Eltern sich nach der Wende für die Übernahme des Sandmännchens in die ARD einsetzten

Allseits bekannt war die Sendung „Der schwarze Kanal“, in der West-Nachrichten negativ dargestellt und kommentiert wurden. Montagabends wurden Ausschnitte gezeigt und interpretiert, damit Lehrer, Offiziere und andere Personen, die kein Westfernsehen sahen, Westnachrichten mit propagandistischen Inhalten vermittelt wurden.

Die DDR-Nachrichten der „Aktuellen Kamera“ – die Hauptnachrichten von DDR 1, täglich um 19.30 Uhr – waren bei den Zuschauern eher unbeliebt, da meistens nur über die Parteitage der SED und Ähnliches berichtet wurde. Daher wurde immer öfter das West-Fernsehen eingeschaltet, was aber offiziell verboten war. Es gab sogar Aktionen der FDJ, bei denen die Antennen und damit deren Besitzer wieder auf das Ostfernsehen ausgerichtet wurden. Es kam auch vor, dass Lehrer in Grundschulen Kinder aushorchten, ob sie West- oder Ostfernsehen schauten. Wenn sie erfuhren, dass die Familien der Kinder Westfernsehen empfangen, wurden die Eltern zu einem klärenden Gespräch in die Schule bestellt.

Eine ebenfalls beliebte Aktivität war, ins Kino zu gehen. Dies lag nicht zuletzt auch an den günstigen Eintrittspreisen von meist unter einer Mark. Aber die billigen Eintrittspreise hatten nicht nur Vorteile, denn die Kinos mussten davon ihre kompletten Ausgaben decken, was zu einigen Problemen führte: Veraltete Technik, zu wenige Sitzplätze und eine zu geringe Anzahl an Filmrollen.

Die meisten Filme in der DDR wurden von der DEFA (Deutsche Film Aktiengesellschaft) produziert. Die DEFA wurde 1946 in Potsdam-Babelsberg auf Initiative der sowjetischen Besatzungsmacht gegründet und 1952 aufgelöst in mehrere Volkseigene Betriebe (VEB), Name und Logo blieben als Markenzeichen erhalten. Über 700 Kino- und rund 540 Fernseh-

filme wurden hier produziert – vom Kassenschlager und Straßenfeger bis zum politisch instrumentalisierten Propagandastreifen. 1992 wurde die DEFA von der Treuhand verkauft, existierte aber bis zur Wende, genau bis 1994.

Ihr wohl größter Erfolg wird der Film `DIE LEGENDE VON PAUL UND PAULA` (1973), einer der erfolgreichsten DEFA-Filme überhaupt. `Solo Sunny` (1980) und der Indianerfilm „Die Söhne der großen Bärin“, aber auch viele propagandistische Streifen waren Kassenschlager, denn Schulklassen und Arbeitnehmer füllten, gewissermaßen während der Arbeitszeit, die Kinosäle. Neben den DEFA Filmen wurden auch sowjetische Produktionen vorgeführt. Auch einzelne Filme aus den USA, Europa und Westdeutschland standen auf dem Spielplan: z.B. der Liebes- und Tanzfilm „Dirty Dancing“ war 1989 ein voller Erfolg in der DDR.

Westdeutsche Filme kamen aber erst Jahre später und stark gekürzt in die ostdeutschen Kinos, was für schlechte Stimmung bei Kinogängern und Kinobetreibern sorgte.

Alexander Merz

Literatur:
Die DDR Realitäten – Argumente \ Politik und Sprechentwicklung in der DDR
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn / Bad Godesberg, 1990
Die DDR Realitäten – Argumente \ Zur Kulturpolitik in der DDR
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn / Bad Godesberg, 1990
ALLTAG IN DER DDR „Endlich Feierabend!“ Heft 2 (Material der „Görls- Redaktion“)

Quellen:
http://brd-ddr.suite101.de/article.cfm/die_rolle_der_medien_in_der_ddr
<http://www.mdr.de/damals/archiv/6130116.html>
http://www.bpb.de/publikationen/7DYU9R,0,Spur_der_Filme.html (DEFA) Bundeszentrale für politische Bildung
http://de.wikipedia.org/wiki/Ein_Kessel_Buntes
<http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr:pl?Presse>
<http://www.ddr-wissen.de/wiki/ddr:pl?Fernsehen>
<http://www.mdr.de/damals/artikel/75294.html> A
<http://www.defa.de/defa-stiftung-home>
<http://www.mdr.de/damals/artikel/75422.html>



Todesopfer an der ++++++++ Innerdeutschen Grenze

Buchtip:
Peter Pragal „Der geduldete Klassenfeind. Als West-Korrespondent in der DDR“ Osburg Verlag, 2008.

In seinem Buch „Der geduldete Klassenfeind. Als West-Korrespondent in der DDR“ beschreibt Peter Pragal sein Leben und seine Arbeit in der ehemaligen DDR. Dazu gehört auch die ständige Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst. Zu dieser Zeit wurde er der Spionage für die Bundesrepublik verdächtigt.

Als Peter Pragal den Auftrag vom Magazin ‚stern‘ und der Süddeutschen Zeitung bekommt, als Korrespondent über Leben und Politik in der DDR zu berichten, zögert er nicht lange. Gemeinsam mit seiner Frau Karin Pragal und den Kindern zieht er nach Berlin-Ost. Anders als andere Korrespondenten will er nicht nur in der DDR arbeiten, sondern wird – als erster westdeutscher Korrespondent – DDR-Bürger auf Zeit. Er will lernen, was es heißt, im Sozialismus zu leben. „Was immer künftig passiert“, sagt Karin Pragal, „denk dran, die ‚Firma Horch und Guck‘ (wie umgangssprachlich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) genannt wurde) wird uns überwachen.“

Anfangs ist der Alltag ungewohnt. Anders als in Westdeutschland beginnt der Arbeitstag wesentlich früher. Auch dass in der DDR nicht immer alle Lebensmittel verfügbar sind, merken die Pragals bald. DDR-Bürger leben näher am Rhythmus der Jahreszeiten, stellen sie fest. Erdbeeren gibt es im Frühsommer, Kirschen im Sommer, Pflaumen, Birnen und Äpfel im Herbst und Kohl im Winter.

Gewöhnen muss sich das Ehepaar an die Praxis, dass Freunde oft unangemeldet vor der Tür stehen. Die meisten haben kein Telefon. Außerdem soll die Stasi nicht schon vorher Bescheid wissen. Zwar stehen viele ihrer Freunde ihrem Staat kritisch gegenüber, jedoch nicht uneingeschränkt. Als Westdeutscher in ihre Kritik mit einzufragen, kann dazu führen, dass die Kritiker plötzlich verteidigen, was sie zuvor noch beschimpft haben.

Als am 13.8.1961 damit begonnen wurde um den Westteil Berlins eine Mauer zu bauen, begann ein neuer Zeitabschnitt der deutschen Geschichte. Die Berliner Mauer und die gesamte innerdeutsche Grenze zwischen DDR und BRD und die daraus resultierenden Staaten bestimmten für fast 30 Jahre das gesamte Geschehen in Deutschland und der ganzen Welt.

Um Fluchtversuche in den Westen zu stoppen, wurde die Grenze von Grenzsoldaten bewacht. Grenzsoldaten waren vor allem die Wehrpflichtigen der DDR, aber nur die Wehrpflichtigen, die keine Beziehungen in den Westen hatten, wurden für den Grenzdienst eingeteilt. Hinzu kam eine geheime, schriftliche Beurteilung, ob der Soldat vertrauenswürdig erschien, an der Grenze seinen Dienst zu tun. Die Aufgabe der Grenzsoldaten war es, die Grenzübergänge zu sichern, sowie die Aus- und Einreisenden zu kontrollieren. Außerdem sollten sie die Flucht nach Westdeutschland verhindern.

Der Gebrauch von Schusswaffen im Zusammenhang mit dem Dienst der Grenzsoldaten wurde zum ersten Mal von Marschall Sokolowski erwähnt. In seinen 1946 erlassenen Richtlinien für die DDR war aufgeführt, wann Gebrauch von der Schusswaffe gemacht werden durfte. 1952 verschärfte das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) diese Gesetzgebungen. In den neu erlassenen Gesetzen hieß es: „Das Überschreiten des 10 m Kontrollstreifens ist für alle Personen verboten. Personen, die versuchen, die Grenze in Richtung der Deutschen Demokratischen Republik oder Westdeutschland zu überschreiten, werden von den Grenzkontrollstreifen festgenommen. Bei Nichtbefolgung der Anordnungen der Grenzstreifen wird von der Waffe Gebrauch gemacht.“

In einer Schusswaffengebrauchsvorschrift von 1953 wurde festgelegt, dass von der Waffe dann Gebrauch zu machen ist, „wenn der Schutz der demokratischen Ordnung oder die öffentliche Sicherheit mit anderen Mitteln nicht gewährleistet werden kann“. Eine weitere Verschärfung der Gesetze wurde von Heinz Hoffmann, dem Minister für Nationale Verteidigung, erlassen. Die neuen Gesetze beinhalteten neue Bestimmung speziell für Wachposten und Wachstreifen der NVA (Nationale Volksarmee). Diese wurden nun „verpflichtet“ die Schusswaffe zur „Festnahme, Gefangennahme oder Vernichtung bewaffneter Personen“ anzuwenden. In einem weiteren Abschnitt der Verordnung wurde aufgeführt, dass Personen, die sich der Anordnung, „Halt-Stehenbleiben-Grenzposten“ widersetzen und versuchten, „die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu verletzen“, mit der Waffe zu stoppen sind. Im Mai 1982 wurden die Gesetze etwas entschärft. Im §27 des Grenzgesetzes wurde der Gebrauch der Schusswaffe als äußerstes Mittel eingeschränkt. „Die Anwendung der Schusswaffe ist die äußerste Maßnahme der Gewaltanwendung gegenüber Personen“.



Berlin, Brandenburger Tor, 1961. Foto: Bundesarchiv 145-P061246



Foto: Polizeihistorische Sammlung / Der Polizeipräsident in Berlin

Durch diese Gesetze gab es insgesamt 943 Tote an der innerdeutschen Grenze. Unter den 943 Opfern befanden sich mehr als 40 Kinder. Die meisten Todesopfer gab es an der Landgrenze zwischen DDR und BRD sowie an der Berliner Mauer.

Die unmenschlichen Handlungsbestimmungen für Grenzsoldaten führten unter anderem zu dem Tod Peter Fechters, der weltweit für Aufsehen sorgte. Peter Fechter, geboren am 14.1.1944, starb am 17.8.1962 in der Zimmerstraße nahe dem Grenzübergang „Checkpoint Charlie“ in Berlin. Er war ein eher stiller, unauffälliger Jugendlicher, der als drittes von vier Kindern in bescheidenen Verhältnissen der Nachkriegszeit aufwuchs. Sein Vater arbeitete als Maschinenbauer, seine Mutter war Verkäuferin. Nach dem Abschluss der Schule beginnt Peter Fechter eine Maurerausbildung und arbeitet beim Wiederaufbau Berlins mit. Während der Lehre lernt er Helmut K. kennen, mit dem er sich Gedanken über eine Flucht in den Westteil der Stadt macht. Während der Arbeit erkunden beide die Maueranlage, um einen günstigen Fluchtpunkt zu entdecken. Nachforschungen ergaben, dass die Beweggründe zur Flucht bei beiden Jugendlichen wohl die gleichen waren: Fehlende Identifikation mit den herrschenden politischen Verhältnissen, sowie der Traum von einem besseren Leben im Westen. Auf einem ihrer Streifzüge entdeckten sie ein zerstörtes Gebäude dessen rückwärtige Fenster bis fast an die Mauer reichten. Einige Tage später gingen sie während der Mittagspause wieder in das Gebäude und entdeckten ein Fenster, das noch nicht zugemauert war. Als sie Stimmen hören, springen sie vor Angst aus dem Fenster und beginnen auf die Mauer zuzurennen. Nachdem erste Schüsse fallen, bleibt Peter Fechter stehen, während Helmut

K. weiter rennt. Kurz darauf geben die Grenzposten weitere Schüsse ab, und feuern insgesamt 35 Schüsse in Richtung Peter Fechter. Er weicht getroffen zurück. Doch anstatt den Jugendlichen, der schon verwundet war, festzunehmen, feuern sie weiter, bis er schwer verletzt zusammenbricht. Ohne Hilfe liegt er 50 Minuten lang verblutend am Boden, während Westberliner Polizisten und Anwohner das Geschehen mitverfolgen. Jedoch traut sich niemand über die Mauer, da die Lage zu angespannt war. Auch das Verbandspäckchen, das sie ihm zuwarfen, half ihm nicht mehr. Er wurde schließlich sterbend fortgetragen.

Durch den Tod ihres Sohnes schwer getroffen, musste die restliche Familie auch noch unter den Folgen des Fluchtversuchs und den daraus resultierenden Repressalien der Behörden leiden. Nach der Wiedervereinigung erstatteten die beiden Schwestern Peter Fechters Strafanzeige. Zwei Schützen werden schuldig gesprochen und zu 20 bzw. 21 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Der Mord an Peter Fechter ist stellvertretend zu nennen für viele Opfer der DDR Grenzpolitik.

Nadja Springer

Literatur:
(1) Hildebrandt, Dr. Rainer (Verlag Haus am Checkpoint Charlie Berlin): „Es geschah an der Mauer“
(2) Hornberger, Susanne (Weltbild Verlag): „Tage, die die Welt veränderten: 13.8.1961, Der Bau der Berliner Mauer“
(3) Schultke, Dietmar (Aufbau Verlag): „Keiner kommt durch – Die Geschichte der Innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer“ (2008)

Quelle:
<http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Start/Detailid/593928/page/5>

Todesopfer an der Berliner Mauer ++++++++ Eine nüchterne Bilanz

Das Stichwort „Mauertote“ löst bestimmte Bilder aus: Wir denken an dramatische Szenen mit verzweifelten Menschen, auf die geschossen wird, während sie des nachts der flutlichtbeleuchteten Grenze entgegen rennen. Vielleicht denken wir auch an einen der unzähligen Filme, die spektakuläre Fluchten durch Tunnel oder mit Heißluftballons zeigen. Neben diesen populären Fällen jedoch hat die Berliner Mauer noch ganz andere Tote gefordert. In dem Handbuch „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“ (2009 herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer) zeigt sich eine erschreckende Bandbreite. Unter den 136 Todesopfern an der Berliner Mauer ist der größte Teil bei Fluchtversuchen erschossen worden; es kam aber häufiger vor, dass die Flüchtlinge auf ihrem Weg verunglückten. Einige wenige begingen – als sie feststellten, dass ihnen ihre Flucht nicht gelingen würde – Selbstmord. Die Mehrzahl der Opfer waren junge Männer (78%). Mehr

als die Hälfte der Todesopfer kam in den ersten fünf Jahren nach dem Mauerbau ums Leben. Schockierend ist ebenfalls, dass 30 Menschen an der Mauer starben, obwohl sie gar nicht zu flüchten versuchten. Darunter befand sich sowohl ein 31-Jähriger, der erschossen wurde, weil er sich mit dem Auto verfahren hatte und in die Nähe der Grenze geriet, als auch ein 13-Jähriger, der beim Spielen in der Laubenkolonie ‚Sorgenfrei‘ sich von einem Grenzsoldaten dessen Gewehr zeigen lassen wollte, aus dem sich dann versehentlich ein Schuss löste. Ebenso tragisch ist der Tod von 5 Kindern, die beim Spielen in Berliner Grenzgewässern fielen und nicht gerettet wurden. Keiner der Grenzsoldaten im Westen wagte die ‚verbotene Grenze‘ zu überwinden. Daneben gehören zu den Opfern auch 8 Grenzsoldaten der DDR, die von Flüchtlingen, Fluchthelfern oder West-Berliner Polizisten angegriffen oder erschossen wurden: Ein Grenzsoldat starb, weil ihn ein Kamerad für einen Flüchtling hielt. Opfer waren sie alle.

Kalter Krieg und

Eiserner Vorhang

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verhandelten die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen über eine Neuordnung Europas. Es wurde festgelegt, wer in welchen Ländern Einfluss haben sollte, es kam zu einer Zweiteilung Europas. Auf der einen Seite entstanden die westlich liberalen Demokratien (z.B. die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Frankreich oder Großbritannien), das nannte man Westeuropa. Auf der anderen Seite wurden kommunistische Regierungen gebildet (z.B. in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei oder in Rumänien), bekannt als Osteuropa. Jede der beiden Gruppen glaubte, selbst die beste Politik zu machen und versuchte, die andere zu übertreffen.

Es entstanden zwei Blöcke: Politisch die Europäische Gemeinschaft (die Vorläuferin der EU) und der sogenannte Ostblock, die Länder unter Einfluss der Sowjetunion (UdSSR). Militärisch entstand in Westeuropa die NATO (North Atlantic Treaty Organization), der viele westeuropäische Länder und die USA angehörten, und in Osteuropa der Warschauer Pakt. Wirtschaftlich gab es in Westeuropa die Europäische Gemeinschaft und die EFTA (European Free Trade Association), in Osteuropa den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW bzw. COMECON).

Beide, die westeuropäischen und die osteuropäischen Staaten, rüsteten stark auf, um die gegnerische Seite zu beeindrucken und um im Ernstfall für Angriffe gerüstet zu sein. Das nannte man Kalter Krieg (oder Ost-West-Konflikt). Kalter Krieg deshalb, weil kein richtiger Krieg geführt wurde, aber auch von Zusammenarbeit keine Rede sein konnte.

Man spricht auch vom Eisernen Vorhang. Gemeint ist damit eine sowohl ideologisch wie tatsächlich unüberwindbare Grenze nach ihrem Vorbild aus dem Theaterbau. Winston Churchill verwendete den Ausdruck dann als Bezeichnung für die Abschottung des Ostblocks.

Mit dem Eisernen Vorhang werden nicht nur die realen Grenzbefestigungen, sondern im übertragenen Sinn auch die Politik der Abgrenzung beschrieben. Diese Politik wurde – im Gegensatz zu den Befestigungsanlagen, die nur von den entsprechenden Ostblockstaaten errichtet wurden – auch vom Westen in den Nachkriegsjahren auf den unterschiedlichsten Feldern betrieben. Der Eisernen Vorhang hinterließ in allen angrenzenden Ländern seine Spuren. Viele nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Staaten diesseits und jenseits des Vorhangs verschwanden im Laufe der Jahrzehnte. Besonders im wirtschaftlichen Bereich war diese Grenze eine tote Grenze, sodass dort bestehende Betriebe und auch die Bewohner abwanderten. Auch die Sprachbarrieren wurden größer, da kaum jemand in den westlichen Ländern die Sprache des unmittelbaren, aber nicht erreichbaren Nachbarlandes lernte. Auf östlicher Seite wurden oft kilometerbreite Sperrzonen errichtet und vom Militär in Beschlag genommen.

Lena

Fluchtversuche an der Berliner Mauer



Sein Foto ging um die Welt. Am 15.8.61 sprang der damals 19-jährige DDR-Grenzer Hans Conrad Schumann in Berlin über den Stacheldraht in den Westen. Das Bild wurde zum Symbol für den Friedenswillen der Deutschen. Foto: picture-alliance / dpa / UPI

Trotz der unglaublich aufwändigen und nahezu unüberwindbar erscheinenden Sicherheitsmaßnahmen, setzten tausende DDR-Bürger alles auf eine Karte und wagten einen Fluchtversuch. Neben rund 40.000 gelungenen Fluchten (davon etwa 5000 in Berlin), wurden hierbei 75.000 DDR-Bürger lebend gefasst und wegen Republikflucht angeklagt.

Angesichts der ausgeklügelten Fluchtverhinderungsmaßnahmen des DDR-Regimes, schmiedete so mancher Flüchtling spektakuläre Fluchtpläne: 16 Tage grub eine Gruppe, die überwiegend aus Senioren bestand, an einem Tunnel, der von einem Hühnerstall in Ostberlin nach Westberlin führte und gelangte so erfolgreich in die BRD. Neben resoluten Fluchtversuchen mit einer Planierdrahtschere oder durch Sprengstoffanschläge, entstanden auch subtilere Ideen, wie die Flucht mit der ‚trojanischen Kuh‘. Zweimal ging dieser Plan auf, beim dritten Versuch wurde die Gruppe um zwei Fluchthelfer, die in einem Kleinlastwagen einen ausgestopften Bullen transportierten, in dessen Bauch sich eine Frau versteckte, erwischt. Die beiden Fluchthelfer wurden wegen ‚staatsfeindlichen Menschenhandels‘ zu über drei Jahren Haft verurteilt. Die Frau wurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt, wurde jedoch zu ihrem Glück nach vier Monaten von der BRD freigekauft.

Freikauf – was ist das? >> Dazu mehr auf S. 49



Europa zur Zeit des Eisernen Vorhangs

- NATO
- Warschauer Pakt
- Eiserner Vorhang
- Neutrale Staaten
- Blockfreie Staaten

Grafik: Europe countries.svg
by Júlio Reis alias Tintazul



Symbole der Friedensbewegungen

Friedensbewegungen sind soziale Bewegungen, die Kriege und Kriegsrüstung aktiv und organisatorisch verhindern möchten und den Krieg als Mittel der Politik langfristig ablehnen.

In der DDR: 1959 schenkte die Sowjetunion der UNO eine Bronzeskulptur, die das biblische Zitat „Schwerter zu Pflugscharen“ mit einem Mann darstellt, der mit einem Hammer ein Schwert zu einem Pflug umarbeitet. Sie steht im Garten des UNO-Hauptgebäudes in New York. Das Geschenk sollte von sowjetischer Seite aus den Willen zum Frieden mit den Westmächten symbolisieren.

Herkunft Propheten Bücher (Neviim) im jüdischen Tanach: Micha 4.3 „Und er wird Schiedsrichter sein zwischen großen Völkern und zurechtweisen starke Nationen, die weit weg wohnen, also dass sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Rebmessern (= Sicheln, Anm. v. Nadja) verschmieden; kein Volk wird wider das andere ein Schwert erheben, und sie werden nicht mehr den Krieg erlernen (...)“

Das Abbild dieser Statue zusammen mit dem Schriftzug „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde ab 1980 zum Symbol der Friedensbewegung in der DDR. Diese Bewegung nahm zwar in kirchlichen Protesten gegen die Einführung des Schulfaches „Wehrerziehung“ ihren Anfang, ging jedoch schon bald über die Grenzen der Kirche hinaus. Viele Regimekritiker der DDR und Gegner aus verschiedensten Richtungen schlossen sich der Friedensbewegung an.



In der BRD: In den ersten Nachkriegsjahren war die Haltung der Bevölkerung in der BRD und der meisten Parteien von der Parole ‚Nie wieder Krieg‘ bestimmt. Die westdeutsche „Ohne mich-Bewegung“ folgte in den 60er Jahren und ab 1981 entwickelte sich eine neue Friedensbewegung. Die erste große Friedensdemonstration fand in Hamburg anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1981 statt. An den eher säkular motivierten Ostermärschen in den folgenden Jahren nahmen hunderttausende Menschen in vielen Städten und Regionen teil.

Das Symbol geht auf ein Gemälde von Pablo Picasso zurück. Sein Werk „Friedenstaube“ wurde als Plakat zum Weltfriedenskongress 1949 in Paris gewählt. Viele Friedensbewegungen übernahmen dieses Zeichen als Symbol. Die Taube spielt in der biblischen Sintflut-Erzählung die Rolle des frohen Botschafters: Eine von Noah aufgelassene Taube kehrt mit einem frischen Olivenzweig im Schnabel zur Arche zurück.



Nadja Springer

Bronze: Jewgeni Wutschetitsch.
Geschenk der Sowjetunion an
die UNO, 1959.

Tagebuch Luise, 1979, 40 Jahre alt

Foto: privat



Manchmal schwitze ich Blut und Wasser um meinen Jungen. Ich weiß nicht, wo er das her hat, das ständige Kritisieren, er legt den Finger immer auf die offene Wunde, ist ein unzufriedener, ein streitbarer Junge. Kunst will er mal studieren – ein Bildungsbürger mitten im Arbeiter- und Bauernstaat! Weiß Gott, ob sie ihn jemals an die Uni lassen, er tut ja auch alles, um aufzufallen. Wollte partout nicht der FDJ beitreten und genauso wird er sich auch gegen die Partei wehren. Er liest viel, doch leider nichts von Brecht und auch nicht „Nackt unter Wölfen“, sondern viel lieber Kafka. Er fängt an, sich am Prenzlauer Berg herumzutreiben, wo irgendwelche zensurunwilligen Künstler herumhängen und illegale Zeitungen verteilen. Kurzum: Wenn er die Pubertät übersteht, ohne festgenommen zu werden, kann ich wieder aufatmen. Im Moment aber möchte ich ihn am liebsten gar nicht mehr aus dem Haus lassen.

Ich glaube, es ist vor allen Dingen die Mauer, die ihn so gegen die DDR aufgebracht hat. Letztens fragte er mich: „Mutti, merkst du denn nicht, dass wir hier eingesperrt sind?“ „Eingesperrt? Nicht doch, Jan. Du hast frische Luft zum Atmen, du gehst in eine öffentliche Schule. Eingesperrt ist, wenn man in einem dunklen Loch hockt und von Wasser und Brot lebt.“ „Ich nenne es Einsperren, wenn man die Einwohner seines Landes kaum verreisen lässt. Ich möchte mal Ägypten sehen, die Wiege der Menschheit, und Rom, Australien, das Amazonasbecken...“

Er hat immer dieses furchtbare Fernweh in den Augen. Es wird ein bisschen besser, wenn wir an die Ostsee fahren oder mal in die Tschechoslowakei, aber im Großen und Ganzen können diese Ziele sein Fernweh nicht löschen. Wenn er sich mehr für die FDJ interessiert hätte, hätte er mit einer Gruppe vielleicht sogar in westliche Länder reisen können, so etwas organisiert die FDJ oft. Aber dafür ist es nun natürlich schon zu spät.

Fernweh ist etwas, das ich selbst nie gekannt habe. Ich bin froh, ein Zuhause zu haben, keinen Hunger leiden zu müssen, mich auf meine Familie verlassen zu können und auf ein starkes Umfeld, das mich hält. Aber ich habe das Gefühl, dass all das der neuen Generation nicht mehr ausreicht. Vielleicht ist das das sicherste Anzeichen dafür, dass man älter wird?

Beinahe wöchentlich halten Ulrich und ich dem Jungen Vorträge, mit welchen Benachteiligungen er durch sein Verhalten zu rechnen hat und dass das schlimmstenfalls Gefängnis bedeuten könnte. Aber unser Junge wäre nicht unser Junge, wenn er nicht antworten würde: „Was heißt das denn für ein Land, wenn Meinungsfreiheit bestraft wird?“ „Du kannst schon deine freie Meinung sagen...“, meinte mein Mann. „Ja, zum Wetter vielleicht... ach, sonnig

heute...“, entgegnete Jan mit diesem sarkastischen Grinsen, das er von seinem Vater hat. „Was wir sagen wollen ist, dass niemandem dadurch geholfen wird, wenn du eine dicke Akte bei der Stasi bekommst.“ Das sagte ich ganz leise, natürlich. Ich lasse den Gedanken, irgendjemand in meinem Umfeld könnte ein IM sein – ein interner Mitarbeiter bei der Staatssicherheit – eigentlich nie zu; doch seit Jan in dieser konterrevolutionären Phase ist, komme ich immer seltener darum herum. „Ich verstehe einfach nicht, wie hier alle fröhlich mitmachen können, wo doch alle sehen, was hier falsch läuft“, klagt er immer, „Der Sozialismus hat doch gute Grundgedanken, aber so, wie es jetzt ist, so kann es doch nicht weitergehen.“ Ich hoffe immer, dass es nur eine Phase ist. Wir alle sind in der Jugend mal verzweifelt und rebellisch. Erwachsenwerden bedeutet, das zu überwinden und sich in der Gesellschaft einzubringen. Jan könnte eine Aufgabe übernehmen, die die DDR sinnvoll voranbringt, anstatt nur negativ alles anzuprangern, was nicht optimal funktioniert. Das hätte auch den positiven Nebeneffekt, dass ich wieder ruhig schlafen könnte.

„Weißt du, Jan“, habe ich ihm in einer ruhigen Minute gesagt, „Es gibt Menschen, die sind froh, ihre Großeltern zu kennen. Die Eltern meiner Mutter sind seit 1942 verschollen, und die Eltern meines Vaters habe ich nie kennen gelernt. Wir bekamen Lebensmittelmarken und nannten uns glücklich, wenn das Brot nicht schimmelig war.“ Vermutlich ist es ebenfalls ein Zeichen des Älterwerdens, dass man immer mehr von früher erzählt, von damals, wo alles entweder besser oder schlechter war. Jan nimmt das hin, und wenn ich ihm von meinen spärlichen Erinnerungen an den Krieg erzähle, dann seufzt er immer und ist für einen Augenblick wieder mein kleiner Junge, der mich fragt, was das für eine große Mauer mitten durch Berlin ist. Aber nur für einen Augenblick. Dann holt er wieder aus: „Der Krieg ist seit 35 Jahren vorbei, und solange der Kalte Krieg nur ein kalter ist, sollten wir darüber nachdenken, wieder mehr Ansprüche an ein Land zu stellen als nur das nackte Überleben. Ja, wir haben genug Brot, so billig, dass Papas Eltern es an die Schweine verfüttern. Aber billiges Brot ist auf Dauer nicht alles, nicht mal für einen Arbeiter- und Bauernstaat. Wenn Großcousine Heike mal 10 D-Mark schickt, rennst du auch gleich in den Intershop, um besondere Produkte zu kaufen. Wir müssen wieder Ansprüche stellen dürfen, Mutti!“ Was soll man dagegen noch sagen? Das ist mein Junge, ich glaube, er würde einen guten Redner abgeben – wenn er sich nur gut genug benehmen würde, um irgendwo auf ein Podium gelassen zu werden.

Religion in der DDR

1950 waren etwa 80,4 Prozent der Bevölkerung evangelisch, nur etwa 11 Prozent katholisch. 1989 war der Anteil der Protestanten in der Bevölkerung auf etwa 30 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Katholiken war etwa 5 Prozent. Politisch spielte hauptsächlich die evangelische Kirche eine Rolle.

Einige erinnern sich heute daran, wie der Staat Christen damals gesellschaftlich benachteiligte und ausschloss. Andere behaupten, Christsein habe keine Rolle gespielt. Beide Ansichten widersprechen sich nicht. Das Verhalten der DDR gegenüber Kirchenmitgliedern war sehr zwiespältig. In der Verfassung der DDR stand, genauso wie in der der BRD, der Grundsatz der Religionsfreiheit. Sowohl in der ersten Verfassung aus dem Jahr 1949 als auch in der Fassung aus dem Jahr 1968 bzw. 1974 ist das Recht auf einen religiösen Glauben und die Ausübung religiöser Handlungen verankert. Kirchen und Religionsgemeinschaften waren erlaubt und durften unterrichten und praktizieren. Religiöser Glaube war aber Privatsache der Bürger.

Die DDR sah sich selbst als säkularisierter Staat. Staat und Kirche waren strikt getrennt. „Es gibt keine ideologische Koexistenz“, erklärte die sozialistische Propaganda immer wieder. Von Karl Marx stammt der Ausdruck „Die Religion ist Opium des Volkes“. Er sieht Religion als Ausdruck bestimmter Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die sich im Laufe der Entwicklung erübrigt und damit abstirbt. Lenin baute Marx theoretische Überlegungen weiter aus. Er postulierte die strikte Trennung von Kirche und Staat, war aber für Glaubens- und Gewissensfreiheit. Später war es Stalin, der einen harten, administrativen Kurs gegen die Kirchen einschlug. Nach der Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion (SU), kam es dort zu Hungersnöten, für die Stalin auch die Kirchen mitverantwortlich machte. Daraufhin kam es zu Enteignungen und Repressalien.

Die SED folgte in ihrer marxistisch-leninistischen Kirchenpolitik zwei Grundannahmen: Religion stirbt während des Wandels von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaft ab. Religion muss mit Propaganda bekämpft werden. Religion galt in den Augen der SED als die ideologische Waffe der Kapitalisten zum Machterhalt und zur Unterdrückung der Werktätigen. Da sie in der DDR einen Sozialismus nach sowjetischem Vorbild etablieren wollten, wollte sie den Einfluss der Kirche in Gesellschaft und Erziehung zurückdrängen.

Die Sowjets räumten ihr in der Sowjetischen Besatzungszone Rechte und Privilegien ein. Sie wollten die Kirche – wie dann auch die SED – als Bündnispartner für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung. Nach Staatsgründung behielt die Kirche im Rückgriff auf die Weimarsche Verfassung ihren Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft und erhielt staatliche Finanzleistungen als Ausgleich für die enteigneten Kirchenlehen. Auch durften sie ihren Landbesitz behalten. Kirchenmitgliedschaft von SED-Mitgliedern war bis in die 50er nicht selten. Schon früh aber wurde in der SED der



Abbildungen: privat

Atheismus als ideologische Grundhaltung gefordert.

Den Kirchen in der DDR wurden im Gegensatz zu den Kirchen der anderen Ostblockländer eine Reihe Privilegien eingeräumt. Es gab zwei evangelische Verlage, Buchhandlungen, eine Nachrichtenagentur, Wochenblätter, Schulen und Krankenhäuser. Die evangelische Kirche wurde auch nicht daran gehindert, Verbindung mit Kirchen in der BRD zu halten. Bis 1969 war die evangelische Kirche in der DDR Teil des Verbandes der evangelischen Kirchen in Deutschland. 1969 gründete sie aber aus mehreren Gründen den Bund der evangelischen Kirchen in der DDR: Es gab zu große Unterschiede zwischen Ost und West in der alltäglichen Kirchenarbeit, es gab Organisationsprobleme. Außerdem sah die DDR-Regierung den Westkontakt nicht gerne und übte deswegen politisch Druck auf die Kirche aus.

Anfangs, in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR gab es an den Schulen noch Religionsunterricht. Den Status eines ordentlichen Lehrfaches hatte er aber von Anfang an nicht. In der Verfassung von 1949 ist festgehalten, dass Kirchen in Schulräumen Religionsunterricht organisieren dürfen, der aber als außerschulische Aktivität freiwillig besucht werden kann. In den 50er Jahren begann die Regierung gegen den kirchlich organisierten, freiwilligen Unterricht vorzugehen. 1958 verfügte der Minister für Volksbildung, Fritz Lange, dass zwischen ordentlichem Unterricht und außerschulischen Aktivitäten eine Pause von zwei Stunden liegen müsse – zum Schutz der Schüler vor Überanstrengung. Ausnahmeregelungen gab es für Thälmann-Pioniere und schulische Arbeitsgruppen. Dieser Erlass erschwerte besonders an Schulen auf dem Land die Organisation des Unterrichts so sehr, dass die Kirche ihn einstellen musste. Außerdem durften nur noch Grundschulräume für den Religionsunterricht stellen. Werbung dafür wurde verboten. An vielen Schulen gab es deswegen keinen Unterricht mehr. Wenn es die Kirche trotz dieser Erschwerungen aber schaffte, Unterricht zu organisieren, konnte sie ihn nach wie vor anbieten.

In den ersten Jahren nach Staatsgründung war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche entspannt. Im Juli 1952 aber beschloss die SED auf ihrer II. Parteikonferenz den Aufbau des Sozialismus zu forcieren. SED-Generalsekretär Walter Ulbricht proklamierte die Verschärfung des Klassenkampfes. Klassenfeind und somit Gegner war auch die Kirche. Die Regierung kürzte die staatlichen Zuschüsse um 25 Prozent, trieb Kirchensteuern nicht mehr ein. Sie verhaftete Pfarrer und kirchliche Amtsträger und ging gegen die Jugendarbeit der Jungen Gemeinde vor. Diese war unter Jugendlichen wegen ihrer Freizeitaktivitäten sehr beliebt und hatte großen Zulauf. Außerdem hatte sie Kontakte in den Westen, was sie per se zur Feindin machte. Die Jungen Gemeinden wurden als Spionagesstützpunkte und CIA-gesteuert verunglimpft,

ihre Veranstaltungen wurden verboten, tausende junger Mitglieder von den Oberschulen verwiesen oder nicht zum Studium zugelassen. 1953 machte die Regierung in Moskau dem Spuk ein Ende. Am 10. Juni 1953 erklärte Grotewohl die von der Regierung getroffenen Maßnahmen für weitgehend nichtig und versprach, nicht mehr gegen die Kirche vorzugehen.

Die SED entwickelte eine eigene Kirchenpolitik. Sie wollte „Aufklärungsarbeit“ bei der christlichen Bevölkerung leisten. Differenziert wurde zwischen staatstreuen christlichen Parteimitgliedern, die über Überzeugungsarbeit gewonnen werden sollten, und Kirchenmitarbeitern, die bekämpft werden sollten. Der offene Kirchenkampf wurde nun ersetzt gegen einen verdeckten, der im Inneren der Kirche selbst ausgetragen werden sollte. Statt des Angriffes staatlicher Stellen gegen die Kirche, sollten nun innerhalb der Kirchen „politisch-fortschrittliche“ Kräfte gegen „reaktionäre“ ausgespielt werden. Um dies umzusetzen, wurde innerhalb des MfS eine eigene Abteilung gegründet.

1955 führte die SED die Jugendweihe als Alternative zur Konfirmation ein. Jugendliche standen nun vor der Wahl: Jugendweihe oder Konfirmation. Weil die Jugendweihetradition im krassen Gegensatz zur kirchlichen stand, verweigerte die Kirche Jugendlichen mit Jugendweihe die Konfirmation und grub sich dadurch selbst ihre Mitglieder ab. Diese Ausschlusspraxis der Kirche war jedoch von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Jugendweihe wiederum war keine Pflicht, trotzdem verringerte die Nichtteilnahme Chancen auf eine gute Ausbildung oder einen guten Job. Da die Jugendweihe stark „einschlug“, ging der Anteil der konfirmierten Jugendlichen zurück.

In den folgenden Jahren waren staatliche Repressionen gegen Kirchenmitglieder mal mehr, mal weniger stark ausgeprägt. Das hing von der jeweiligen Beziehung zwischen den beiden Kontrahenten ab, die sich durch wechselseitige Provokation veränderte. In den 60ern entspannte sich das Verhältnis etwas. Der stark westorientierte Otto Dibelius, nach Kriegsende einer der wichtigsten Kirchenvertreter, wurde durch die Ernennung von Günter Jacob zum „Verwalter des Bischofsamtes im Bereich der Regionalsynode Ost“ quasi entmachtet. Jacob erkannte den sozialistischen Staat an, weswegen ihn auch die SED akzeptierte.

In den 70ern prägte der Bischof Albrecht Schönherr auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR 1971 den Ausdruck „Kirche im Sozialismus“. Er formulierte: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Das war kein Bekenntnis zum Sozialismus, sondern eine Art Anerkennung. In den 50er und 60ern war man in der Kirche noch auf „Überwintern in Erwartung des baldigen Endes der DDR“ eingestellt.

Die Kirche war in der DDR der einzige nicht durch den Staat direkt beeinflussbare Raum. Vor allem die Jungen Gemeinden organisierten Lesungen von staatlich kritisch beäugten Schriftstellern und diskutierten Themen wie Frieden

oder Umweltzerstörung, über die – außerhalb der Familie – nicht offen diskutiert werden konnte.

Doch trotz aller Hindernisse, trotz des Druckes durch den Staat, fanden die Kirchen enormen Zulauf. Wieso? Was bewegte die Menschen dazu, all diese Risiken auf sich zu nehmen? Was war der besondere Reiz der Religion? Die Kirche konnte den DDR Bürgern etwas bieten, das nirgends sonst zu finden war: Bilder und Schriften, die in der Schule nicht mehr gelehrt wurden und Neugier erweckten. Und vor allem ein Stück Freiheit, wie klein es auch sein mochte. Betrat man eine Kirche in der DDR, so konnte man für einen Augenblick lang dem scheinbar allwissenden und allmächtigen SED-Regime entkommen.

Es gab Pläne, die Kirche von innen her zu unterwandern. Unter anderem sollten 'Offiziere in besonderem Einsatz' (Oibe) an wichtigen Stellen, zum Beispiel auch in der Kirchenleitung, platziert werden. Einige Fälle davon sind bekannt geworden. Mit massivem Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit machte man selbst vor den Kirchentüren nicht halt.

In den Kirchen bildeten sich verschiedene Gruppen zu den unterschiedlichsten Themen wie Frieden, Umwelt oder Gerechtigkeit. Die Menschen dort fanden in der evangelischen Kirche Gelegenheit, anders zu denken, zu reden und zu handeln, als es der Staat ihnen vorschrieb. Doch plötzlich war die Kirche in etwas hinein geraten, das sie nicht beabsichtigt hatte. Nun hieß es zu entscheiden, ob sie diese Rolle der Opposition, in die sie unweigerlich gepresst wurde, überhaupt wollte.

Sunita und Lisa



Abbildung: BrThomas Privatarchiv

Interview mit Pfarrer Rolf-Michael Turek, Leipzig



(Anmerkung der Redaktion:
Die Antworten wurden gekürzt.)

Görls: Herr Turek, wie und warum wurden Sie Pfarrer in der DDR?

Turek: Mein Interesse galt den philosophischen, theologischen und spirituellen Fragestellungen. Als Christ, ohne Mitgliedschaft in Pioniere, FDJ, GST (Gesellschaft für Sport und Technik), DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft) gab es wenige Alternativen für ein Studium. Ich habe zunächst eine Ausbildung als Elektro-Mechaniker gemacht und an der Abend-schule mein Abitur abgelegt.

Görls: Warum gab es überhaupt eine Kirche in der DDR? Die zudem staatlich auch noch weitgehend unbeeinflusst und autonom war? Warum wurde Kirche nicht einfach verboten?

Turek: Zunächst rechnete man mit dem „Absterben“ der Kirche. Im Widerstand gegen Hitler gab es Allianzen zwischen Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten. Statt Verbote gab es Reduzierung auf sogenannte kirchliche Kernbereiche, wie Gottesdienst und Seelsorge. Aber auch die Seelsorge an Krankenhäusern war sehr eingeschränkt und eher „geduldet“. Ausgeschlossen werden sollte, was Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit betraf. Möglichst kein Auftreten in der Öffentlichkeit, Kirche wurde ignoriert.

Görls: Wie finanzierte die Kirche ihre Arbeit? Bekam sie staatliche Gelder?

Turek: Freiwilliger Beitrag der Mitglieder plus Unterstützung aus den westlichen Partnerkirchen plus staatliche Ersatzleistungen für die Enteignungen.

Görls: Wie war tatsächlich das Verhältnis von Kirche und Staat? These: Gläubige Christen wurden als unterdrückte Gruppe politisiert und waren daher kritischer als andere Bürger. Wurde Kirchenarbeit vom Staat aktiv behindert?

Turek: Alles das, was Öffentlichkeitscharakter hatte, wurde beschnitten. Kinder- und Jugendarbeit wurde sabotiert.

Görls: Wurden Christen aktiv diskriminiert? Wenn ja:

Welchen Diskriminierungen waren Christen ausgesetzt?

Turek: Es bestand ein eingeschränkter Zugang zu öffentlichen

Ämtern und Leitungsfunktionen. Christliche Überzeugungen wurden als rückständig diffamiert.

Görls: Warum konnten sich oppositionelle Gruppen „ungestört“ in der Kirche treffen? Mit anderen Worten, warum hat sich die Kirche überhaupt getraut, den im Zusammenhang mit der friedlichen Revolution so oft zitierten Schutzraum zur Verfügung zu stellen?

Turek: Ungestört trifft nicht zu: Die Gruppen wurden von der Staatsicherheit beobachtet, unterwandert, verunsichert und zum Teil dadurch auch zersetzt. Doch Kirche ist immer nur Kirche, wenn sie für andere da ist. Die Frage war und ist: Wer braucht dich am nötigsten?

Görls: Welche Rolle spielte die evangelische Kirche bei der friedlichen Revolution?

Turek: Dass es ein friedlicher Verlauf war, das ist der Verdienst der Kirche. Dies ist übrigens einzigartig im ganzen Umbruch der Ostblockländer. Aus den Kirchen heraus entwickelten sich Gruppen, die Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit zu ihrem Thema machten. Diesen Gruppen schlossen sich zunehmend auch Nicht-Christen an.

Görls: Was hatte es mit den Friedensgebeten auf sich, die die Montagsdemonstrationen zur Folge hatten?

Turek: Die Friedensgebete wurden zunehmend von kirchlichen Einflussträgern (auf staatliche Anweisungen hin) reglementiert. Das, was in der Kirche nicht mehr gesagt und getan werden durfte, wurde nach außen – vor die Nikolaikirche verlagert. Es bildeten sich Gruppen, die dann losliefen. Anfangs auch und gerade, wenn westliche Journalisten da waren (zum Beispiel zur Messe).

Görls: Welchen Einfluss hatte die westliche Friedensbewegung auf den Umsturz?

Turek: Es gab gute (heimliche) Kontakte zur Friedensbewegung im Westen und im Ostblock. Wir konnten uns austauschen mit Petra Kelly und Klaus Bastian (Grüne). Das hat uns bestärkt.

II. Friedliche Revolution und Mauerfall Zeitgeschehen 1970-1988

Nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte (Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit Europas) entstehen in den 70er Jahren in vielen osteuropäischen Ländern Bürgerrechtsgruppen. Sie fordern die Einhaltung der Menschenrechte und politische Freiheiten. Die Kritik am „real existierenden Sozialismus“ und an der schlechten Wirtschaftslage wird immer lauter. Auch in der DDR nimmt die Unzufriedenheit zu. Das Fehlen demokratischer Strukturen zwingt die Bürger der DDR, sich zwischen Anpassung oder Ablehnung zu entscheiden. Abweichung vom vorgeschriebenen Weg wertet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) jedoch als Angriff auf das System. Aufgrund der starren Haltung der SED und der Zunahme der staatlichen Repressionen wächst die Zahl der DDR-Bürger, die einen Ausreisantrag stellen.

Am 28. Juni 1979 verschärft sich das politische Strafrecht in der DDR. Teilweise sind die Straftatbestände so allgemein gefasst, dass sie dem SED-Regime erlauben, jederzeit gegen kritische Bürger vorzugehen. Dies gilt vor allem für die Paragraphen 106 „Staatsfeindliche Hetze“ und 220 „Öffentliche Herabwürdigung“. Mit wachsendem Mut riskieren Bürgerrechtler trotzdem die Konfrontation mit der Staatssicherheit. Misstrauisch beobachtet das SED-Regime auch die inoffizielle Friedens- und Umweltbewegung, die sich zu Beginn der 80er Jahre mit Unterstützung der Kirche entwickelt. Erkennungszeichen der Friedensbewegung ist eine Darstellung des Bibelspruchs „Schwerter zu Pflugscharen“. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR veranstaltet unter diesem Symbol seit November 1980 jährlich Friedensdekaden.

Von Ost-Berliner Friedensgruppen wird 1986 die Bürgerrechtsgruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gegründet. Die ebenfalls 1986 in Ost-Berlin eröffnete Umweltbibliothek entwickelt sich zum wichtigen Informationszentrum für oppositionelle Gruppen. Von Mitgliedern der Umweltbibliothek geht 1988 auch die Initiative zum Zusammenschluss der verschiedenen Umweltgruppen der DDR zur Arche – grünökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche aus.

Auch in der kommunistischen Welt gärt es. Ob Polen, die CSSR oder Ungarn – die Ursachen gleichen sich: fehlende Demokratie, Wirtschaftskrisen, Menschenrechtsverletzungen, Reisebeschränkungen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesen Zuständen ist spürbar. Unvergessen sind die Aufstände und Reformbewegungen – 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, 1970 in Polen, 1971 in Litauen – sowie ihre gewaltsame Niederschlagung. In der UdSSR wird nun von der politischen Führung nach neuen Wegen gesucht: Ab 1985 wirkt Michail Gorbatschow entscheidend als Wegbereiter für Reformen im Ostblock. Mit seinen Forderungen nach Glasnost und Perestroika, Transparenz und Umgestaltung, leitet er eine neue Ära in der Sowjetunion ein. Angesichts der schwierigen Situation der Wirtschaft in der UdSSR kündigt Generalsekretär Gorbatschow grundlegende Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an. Im Januar 1987 kritisiert er in einer programmatischen Rede die Fehler der KPdSU und fordert eine demokratische Umgestaltung von Partei und Gesellschaft. Entscheidend ist die Aufhebung der „Breschnew-Doktrin“: Gorbatschow sichert den Ostblock-Staaten außerhalb der UdSSR zu, deren Eigenständigkeit zu achten sowie in keinem Fall militärisch einzugreifen und öffnet damit faktisch den Weg zur Demokratisierung dieser Staaten. Als erste führen Polen und Ungarn politische Reformen durch.

In der DDR hält die SED-Regierung an ihrem starren Kurs fest. Jeder Fortschritt in den „Bruderstaaten“ wird jedoch von den DDR-Bürgern registriert. Ferienreisen in die Reformländer verstärken den Trend. Da die SED sie nicht verbieten kann, werden sie zum heiklen Problem für das DDR-Regime.

Die Regierenden der DDR lehnen Reformen wie in der Sowjetunion ab und kämpfen um den Erhalt ihrer Macht. Mangelwirtschaft, Reisebeschränkungen, Wahlbetrug und politische Bevormundung fördern Ausreisewillen und Opposition in der DDR. Die Kirche unterstützt die oppositionellen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen, deren Selbstbewusstsein wächst. Verschärfte Unterdrückung, Bespitzelung und Zensur sind die Antwort der SED-Führung. Die Abgrenzung zur Sowjetunion – bis dahin unbedingtes Vorbild für die DDR – beschleunigt ihren Zusammenbruch.

Quelle: Stiftung Haus der Geschichte, Bundeszentrale für politische Bildung

STASI

Geheimdienste zu Zeiten der DDR und heute

Sowohl die Staatssicherheit „Stasi“ als auch der Bundesnachrichtendienst „BND“ sind Geheimdienste, die im Auftrag der Regierung eines Landes arbeiten – solche staatlich geführten Organisationen gibt es in fast jedem Land der Welt. Die Abkürzung „Stasi“ steht für „Ministerium für Staatssicherheit“ für den Geheimdienst der DDR und wurde am 8. Februar 1950 ins Leben gerufen. Der BND heißt eigentlich „Bundesnachrichtendienst“, er wurde 1949 gegründet und war der westdeutsche Geheimdienst.

Der auf den ersten Blick auffälligste Unterschied zwischen dem Geheimdienst der DDR und dem der BRD ist die Bezeichnung: „Nachrichtendienst“ fördert eher eine Assoziation mit den täglichen Nachrichten, als mit einer streng geheim operierenden Organisation. Die Bezeichnung „Staatssicherheit“ verdeutlicht hingegen schon mit seinem Namen von Anfang an klar, wo die Aufgaben der Organisation liegen. Ein „Ministerium für Staatssicherheit“ klingt wichtig und mächtig und einflussreich.

Warum schuf die DDR einen Geheimdienst?

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges 1945 wurde Ostdeutschland zur Sowjetischen Besatzungszone. Das bedeutete, dass sowjetische Soldaten dort immer präsent waren. Auf den sogenannten „heißen Krieg“ folgte der „Kalte Krieg“, der zwischen den USA und ihren Verbündeten einerseits und der Sowjetunion andererseits geführt wurde. Die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) wurde ebenso, wie der restliche Einflussbereich der UdSSR, die sogenannten Ostblock-Staaten, somit unweigerlich mit in diesen Konflikt hineingezogen. Dadurch geriet die DDR gleichfalls ins Visier der USA und es erwuchs das Bedürfnis, den Staat und die Bürger vor möglichen Gefahren zu schützen. Das Ministerium für Staatssicherheit war das Ergebnis.



STASI



Foto: Oriella Bazzica

Was machen Geheimdienste? Was ist ihre Aufgabe?

Sinn eines Geheimdienstes war und ist es bis heute, einen Staat und seine Bürger vor inneren und äußeren Bedrohungen zu schützen.

Beispiele aus anderen Ländern sind:

USA – das Federal Bureau of Investigation (FBI), die Criminal Intelligence Agency (CIA) und die Homeland Security

GB – der britische Secret Intelligence Service (SIS), auch MI6 genannt

Israel – das „Institut für Aufklärung und besondere Aufgaben“, besser bekannt als Mossad

Weißrussland – das Komitee für Staatssicherheit (KGB); bis 1991 gab es den sowjetischen KGB in allen Teilen Russlands, heute heißt nur noch der weißrussische Geheimdienst so.

Sehr vereinfacht kann in einem Satz zusammengefasst werden: Eine der wichtigsten Aufgaben der Geheimdienste ist die Beschaffung von Informationen.

Welche Aufgabe hatte die Stasi?

Auch die Staatssicherheit hatte die Aufgabe, Informationen über mögliche Bedrohungen gegen die DDR zu beschaffen. Umgesetzt haben das die Stasi-Mitarbeiter durch sogenannte Bespitzelungen. Sie haben DDR-treue Bürger angeworben, um potentiell staatsfeindliche Nachbarn oder Bekannte auszuhorchen. Der Nachbar, die Kassiererin im Konsum (so hieß der Supermarkt in der DDR) oder sogar der eigene Ehemann hätten potentielle Stasi-Informanten sein können. Sie wurden als inoffiziellen Mitarbeiter (IM) bezeichnet.

Die Stasi sollte als „Schild und Schwert der Partei“ die Macht der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) sichern. Die Stasi kontrollierte neben sämtlichen bewaffneten Organen der DDR – wie der Volkspolizei und den Grenztruppen – auch andere Ministerien, Kombinate und Betriebe, das Verkehrswesen und die Touristik sowie Massenorganisationen. Sie versuchte gezielt, oppositionelle Kreise zu spalten, unterdrückte die Meinungsfreiheit, zensierte Presse und Filme, prüfte Post und überwachte Telefone. Das MfS*) hatte alle Befugnisse einer polizeilichen Ermittlungsbehörde und schreckte bei seiner Kontrolle auch nicht vor der Einschüchterung der Bürger und ihrer Verfolgung zurück. Wenn ein Betroffener verhaftet wurde, wusste die Stasi über die vorge-

worfenen Vergehen bereits Bescheid. In den Untersuchungsgefängnissen des MfS – wie zum Beispiel in Hohenschönhausen – ging es dann lediglich darum, die bereits vorher zumeist illegal ermittelten „Beweise“, gerichtsverwertbar zu machen, den Verhafteten durch wochen- und monatelange Verhöre zu einem Schuldeingeständnis zu bewegen.

Die Aufgaben der geheimdienstlichen Aufklärung beschränkten sich aber nicht nur auf die innenpolitische Kontrolle der DDR. Spionage-Abwehr und „Aufklärungsarbeit“ in Westdeutschland und Westberlin gehörte ebenso zu den Aufgaben des MfS. So wurden MfS-Spione in wichtige Bereiche eingeschleust, um zum Beispiel falsche Informationen zu verbreiten (Desinformationskampagnen) und Auskünfte über die Bonner Regierung, Forschung und Industrie zu erhalten. Außerdem unterstützte die Stasi in der BRD politische Kräfte, die ihr nützlich erschienen: RAF-Mitglieder wurden im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult; acht RAF-Aussteiger erhielten in der DDR später neue Identitäten, die sie vor westlicher Strafverfolgung schützten.

Wer kontrollierte, was die Stasi tat und wer kontrolliert heute, was unsere Geheimdienste machen?

Die Stasi war, unterstützt durch die Nationale Volksarmee (NVA), ein Instrument der Landesverteidigung. Die Leitung der Landesverteidigung unterstand dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. An seiner Spitze stand als Vorsitzender der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED. Das war von 1971 bis zwei Monate vor dem Fall der Mauer 1989, Erich Honecker. Geleitet wurde das Ministerium für Staatssicherheit von 1957 bis 1989 durchgehend von Erich Mielke, ebenfalls ein Mitglied des Politbüros der SED. Die heutigen deutschen Geheimdienste dagegen unterstehen unterschiedlichen Behörden, deren Leiter ständig wechseln und die vor allen Dingen nicht so eindeutig von Mitgliedern einer Partei dominiert sind.

So ist der BND direkt dem Chef des Bundeskanzleramtes als Beauftragter der Bundesregierung für die Nachrichtendienste unterstellt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählt dagegen zum Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums und ist dem Bundesinnenminister unterstellt. Der militärische Abschirmdienst (MAD), als drittes Beispiel, ist eine Dienststelle des Bundesverteidigungsministeriums und gehört zur

Streitkräftebasis (SKB) der Bundeswehr. Es untersteht dem jeweiligen Inspekteur der SKB.

Doch nur durch die Feststellung, welche Behörden welche Zuständigkeiten und Befehlshoheiten inne hatten bzw. haben, ist noch lange nicht gesichert, dass die Handlungen der Geheimdienste immer denselben Regeln und Gesetzen unterliegen. Deshalb muss die Frage eigentlich genauer lauten:

Auf welchen Gesetzesgrundlagen agiert der deutsche Geheimdienst heute und wie war das in der DDR?

Es liegt zwar in der Natur der Sache, dass die Aktivitäten eines Geheimdienstes nicht öffentlich gemacht werden, trotzdem ist es für die Rechtsordnung eines Staates absolut unerlässlich, dass es gesetzliche Rahmen gibt und die geheimdienstlichen Handlungen keiner „Ein-Mann-Willkür“ unterliegen.

In der deutschen Gesetzgebung gab es zu Anfang Unterschiede zwischen den verschiedenen Geheimdiensten. Das „Gesetz über den Bundesnachrichtendienst“ (BNDG), das die rechtliche Grundlage für den Bundesnachrichtendienst bildet, wurde erst 1990 verabschiedet. Ganze 40 Jahre nach der Gründung des BND. Das bedeutet, dass die Tätigkeiten des westdeutschen Geheimdienstes zur Zeit der deutsch-deutschen Teilung nicht gesetzlich geregelt waren.

Als 1950 das Ministerium für Staatssicherheit ins Leben gerufen wurde, geschah das auf Grundlage der DDR-Verfassung. Das heißt, es gab von Anfang an gesetzlich fest verankerte Rahmen und Grenzen, in denen das Ministerium handeln konnte.

Die Gesetze beider Länder untersagen z.B. ausdrücklich Vorgehensweisen mit Mitteln der Sabotage, verdeckter und psychologischer Kriegsführung oder gar „Tötungskommandos“. Somit ist klar, dass die (körperliche) Unversehrtheit der DDR-Bürger zumindest in der Verfassung niedergeschrieben war. Sie gab den Stasi-Mitarbeitern in keiner Weise die rechtlichen Mittel mit unmenschlichen Methoden zu arbeiten. (Was sie dennoch nicht davon abhielt.)

Was unterscheidet denn die Stasi vom BND Bundesnachrichtendienst, wenn dessen Aufgaben so ähnlich sind?

Eine geheime Richtlinie von 1971 zeigt, wie weit die Stasi handeln konnte. Diese sog. „Zersetzungsrichtlinie“ war darauf ausgelegt, potentiellen Staatsfeinden das Leben sprichwörtlich zur Hölle zu machen. „Zersetzung“ war ein psychologisches Unterdrückungsinstrument, mit dem das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl eines Menschen untergraben werden sollte. Es sollten private oder berufliche Misserfolge verursacht werden, um so zum Beispiel bei politischen Gegnern Lebenskrisen hervorzurufen. Der Gedanke dahinter war, dass diese enorme psychische Belastung dazu führt, dass der potentielle „Feind“ keine Energie mehr auf staatsfeind-

liches Handeln aufwenden kann. Selbstverständlich sollte so vorgegangen werden, dass das Ministerium für Staatssicherheit als Auslöser nicht erkennbar war.

Die Führung der DDR hatte eine so große Angst davor, den Feind quasi in den eigenen Reihen sitzen zu haben, dass sie ihren Geheimdienst unglaublich rücksichtslos gegen die eigene Bevölkerung einsetzte.

Warum wirkt die Stasi sogar rückwirkend Angst einflößend?

Auf den ersten Blick scheint es, als ob diese Frage eben schon beantwortet wurde, aber so einfach ist es meiner Meinung nach nicht und es bedarf weiterer Erklärungen, um diese Ängste zu begründen. Es hatte sich in der DDR-Führung die Überzeugung festgesetzt, dass westliche Mächte alles nur irgend Mögliche versuchen würden, um das sozialistische System zu Fall zu bringen und um sich das verlorene Land mitsamt den Bürgern wieder einzuverleiben. Es war aus Sicht der DDR-Führung nur logisch, dass zum Schutz der eigenen Bevölkerung und des eigenen Landes verhindert werden musste, dass sich diese feindlich gesinnten West-Mächte unter das sozialistische Volk mischten, um sie quasi von innen heraus zu Fall zu bringen.

Der ‚Kalte Krieg‘ hatte auch zur Folge, dass technische Neuerungen nicht den Weg in die Ostländer fanden und somit den westlichen Staaten vorbehalten blieben. Der Staat griff also auf die älteste Methode zurück, um unbemerkt an Geheimnisse zu gelangen: Belauschen. Was heute, durch den Einsatz modernster Technik, auch über hunderte und sogar tausende Kilometer vollkommen unbemerkt möglich ist, war für die Mitarbeiter der Staatssicherheit nur umsetzbar, wenn sie sprichwörtlich ihre Augen und Ohren überall hatten.

Das Mithören, Belauschen und Nachspionieren war natürlich nicht die einzige Aufgabe der Stasi-Mitarbeiter, aber eine Hauptaufgabe. Die Regierung war bereit, zum Schutze ihres Systems, die Rechte ihrer Bürger zu übergehen. So waren in der DDR-Verfassung z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Reisefreiheit verankert. Und trotzdem war es den DDR Bürgern nur in besonderen Ausnahmefällen möglich, in ein westliches Land ihrer Wahl zu reisen. Die freie Meinungsäußerung galt nur dort, wo man sich für die Deutsche Demokratische Republik und ihr System aussprach. Kritik am System musste kontrolliert, unterdrückt und am besten im Keim erstickt werden.

Katharina Krause

*) Ministerium für Staatssicherheit



Foto: Oriella Bazzica



Schild beim Sturm von Bürgern auf die Stasi-Zentrale in Berlin am 15. Januar 1990: Stasi stehe für Schlagen, Treten, Abhören, Spionieren und Inhaftieren. Foto: bstu.bund.de / RBB-Kontraste



Sicherung von Stasi-Akten. Foto: Bundesarchiv 183-1990-0531-022, Jan-Peter Kasper

Görls: Herr Fritzsch, Sie haben als Christ in der DDR gelebt. Sind Sie in die Kirche gegangen? Wurden Sie dadurch in Ihrer Karriere oder in der Studienauswahl benachteiligt? Durften Sie die EOS (Erweiterte Oberschule) besuchen?

Fritzsch: Ich durfte auf die EOS gehen, es waren im Wesentlichen die Zensuren, die mir dazu verholfen hatten. Ich kannte aber viele, die nicht auf diese Schule gehen durften, weil sie stark kirchlich engagiert waren. Ein Freund von mir z.B. musste Maurer lernen, obwohl er Theologie studieren wollte, aber wegen seines kirchlichen Engagements hatte er keine Zulassung bekommen.

Leute, die in der Partei waren, hatten allerdings Vorteile. Ich war dabei, als Studenten, die sich für ein Medizinstudium beworben hatten, ausgewählt wurden. Alle Parteigenossen erhielten einen Bonus von 0,5 Punkten auf ihre Zensuren. Das heißt, eine Note von 2,3 wurde zu 1,8. Die anderen Studenten waren dadurch natürlich benachteiligt und fielen aus der Auswahl heraus. Das war völlig illegal, aber es wurde so gehandhabt.

Görls: Wie könnte man das begründen? Mediziner haben nichts mit Politik, Recht oder Journalismus zu tun. Es sollten doch ausschließlich Fachkenntnisse der Medizin vermittelt werden. Ist das nicht kontraproduktiv?

Fritzsch: Es gab vieles, was durch die Politik kontraproduktiv war. Wenn man jemanden fragte, warum das so war, dann wurde gesagt: Ja, bei dem wissen wir, dass er dem Staat positiv gegenüber steht. Das war die Begründung. Es war eine Anordnung von oben. In der Universität hatte es keiner verstanden, alle schimpften darüber. Aber diese Ungerechtigkeit wurde vom System so gewollt.

Görls: Warum wurde das gewollt? Um die Leute an das System zu binden und zu sagen, wer nicht für uns ist, ist gegen uns?

Fritzsch: Es sprach sich herum, dass man bessere Zensuren bekam, wenn man in der Partei war, und viele wurden noch vor dem Abitur Mitglied. Das war eine der Methoden der SED, Menschen an die Partei zu binden.

Görls: Damit war der Eintritt sozusagen ein formeller Akt. Das heißt, die Partei nahm Mitglieder auf, von denen sie nicht wusste, ob diese parteikonform dachten?

Fritzsch: Ja, aber sie wurden streng kontrolliert. In den Parteiversammlungen musste man Rechenschaft über seine Tätigkeit ablegen, und wenn man der Partei zuwider handelte, wurde man hart bestraft. Es war also nicht leicht, eine unerwünschte Meinung zu verbergen. Außerdem, wenn man einmal in der Partei war, dann war man an sie gebunden. Die meisten Parteimitglieder waren manne Soldaten. Ich habe zwar viele kennengelernt, die ganz anders dachten, aber doch alles durchführten, was die Partei von ihnen verlangte, aus Angst.

Sie haben auf ihre Mitglieder gut aufgepasst. Da gab es Parteiaufträge: Parteiauftrag hieß, dass Genossen die Mitgenossen beobachten und über deren gesellschaftliche Einstellung und Arbeit Berichte schreiben mussten. Das war eine ganz gemeine Sache. Wer viele Pluspunkte haben wollte, musste auch viele Leute möglichst schlecht beurteilen. Dieses System trug sich damit von selbst: Je mehr man von anderen Genossen berichtete, desto eher bekam man auch einen besseren Job. Jeder beobachtete und schrieb Berichte über den anderen, freute sich, wenn andere Fehler machten, man selbst bekam viele Pluspunkte und der jeweilig andere hatte darunter zu leiden.

Görls: Sie selbst wurden ja dann auch inhaftiert. Wie kam es dazu?

Fritzsch: Meine Inhaftierung hatte hauptsächlich damit zu tun, dass sie mich als Mitarbeiter wollten. Im Vordergrund stand also die Anwerbung des Dr. Fritzsch zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Sie sagten: Wenn Sie machen, was wir vorschlagen, sind Sie heute Abend wieder draußen; arbeiten Sie mit uns, dann sind Sie heute Abend wieder draußen. Natürlich hatte ich damals keine Ahnung, was ein IM (Inoffizieller Mitarbeiter) war, das weiß man heute. Ich wusste nur, ich sollte jetzt mit ihnen zusammenarbeiten. Aber auch am Abend war ich nicht bereit mitzumachen, trotz aller Drohungen und Erpressungen. Ich sagte: Nein, ich mache nicht mit, ich kann das nicht. Obwohl ich wusste, dass ich ins Gefängnis gehen würde. Das war klar. Abends steckten sie mich dann auch ins Gefängnis; ich war inhaftiert, aber ich hatte nicht unterschrieben. Nein, ich konnte das nicht. Ich brachte es meinen Verwandten und Bekannten gegenüber nicht fertig, als IM rauszugehen und Leute zu bespitzeln.

Görls: Nachdem Sie Akteneinsicht hatten, erfuhren Sie nun genau, wie Ihr Auftrag lautete und in welche Stadt Sie hätten gehen sollen?

Fritzsch: Ich hätte nach Starnberg gehen sollen in das Institut des Professors Carl Friedrich von Weizsäcker. Ich sollte dort, wie sie sich ausdrückten, die „imperialistischen Umtriebe“ studieren und darüber an die DDR berichten. Das für den Professor gegründete Max-Planck-Institut erforschte die „Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“, das hatte meiner Meinung nach nichts mit der DDR zu tun, da gab es keine „imperialistischen Umtriebe“.



Görls: Während der Vernehmungen in der U-Haft und nach dem Urteil von 6 Jahren Haft, gab es da manchmal Momente, in denen Sie sich sagten: Ach, vielleicht hätte ich mich anders entscheiden sollen? Denn Sie mussten doch große Qualen erleiden.

Fritzsch: Das Zuchthaus war quasi selbstgewählt, aber gleichzeitig bedeutete es innere Freiheit. Es ist schwer zu erklären. Ich bin damit dem schlimmeren Übel, der Zusammenarbeit mit der Stasi, entgangen. Und ich habe es nie bereut, fand auch das Zuchthaus nicht so schlimm, denn es war meine eigene Entscheidung zur Gewissensfreiheit. Viele hätten ja Alpträume in dieser Situation gehabt, die ich nie hatte. Im Zuchthaus habe ich viele politische Schicksale mitbekommen, da war ich dann erst recht froh, nicht auf der anderen Seite gestanden zu haben. Dennoch wurde die Zeit in dem Zuchthaus Brandenburg hart. Eingesperrt mit zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Schwerverbrechern, musste ich als politischer Gefangener körperliche Zwangsarbeit verrichten.

Görls: War den Menschen in der DDR bekannt, dass es „Informelle Mitarbeiter“ gab?

Fritzsch: Nein, das wussten wir nicht. Wir wussten, dass die Stasi überall war, aber niemand von uns kannte ihre Struk-

turen. Wir wussten nur, dass es bestimmte Leute gab, auch unter den Studienkollegen, bei denen man damit rechnen musste, dass sie an die Stasi berichteten.

Görls: Sie sind Wissenschaftler, Sie haben promoviert, Sie waren in einem Studienkreis und von einem Moment auf den anderen waren Sie für die Kollegen nicht mehr erreichbar. Konnten Sie später irgendwie Kontakt aufnehmen? Haben Sie erfahren, wie die Menschen im Studienkreis darauf reagierten?

Fritzsch: Sie waren alle ziemlich erschrocken, als sie hörten, dass ich verhaftet worden war, aber sie wussten keine Einzelheiten, wussten nicht was los war. Man hörte immer wieder davon, dass Leute inhaftiert wurden, aber man wusste nicht warum. Durch meine Frau erfuhren es dann viele meiner Freunde und Verwandten. Aber keiner wusste, was der Grund war. Man hütete sich auch, viel darüber zu reden.

Görls: Das heißt, weder Eltern noch Freunde oder Kollegen, nur Ihre Frau konnte etwas Kontakt halten in dieser Zeit?

Fritzsch: Am Ende durfte ich Besuch haben, ich glaube im Monat einmal, aber ich durfte nicht über die Haftangelegenheit sprechen, nur über Gesundheit, Wetter, unser Kind, das damals gerade geboren war, sonst nichts. Auch der Anwalt hatte mir gleich gesagt, wir könnten hier nur über persönliche Dinge sprechen, nicht über die Anklagepunkte und die Haft. Er hatte auch so viel Angst gehabt und nur einmal kurz vor dem Prozess ein paar Fragen gestellt. Er wusste von mir fast gar nichts.

Die Gespräche mit dem Anwalt fanden in einem gesonderten Raum statt und gleich beim ersten Gespräch bedeutete er mir, dass hier abgehört würde. Dies fand ich bestätigt, als ich einmal unvorhergesehener Weise einen Blick durch eine halboffene Tür in das Nebenzimmer werfen konnte, worin ich das laufende Tonbandgerät einer Abhöranlage sah.

Görls: Die Funktion des Anwalts war ja dann eine Farce, nicht wahr?

Fritzsch: Ja, die Anwälte hatten alle Angst vor solchen Prozessen, das waren ja Drahtseilakte. Sie waren selbst mit einem Bein schon im Gefängnis, sie durften nichts hören und nicht viel reden.

Görls: Sie nannten den „Prager Frühling“ von 1968. Gab es etwas Vergleichbares in der DDR, wie auch die Protestbewegung in der BRD zu dieser Zeit?

Fritzsch: Es gab punktuell Proteste, in Jena und Leipzig, kleine Aktionen, aber die Stasi griff gleich zu und verhaftete die Leute.

Görls: Wie viel Kritik hat die DDR eigentlich vertragen? Und wenn, wo und wie hat man Kritik geäußert?

Fritzsch: Die Partei hatte selbst gesagt, Kritik sei der Motor des Fortschritts, sie würden Kritik brauchen, aber man hat sie nicht vertragen. Es gab die Blockparteien, keine SED, die sich vorsichtig kritisch äußerten, es gab Vereinigungen, Jugendvereine, die aber von Stasi-Spitzeln durchsetzt waren. Die Angst war dort zu groß, man hat nichts gesagt. Im Rahmen der evangelischen Kirche gab es noch Freiräume, dort wurde offener gesprochen. Aber durch Spitzel kontrolliert wurde man dort auch. Man kannte sich ja untereinander und wenn ein Fremder hinzukam, wurde das Gespräch sofort abgebrochen.

Kritik an Dingen des täglichen Lebens konnte man üben, wie z.B. dass ein Brot zu hart sei, dass man gerade gekauft hatte, dass ein Zug zu viel Verspätung hatte, dass es nicht genug Wohnungen gebe, zu wenig Bananen, zu wenig Kartoffeln oder schlechte, usw. Das heißt, man konnte diese Dinge z.B. auf der Straße äußern, aber natürlich nicht etwa in einer Zeitung veröffentlichen. Eine Kritik am System dage-

gen, dass es nicht demokratisch sei, sondern unfreiheitlich, nicht menschlich, hätte sofort Verhaftung nach sich gezogen, man wäre ein Staatsfeind gewesen.

Görls: Wie lange sind Sie dann im Gefängnis gewesen?

Fritzsch: Nach meiner Zeit in der U-Haft (14 Monate) waren es noch 4 Monate, die ich inhaftiert war. 1972 gab es eine Generalamnestie, und ich konnte nach Hause.

Görls: Unter die Generalamnestie fielen aber nicht nur politische Gefangene?

Fritzsch: Ja, politische Häftlinge und auch Kriminelle, sogar Kinderschänder.

>> bitte umblättern

Info

Der Prager Frühling Am 5. Januar 1968 wird der Reformkommunist Alexander Dubcek in der CSSR zum Parteichef gewählt. Der Wechsel an der Parteispitze markierte den Beginn des „Prager Frühlings“. Sogleich werden politische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet. Gewerkschaften und Kulturorganisationen erhalten mehr Autonomie, die Zensur wird aufgehoben. Der Führungsanspruch der kommunistischen Partei bleibt jedoch unangetastet. Der tschechoslowakische Versuch, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, wurde von weiten Teilen der Bevölkerung mit großer Anteilnahme und Hoffnung aufgenommen. Die Darstellung der Reformen als Konterrevolution lösten Entsetzen und Wut aus. Dass die Ideen des „Prager Frühlings“ in der DDR für große Besorgnis in der politischen Führung sorgten, lässt sich auch an den Stasi-Unterlagen ablesen. Der mögliche „Riss“ im sozialistischen Lager, in den das Ausscheren der Prager Kommunisten durch den Versuch eines demokratischeren Sozialismus umgewidmet wurde, wurde mit großer Sorge, fast Panik betrachtet. Für kein anderes Ostblockland war der Zusammenhalt des sozialistischen Staatenbündnisses von so existentieller Bedeutung wie für die DDR.

Mehr dazu unter: www.bstu.bund.de/DE/Presse/Themen/Hintergrund/20130819_prager_fruehling.html
www.hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/KontinuitaetUndWandel/EntwicklungenImOsten/pragerFruehling.html · www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/52007/prager-fruehling?p=all

>> Fortsetzung von S. 73:

Görls: Sie haben die DDR 1976 verlassen. Hatten Sie einen Ausreiseantrag gestellt?

Fritzsch: Nach der Haft 1972 wollten sie mich in den Westen entlassen, aber ich hatte keine Garantie dafür, dass meine Frau mitkommen konnte. Denn ohne meine Frau wäre ich nicht gegangen. Sie sagten, ich müsse dann jahrelang in einer Fabrik arbeiten. So kam es denn auch. Ich durfte nicht mehr an die Universität zurück, obwohl meine Chefin meine Stelle freigehalten hatte. In dieser Zeit stellte ich Ausreiseanträge für die Familie, die erst nach 4 Jahren, 1976, genehmigt wurden. Dabei gab es noch allerhand Schikanen, bis wir die Ausreisevisa hatten. Aber wir durften sogar alles mitnehmen, was schon eine sehr seltene Sache war. Wir haben dann alles gepackt, uns in den Zug gesetzt und sind in den Westen gefahren. Das war ein ganz merkwürdiges Gefühl. Plötzlich waren wir im Westen, das erste Mal aus dem doppelten Knast heraus, das Gefängnis in der DDR und dann noch eingemauert. Da war ich richtig lebensfroh.

Wir sind zu Verwandten nach Dillenburg in Hessen gegangen, offiziell war das eine Familienzusammenführung.

Görls: Haben Sie, wenn Sie zurückdenken, Gefühle wie Ärger, Wut oder Hass den Menschen gegenüber, die Ihnen Unrecht getan hatten?

Fritzsch: Nein, das war alles furchtbar, aber Hass, nein. Ärger natürlich. Stärkste Abneigung gegen die Diktatur, die habe ich natürlich. Und eine ganz starke Abneigung gegen diese Art, mit Menschen umzugehen.

Görls: Was würden Sie jungen Menschen aus Ihren Erfahrungen mitgeben? Worüber sollten junge Menschen nachdenken oder diskutieren?

Fritzsch: Sie sollten sich mit diesem Teil der deutschen Geschichte beschäftigen, das ist eine wichtige Sache. Durch Studium, durch Lesen, durch Surfen im Internet und vor allem auch einfach einmal in die neuen Bundesländer fahren, mit den Leuten dort sprechen. Ich glaube, das Wichtigste ist, mit Menschen zu sprechen, die das System DDR erlebt haben, also mit älteren Menschen. Heute können alle offen reden, was vor der Wende nicht möglich war. Nur durch das Wissen um Unterdrückung kann man ermessen, wie wertvoll die Meinungsfreiheit ist, die wir jetzt erleben. Und vor allem durch Information und Kommunikation kann man antidemokratische Strömungen erkennen und ihnen entgegenwirken.

Wir sprachen mit Günter Fritzsch, ehemaliger politischer Häftling in der DDR.

Lesetipp:

Günter Fritzsch, „Gesicht zur Wand.“

Willkür und Erpressung hinter Mielkes Mauern“
St. Benno Verlag

Flugzeug der DDR-Fluglinie Interflug:
Tupolev TU-134 DM-SCZ, 1977.
Foto: RuthAS, CC BY-SA 3.0

Auslandsreisen – aber wohin?

Wie und für wen war Reisen erlaubt und möglich?

Private Reisen in die sozialistischen Staaten: Polen, ČSSR, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Sowjetunion, Kuba

Für Reisen in die sozialistischen Länder waren ein Antrag und eine Genehmigung erforderlich. Etwa 2 Wochen vor Reisebeginn war bei der zuständigen Meldestelle der Volkspolizei ein formeller Antrag zu stellen, mit Angabe von Reiseziel und -dauer, Hotel- oder Privatadresse, auch die Angabe „Zeltplatz“ konnte genügen. Dieser Antrag nannte sich „Reiseanlage für den visafreien Reiseverkehr“ und war ein halbes Jahr gültig. Ein Reiseantrag gen Osten konnte genehmigt, aber auch abgelehnt werden. Umgangssprachlich wurde die Reiseanlage oft als „Visum“ bezeichnet, was es jedoch nicht war, denn es wurde von der DDR selbst ausgestellt. Ein Visum jedoch wird von einem Einreisestaat erstellt. Spontane private Reisen, bei denen der Personalausweis ausreichte, waren nur in die Tschechoslowakei (heute Tschechien und Slowakei) und nach Polen möglich. Aufgrund der Solidarność-Bewegung in Polen im Oktober 1980 allerdings wieder aufgehoben. In Prag trafen sich DDR-ler mit Westverwandten, Prag hatte eine weltstädtische Atmosphäre, auch Budapest war beliebtes Reiseziel. (Anmerkung: *solidarność* = Domino-Effekt)

Reisen in die UdSSR (Sowjetunion)

Reisen in die Sowjetunion wurden DDR-Bürgern nur durch eine organisierte Pauschalgruppenreise über ein DDR-Reisebüro ermöglicht. Die südrussische Region Krasnodar war wegen ihrer Kurorte bei DDR-Bürgern beliebt. Die Hafenstadt Sotschi wurde gern für Badeurlaube gebucht, sie wurde die „Riviera des Ostens“ genannt und hat ein besonderes Klima auf dem gleichen Breitengrad wie Nizza in Frankreich. Individuelle Reiseanträge wurden grundsätzlich abgelehnt, denn Individualreisen in die UdSSR waren nicht erwünscht.

Ausnahmen: Jugoslawien und Mongolei

Jugoslawien war zwar ein sozialistischer Staat, aber kein Mitglied des RGW und auch nicht im Warschauer Pakt, es galten Reisebeschränkungen wie für das westliche Ausland. Zur Mongolei unterhielt die DDR diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen, tausende junge Mongolen erhielten in der DDR eine Hochschul- oder Facharbeiterausbildung es galten ebenfalls Reisebeschränkungen.

Geldumtausch

Um die Mark der DDR in eine der ausländischen Währungen umzutauschen musste die „Reiseanlage“ vor Reiseantritt bei

der Staatsbank der DDR vorgelegt werden. Bei Reisen nach Polen und in die Sowjetunion war die Mark frei eintauschbar. Für die anderen Länder war ein Umtauschsatz festgelegt: in der Regel auf 30 Mark / Tag; für Ungarn auf zwölf Tagessätze begrenzt. Bei der ČSSR für mehrtägige Reisen 40 Mark / Tag. Die Aufenthaltstage der Länder, die durchreist wurden, waren nicht angegeben.

Allgemeiner Grundsatz für westliche Auslandsreisen war die Zuverlässigkeit und die Einschätzung, dass die Rückkehr des Reisenden in die DDR zu erwarten ist.

Wer durfte ins westliche Ausland reisen?

In erster Linie „Reisekader“, das waren Führungskräfte sowohl in der Politik und Industrie als auch im Sport, in der Kultur, Kunst und Wissenschaft und einzelne Personen im Auftrag des Staates, für die Partei oder für ein Kombinat, z.B. ausgewählte Facharbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler zu internationalen Fachkongressen, Sportler zu internationalen Wettkämpfen oder Seeleute, Fernfahrer, Flugzeugbesatzungen. Alle Reisen dieser Art hatten einen geschäftlichen Anlass.

Voraussetzungen für Kaderreise

Es gab strenge Voraussetzungen. Der Bedarf für eine Westreise-Tätigkeit musste erforderlich sein. Die Person sollte vor allem politisch-ideologisch zuverlässig sein. Wenn anzunehmen war, dass der Kandidat wieder in die DDR zurückkehren wird, wurden sogar Fachleute mit besonderem Wissen aus sensiblen Bereichen, z.B. der Mikroelektronikindustrie, Westreisen gestattet. Es war also ein großer Vertrauensbeweis.

Wohin gingen die Dienstreisen?

Entweder nach West-Berlin, in die BRD oder Staaten, die unter dem Sammelbegriff NSW oder KA zugeordnet wurden. (NSW – Kurzform für nichtsozialistische Wirtschaftsgebiete und KA für kapitalistisches Ausland).

Als Reisekader wurde man vorgeschlagen. Eine Reiseerlaubnis galt für eine bestimmte Zeit, konnte aber auch dauerhaft erteilt werden, für ein Jahr oder länger, auch nach USA oder Kanada. Der Reisepass wurde nicht dauerhaft ausgehändigt, dieser musste am Ende der Reise zurückgegeben werden, die Pässe wurden in einem Tresor der Kaderleitung aufbewahrt

Private Besuchsreisen in die BRD

Reisen zu Verwandten waren – ab dem Bau der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze 1961 – nur noch

den Rentnern der DDR möglich, Frauen mit 60, Männern mit 65 Jahren, die eine Einladung von Verwandten vorlegen konnten, ein Antrag musste immer gestellt und genehmigt werden. Bei besonderen privaten Anlässen, wie z.B. familiären Gold- oder Silberhochzeiten, hohen runden Geburtstagen oder auch Todesfällen konnten Reiseerlaubnisse altersunabhängig und für jeden Bürger beantragt werden. In der Regel erhielt nicht die ganze Familie, sondern nur einzelne Familienmitglieder die Besuchsreise genehmigt. Der Staat wollte damit vermeiden, dass eine komplette Familie die Gelegenheit nutzt, sich in den Westen abzusetzen. Eine private Reisegenehmigung konnte nach Überprüfung verweigert werden, ohne Nennung der Gründe.

Gruppenreisen für junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Das Reisebüro FDJ Jugendtourist unterstand dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat. Es förderte den internationalen Jugendtourismus und bot jungen Erwachsenen Reisen in die sozialistischen und auch nichtsozialistischen Länder an. z.B. nach Vietnam, Ägypten, Algerien, Indien, Mexiko. Jährlich fanden ca. 9.000 Reisen in die Sowjetunion statt. Die Mehrzahl der Westreisen führte in die BRD und hatte einen politischen oder sportlichen Anlass. Sie wurden in der Regel in Zusammenarbeit mit dem deutschen Jugendherbergswerk organisiert und hatten ein festgelegtes Programm. Bevorzugt wurden Jugendliche, die in der FDJ aktiv und in den Großbetrieben tätig waren. Auch hier wurden die politische Zuverlässigkeit und weitere Kriterien geprüft. Ein junges Ehepaar hätte beispielsweise nicht gemeinsam an einer Westreise teilnehmen können. Alle Reisen hatten ein festgelegtes Programm.

Einschränkung der Reisefreiheit

Obwohl die DDR 1974 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnete und damit grundlegende Menschenrechte rechtsverbindlich garantierte, setzte sie diesen nicht in nationales Recht um. Deshalb gab es 1977 und 1984 eine Anhörung vom Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (UN). (Anmerkung der Redaktion: Das Ergebnis der Anhörung haben wir nicht herausfinden können!) Die DDR blieb jedoch dabei, die Reisefreiheit ihrer Bürger gen Westen einzuschränken.

Renate St. und Görls-Redaktion

O-Ton zum Thema „Reisen“

Nicht frei reisen zu können, ist schwer vorstellbar heute. Mein Vater reiste viel wegen seiner Arbeit. Und wenn die Westverwandtschaft schöne Karten schickte ... das weckte schon Sehnsucht! Mein Freund und ich waren damals 19 Jahre alt, als wir eine Hotel-Pauschalreise machten. Der Vater von einem Freund hatte kurzzeitig in Russland an einer Pipeline gearbeitet, dort hat er Vergütungsschecks bekommen, damit sind wir nach Ungarn gefahren.

Ungarn war sehr beliebt – es war „der Mercedes“ unter den sozialistischen Ländern. Für uns war der Wechselkurs in Ungarn relativ hoch, auch, weil dort viele BRD-ler Urlaub machten, man sah viele Autos mit Westkennzeichen, für sie war es ein billiger Urlaub, günstig Essen gehen, einkaufen, etc. Für uns aus der DDR war dagegen alles teuer, jeden Tag ein Eis oder einen kleinen alkoholfreien Softdrink, das war nicht drin, das konnten wir uns nicht leisten. Ganz besonders für uns in dem Alter war, dass man dort nachgemachte Jeans aus dem Westen bekommen konnte.

Nach Polen zu reisen, war für uns günstig, aber dort gab es nicht wirklich was Besonderes zu kaufen. In der Tschechoslowakei gab es in den größeren Städten schon Geschäfte mit tollen Sachen, diese waren aber relativ teuer; meine Eltern haben mir einmal ein paar Skischuhe aus Prag mitgebracht, das war was ganz besonderes! Nach Rumänien oder Bulgarien führen wir nicht, sie waren doch auch arm, und deren Lebensstandard war sogar niedriger als unserer in der DDR.

Katrin Schöneich

Im Alltag war die DDR – wie wir es erlebt haben – nichts Negatives, aber ein Erlebnis hatte meine Frau: Als 19-Jährige stellte sie einen Reiseantrag wegen einer Einladung zu einem runden Geburtstag einer Tante in der BRD. Der Antrag wurde abgelehnt. Meine Frau war darüber sehr traurig und enttäuscht. Dies hat sie sehr nachdenklich gestimmt.

Thomas Titze



Die Friedliche Revolution 1989

Unzufriedenheit

„Schwerter zu Pflugscharen“ heißt die Losung der breiten kirchlichen Friedensbewegung in der DDR, die wie alle oppositionellen Gruppen nach Einleitung der Politik von Glasnost und Perestroika ihre Aktivitäten verstärkt. 1989 nimmt die Unzufriedenheit der Bürger zu. Mit dem Ruf „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ zitieren Demonstranten in Leipzig am 15. Januar 1989 die Sozialistin Rosa Luxemburg. Anlässlich des 70. Jahrestags ihrer und Karl Liebknechts Ermordung findet eine „Gegendemonstration“ für Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie für das Recht auf Ausreise statt.

Für die SED sind Andersdenkende Staatsfeinde, die bespitzelt und verhaftet werden. Diese Aufgabe übernehmen die (1988) rund 89.000 hauptamtlichen und 109.000 inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Obwohl die SED-Regierung für den Beginn des Jahres 1989 mehr Freizügigkeit im innerdeutschen Reiseverkehr zusagt, behandelt sie weiterhin die Ausreisewünsche der Bürger restriktiv. Im März kommt es in Leipzig zu Demonstrationen von Ausreisewilligen, auf die das MfS mit Gewalt und Verhaftungen antwortet.

Wahlbetrug

Dass Wahlergebnisse in der DDR stets gefälscht waren, vermuteten viele. Im Frühjahr 1989 nehmen Hunderte junger Leute, die sich überwiegend in kirchlichen Basisgruppen organisiert haben, in allen Städten der Republik ein Ritual ernst, das ansonsten kaum noch einen DDR-Bürger interessiert: die Wahlen. Sie haben sich kein geringeres Ziel gesetzt, als die SED des Wahlbetrugs zu überführen und der Lächerlichkeit preiszugeben. Um dieses endlich beweisen zu können rufen die Bürgerrechtler auf Flugblättern zum Boykott der Kommunalwahlen 1989 auf und kündigen an, die Auszählung der Stimmen flächendeckend zu kontrollieren. Es ist ein ganz

legales Vorhaben, denn im Wahlgesetz der DDR heißt es: „Die Stimmauszählung ist öffentlich.“ Als die Wahllokale am 7. Mai 1989 um 18 Uhr schließen, finden sich dort hunderte Freiwillige ein, um die Auszählung der Stimmen zu kontrollieren. Die Ergebnisse der Stimmauszählung werden über Mittelsmänner an geheim gehaltene Orte gebracht, an denen die Auswertung vorgenommen werden soll. Die Ergebnisse der einzelnen Stützpunkte werden an einen zentralen Ort weitergeleitet. Dort laufen auch die Ergebnisse der kontrollierten Stimmauszählung aus allen Bezirken der DDR ein. Drei Stunden später liegt das von den Bürgerrechtlern ermittelte Wahlergebnis vor. Danach haben etwa sieben Prozent der DDR-Bürger gegen die SED gestimmt. Für die Staatspartei ein verheerendes Ergebnis. Die Frage ist jetzt nur: Wird sie das auch zugeben? Die Überraschung bleibt jedoch aus. „Knapp 98 Prozent Ja-Stimmen“ wird in den Abendnachrichten mitgeteilt. Die Bürgerrechtler haben nun den Beweis. All die Mühe hat sich gelohnt. Erstmals ist an Hand von Zahlen nachweisbar, dass die SED die Wahlen gefälscht hat.

„Wir haben es geschafft, indem wir uns alle eingebracht haben“, resümiert der Pfarrer Rolf-Michael Turek. „Und das hat dann den Mut gegeben, zu sagen: Leute, lasst uns auch noch andere Dinge angehen. Denn wenn wir das mit der Wahl geschafft haben, dann kriegen wir auch noch andere Dinge gebacken!“. Am 7. Mai 1989 demonstrieren 1000 Menschen auf dem Markt in Leipzig gegen den Wahlbetrug der SED.

40. Jahrestag der DDR

Die DDR-Führung verkennt die Wirklichkeit. Während Fluchtwelle und Demonstrationen die Grundfesten des Staates erschüttern, feiert sie in altgewohnter Weise am 7. Oktober 1989 den 40. Gründungstag der DDR. In mehreren größeren Städten kommt es zu Protesten und Demonstrationen. Die Sicherheitsorgane gehen mit massiver Gewalt gegen die Demonstranten vor. Mehr als 1.000 Menschen werden verhaftet. Die staatlichen Feierlichkeiten enden in einem Fiasko, die Unruhen treffen das Regime empfindlich. Die Fiktion einer Einheit von Volk und Partei ist sichtbar zerbrochen. Aufgrund der sich zuspitzenden Krisensituation entscheidet sich Erich Honecker zunächst gegen die geplante Großinszenierung des 40. Jahres-

tages der DDR. Trotzdem soll mit Hilfe der Feierlichkeiten der Schein gewahrt bleiben. Die SED weiß, dass Unruhen zu erwarten sind. Sie beschließt, einen Aufstand notfalls mit Gewalt niederzuschlagen und inszeniert die gewohnten Jubelfeiern und Volksfeste in Berlin: Der Fackelzug der FDJ am 6. Oktober und die Militärparade am 7. Oktober. Die Aufmärsche sind nur noch Fassade, denn FDJ, die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, SED und FDGB haben keinen Zulauf mehr. Die „Stützen der sozialistischen Gesellschaft“ geben keinen Halt. Auf den Straßen protestieren die Menschen offen gegen das SED-Regime. Es wächst der Mut zum Aufbegehren. Die DDR-Führung verkennt die Situation, betont die „Verbundenheit von Volk und Partei“ und täuscht wirtschaftliche Fortschritte vor. Die Bevölkerung kehrt ihrem Staat den Rücken.

Ausreisewelle

Als Ungarn ab Mai 1989 die Grenzanlagen zu Österreich abbaut, setzt eine Fluchtbewegung ein. Die Massenflucht von DDR-Bürgern ist einer der Auslöser für die weiteren politischen Entwicklungen des Herbstes 1989. Insgesamt nehmen die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau von August bis Oktober Tausende von Flüchtlingen auf. Wie vor dem Mauerbau fliehen meist junge Leute. Als Ungarn am 11. September seine Grenze zu Österreich öffnet, fliehen innerhalb von drei Tagen etwa 15.000 Menschen. Nach Verhandlungen mit der UdSSR und der DDR verkündet der damalige Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 30. September in Prag die Ausreiseerlaubnis für etwa 6.000 Flüchtlinge, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Prag aufhalten. Die von der DDR „Ausgewiesenen“ reisen mit Sonderzügen über DDR-Territorium in die Bundesrepublik. Später werden wir wissen, dass am 9. November bereits mehr als 200.000 Übersiedler aus der DDR in der Bundesrepublik angekommen sind.

Friedensgebete

In Leipzig gestalten oppositionelle Gruppen die seit 1981 bestehenden und 1985 wiederbelebten Friedensgebete, an denen auch Nichtchristen teilnehmen. Im September und Oktober 1989 entwickelt sich aus diesen traditionellen Friedensgebeten ein Aufstand in Leipzig, der zur Initialzündung für die sogenannte Herbstrevolution wird. Die Gewaltlosigkeit als Mittel politischer Auseinandersetzung verbindet alle Beteiligten der Friedensgebete.

Die Friedensgebete gehören zur christlichen Kultur des Widerstandes in der DDR und führen Formen der Friedensbewegung fort. Bereits im Laufe des Frühjahrs 1988 finden sich mehr und mehr Ausreiseartragsteller zu diesen Gebeten ein, und im März kommt es im Anschluss an die Friedensgebete zu ersten Demonstrationen von Ausreisewilligen. In der Folge fordert der SED-Staat die Kirche immer wieder dazu auf, die Gebete zu unterlassen oder sie zu entpolitisieren.

Am 8. Mai wird während des Friedensgebets, nun auch „Montagsgebet“ genannt, erstmals ein Polizeikessel um die Nikolaikirche gebildet. Am 4. September findet schließlich

Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7.10.89. Die landesweiten Proteste wurden von der Parteiführung ignoriert. Nur einen Monat später fiel die Berliner Mauer.

Foto: Bundesarchiv 183-1989-1007-402, Klaus Franke, CC BY-SA 3.0 Ganz links: Demonstration in Plauen, 28.10.1989.

Foto: Bundesarchiv 183-1989-1106-405, Wolfgang Thieme, CC BY-SA 3.0



die erste der Montagsdemonstrationen nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche statt, die bald nicht mehr alle Besucher fassen kann. Deshalb werden die Friedensgebete in den folgenden Wochen auf andere Leipziger Kirchen ausgedehnt. Die traditionell kirchlichen Friedensgebete werden durch den Protest gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt zusätzlich politisiert. Die Gebete für Gewaltfreiheit übertragen sich auf die Parolen der Straße: „Keine Gewalt!“ rufen im Herbst 1989 Demonstranten in der ganzen DDR.

Montagsdemonstrationen

Als Beginn der sogenannten Montagsdemonstrationen gilt der 4. September 1989, als es im Anschluss an eines der traditionellen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche zu einer großen Menschenansammlung auf dem Kirchenvorplatz kommt. Etwa 1.000 Menschen fordern „Stasi raus“ und „Reisefreiheit statt Massenflucht“. Seitdem versammeln sich jeden Montag mehr und mehr Menschen zu Demonstrationen, die von den Sicherheitskräften beobachtet, behindert und gewalttätig aufgelöst werden. In den Montagsdemonstrationen offenbart sich der SED ein bisher unterschätztes Protestpotential in der Bevölkerung.

Am 11. und 18. September versuchen die Sicherheitskräfte, mit brutaler Gewalt und Verhaftungen weitere Montagsdemonstrationen zu verhindern. Dennoch beteiligen sich am 25. September etwa 8.000 Menschen an der Demonstration nach dem Friedensgebet. Als am 2. Oktober etwa 20.000 Menschen demonstrieren, kommt es erneut zu brutalen Ausschreitungen seitens der Machthaber, die allerdings die Demonstranten nicht aufhalten können. Am selben Tag wird eine Mahnwache in der Berliner Gethsemanekirche für die politischen Gefangenen in der DDR eingerichtet.

Am 7. Oktober werden die Gegendemonstrationen zum 40. Jahrestag der DDR in Leipzig ebenso wie in Plauen, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Potsdam von den Sicherheitskräften mit massiver Gewalt beendet. Auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz entwickelt sich eine große Demonstration. Vor dem Palast der Republik, wo die offiziellen Feierlichkeiten stattfinden, rufen Demonstranten: „Gorbi, Gorbi, hilf uns!“. Michail Gorbatschow, Ehrengast der „Jubelfeier“, warnt die SED-Führung: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“.

Am 9. Oktober wird vor der Montagsdemonstration in den Kirchen und im Leipziger Stadtfunk zu Gewaltlosigkeit aufgerufen. Über 70.000 Menschen ziehen nach Friedensgebeten in vier Leipziger Kirchen über den gesamten Innenstadtring. Statt „Wir wollen raus!“ skandieren sie „Wir

bleiben hier!“. Mit Parolen wie „Wir sind das Volk“, „Keine Gewalt“, „Neues Forum zulassen“, „Freiheit, freie Wahlen“ oder „Lasst die Gefangenen frei“ fordern die Demonstranten Meinungsfreiheit und politische Reformen. Das massive Aufgebot an Sicherheitskräften greift angesichts der Menschenmassen nicht ein. Eine Woche später nehmen bereits 120.000 Menschen aus der ganzen DDR an der Montagsdemonstration teil. Erneut halten sich die Sicherheitskräfte zurück, obgleich Vorbereitungen für ihren massiven Einsatz getroffen sind. Zwei Tage später, am 18. Oktober, tritt Honecker nach 18-jähriger Regierungszeit, offiziell aus „gesundheitlichen Gründen“, von seinen Posten zurück.

Fall der Mauer

Die Ausreisewellen führen im Herbst 1989 zu Produktionsausfällen in der Wirtschaft. Die Regierung der CSSR droht, ihre Grenze zur DDR zu schließen. Gleichzeitig gerät die DDR-Regierung durch die Proteste und Demonstrationen der „Hierbleiber“ weiter unter Druck. Um einen Zusammenbruch der DDR zu vermeiden, entschließt sich die Regierung zur Reformierung des Reisegesetzes, die den Fall der Mauer einleitet.

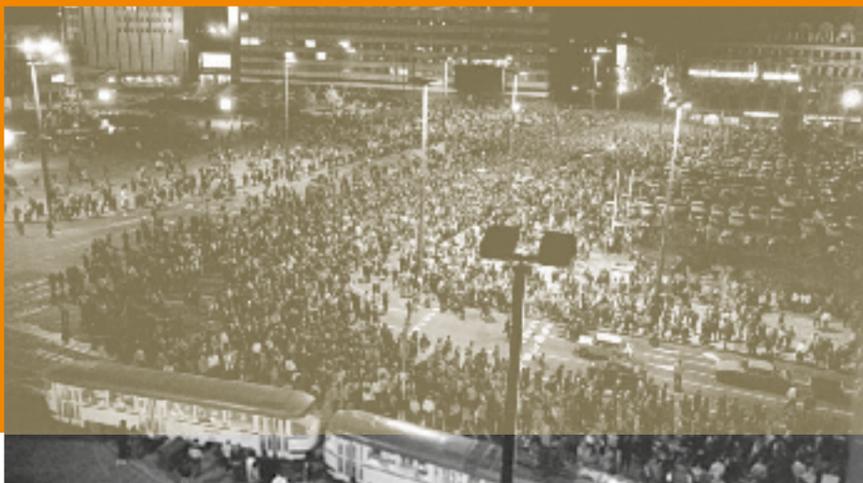
9. November 1989. Um 18.57 Uhr stellt sich Günter Schabowski, Mitglied des SED-Politbüros, auf einer internationalen Pressekonferenz den Journalisten und verliert vor laufenden Kameras stockend „von einem Zettel, den mir jemand zusteckt hat“, wie er später bekennt, einen Beschluss des Ministerrats, den dieser wenige Minuten zuvor gefasst habe: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise zu Berlin (West) erfolgen.“ Auf eine Nachfrage erklärt Schabowski, dies trete nach seiner Kenntnis „sofort, unverzüglich“ in Kraft.

Noch in der Nacht eilen Tausende an die Grenze nach West-Berlin. Am 9. November gegen 23:30 Uhr befiehlt der diensthabende Kommandant des Grenzüberganges Bornholmer Straße, Oberstleutnant Harald Jäger: „Den Schlagbaum hoch!“ Er handelt auf eigene Faust. Von seinen hochrangigen Vorgesetzten fehlen Anweisungen und die Straße ist voll von Menschen, die „Macht das Tor auf!“ rufen. In einem Freudentaumel ohnegleichen fallen sich fremde Menschen in die Arme und feiern gemeinsam spontan die Öffnung der Mauer.

Quelle:
LeMO – Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

16.10.1989, Karl-Marx-Platz: Geschätzte
70.000 Menschen gingen in Leipzig nach
den montäglichen Friedensgebeten in der
Nikolaikirche auf die Straße.

Foto: Bundesarchiv 183-1990-0922-002,
Friedrich Gahlbeck, CC BY-SA 3.0



Tagebuch Luise, 1989, 50 Jahre alt

Meine Erinnerungen an den Krieg wirbeln immer um den einen Begriff – Chaos. Pures, unüberschaubares, vollständiges Chaos. Menschen, die gleichzeitig lachten und weinten, weil die Welt all ihre Logik verloren hatte.

Und heute breitet sich wieder das Chaos vor uns aus, bloß dass es ohne Bomben kam. Linda Deichselmann – oh nein, ich bin sie nicht losgeworden in all den Jahren – behauptete neulich, sie hätte die Spannung gespürt, die schon das ganze Jahr in der Luft liegen würde. Im Nachhinein ist das immer leicht zu sagen! Ich glaube kaum, dass irgendjemand ahnen konnte, wo wir jetzt stehen.

Noch im Januar verkündete Erich Honecker, die Mauer würde in 50 oder 100 Jahren noch existieren, solange die Gründe für ihren Bau noch bestehen (Jan senkte die Augen und verschob seine Ägyptenreise auf 50 bis 100 Jahre in die Zukunft).

Im Oktober gab es dann die beeindruckenden Demonstrationen in verschiedenen Städten der DDR. Sie forderten Reformen und durch die Massen der Demonstranten ging die Parole „Wir sind das Volk!“ (Jans Augen leuchteten auf, ich sah praktisch, wie sich die Pyramiden von Gizeh darin spiegelten). Natürlich war unser Sohn beim Protest in Berlin dabei; frage mich niemand, wie er es geschafft hat, einer Festnahme zu entgehen. Keinen Monat später, bei der großen Demo am Alexanderplatz, wurde schon niemand mehr festgenommen (Jans Augen beruhigten sich seitdem nicht mehr). Offiziell sprach man immer noch von einer reformierten DDR, aber mit dem 9. November wurden diese Stimmen immer leiser.

Ich weiß noch, wie ich mit Ulrich im Wohnzimmer saß. Wir hatten eine alte Schallplatte laufen, mit Liedern aus der Zeit, als wir uns kennen gelernt hatten. Ich las Cassandra von Christa Wolf – eine Empfehlung von Jan. Die Nachrichten hatten wir schon vor einer Weile aufgegeben, denn wir brauchten ja nur auf die Straße zu gehen oder auf unseren Sohn und seine Freundin zu warten, um zu erfahren was es Neues gab.

Gegen 7 Uhr abends wurde es irgendwie unruhig im Haus, über uns ging etwas zu Bruch, nebenan knallte eine Tür, der Hund der Meyers begann zu bellen. Dann klingelte es bei uns, unsere Nachbarin von Gegenüber stand mit ihrer jüngeren Tochter vor der Tür, beide hatten Lockenwickler in den Haaren. »Entschuldigt bitte, wir haben gerade diese Pressekonferenz im Radio gehört...ähm, habt ihr das verstanden am Ende, was der Schabowski meinte mit den neuen Reisebestimmungen?« »Tut mir leid, wir haben Musik gehört«, antwortete ihr Ulrich, aber da ging ein Stockwerk weiter unten schon die Tür auf und der alte Meyer lunte zu uns hoch. »Ah, Luise, Ulrich, Hanna! Habt ihr das auch grad gesehen? Können wir jetzt ausreisen oder was?!«

Keine fünf Minuten später saßen alle aus dem Haus in Meyers Wohnzimmer und verfolgten die Meldungen im Fernsehen. Offenbar hatte Günther Schabowski, Mitglied des Politbüros, verkündigt, dass alle DDR-Bürger ab sofort und ohne jegliche



Foto: privat

Begründung ausreisen könnten. Die Nachrichten überschlugen sich nun. Hieß das, dass die Mauer nun überflüssig wurde? Hieß das, dass wir nun einfach so über die Oberbaumbrücke spazieren konnten?

Meyer verteilte Schnaps an alle Volljährigen, wir tranken schweigend. Sein Hund, angesteckt von der allgemeinen Aufregung, scharwenzelte nervös um uns herum. In unseren Wohnungen begann das Sturmklingeln, Leute aus der Straße riefen uns zu, dass sich alle auf den Weg zu den Grenzübergängen machten, zur Bornholmer Straße, sofortige Ausreise hieß schließlich sofortige Ausreise. Einige aus dem Haus gingen mit, Ulrich und ich blieben aber beim alten Meyer sitzen. Würden die tatsächlich all diese Leute durchlassen? Würde man wirklich nicht schießen?

Keine Frage, wo unser Sohn war – mitten in der Menschenmenge am Brandenburger Tor, Parolen rufend, auf die Mauer steigend, die Pyramiden von Gizeh immer vor Augen. Wir sind das Volk. Und wo das Volk ist, herrscht heute der Ausnahmezustand. Während ich hier sitze und schreibe, kann ich mich nicht mehr erinnern, dass es in den Straßen jemals leise gewesen war. Die Westberliner haben Häuser in Friedrichshain besetzt. Gerade heißt es, dass Honecker aus der SED ausgeschlossen wird. Ich habe Kopfschmerzen vom vielen Lärm und den verwirrenden Meldungen in allen Medien. Viele kommen nicht mehr zur Arbeit, ob nun nur für ein paar Tage oder für immer kann niemand sagen. Was morgen ist? Keiner kann es mir sagen.

Buchtipp: **HELDEN** der friedlichen Revolution



Geleitwort des Autors

Mit dem Begriff des »Helden« ist sorgsam umzugehen.

Ein Held ist eine Person mit besonders herausragenden Fähigkeiten oder Eigenschaften, die sie zu außergewöhnlichen Leistungen treibt: den sogenannten Heldentaten. Jene 18 Frauen und Männer aber, die unter der Überschrift »Helden der Friedlichen Revolution« in diesem Buch porträtiert werden, sind für uns Helden im außerordentlichen Sinn des Wortes. Sie haben mutig, jede, jeder auf seine ureigene Weise dazu beigetragen, dass im Herbst 1989 die SED-Diktatur ihr Ende fand.

Die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler sind dabei sicherlich eher stille Helden. Sie standen und sie stehen auch gegenwärtig meistens nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Ein herausgehobenes Beispiel dafür ist der Lebensweg von Pfarrer Christoph Wonneberger. Auf seine Initiative hin sind die Friedensgebete ins Leben gerufen worden, die bis heute als ganz wichtiger Markstein auf dem Weg hin zu jenen dramatischen Ereignissen im Herbst '89 gelten.

Thomas Mayer

Rolf-Michael Turek

Rolf-Michael Turek wurde 1949 in Leipzig geboren und ging auch dort zur Schule. Er verweigerte den Beitritt zur Pionierorganisation und zur FDJ und nahm nicht an der Jugendweihe teil. Er besuchte stattdessen die Christenlehre, wurde konfirmiert und engagierte sich in der jungen Gemeinde. Von 1965 bis 1968 absolvierte Michael Turek eine Ausbildung zum Elektromechaniker. Nach dem Grundwehrdienst in der Nationalen Volksarmee war er als Funkmechaniker beim Volkseigenen Betrieb (VEB) Geophysik Leipzig beschäftigt. Während dieser Zeit absolvierte er das Abitur an der Abendschule. Trotz bester Abiturnoten wurde er nicht zum Studium zugelassen. Vor diesem Hintergrund entschloss er sich 1973 zum Theologiestudium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. In dieser Zeit nahm er an Protestaktionen gegen die Biermann-Ausbürgerung und an Aufrufen zum Wahlboykott teil. Nach dem Studium verweigerte er den Reservistendienst. 1979 trat Turek seine erste Pfarrstelle als Klinikseelsorger im Krankenhaus für Psychiatrie in Leipzig-Dösen an, die er bis 1984 inne hatte. Danach war er bis 1997 Pfarramtsleiter in der evangelisch-lutherischen Markusgemeinde in Leipzig-Reudnitz. Seit 1989 arbeitete Rolf-Michael Turek im Neuen Forum mit und engagierte sich auch im Bürgerkomitee Leipzig bei der Sicherung der Stasi-Akten. 1990 wurde Turek Koordinator der Leipziger Arbeitsgemeinschaft Recht und Versöhnung. Ein Jahr später wurde er Mitglied im Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. Seit 1997 arbeitet Rolf-Michael Turek als Klinikseelsorger am Universitätsklinikum Leipzig. Er ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter.



Rolf-Michael Turek (i. d. M.) mit Roland Brauckmann und Rainer Müller. Alle drei wurden von mehreren inoffiziellen Mitarbeitern ausspioniert.

Quartalsbescheinigung (IV/88)

- OV »Martyrer«, Reg.-Nr. XIII 728/87
- als DDR-Bürger
- §§ 106, 214, 217 und 218 StGB
- eingeführte IM: IMB »Fuchs«
- IMB »Maria«
- eingestetzte IM: IMB »Wilhelm«
- Operativplan vom 12. 08. 1988

In Berichtszeitraum kam es zu einer weiteren Verstärkung der konfrontativen »Aktivitäten« des Verdächtigen, wobei er als Inspirator und Organisator von feindselig-negativen und demonstrativen Handlungen zielstrebig öffentlichkeitswirksam auftrat, um insbesondere andere Personen zu feindselig-negativen Handlungen gegenüber der sozialistischen Gesellschaft zu inspirieren. Erweitert konnte nachgewiesen werden, daß er die feindseligen Plattformen des politischen Untergrundes mitträgt und versucht umzusetzen und dabei eng, koordiniert und abgestimmt mit überregional wirkenden PUV-Exponenten innerhalb der DDR zusammenarbeitet. Darüber hinaus wurden operativ bedeutsame Verbindungen in das NSW sowie Kontakte zur sogenannten »Charta 77« in der GSSR hergestellt.

Die o. g. Bescheinigung kann durch nachfolgende wesentliche operativ bedeutsame und relevante Handlungen des Verdächtigen belegt werden:

- Während des »Friedensgebeten« am 26. 09. 1988 verteilte M. mit weiteren Personen Handflücher mit der Aufschrift »FRIEDEN« und trug in der Nikolaikirche selbst selbst eine Feind. Mischal soll gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes von St. Nikolai, zur Durchführung der »Friedensgebete« protestiert werden.
- Am 29. 09. 1988 fand im ThSL eine sogenannte »Anhörung« der Unterzeichner und Verteiler des »Offenen Briefes« (vom 03. 09. 1988) statt. Dabei wurde dem M. durch den Rektor des ThSL ein Verweis ausgesprochen und mit seiner Entlassung gedroht.



Rainer Müller

Rainer Müller wurde 1966 in Borna bei Leipzig geboren. Da er aus politischen Gründen nicht zum Abitur zugelassen wurde, absolvierte er zunächst eine Lehrausbildung zum Maurer. 1986 legte er eine Sonderreifeprüfung für das Theologiestudium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig ab. 1987 entschied er sich für die Totalverweigerung des Wehrdienstes und verlor deshalb auch die Studienzulassung der Universität. Danach wurde er offiziell arbeitslos und absolvierte die Aufnahmeprüfung am Theologischen Seminar in Leipzig. Doch nach zwei Semestern erfolgten gegen ihn disziplinarische Maßnahmen, weil er öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Nikolaikirche unterstützt hätte. Sein politisches Engagement zog auch die Exmatrikulation nach sich. Rainer Müller durfte jedoch als Gasthörer am oben genannten Seminar weiterhin teilnehmen. Ab 1988 war er Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit und Mitglied in der Arbeitsgruppe Menschenrechte, der Umweltgruppe Borna sowie im Arbeitskreis Solidarische Kirche als auch Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte. Von der Staatssicherheit wurde er im Operativen Vorgang »Martyrer« bearbeitet. Rainer Müller wurde Mitglied im Neuen Forum und 1994 zum Stadt- bzw. Landessprecher dieses Forums gewählt. 1994 folgte ein Studium der Politikwissenschaft und Geschichte. Er arbeitet heute als freier Historiker in Leipzig. Müller hat vier Kinder und lebt in einer Lebensgemeinschaft.

Erinnerungen an den 9. November 1989, den Tag der Grenzöffnung



Mauer nahe Reichstag, Ende 1989. Foto: Superikonoskop

Peggy aus Magdeburg

Ich war dreizehn Jahre jung. Meine Ma war auf einer Betriebsfeier und mein Dad hütete uns derweil zu Hause. Wir spielten zu dritt und mein Dad verfolgte teilweise die Nachrichten. Als meine Ma dann nach Hause kam, fuhr mein Dad zur Nachtschicht. Als er davon wieder kam, sagte er zu meiner Ma, dass irgendwas los sei. Die Leute stünden bei der Polizei Schlange. Aber wie!

Ich wurde zum Brötchen holen zum Bäcker geschickt. Muss irgendwie ein freier Schultag gewesen sein. Ich kam an der Polizei vorbei und dachte noch, dort gibt es etwas zu kaufen. War ja nicht ungewöhnlich, das Schlange stehen. Ich sah einen Mann, der seiner Frau Stiefel anzog und dachte, dass es dort Schuhe zu kaufen gab. Oh man war ich blöd :-)

Später erklärte mir mein Dad, dass es ein großes Ereignis gegeben hätte in der Nacht und man nun in den westlichen Teil (nach drüben) fahren kann. Es berührte mich nicht besonders, denn ich kannte nichts anderes. Und ich wusste ja nicht, was es für die Erwachsenen bedeutete. Um auf die Leute zurück zu kommen, die bei der Polizei Schlange standen: Die standen dort, weil sie alle ein Reiseerlaubnis brauchten, um nach drüben zu fahren.

In den darauf folgenden Wochen fehlten oft Schüler im Unterricht. Die Eltern nahmen ihre Kinder für einen oder zwei Tage aus der Schule, da sie nach drüben fuhr. Wir fuhr an einem Freitag auch endlich nach Braunschweig. Der Zug war mehr als voll. Die Kinderwagen wurden durch die Fenster gehoben und man konnte sich nicht wirklich bewegen und das einige Stunden lang. Auf der Rückfahrt war es zum Glück anders und wir begegneten mehreren älteren Menschen (Wessis) die sich mit uns unterhielten und kleine Geschenke dabei hatten. Das fanden wir natürlich toll.

Lena Hach, Groß-Bieberau, heute Berlin

An den Tag habe ich keine greifbare Erinnerung. Ich glaube aber, dass ich durch die Gespräche der Erwachsenen, durch die allgemeine Aufregung und das, was im Fernsehen gezeigt wurde, gemerkt habe, dass irgendetwas von großer Bedeutung geschehen ist. Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich dann meine Mutter darauf angesprochen und sie hat mir von der Grenze und der Grenzöffnung erzählt.

Anja Gerstenberg, Ober-Ramstadt, heute Hamburg

Also... am 10.11.1989 hat unsere Geschichtslehrerin ganz aufgeregt die frohe Kunde überbracht, dass »die Mauer« offen sei. Ich wusste damals – 14-jährig – nicht so genau was das bedeutet. Nur so viel: Es war gut! Als ich später nach Hause kam, fand ich meine Mutter vor dem Fernseher wieder, die Nachrichten schauend und Tränen der Rührung vergießend. Sie hatte uns irgendwann mal erklärt, dass es

zwei Deutschlands gibt. Die Leute in dem anderen Deutschland durften nicht reisen, wohin sie wollten. Auch kannten sie nicht alle Obstsorten, die für uns längst selbstverständlich waren. Offensichtlich war sie übermannt von den neuen ungeahnten Möglichkeiten, die sich mit dem Mauerfall ergaben für all diese Leute im anderen Deutschland. Ich hab es damals so hingegenommen – richtig begriffen habe ich alles erst viel später.

Kathrin Schöneich, Bad Heiligenstadt, Thüringen

Den Tag der Grenzöffnung haben wir im Fernsehen verfolgt. Ich hab mich dann mit meinen Eltern in den Wartburg gesetzt, und wir haben uns in die lange Schlange an der Grenze in Duderstadt angestellt. Es waren nur 10 km bis nach Göttingen. Dort war Himmel und Volk unterwegs, wir haben in einer der vollen Kneipen gesessen und mit Göttingern die ganze Nacht gequatscht. Am Ende haben wir bei einem Studenten übernachtet. Es war absolut einmalig. Ich bereue es heute noch, dass ich damals keine Fotos gemacht habe – unvorstellbar.

Olivia Barton, Thüringen, heute Hessen

Also ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich schon am 9.11. was mitbekommen habe, denn bei uns wurde der Grenzübergang selbst erst am 11. November geöffnet. An diesen Tag kann ich mich erinnern. Ich war damals 8 Jahre alt und als ich aufgewacht bin, haben mir meine Eltern erzählt, dass etwas ganz Tolles passiert ist. Wir haben uns angezogen und sind zur Hauptstraße gegangen. Da war ich total überrascht, denn ich habe in meinem Leben bis dahin noch nie so eine lange Schlange an Trabis und Wartburgs gesehen. Das ist für ein 500-600 Seelendorf ja sonst auch nicht so gewöhnlich. Meine Eltern haben mir erzählt, dass diese Autoschlange bis in die Stadt geht, wo meine Oma wohnt (ca. 15 km) und vielleicht sogar noch viel weiter. Das konnte ich gar nicht glauben. Dann sind wir zu Fuß über die Grenzen gegangen und auf der anderen Seite standen überall fremde Menschen, die uns zugejubelt haben und sich tierisch gefreut haben. Uns Kindern hat jeder Süßigkeiten zugesteckt. Und dann stand da unsere Westverwandtschaft, die ich bis dahin noch nie gesehen habe, obwohl sie eigentlich nur in so kurzer Entfernung von uns wohnten. Die haben sich natürlich auch tierisch gefreut.

Ich weiß nicht mehr genau, ob es an diesem Tag war, aber wir sind dann noch mit ihnen nach Göttingen gefahren. Wir waren dort essen und haben sogar von fremden Leuten Spielzeug bekommen. Übrigens: Meine Schwester und ich besitzen dieses sogar noch heute.

Für mich war das alles total aufregend und neu. Aber ich denke, so richtig verstanden, was da passiert ist, habe ich erst ein, zwei Jahre später.

Antje aus Reichenbach (Vogtland), heute Hessen

09.11.1989 – es war ein Donnerstag und ich musste früh ins Bett, weil ich in die Schule musste. Es hatte tief im Süden der DDR eh keiner was von der Grenzöffnung mitbekommen. Der erste Trabi rollte morgens mal an die Grenze ran – Jugendliche, die aus der Disco kamen und dachten, die Meldung im Radio wäre ein Scherz.

Ich habe es Freitagmorgen vor der Schule von einem Schulkamerad erfahren. Er meinte: „Die Grenzen sind auf“. Meine Freundin und ich meinten nur: „jaja“ und haben es am Anfang auch nicht geglaubt. Aber als es mehrere erzählt haben, war es schon ein emotionales Gefühl. Es war an diesem Tag Thema Nr. 1 in der Schule (und nicht nur an diesem Tag). Als ich nach Hause kam, hat mein Vater gleich gemeint, wir beide fahren am Samstag nach Berlin, wir müssen dabei sein, das wird ein einmaliges Erlebnis. Leider erst Samstag, da wir samstags noch Schule hatten. Meine Mutter hat die ganze Zeit gemeckert und konnte es gar nicht verstehen. Berlin war ja nicht einfach um die Ecke und was wir da wollten. Es wären so viele Menschenmassen unterwegs, da würden wir doch gar nichts sehen. Wir sollten warten, bis der Run vorbei ist. Aber mein Vater blieb dabei und wir sind gefahren.

Meine Schulfreundin hatte an dem Samstag zum Geburtstag eingeladen, also bin ich erst nach der Schule zu ihr hin und abends gegen 19 Uhr sind mein Vater und ich von Reichenbach (Vogtland) gestartet und in Leipzig in einen total überfüllten Zug nach Berlin umgestiegen. Die Menschen wurden teilweise durch die Fenster in den Zug rein gehoben. Mein Vater und ich hatten noch ein Stehplätzchen an der Tür ergattert. In Berlin sind wir dann einfach nur den Massen hinterher und sind kurz nach Mitternacht über den Checkpoint-Charlie nach Westberlin. Ganz viele Leute mit Sektflaschen standen am Straßenrand und haben uns begrüßt, trotz der Kälte. Es war eine große Party.

Wir sind dann erstmal ins „Joe am Kudamm“, da waren noch mehr Ossi. Mein Vater hat ein Bier und eine Schachtel Marlboro, ich eine Cola spendiert bekommen. Wir hatten ja noch kein Westgeld. Gegen 4 Uhr kam dann jemand rein und rief, die Dresdner Bank zahlt Geld aus. Plötzlich sind alle aufgesprungen und sind zur Dresdner Bank gelaufen. Wir sind einfach immer den Massen nach. Nach längerem Anstehen haben wir dann auch das Begrüßungsgeld bekommen. Von da aus sind wir an die Mauer – wo ich dann auch als Erinnerung Mauerspecht gespielt habe ;-)

Dann ging die Meldung herum, um 13 Uhr wird der Potsdamer Platz aufgemacht. Also wir nichts wie hin, um auch hier dabei zu sein. Ein Mauerstück wurde mit Kran rausgehoben. Berlins Regierender Bürgermeister Momper (mit dem roten Schal) und ein Berliner Bär (das Wappentier von Berlin als Walking Act) sind als erstes durch das Loch in der Mauer gelaufen. Auf den anderen Mauerteilen saßen junge Leute und haben gejubelt. Ich saß die ganze Zeit auf den Schultern von meinem Vater und hab Fotos gemacht. Immer wieder gaben mir Leute ihre Kamera in die Hand und ich hab für sie Fotos „von oben“ geschossen. Mein armer Vater, ich war ja damals fast 18 und auch schon etwas schwerer ;-)

Also, wenn ihr Fotos braucht, ich hab sie schön im Album aufgehoben. Aber es war echt ein bewegendes Erlebnis und noch heute werden meine Augen feucht, wenn ich mich an das Wochenende erinnere. Ich bin meinem Vater sehr dankbar für diese Reise.



Foto: privat

Nicole aus Berlin

Meine Eltern haben sich 1988 scheiden lassen und meine Mutter hat sich danach entschlossen, mit uns Kindern nach West-Berlin auszureisen. Einmal, um meinem Vater und dem ständigen Streit zu entfliehen (wir haben auch nach der Scheidung zusammen gewohnt, Wohnraum war rar). Meine Großeltern wohnten in West-Berlin und mein Opa konnte Hilfe in seiner Kneipe gebrauchen. Familienzusammenführung war somit der offizielle Grund für unseren Ausreiseantrag. Wir haben dann in den Monaten vor der Ausreise in Ost-Berlin über irgendwelche Verwandtschaft eine Wohnung zur Verfügung gestellt bekommen, in die wir an den Wochenenden gefahren sind. Wir Kinder sollten uns auf dem Weg an die Stadt gewöhnen. Man konnte Ost- und West-Berlin allerdings nicht vergleichen, wie ich später festgestellt habe. Und diese Wohnung war eine Nebenstraße der Bornholmer Straße. Wir konnten vom Fenster aus auf den Grenzübergang schauen, der am 9. November 1989 als erster geöffnet werden sollte. Das ist schon verblüffend, wenn man darüber nachdenkt.

Wir sind am 5. Juli 1989 ausgereist und im November ging die Grenze auf. Da saß ich dann auf der anderen Seite der Mauer vorm Fernseher und habe die Bilder von der Bornholmer Straße gesehen. Ich war erst 11, aber das war selbst für mich heftig.



Und nachgefragt bei Michael:

Görls: Michael, wie alt warst du beim Mauerfall?

Michael: 18 Jahre. Ich bin jetzt 43 Jahre alt.

Görls: War der 9.11.1989 für dich ein besonderer Tag, wie hast du es erfahren?

Michael: Ich habe es hauptsächlich über die Medien erfahren. Bei uns im Freundeskreis war das Thema nicht so hoch gehängt, also es hat uns nicht so wahnsinnig beschäftigt. Wir sind nicht nach Berlin gefahren, wir waren auch nicht super euphorisch, wir hatten andere Themen damals. Wenn wir vielleicht an Berlin räumlich näher dran gewesen wären oder näher zum Grenzgebiet, wäre es eher ein Thema gewesen.

Görls: Hattest du Verwandte im Osten?

Michael: Nein, hatte ich nicht. Auch ein Grund, warum ich mich mit der DDR nicht wirklich beschäftigt habe. Im Nachhinein finde ich das sehr bedauerlich. Bei uns Jugendlichen hat es nicht so die große Rolle gespielt. Es war zwar bekannt, man war ein bisschen skeptisch, was da läuft.... da haben andere Menschen zusammen gefeiert, die sich vorher nicht kannten, und wir waren nicht dabei.

Görls: Man war nicht vorbereitet, denk ich?

Michael: Nein, wir waren auch nicht durch die Schule vorbereitet. Zu dem Zeitpunkt, in der Ausbildung und in der Berufsschule war es kein Thema. Inzwischen weiß ich, dass es im Lehrplan für Geschichte und Gemeinschaftskunde steht. Wir sollten uns der neuzeitlichen deutschen Geschichte immer bewusst sein und bleiben.

Görls: Deutschland ist seit fast 25 Jahren wieder eine Einheit, was hältst du davon? Ist Deutschland für dich zusammengewachsen oder noch nicht?

Michael: Ich denke, grundsätzlich ist es eine prima Sache gewesen. Es findet zusammen, was zusammengehört und irgendwann mal getrennt wurde, ohne dass das demokratisch abgestimmt war. Die Menschen haben Leid erfahren

und sich viele Jahre nicht sehen können, nicht sehen dürfen. Familien wurden getrennt und Ortschaften wurden zerschnitten. Also das gehört schon so zusammen wie es heute ist. Und deswegen ist es auch gut, dass es wieder so ist.

Am Anfang gab es viele Schwierigkeiten zu überwinden, vor allem infrastrukturell. Die Menschen im Osten wussten nicht, wie Behörden und soziale Einrichtungen in Westdeutschland organisiert waren und auch wegen der Art und Weise, wie sie es vielleicht im Osten gewohnt waren. Bis das alles so zusammenfand, wie es heute ist, war ein langer Weg. Mittlerweile ist es so angeglichen, dass wir alle ganz gut damit leben können. Trotzdem haben wir die Unterschiede noch nicht alle überwunden. Für mich gehört Thüringen genauso dazu wie Schleswig-Holstein, also ich mache da keine Unterscheidung mehr zwischen neuen und alten Bundesländern.

Görls: Und dass die Gehälter für die gleiche Arbeit unterschiedlich sind?

Michael: Das muss natürlich peau á peau angeglichen werden. Es wird noch ein bisschen Zeit brauchen, bis es so weit ist. Ich denke, man sollte da hinkommen, dass Löhne auf einen Stand gebracht werden. Trotzdem wird es Unterschiede geben, die Mieten im Osten sind einfach günstiger als im Westen. Ich hab neulich auch gehört, dass Hochschulen damit werben, ein Willkommensgeld zu zahlen, wenn Studenten in den „neuen“ Bundesländern studieren. Also es gibt noch strukturelle Unterschiede, aber trotzdem denke ich, man soll versuchen diese anzugleichen und auf ein Level zu bringen. Das wurde mit dem Straßenbau und mit den Gebäuden ja auch gemacht, der Solidaritätszuschlag ist ein Beitrag dafür. Jetzt sollen die kulturellen und sozialen Veränderungen in den Köpfen der Menschen passieren.

Die Grenze verläuft nicht
zwischen den Völkern, sondern
zwischen oben &
unten

Abbildungen: privat

III. Wiedervereinigung – vom Mauerfall zur Deutschen Einheit

9.11.1989

Mauerfall

Am Abend des 9. Novembers wird das Ende der Berliner Mauer verkündet – und zwar eher beiläufig. Am Ende einer Pressekonferenz informiert Politbüromitglied Günter Schabowski über die neue Reiseregulierung. Auf die Nachfrage eines Journalisten, ab wann die Regelung gelten soll, stammelt Schabowski die Weltsensation in die Kameras: „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort... unverzüglich.“ Verblüfft zerbrechen sich die Journalisten die Köpfe, was mit dem Gesagten konkret gemeint sei. Um 19.05 Uhr laufen die Eilmeldungen über die Ticker der Nachrichtenagenturen: „DDR öffnet die Grenze“. Am 9. November gegen 23:30 Uhr befiehlt der diensthabende Kommandant des Grenzüberganges Bornholmer Straße, Oberstleutnant Harald Jäger: „Den Schlagbaum hoch!“ Er handelt auf eigene Faust. Von seinen hochrangigen Vorgesetzten fehlen Anweisungen und die Straße ist voll von Menschen, die „Macht das Tor auf!“ rufen.

28.11.89
Bundeskanzler Helmut Kohl
skizziert die Einheit

Ohne Absprachen mit dem Koalitionspartner und den westlichen Bündnispartnern legte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor. Darin heißt es in Punkt 10: „Mit dieser Politik wird auf einen Zustand des europäischen Friedens hingewirkt, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“

22.12.89
Öffnung des Brandenburger Tores
 Nach 28 Jahren im Sperrgebiet wurde das Brandenburger Tor in einer feierlichen Zeremonie wieder geöffnet.

4.12.89
Besetzung der Stasi-Niederlassungen
 Im Dezember hatten DDR-Bürger in Städten wie Erfurt und Leipzig Stasi-Niederlassungen besetzt. Sie wollten damit die Aktenvernichtung stoppen, die die Stasi nach dem Mauerfall am 9. November 1989 begonnen hatte, um ihre Taten zu verschleiern und inoffizielle Mitarbeiter (IM) vor der Enttarnung zu schützen. Ungeachtet dieser Protestaktionen setzte die Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg ihre Arbeit unvermindert fort. Das stieß auf großen Unmut bei der Opposition – ebenso die Pläne der noch amtierenden Regierung, die Stasi durch eine Umwandlung in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst in die neue Zeit zu retten.

März - Juli 90
Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
 Die aus der DDR übernommenen Wirtschaftsprobleme, ökologische Altlasten, infrastrukturelle und bauliche Substanzschäden sowie ökonomisch-soziale Strukturbrüche machen die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet – nach Artikel 72 Absatz 3 Grundgesetz Aufgabe der staatlichen Politik – zu einem vordringlichen Entwicklungsziel, um auch die innere Einheit Deutschlands zu gewährleisten. Zwischen Bonn und Ost-Berlin laufen im Frühjahr 1990 die Vorbereitungen für eine Wirtschaftsunion der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf Hochtouren. Die Verfechter einer schnellen Währungsunion wollen die günstige außenpolitische Konstellation nutzen. Auch angesichts der anhaltenden Ströme von Übersiedlern sehen sie sich zu raschem Handeln gezwungen. Die Botschaft auf den Spruchbändern der Demonstranten in der DDR ist eindeutig: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“. Am 18. Mai unterzeichnen die Finanzminister der beiden deutschen Staaten den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den sogenannten Staatsvertrag. Unter Hinweis auf den maroden Zustand der DDR-Wirtschaft plädieren jedoch viele Wirtschaftsexperten – vom Sachverständigenrat bis zum Bundesbankpräsidenten – dafür, die DDR nicht gleichsam über Nacht dem Wettbewerb mit der westdeutschen und internationalen Konkurrenz auszusetzen. Eine schnelle Währungsunion sei eine „Roskur“, der die DDR-Betriebe wegen ihrer weit geringeren Produktivität nicht gewachsen seien. Eines der umstrittensten Themen ist der Umtauschkurs von DDR-Mark in D-Mark. Die Wirtschaftsverbände halten eine Währungsumstellung im Verhältnis 1:1 für untragbar. Mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion übernimmt die DDR zum Stichtag 1. Juli 1990 große Teile der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik. Auch in der DDR gilt nur noch die D-Mark als Zahlungsmittel. Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und andere „wiederkehrende Zahlungen“ werden 1:1 umgestellt. Bei Bargeld und Bankguthaben sind die Regelungen komplizierter. Kinder unter 14 Jahren können bis zu 2.000 DDR-Mark im Verhältnis 1:1 umtauschen, 15- bis 59-Jährige bis zu 4.000 DDR-Mark, wer älter ist, 6.000 DDR-Mark. Darüber hinausgehende Beträge werden im Verhältnis 2:1 umgestellt. Mit der Übernahme des wirtschafts- und sozialpolitischen Systems der Bundesrepublik und der Einführung der D-Mark als alleinigem Zahlungsmittel ist die wirtschaftliche Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik praktisch vollzogen.

Gründung der neuen Bundesländer
 Die 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichteten Länder (1952 aufgelöst und in 14 Bezirke eingeteilt) sind weitgehend Vorbild für die Bildung der neuen Bundesländer, die mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 eingerichtet werden. Am 22. Juli 1990 beschließt die Volkskammer ein Ländereinführungsgesetz, das die Neugründung der fünf Bundesländer auf dem Gebiet der DDR als Gliedstaaten des Bundes vorbereitet: Die neuen Länder sind Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, der Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen. Nach dem Ländereinführungsgesetz erarbeiten die im Oktober 1990 neu gewählten Landtage Verfassungsentwürfe für ihre Länder, die zwischen Mai 1992 (Sachsen) und Oktober 1993 (Thüringen) von den Landtagen verabschiedet werden. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen werden sie zudem durch Volksabstimmungen legitimiert.

18.3.90
Freie Wahlen
 Angesichts der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung beschließt der Zentrale Runde Tisch, den Termin für die ersten freien Volkskammerwahlen auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Um die Gunst der 12,2 Millionen stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger werben 24 Parteien, politische Vereinigungen und Bündnisse. Die Auseinandersetzungen im Wahlkampf kreisen vor allem um die Frage nach dem Modus und Tempo der angestrebten Einheit. Wahlsieger ist die Allianz für Deutschland, ein Bündnis aus CDU, Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU). Das Grundgesetz erlaubt zwei Möglichkeiten der Vereinigung: Artikel 23 sieht einen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vor, während Artikel 146 eine neue Verfassung und die Zustimmung durch das deutsche Volk zur Voraussetzung macht. Der Beitritt nach Artikel 23 ist also schneller zu vollziehen. Hierfür plädiert die konservative Allianz für Deutschland, die SPD tritt für eine Vereinigung nach Artikel 146 Grundgesetz ein, die PDS fordert einen Staatenbund. Die im Bündnis 90 vereinten Bürgerbewegungen erstreben eine stufenweise staatliche Vereinigung. Das Wahlergebnis ist ein klares Votum für die möglichst rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik und die zügige Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Die Allianz für Deutschland erhält etwa 48 Prozent der Stimmen, die SPD 21,9 Prozent, die PDS 16,3 Prozent, und die Liberalen (Bund Freier Demokraten) kommen auf 5,3 Prozent. Das Bündnis 90 erreicht – auch aufgrund der Dominanz der westdeutschen Parteistrukturen im Wahlkampf – lediglich 2,9 Prozent der Stimmen. Mit der Auflösung der SED haben die Bürgerbewegungen keinen gemeinsamen Gegner mehr, viele ihrer Ziele, wie freie Wahlen und politische Reformen, sind erreicht.

15.1.90
Erstürmung der Stasi-Zentrale
 Keine staatliche Organisation war in der DDR so verhasst wie die Staatssicherheit. Je stärker sich das Ende der DDR abzeichnet, umso dringlicher wird die Frage, was aus der Stasi und ihren Millionen von Akten wird. An diesem Tag besetzten DDR-Bürger die Zentrale der Staatssicherheit in Berlin. Sie wollten damit die Vernichtung der Geheimdienstakten stoppen, die bald nach dem Mauerfall begonnen hatte. „Mit Fantasie und ohne Gewalt.“ – so lautete der Aufruf der Bürgerbewegung „Neues Forum“ zur Kundgebung vor den Toren der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990. Tausende Demonstranten waren dem Aufruf gefolgt und verlangten die Abschaffung des DDR-Geheimdienstes. Sie wollten die Tore des Gebäudes in der Normannenstraße symbolisch vermauern und damit die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit besiegeln. Sie stürmen die Zentrale, bald fliegen Akten aus den oberen Stockwerken. Viele Unterlagen werden gerettet, etliche Akten aber verschwinden.

12.4.90
Neue DDR-Regierung
 Am 12. April 1990 wählt die Volkskammer in Ost-Berlin den CDU-Politiker Lothar de Maizière (geb. 1940) zum Ministerpräsidenten. Er bildet eine große Koalition aus CDU, DSU, DA, SPD und den Liberalen. Seine Regierung verfolgt das Ziel, in Verhandlungen mit der Bundesrepublik den Beitritt der DDR gemäß Artikel 23 Grundgesetz vorzubereiten und hierbei die Rechte und Ansprüche der DDR-Bürger durch verbindliche Festschreibungen zu sichern.

Juli - September 90
Einigungsvertrag
 Am 6. Juli beginnen in Ost-Berlin die Verhandlungen über den Einigungsvertrag (2. Staatsvertrag) zum Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz. Nach langen Diskussionen über den Beitrittstermin beschließt die Volkskammer in einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 mit 294 von 400 Stimmen den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990. Der Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, tritt ans Rednerpult: „Das Parlament hat nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober beschlossen... Ein einzigartiger Vorgang: Ein Staat löst sich friedlich und demokratisch selbst auf. Am 20. September stimmen beide Parlamente dem rund 900 Seiten starken Einigungsvertrag zu: die Abgeordneten der Volkskammer mit 299 von 380 Stimmen, die des Bundestags mit 442 von 492 Stimmen. Der Bundesrat verabschiedet den Einigungsvertrag einstimmig.“

3.10.90
Zwei-plus-vier-Vertrag
 Ohne die Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ist die Deutsche Einheit nicht möglich. Die Bundesrepublik ist seit vier Jahrzehnten ein demokratischer Rechtsstaat und verlässlicher Bündnispartner. Aber ihre Nachbarstaaten fragen sich, ob nicht ein vereinigtes Deutschland – schon auf Grund seiner Größe und Wirtschaftskraft und vor allem aufgrund seiner Geschichte – ein Risiko für Sicherheit und Stabilität in Europa darstellen würde. Eine rasche Folge diplomatischer Verhandlungen zieht sich durch das Jahr 1990: In den sogenannten „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ beraten seit dem 5. Mai die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs mit ihren Kollegen aus den beiden deutschen Staaten über die außenpolitischen Konsequenzen einer Wiedervereinigung. Bei den Verhandlungen geht es um die Ablösung der Rechte der Alliierten, wie sie im Potsdamer Abkommen von 1945 für „Deutschland als Ganzes“ festgeschrieben wurden, und die Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands. Die Westmächte fordern, das vereinigte Deutschland müsse Mitglied der NATO bleiben, was die Ausweitung dieses Bündnisses bis an die deutsch-polnische Grenze bedeutet – für die Sowjetunion ein neuralgischer Punkt. Am 14. Juli 1990 reist Helmut Kohl zu vertraulichen Gesprächen mit Michail Gorbatschow nach Schelesnowodsk im Kaukasus. Am nächsten Tag gibt der Kanzler auf einer Pressekonferenz das sensationelle Ergebnis zu Protokoll: Der sowjetische Präsident erklärt sein Einverständnis zur freien Bündniswahl eines vereinten Deutschlands. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich gewähren dem vereinigten Deutschland die volle staatliche Souveränität. Die Bundesrepublik Deutschland garantiert die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, stimmt einer Reduzierung ihrer Streitkräfte zu und verzichtet auf ABC-Waffen. Volkskammer und Bundestag legen am 21. Juni 1990 die Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenze in ihrem bestehenden Verlauf an der Oder-Neiße-Linie fest. Am 12. September 1990 unterzeichnen die sechs Außenminister in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die äußeren Aspekte der deutschen Einigung verbindlich regelt.

Geltung des Grundgesetzes
 Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober wird dieser Tag anstelle des 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Das Grundgesetz tritt mit diesem Datum in den fünf neuen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in Ost-Berlin in Kraft. In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober feiern die Deutschen mit Glockengeläut und Feuerwerk die Vereinigung ihres Landes.

Quellen: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland · LeMO - Lebendiges Museum Online Bundeszentrale für politische Bildung, Tagesschau.de Fotos: Bundesarchiv 183-1989-1109-030, T. Lehmann; Bundesregierung Bild-00017806, Engelbert Reineke; Bundesarchiv 183-1990-0115-034, Zimmermann; Brandenburger Tor - SSGT F. Lee Corkran - DoD photo, USA; Abbildungen: Telex - dpa; Sektorenschild - Elkawe; CC BY-SA 3.0

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Behörde des Bundesbeauftragten (BStU) bewahrt in ihren Archiven die 1990 sichergestellten Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auf. Dabei handelt es sich um mehr als 111 Kilometer Aktenmaterial und mehr als 1,4 Millionen Fotos. Der BStU stellt sie nach den gesetzlichen Vorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) Privatpersonen, Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung.

In einem weltweit wohl einmaligen Vorgang wurden 1989 / 90 im Zuge der Friedlichen Revolution in der DDR die Dienststellen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) von Demonstranten besetzt und die Auf-

lösung dieser Geheimpolizei erzwungen. Zeitweise wurden Dienststellen der ehemaligen DDR-Geheimpolizei besetzt, um die Vernichtung von Akten zu stoppen. Jeder Betroffene sollte das gesetzliche Recht auf Einsicht in seine Akten erhalten, war das Ziel. Bürgerwille und das frei gewählte Parlament der DDR ebneten den Weg für die Sicherung und kontrollierte Öffnung der weitgehend illegal angelegten Stasi-Akten.

Am 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung, wurde der Rostocker Pfarrer Joachim Gauck zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen ernannt. Seine Behörde nahm mit anfänglich 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentralstelle Berlin und damals 14 Außenstellen die Arbeit auf, heute sind es zwölf.

Unterstützt wurde die Arbeit von einem Aufbaustab und abgeordneten Mitarbeitern aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Mittlerweile sind mehr als 1.600 Beschäftigte in der Stasi-Unterlagen-Behörde tätig.

Auf der Grundlage einer vorläufigen Benutzerordnung werden erste Auskünfte zur Wiedergutmachung und Rehabilitation, für die Überprüfung von Abgeordneten und Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung und zur Verfolgung von Straftaten erteilt.

Ende Dezember 1991 trat das Stasi-Unterlagen-Gesetz in Kraft, das seitdem sieben Mal novelliert wurde. Aus dem „Sonderbeauftragten“ wurde 1991 der erste „Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“. Am 2. Januar 1992 nehmen die ersten Bürgerinnen und Bürger Einsicht in ihre Akte. Nachfolgerin Joachim Gaucks wurde im Oktober 2000 Marianne Birthler, ihr folgte am 15. März 2011 der Journalist und ehemalige Jenaer Bürgerrechtler Roland Jahn.

Die Stasi-Unterlagen-Behörde hat den Auftrag, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS zu unterrichten. Sie trägt damit zur historischen, politischen, juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur bei. Sie fördert die öffentliche Auseinandersetzung mit totalitären Ideen und Strukturen, indem sie öffentlich zu aufarbeitungspolitischen Fragen Stellung bezieht. Herzstück der Behörde sind die Archive mit der Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie dokumentieren die Herrschaftsmethoden und das Herrschaftswissen der ehemaligen SED als kommunistischer Staatspartei der DDR und ihrer Geheimpolizei: Akten, Karteikarten, Filme, Tondokumente, Mikrofiches. Mit insgesamt 111 km Akten, mehr als 1,7 Mio. Fotos, zahlreichen Videos sowie Tonbändern aus den Abhörzentralen des MfS handelt es sich um einen der größten Archivbestände in Deutschland. Dazu kommen weitere Unterlagen auf Sicherungs- und Arbeitsfilmen, die als Schriftgut ca. 47 km entsprechen. Zum Archivbestand kommen mehr als 15.000 Säcke mit teilerstörten Unterlagen, die zur Vernichtung vorgesehen waren. Sie werden nun nach und nach gesichtet, sortiert und rekonstruiert.

www.bstu.de

www.demokratie-statt-diktatur.de

Info Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung – Erinnerung als Auftrag

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurde 1998 vom Deutschen Bundestag mit dem Ziel gegründet, die Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur in Deutschland zu fördern. Die Stiftung begleitet den Prozess der Deutschen Einheit und wirkt an der Aufarbeitung von Diktaturen im internationalen Maßstab mit. Anstoßen und fördern, informieren und vernetzen sind dabei die Leitmotive der Stiftung, die ihren Sitz in Berlin hat.

Jedes Jahr unterstützt die Bundesstiftung Aufarbeitung eine Vielzahl von Projekten, die sich bundesweit und international mit Ursachen, Geschichte oder Folgen der Diktatur in der SBZ/DDR auseinandersetzen. Bis heute konnten rund 2.500 Vorhaben gefördert werden. Die Projektpartner sind Gedenkstätten, Museen, Geschichtsvereine, unabhängige Archive, Opferverbände, wissenschaftliche Einrichtungen und Institutionen der politischen Bildung sowie der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Die Stiftung trägt zudem zur internationalen Vernetzung bei der Aufarbeitung von Diktaturen bei.

Darüber hinaus realisiert die Stiftung zahlreiche eigene Veranstaltungen, Publikationen, Ausstellungen und Wettbewerbe. In besonderem Maß tritt die Bundesstiftung für die Interessen der Opfer politischer Verfolgung ein und trägt mit ihren vielfältigen öffentlichen Angeboten dazu bei, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Betroffenen wachzuhalten.

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

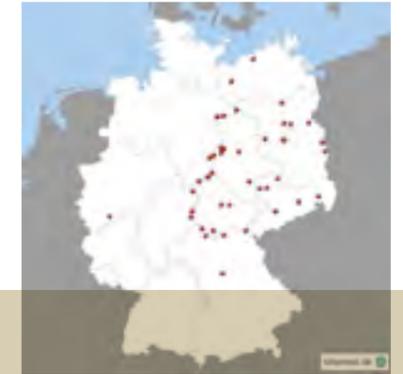
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung

Gedenkstätten und Museen zur kommunistischen Diktatur in der SBZ / DDR

Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat eine Übersicht über Gedenkstätten und Museen zur kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR erarbeitet. Diese Publikation liegt unter dem Titel „Orte des Erinnerns“ mittlerweile in der 2. Auflage vor und ist im Ch. Links Verlag erschienen.

In der nachfolgenden Sammlung der Bundesstiftung Aufarbeitung sind Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR aufgeführt:



Grafik:
ahtos2626,
stepmap.de

GEDENKSTÄTTEN ZUR ERINNERUNG AN OPPOSITION, WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DER SBZ / DDR

BERLIN

- Dokumentationszentrum Berliner Mauer
- Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
- Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße
- Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen
- Informations- und Dokumentationszentrum des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
- Museum Haus am Checkpoint Charlie

BRANDENBURG

- Mahn- und Gedenkstätte „Lindenstraße 54“, Potsdam
- Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“
- Gedenkstätte Internierungslager Ketschendorf
- Gedenkstätte Speziallager Nr. 1 des NKWD / MWD, Mühlberg / Elbe
- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
- Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
- Internierungslager Jamlitz
- Zentralwäldfriedhof Halbe
- Zuchthaus Brandenburg-Görden

MECKLENBURG-VORPOMMERN

- Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen, Schwerin Demmlerplatz
- Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock

NIEDERSACHSEN

- Grenzdurchgangslager Friedland

SACHSEN

- Stiftung Sächsische Gedenkstätten
- Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau
- Gedenkstätte Bautzen
- Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden
- Erinnerungs- und Begegnungsstätte im ehemaligen Jugendwerkhof Torgau
- Museum im Stasi-Bunker, Machern
- Museum in der „Runden Ecke“

SACHSEN-ANHALT

- Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft
- Gedenkstätte Roter Ochse Halle/Saale

Grenzmuseen

- Grenzlandmuseum Bad Sachsa e.V.
- Grenzlandmuseum Eichsfeld
- Zonengrenz-Museum Helmstedt
- Grenzdenkmal Hötensleben
- Grenzmuseum „Schiffersgrund“
- Grenzhause Schlagsdorf
- Grenzlandmuseum Schnackenburg
- Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
- Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth
- Thüringisch-Fränkische Begegnungsstätte mit der Informationsstelle über die Teilung Deutschlands, Neustadt bei Coburg
- Wanfrieder Dokumentationszentrum zur deutschen Nachkriegsgeschichte
- Gedenkstätte Point Alpha

Grenzedächtnis-Museen, Gedenkstätten, Mahnmale und Spuren der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer Museen zur oder mit einem Schwerpunkt DDR-Geschichte

- Bundesarchiv – Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte
- DDR-Museum, Berlin
- Deutsches Historisches Museum, Berlin
- Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst
- Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V., Eisenhüttenstadt
- Filmmuseum Potsdam
- „Gegen das Vergessen“ – Sammlung zur DDR-Geschichte, Pforzheim
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Museum für Junge Kunst, Frankfurt / Oder
- Wittenberger Haus der Geschichte
- Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Tagebuch Luise, 1990, 51 Jahre alt



Gerade eben habe ich Heike wiedergesehen. Zum ersten Mal seit 47 Jahren! Mir ist noch ganz komisch in den Knien...sie hat mir ein Plüschtier gegeben, das ich damals, 1943, bei ihr liegen gelassen hatte. Es sieht nicht halb so mitgenommen aus wie Heike und ich – das letzte Jahr hat uns ältere Herrschaften doch ganz schön gefordert.

Während im Fernsehen ständig Bilder von jubelnd empfangenen Trabis und heulend vereinten Familien flimmerten, brauchte ich sehr lange, bis ich mich dem allgemeinen Aufbruch stellen konnte. Erst Ende November 89 ging ich über die Oberbaumbrücke.

Jan ließ seine neuen westdeutschen Freunde, die er im Freudentaumel an der Mauer kennengelernt hatte, für diesen einen Moment links liegen und begleitete mich. Es war ein sehr komisches Gefühl, mein erster Schritt nach Kreuzberg seit über 40 Jahren. Jan nennt es historisch, ich bleibe doch lieber bei komisch. Ich bin dann gleich durch gelaufen zum Kaufhaus des Westens, wo ich den alten Meyer und viele andere Friedrichshainer getroffen habe. Einmal einkaufen im KaDeWe! Das bisschen Westgeld, das ich noch aus Heikes letztem Brief hatte, reichte nur für eine Postkarte; auf das Begrüßungsgeld, das man den DDR-Besuchern an bestimmten Stellen auszahlte, wollte ich aufgrund des hohen Andrangs und Schlange stehen lieber verzichten. Denn Jan versprach: »Ab jetzt musst du keine Schlange mehr stehen!«

Ich weiß nicht, ob das wirklich ein Trost ist. Denn so bewegend es ist, Zeuge dieser friedlichen Revolution zu sein, so zäh ist der bürokratische Rattenschwanz, den die Wiedervereinigung

nach sich zieht. Jan und seine Freunde bekommen wenig davon mit, aber Ulrich und ich, wir versuchen zu verstehen, wie aus zwei Ländern eins werden soll. Recht, Verwaltung, Wirtschaft, Währung – das ganze System, das zu unserem Leben gehört hat wie Sauerstoff, wird wie eine Pustelblume zerlegt. Komisch. Wie ich es auch drehe und wende – komisch bringt es auf den Punkt.

Und heute habe ich den einen Besuch getan, der mir so am Herzen lag. Jan hat seinen Vater, mich und seine Freundin in sein Auto verfrachtet und ist losgefahren, 7 Stunden durch verstopfte Straßen nach Mainz. Es war wirklich schade, dass meine Mutter das nicht mehr erleben konnte: Tante Traudel, Cousine Heike und ich zusammen auf einem Sofa. Neben Heike ein kleiner Plüschhund, der den zweiten Weltkrieg überlebt hat. Wir haben wieder mal Schnaps getrunken; ich befürchte, das wird eine schlimme Angewohnheit in dieser Zeit.

Jan hat sich heute Reiseprospekte für Ägypten besorgt, außerdem Anmeldeunterlagen für verschiedene Unis, in der Hoffnung, dass er nun endlich sein Kunststudium machen kann. Seine Freundin kann schon ein paar Worte Arabisch, und in der Seligkeit der ersten Tage an der gestürzten Mauer hat ihr eine Westberlinerin auch ein bisschen Englisch beigebracht. »Thank you! Goodbye!«, flötet sie seitdem vor sich hin.

»Ohje. Dann muss ich wohl auch anfangen, Englisch zu lernen«, habe ich in der Runde laut überlegt. Heike knuffte den Plüschhund in sein abgeknicktes Lederohr und lachte:

»Yes, Ma'am!«

Deutschland – eine Einheit?

Gibt es einen Ossi- oder Wessi-Typ?

Wie sind deine Erfahrungen?

Wieso wird nach 25 Jahren immer noch ein Unterschied gemacht?

Ich kann nicht von einem Ossi- / Wessi-Typ sprechen

Seit sieben Jahren wohne ich in Berlin und die einzigen, die ich mit Sicherheit erkenne und auch unterscheiden kann, sind Hessen und Schwaben – und das auch nur, wenn sie Dialekt sprechen. (Ob man es glaubt oder nicht: Diese Unterscheidung fällt nicht jedem leicht). Ich habe auch noch nie gemerkt, ob ich gerade im Ost- oder Westteil der Stadt bin, es sei denn ich laufe an verräterischen Straßenbahnschienen entlang. Vielleicht bin ich auch einfach nur unempfindlich für diese Unterscheidung zwischen Ost und West. Ich weiß es nicht. In meinem Alltag und Erleben wird dieser Unterschied kaum gemacht – und ich bin sowohl mit Menschen befreundet, die ihre Kindheit in der DDR verbracht haben als auch solchen, die irgendwo im Westen Deutschlands aufgewachsen sind. Manchmal, selten, wird irgendeine spezifische Erinnerung erzählt oder über eine bestimmte Süßigkeit geschwärmt, die es nur hier oder dort gab. Ich kann mir jedoch vorstellen, dass es im Hinblick auf manche Themen wichtig ist, diesen Unterschied immer noch zu machen, sei es Arbeitslosigkeit oder Fremdenfeindlichkeit. Aber um hier mit Sicherheit etwas sagen zu können, weiß ich leider zu wenig. Mit den Themen komme ich in meinem Berliner Alltag wenig in Kontakt. Ich wohne im tiefen Westberlin, viele Freunde im Osten, aber so genau merkt man nicht, wo man sich gerade befindet, würde ich mal sagen. Ich glaube, die ganzen hinzugezogenen (wie ich eine bin) sind da einfach nicht so sensibilisiert oder bewusst. Die „echten Berliner“ thematisieren das öfter, ob sie sich gerade im Westen oder Osten befinden, aber das ist nur ein vager Eindruck.

Lena, früher Groß-Bieberau

Die Unterschiede werden irgendwann verschwunden sein
Aus meiner Sicht gibt es nicht mehr DEN gemeinen Ossi oder Wessi – zumindest für mich nicht. Aber es gibt natürlich noch Unterschiede, an denen man auf eine Herkunft schließen kann. Das sind neben sprachlichen Aspekten oft Unterschiede im Sozialverhalten. Ich finde oft, dass Menschen, die sich im System der DDR sozialisieren mussten, hilfsbereiter und solidarischer auftreten, als wir „goldenen Westärsche“. Aber das stützt sich auf meine persönlichen Erfahrungen aus einem sozialen Berufsfeld, in dem viel Team-Arbeit gefordert ist. Die Unterschiede werden irgendwann verschwunden sein, wenn die Generationen, die in getrennten Systemen groß geworden sind, nach und nach nicht mehr da sind.

Anja Gerstenberg,

früher Ober-Ramstadt, jetzt Chirurgin in Hamburg

Ossis sind offener und kontaktfreudiger

Ich denke, so die Generation, die noch ein paar Jahre in der DDR aufgewachsen ist, da kann man noch zwischen Ossi- und Wessityp unterscheiden. Wir haben einfach

unterschiedliche Erziehungen genossen und sind deshalb anders sozialisiert.

Wenn ich z.B. in einer Gruppe neuer Leute bin, ziehen sich die „Ossis“ irgendwie an. Man merkt das irgendwie an der Art. Ich habe häufig das Gefühl, dass die Ossis offener sind. So habe ich z.B. schon oft Mitfahrgelegenheit genutzt und immer, wenn ich bei einem „Ossi“ mitgefahren bin, haben wir uns auf Anhieb verstanden und die ganze Fahrt (4h) miteinander geredet. Wenn ich dagegen bei Wessis mitgefahren bin, haben wir die ersten 10 min geredet und dann war Ruhe. Außerdem habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich im Osten schneller Kontakt zu Leuten aufbauen kann und als ich z.B. im Saarland gewohnt habe, habe ich in einem Jahr kaum Leute kennen gelernt, bzw. habe ich da keine Freunde gefunden. Ich denke das liegt daran, dass wir bereits alle mit einem Jahr in der Kinderkrippe waren und dort immer Kontakt zu Gleichaltrigen hatten.

Ein anderes Beispiel finde ich, dass Ossis viel selbstständiger sind. So habe ich es schon oft erlebt, dass z.B. an der Arbeit viel besser meine Arbeit plane, ohne dass ich lange Wartezeiten habe, so also schneller fertig bin wie die anderen, aber trotzdem mehr geschafft habe. Ich denke auch das liegt daran, dass wir früher schon eher auf uns alleine gestellt waren, da die Eltern beide gearbeitet haben.

Ossis sind Menschen der Tat

Und noch eine Sache fällt mir ein. Viele meiner Freunde und ich sind Menschen der Tat. Die Wessis in meinem Alter reden immer und immer wieder über das, was sie machen wollen und wie sie es machen könnten. Fragen da 10 verschiedene Leute, was sie denken – da gehen schon mal Telefongespräche über 1 h ins Land, obwohl es nur um eine kleine Sache geht. Wir Ossis reden da nicht lange, da wird gesagt, ich würde das machen und dann sagt der andere Ja und schon wird angefangen.

Ich denke, solange noch Menschen leben, die in DDR und BRD aufgewachsen sind, wird es noch die Unterscheidung geben, da die Erziehung, das Leben einfach zu unterschiedlich war und einen geprägt hat. Ich denke, in der Generation, die aufgewachsen ist, als die Grenze schon offen war, gibt es diese Unterscheidung nicht mehr.

Olivia, in Thüringen groß geworden,
studierte Bio in Darmstadt

Definitiv gibt es Unterschiede

Ost-West-Unterschiede gibt es definitiv noch: Das Auftreten, das Selbstbewusstsein, die Offenheit, Bescheidenheit, gilt nicht immer für alle!!! Aber ist doch immer wieder auffallend. Ich behaupte mal, dass ich Ossis und Wessis unterscheiden kann! Zum Beispiel liest sich eine Bewerbung vom Wessi anders als vom Ossi.

Kathrin aus Thüringen, zur Zeit der Wende 19 Jahre alt

Nach 25 Jahren noch keine Einheit?!

Der Unterschied nach 25 Jahren ist meines Erachtens auch „hausgemacht“. Das fängt mit dem Solibeitrag an. Der im Osten übrigens viel Gutes gebracht hat. Straßen sind schön, neue Schulen usw. Aber die ehemaligen Grenzregionen im Westen z.B., die vor der Grenzöffnung Zuschüsse erhalten haben, bekommen jetzt nichts mehr. Dann die Stammtisch-Parolen – ein Beispiel: Einem Ossi steht keine Rente zu, er hat ja auch nicht eingezahlt ins Rentensystem. Bzw. wegen den Osis bekommen die Wessis weniger Rente. Blödsinn. Auch die Osis haben Abgaben ins Rentensystem gezahlt. Sie bekommen auch pro Jahr nur einen halben Rentenpunkt für 1 Jahr Arbeit vor der Vereinigung. Also bekommen sie schon weniger. Nur die Leute beschäftigen sich nicht damit und tragen diesen Blödsinn weiter.

Arbeit – Also ich bin im Büro weiterhin die Ossifrau bzw. Bürger mit Migrationshintergrund :) – alles spaßig gemeint. Ich verberge nicht, wie viele andere „Weggezogene“, dass ich aus dem Osten bin. Wir sind übrigens einige Osis bei uns in der Abteilung – alle verstehen sich mit den Wessis gut. Wenn es Bananen in der Kantine gibt, werde ich nach wie vor von meinen Westkollegen immer schön drauf hingewiesen ;-))

Schokolade und Sparsamkeit – Es gibt Unterschiede, die merken Jörg und ich schon im Zusammenleben. Ich teile meine Schokolade ein – das war von klein an so, immer nur ein Stück als Belohnung. Die Westpakete kamen nicht so oft, und die gute DDR-Schokolade gab es auch nicht so häufig. Also musste ich mir von klein auf die leckeren Sachen einteilen. Jörg macht eine Schokolade auf und isst sie in einem Rutsch. Es gibt ja wieder Neue, wenn man will.

Schnäppchen – ganz schlimm. Ich kaufe viele Dinge auf Vorrat ein, insbesondere wenn sie im Angebot sind. Sparen stand ganz oben in meiner Kindheit – egal ob Geld oder andere Dinge. Also sollten wir mal richtig eingeschnitten werden und können nicht vor die Tür: wir können ein paar Monate überleben – mit Lebensmitteln, Toilettenartikel o.ä. Und wir haben immer Kerzen im Haus – könnte ja der Strom ausfallen. Jörg lächelt nur darüber, obwohl, er hat sich schon daran gewöhnt, wenn z.B. sein Duschgel alle ist, einfach den Schrank aufzumachen und nicht nur von einer Sorte zu wählen.

Dinge aufheben – Dinge nicht wegwerfen – man könnte sie ja noch gebrauchen. Egal ob leere Schachteln, Kartons, Klamotten usw. Ich kann nichts wegwerfen. Wir haben ja früher aus „Nichts“ noch etwas gemacht. Bei meinem Auszug hat Jörg fast die Krise bekommen und fing an, bei mir auszusortieren. Auch jetzt gibt es wegen Wegwerfen und Aussortieren manchmal einen kleinen „Kampf“. Das Gleiche ist bei meinen Eltern. Jörg „freut“ sich jetzt schon, wenn meine Eltern mal ausziehen, die Wohnung und Garagen auszuräumen.

Füreinander da sein – Der Zusammenhalt – noch heute habe ich engen Kontakt zu meiner ältesten Freundin (seit der 6. Schulklasse sind wir befreundet). Wir können uns absolut aufeinander verlassen. Das Gleiche ist mit meinen Studienkolleginnen. Wir treffen uns mind. 1 mal im Jahr – fahren zusammen ein verlängertes Wochenende nach Warnemünde, oder wir besuchen uns gegenseitig.

Dieses für einander da Sein, außerhalb der Familie, ist unter Osis enger. Auch das gegenseitige Helfen, aufein-

ander eingehen ist mehr ausgeprägt. Ein ganz banales, aktuelles Beispiel: Meine Kollegin sammelt für ihre Tochter die Rewe-Bildchen. Na klar lasse ich mir beim Einkaufen auch die Bildchen, für sie, mitgeben und freue mich, dass ich den beiden eine Freude machen kann. Jörg kann das wiederum gar nicht verstehen und meint, ich solle aufpassen, dass ich das nicht noch für weitere Kollegen anfrage.

Und das ist auch das Problem, was ich habe (laut Jörg oder meinem Chef) – ich wäre viel zu gutmütig. Aber ich habe gelernt: „Eine Hand wäscht die andere“. Und auch wenn ich jemandem zehn Mal helfe und ich selbst nichts brauche, aber ich weiß, sollte ich was brauchen, bekomme ich es zurück. So denken viele Osis (meine „alte“ Freundin auch) und werden deshalb gern ausgenutzt(!). Mein Chef hat mich übrigens zu einigen Seminaren geschickt, damit ich lerne „NEIN“ zu sagen (er ist Wessi und ist mit einer Ossifrau seit vielen Jahren zusammen und kennt das „Problem“).

Bücher behalten – Bücher werfe ich prinzipiell nicht weg, deswegen habe ich noch Bücher von früher – Schulbücher, politische Bücher, Satire, Kochbücher, Aufklärung usw. Also wenn ihr was braucht bzw. Interesse habt, kann ich euch mal ne Liste senden bzw. könnt ihr sie gern mal lesen :-)

Beschäftigungspolitik – Ein weiterer Punkt ist, dass die meisten Chefs im Osten aus dem Westen sind. Ein Ossi hat es schwieriger in höhere Positionen zu kommen. Als ich damals in Magdeburg zu arbeiten begann, kam es auch auf die Geburtsurkunde an. Wessis und Osis haben mit einem befristeten Jahresvertrag angefangen. Die Wessis haben nach ca. einem Jahr einen festen Arbeitsvertrag bekommen. Den Osis wurde angeboten, nach dem Ablauf von 2 Jahren 4 Monate daheim zu bleiben und dann wieder mit einem befristeten Jahresvertrag anzufangen. Da ich nicht ortsgelunden war, war es mir egal, wo ich arbeite. Das habe ich auch laut kundgetan, deshalb habe ich nach 2 Jahren einen festen Arbeitsvertrag bei XXXX bekommen – im Gegensatz zu meinen Ossi-Kollegen. Aber von da an war mir klar, bei der Firma bleib ich nicht. Die Chefs waren übrigens alle Wessis. Und das hält bis heute an.

Folgender Punkt könnte auch ein Punkt sein, warum Unterschiede gemacht werden: Der Standort Ost ist billiger. Mehrere Firmen haben ihren Standort im Westen geschlossen und im Osten wieder aufgemacht Textilunternehmen sind zum Beispiel nach Greis bzw. Elsterberg gezogen. Quelle ging von Nürnberg nach Leipzig. Die Menschen im Westen wurden arbeitslos, das führte zu Hass und negativen Stammtischgesprächen, die noch heute anhalten. Hass bleibt leider länger in einem Menschen als das Positive :-)

Viele Osis sind als Fachkräfte für viel weniger Lohn aber auch in den Westen gegangen – haben gemäß Stammtischgebabbel den Wessis die Arbeitsplätze weggenommen. Aber auch die Unterschiede in der Bezahlung hat es gegeben – nach der Vereinigung war die Staffelung der Bezahlung wie folgt: Wessi war am besten bezahlt, Italiener, Türke, Ossi am geringsten – für die gleichen Tätigkeiten. Die Angleichung der Löhne ist halt etwas langwierig, insbesondere in kleinen Unternehmen, trotz vermeintlicher Tarifverträge.

Ostdeutsche Baufirmen sind anscheinend günstiger. Wenn man mal so freitags auf die A5 schaut, wie viele Baufirmen wieder gen Osten pendeln, ist das schon enorm. Auch die Bauschilder, insbesondere im Straßen- und Bahnstreckenbau, sind oft aus Sachsen und Thüringen. Dies för-

dert auch die negativen Stammtischgespräche in den Dörfern.

In den Großstädten werden selten Unterschiede zwischen Ost und West gemacht, ich erlebe es aber sehr oft in den Dörfern bzw. in Gesprächen mit Menschen, die noch nie oder sehr selten aus ihrer Umgebung raus kommen. Antje

Mauer im Kopf

Die Leute im Westen waren viel selbstbewusster, aber auch viel egoistischer. Das mussten sie ja auch in gewisser Weise sein, sie mussten für sich selbst sorgen. In der DDR hat der Staat gerade was Behördengänge und so was angeht, dem Bürger vieles abgenommen. Man musste sich um viele Dinge nicht kümmern. Mit dem Zusammenbruch der Mauer fiel – zumindest bei uns – auch der Familienzusammenhalt ein Stück weit auseinander. Jeder war auf einmal mit sich beschäftigt. Die Familie trifft sich lang nicht mehr so oft und so zahlreich wie früher.

Kurz nach der Wende gab es auch optische Unterschiede zwischen Osis und Wessis. Da hättest du mir 100 Leute aufstellen können und ich hätte dir gesagt, wer aus dem Osten und wer aus dem Westen kommt. Das konnte man anhand der Kleidung und der Frisuren z.B. erkennen. Heute ist das natürlich nicht mehr so.

Die Mauer im Kopf gibt es bei vielen Leuten noch. Ein Stück weit sicherlich auch bei mir, obwohl ich jetzt schon 20 Jahre im Westen lebe. Ich glaube das ist oftmals nicht mal böse gemeint, das hängt – jedenfalls bei mir – einfach damit zusammen, wo ich herkomme und wie ich aufgewachsen bin. Ich habe die DDR erlebt mit ihren Unterschieden zum heutigen System. Für mich ist die Mecklenburgische Seenplatte genau wie die Mark Brandenburg meine Heimat und das wird sie immer bleiben. Natürlich gibt es Meckerer auf beiden Seiten, die sich die Mauer zurück wünschen. Das finde ich schade. Die im Westen meckern über den Solidaritätszuschlag und die im Osten über die hohe Arbeitslosigkeit. Unterm Strich sollte man doch die positiven Seiten sehen, die die Wiedervereinigung mit sich gebracht hat. Diese „Mauer im Kopf“ wird erst mit den kommenden Generationen verschwinden. Nicole Langer



DDR – was ist das?

Die DDR wurde 2 Jahre vor meiner Geburt mit der Bundesrepublik Deutschland wieder vereinigt. Ich kann es kaum noch glauben, dass Menschen jahrelang sich über den Konflikt den Kopf zerbrechen mussten, jahrelang durch die Teilung in ihren Rechten und ihrer Freiheit eingeschränkt waren, dass sich Menschen eines Volkes angefeindet haben. Die Wiedervereinigung findet man in den Geschichtsbüchern und in dem Geschichtsunterricht, aber nicht mehr in der aktuellen Debatte – höchstens unliebsame Nachwirkungen.

Was ist meiner Generation, oder mir noch von diesem Konflikt geblieben? Ein paar schlechte Ossi-Witze, sonst nichts. Das heißt, das stimmt nicht so richtig. Steigt man heute in den Zug nach Berlin, so kann man im ehemaligen Osten auch heute noch erkennen, dass nicht alles so herausgeputzt ist wie in unserer Region. Auch heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, verdienen Menschen in den so genannten neuen Bundesländern in denselben Berufen weniger und die Arbeitslosigkeit ist höher. Die starken Industriezentren liegen ebenfalls im Süden Deutschlands. Aber trotzdem, Deutschland ist für mich Eins. Das Gefühl der Teilung kann ich nicht mehr nachvollziehen, gleichwohl ich die Fakten und Daten gelesen und gelernt habe.

Ist zusammengewachsen was zusammen gehört, um mit den Worten Willy Brandts zu fragen, die er 1989 voll Freude der Menge zu rief? Das Bewusstsein, die aktive Erinnerung an die Teilung wird sich mit jeder weiteren Generation, mit uns jungen Menschen verlieren. Deutschland wird in seiner jetzigen Form vielleicht noch europäischer, jedenfalls wäre das wünschenswert. Somit wird die Wunde der Teilung immer weiter verschwinden, bis nichts mehr bleibt als eine kleine Narbe in der deutschen Geschichte. Jede Nachwirkung muss angegangen und beseitigt werden bis der Standard angeglichen ist.

Wichtig ist, dass wir die Lehre aus der Geschichte ziehen und ihr gedenken, um Unheil in der Zukunft von unserem Land und der Menschheit als Ganzes abwenden zu können. Der Satz ist sehr optimistisch, jedoch beginnen alle großen Schritte mit einem Gedanken, vielleicht auch nur mit einem Wort. Lange Zeit, ja bis kurz vor der Wiedervereinigung, hatten es viele Menschen für unmöglich gehalten, vielleicht noch nicht einmal als erstrebenswert angesehen, dass beide Länder zur Einheit zurückfinden, aber dennoch den Glauben daran nicht verloren. Die Geschichte hat ihnen Recht gegeben.

Der dritte Oktober ist für mich ein wahrer Feiertag. Ein Tag für Friede, Einigkeit, Recht und Freiheit ganz nach dem Wortlaut unserer Nationalhymne. Der Friede, den ich vorweg gestellt habe, ist mir besonders wichtig hierbei. Ich bin froh im vereinigten Deutschland geboren zu sein und in einem friedlichen Europa.

Johannes Meyer, ehemaliger Vorsitzender des Kreisschülerrates Darmstadt-Dieburg

Foto: diemauer.wikispaces.com, Ines Bayer & Raik Honemann, CC BY-SA 3.0

50 Jahre Wiedervereinigung

Abbildung: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Klaus Peter Schellhaas

Landrat Landkreis Darmstadt-Dieburg

Wo waren Sie, als Sie die Nachricht vom Fall der Mauer erhielten? Was haben Sie als Erstes getan?

Ich war an diesem Abend zu Hause mit meiner Familie. Als allererstes habe ich mich sehr, sehr darüber gefreut, vor allem für die Menschen der DDR.

Haben Sie damit gerechnet?

Soweit ich zurückdenken kann, erschien mir ein Fall der Mauer unter den damaligen politischen Gegebenheiten in der DDR nicht möglich. Auch als die Friedliche Revolution offen auf der Straße stattfand, war es mir noch nicht so klar.

War Ihnen sofort klar, dass dies auf eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes hinführt?

Mir kam zumindest der Gedanke, dass dies nun möglich sein wird und habe es gehofft!

Was verbinden Sie persönlich

mit der Friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer?

So simpel es auch klingt, ich verbinde Frieden damit. Der Kalte Krieg war ja weniger als ein Waffenstillstand, einen Nicht-Frieden würde ich es nennen. Mir ist aber erst in den letzten Jahren nochmal bewusst geworden, dass es sich nicht nur auf den Fall der Mauer beschränkt, sondern der bedeutende Teil die Friedliche Revolution ausmacht.

Rückblickend betrachtet: Wurde alles richtig gemacht mit der Abwicklung der DDR?

Hinterher ist man schlauer. Ich denke, es war richtig, dass die DDR abgewickelt wurde und dies auch zeitnah. Menschen machen Fehler und davon gibt es auch einige in dieser Zeit nach 1989.

Gab es etwas, das aus Ihrer Sicht in der DDR besser war als in der Bundesrepublik?

Ganz klar: Die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Kinderbetreuung.

Sind wir heute ein vereinigtes Deutschland?

Es hapert noch hier und da, aber ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist seit 1989 verschwistert mit dem Landkreis Zwickau. Was macht diese Beziehung aus?

Wir haben damals angefangen, in dem wir voneinander gelernt haben. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft. Inzwischen sind wir wieder beim Lernen angekommen. Es ist eine befruchtende Beziehung. Wir unterstützen einander und tauschen uns auf fachlicher Ebene aus.

Seit 2009 hat der Landkreis nahezu jährlich verschiedene Ausstellungen und Themenabende zum Thema DDR initiiert und veranstaltet. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Die DDR und damit die Teilung Deutschlands ist ein bedeutender Teil unserer jüngsten Geschichte aus der wir viel lernen können und müssen. Die Menschen sollen sich mit dem Blick auf die Vergangenheit bewusst machen, was sie bzw. wir erreicht haben. Und bewusst machen, wie wir nicht miteinander umgehen sollen.

Dr. Christoph Scheurer

Landrat Landkreis Zwickau

Wo waren Sie, als Sie die Nachricht vom Fall der Mauer erhielten? Was haben Sie als Erstes getan?

Erfahren habe ich von der Öffnung der Kontrollstellen in der Berliner Mauer am späten Abend des 9. November 1989. Nachdem meine beiden kleinen Töchter im Bett waren, habe ich den Fernseher eingeschaltet und bin die nächsten Stunden davon erst einmal nicht wieder weggekommen.

Haben Sie damit gerechnet?

Mit Veränderungen in der DDR war zu rechnen. Dafür hatten wir gekämpft. Dass die Mauer durchlässig wird, damit war auch zu rechnen. Dass es so abrupt und so schnell geht, habe zumindest ich nicht für möglich gehalten.

War Ihnen sofort klar, dass dies auf eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes hinführt?

Ich glaube, dass das deutsche Volk eine Spaltung als „Volk“ emotional nie ganz akzeptiert hat. Die Spaltung der staatlichen Konstrukte war aber politische wie Lebensrealität. Dass es weniger als ein Jahr später wieder einen deutschen Staat geben wird, war an vielen Zeitpunkten dieses Jahres nicht selbstverständlich und musste mit sehr viel Elan und Detailverhandlungen erkämpft werden. Dies mag im November 1989 eine Hoffnung gewesen sein, eine Klarheit war es auf keinen Fall.

Was verbinden Sie persönlich

mit der Friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer?

Wer in der DDR Repressionen erlebt hat, und sei es die Beschränkung der Bildungs- und Berufsmöglichkeit, für den hat die Friedliche Revolution eine neue, wesentlich weitere und größere Welt geschaffen. Für mich ist nicht die Reisefreiheit der entscheidende Gewinn – ich habe immer gern und viel gearbeitet und komme auch heute nur selten zum Reisen. Aber die Möglichkeit, ungehindert an Informationen zu kommen, die Möglichkeit, ungehindert Meinung zu bilden, zu äußern und dafür zu streiten, das möchte ich nicht mehr missen.

Rückblickend betrachtet: Wurde alles richtig gemacht mit der Abwicklung der DDR?

Die Erwartung und die Einschätzung der beiden Seiten zum Zustand, zur Wettbewerbsfähigkeit und Werthaltigkeit der Betriebe in der DDR war zu unterschiedlich, als dass man die Erwartungen über „richtig“ oder „gerecht“ hätte erfüllen können. Für mich ist auch nicht die Frage, ob alles richtig gemacht worden ist, sondern ob es hätte wirklich anders gemacht werden können. Dies glaube ich eher nicht.

Gab es etwas, das aus Ihrer Sicht in der DDR besser war als in der Bundesrepublik?

Es gab einiges, was in der DDR gut war, sich unter den geänderten Verhältnissen der Bundesrepublik aber nicht umsetzen ließ. Es gibt auch einiges, was gut war und – teilweise mit Umwegen – jetzt Allgemeingut geworden ist. Einzelne, erweiterungsfähige Stichworte:

Jörg Lippmann

Geschichtslehrer
am Gymnasium Michelstadt

Was verbinden Sie persönlich mit dem 3.10.1990?

Für mich ist das Datum durchaus wichtig, denn es besiegelte einen positiven Prozess des äußeren Zusammenwachsens Deutschlands. Dabei ist besonders die aktive und gewaltlose (!) Rolle des Volkes hervorzuheben, die u.U. einzigartig in der Welt war. Aufgrund dieser Betonung hätte ich nichts gegen einen Feiertag am 9.11., allerdings steht dieser Tag ja auch für dunkle Kapitel in der Geschichte Deutschlands.

Ich persönlich feierte in Darmstadt – beim Glockengeläut um 12 Uhr umarmten wir uns. Danach gab es Feuerwerk und ein riesiges Volksfest. Noch beeindruckender war allerdings für mich die Fahrt nach Berlin vier Wochen nach dem Mauerfall, als ich mich als Mauerspecht am Potsdamer Platz betätigte...

Welche Rolle spielte die DDR im Schulunterricht vor 1989?

In meiner Schulzeit beschäftigten wir uns SEHR aktiv mit dem Thema, hatten sogar ein unvergessenes politisches Seminar an der Zonengrenze in Altenburschla mit Tagesfahrt in die DDR. Dies alles geschah allerdings im PoWi-Unterricht und nicht in Geschichte.

Seit wann ist die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung Thema im Lehrplan?

Als ich mein Referendariat 1998 begann war das Thema schon selbstverständlich Bestandteil des Geschichtsunterrichtes.

Welche Bedeutung messen Sie dem Thema bei?

Das Thema DDR ist für mich persönlich ein äußerst wichtiger Teil meines Unterrichtes in den Klassen 9 und Q3, den ich sehr gerne unterrichte. Die Schüler interessieren sich sehr dafür!

Was denken Sie über das Zusammenwachsen von Ost und West – wie vereinigt sind wir?

Ich bin kein Politiker, die wirtschaftliche Lage müssen andere beurteilen. Ich sehe aber, dass Schüler überhaupt nicht mehr realisieren bzw. differieren, ob ein Lehrer oder Mitschüler aus Leipzig oder aus Darmstadt kommt. In den Köpfen der jungen Menschen existiert im Westen zumindest schon lange nur noch ein Deutschland. Mir selbst geht es im Großen und Ganzen auch so. Verbesserungen sind sicher noch zu tätigen. Der Vereinigungsprozess ist unumkehrbar und das ist wunderbar.

>> Fortsetzung von S. 93, Dr. Scheurer:

- Der grüne Pfeil für Rechtsabbieger
- gesundheitliche Betreuung von jungen Familien durch Fürsorgerinnen (jetzt Aufsuchende Familienhilfe)
- ein zahlenmäßig ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen (damit ist ausdrücklich nicht jede Form der frühkindlichen Erziehung in der DDR gut geheißen)
- wer in der DDR Christ war, war es, weil er an Jesus Christus glaubte, nicht weil es sich so gehörte

Sind wir heute ein vereinigtes Deutschland?

Ein vereinigtes Deutschland ja, aber mit Unterschieden, die innerhalb dieses Landes schon erheblich sind. Und da gibt es nicht nur die Unterschiede zwischen Ost und West, sondern auch zwischen multikultureller Großstadt und ländlicher Idylle, zwischen mondänem Kurort und Bergarbeiter geprägtem Ruhrpott, zwischen Zahlern und Empfängern im Länderfinanzausgleich.

Der Landkreis Zwickau unterhält seit 1989 eine Partnerschaft mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg. Worin bestand und besteht diese?

Eine solche Partnerschaft kann sich nur halten, wenn Menschen miteinander in Kontakt und in Partnerschaft kommen. Da gibt es naturgemäß ein Auf und Ab. Es gab immer wieder Kontakte und Besuche zwischen den Verwaltungen der beiden Landkreise, zwischen den politischen Vertretern aus den Kreistagen und die dazu gehörigen gegenseitigen Besuche und Erfahrungsaustausche. Es ist aber auch gelungen, Vereine und Gemeinden miteinander in Kontakt zu bringen und Austausch anzuregen.

Zu dieser Partnerschaft gehört es auch, die Möglichkeit einzuräumen, über den Partner, seine Sorgen, Nöte und Erfolge zu berichten und touristische Angebote zu befördern. Nach meiner Überzeugung wird ein Verständnis zwischen verschiedenen, räumlich doch weit getrennten Teilen unseres Vaterlandes nur gelingen, wenn Menschen in Kontakt kommen und sich austauschen können. An dieser Aufgabe sind wir gerade einmal wieder dran, um den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten.



Foto: privat

Tagebuch Luise, 2014, 75 Jahre alt

Dass ich meinen 75. Geburtstag einmal in einem Weinelokal in der Provence verbringen würde, hätte ich mir nie träumen lassen. Ulrich hat sich nach seiner Pensionierung mit dem Merci und dem Au revoir angefreundet – so gut, dass wir nun mindestens einmal im Jahr dieses entzückende Städtchen im Südosten Frankreichs besuchen.

Um eine große Familienfeier werde ich natürlich nicht herum kommen. Jan und seine Frau, die beide als Reiseleiter arbeiten, haben extra Urlaub genommen, und Heike hat schon einen Minibus gemietet, um sich und alle ihre Enkel nach Berlin zu schaffen. Auch wenn mein Mann oft versucht hat, mir andere Berliner Viertel schmackhaft zu machen, kann ich mein geliebtes Friedrichshain nicht verlassen. Alles, was wir seit der Wende getan hatten, war, in eine seniorenrechtliche Wohnung umzuziehen. Dass das Viertel immer lauter und jünger wird, stört mich nicht; ich unterhalte mich gerne mit den ansässigen Studenten, die über Kunst und Liebe philosophieren und besonders gerne über linke Politik. Viele von ihnen sind zu jung, um sich noch an ein geteiltes Deutschland zu erinnern. Das ist so ein wunderbarer Gedanke: eine Generation ganz ohne Weltkrieg oder Kalten Krieg! Ich frage mich manchmal, ob sie überhaupt etwas davon ahnten, wenn sie es nicht in Geschichtsbüchern lesen würden. Gibt es sie, die berühmt-berüchtigte Mauer in den Köpfen? Ein Stacheldrahtzaun von Vorurteilen, der bewusst oder unbewusst an jede neue Generation weitergegeben wird? Heike und ich jedenfalls hatten kräftig gemauert. Kein Vorurteil, dass wir beide uns während unserer langen Brieffreundschaft nicht an den Kopf geworfen hätten.

Für den Kellner im Weinelokal waren wir heute Abend „les Allemands“, für die Familie im Ferienhaus nebenan sind wir „die Ossis“. Beide Begriffe stecken uns in Schubladen; eine Angewohnheit, die man den Menschen wohl schlecht abgewöhnen kann. Am Ende kann ich bloß hoffen, dass die Schubladen ab und zu mal weit aufgezogen werden, damit frische Luft reinkommt.

»Au revoir!«, hat uns der Kellner vorhin überschwänglich verabschiedet. Und als Antwort ist mir doch tatsächlich »Spasiba« von den Lippen gerutscht...!

Nachwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die abschließende Arbeit und Zusammenstellung der Texte für diese Broschüre war für mich nochmals ein emotionaler Ritt durch die Vergangenheit. Bei einigen Artikeln habe ich mich selbst hinterfragt, in meinem Gehirn geforscht, wie es denn in meiner Erinnerung gewesen ist. Fakt ist: Alle haben es aus ihrer persönlichen Sicht erlebt, jeder kann anders über die Zeit in der DDR und des Umbruchs berichten. Besonders spannend finde ich es, wenn wir „was wäre, wenn...“ spielen. Dann hätte ich als Pfarrerskind kein Abitur machen können, würde nicht hier beim Landkreis arbeiten, hätte meinen Mann nicht kennen gelernt, hätte nicht so viel von der Welt gesehen, würde kein Sushi essen ... usw. Es gibt unzählige tolle Erlebnisse, aber auch neue Erfahrungen, die ich machen konnte und musste. Inzwischen bin ich länger Bundes- als DDR-Bürgerin. Aber etwas Ostalgie schlummert trotzdem noch in mir. Denn nicht alles war schlecht. Insbesondere nicht aus Sicht eines Kindes in der DDR.

Alles in allem hat die Friedliche Revolution und die deutsche Wiedervereinigung den Menschen aus mir gemacht, der ich heute bin: Eine Gesamtdeutsche, mit ein klein wenig sozialistischem Migrationshintergrund.

Wir hoffen, unsere Lektüre hat euch gefallen und euer Interesse an weiteren Details geweckt. Die Kinder- und Jugendförderung und ich helfen gern dabei weiter.

Und hier noch ein Tipp: Wer lieber online surft, statt durchs Museum zu gehen, dem empfehle ich das Lebendige Museum Online (LeMO). Es bildet den Gang durch die deutsche Geschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart ab. Das Angebot verknüpft museale Objekte sowie Film- und Tondokumente mit informativen Texten und vermittelt so ein umfassendes Bild von Geschichte. Es macht Spaß, darin zu lesen, sich zu erinnern und neues Wissen aufzunehmen. Schaut doch dort mal vorbei: www.hdg.de/lemo

Herzliche Grüße

Felicia Ax

Persönliche Referentin des Landrats

Medienkiste

Trotz der Wiedervereinigung besteht der Alltag vieler Menschen hin und wieder noch aus zwei Gesellschaften: den Ost- und Westdeutschen. Weshalb das so ist und wie es früher in der kleinen Welt östlich der Mauer war, veranschaulicht eine Medienkiste, die bei der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises ausgeliehen werden kann.

Die Bücher- und Medienkiste „**Begegnung fördern – Geschichte verstehen**“ informiert über das Deutschland nach dem Bau der Mauer von 1961 bis 1989 sowie über die Zeit der Wiedervereinigung.

In der Medienkiste gibt es eine große Auswahl an Filmen, CDs, Büchern und Alltagsmaterialien, wie zum Beispiel die Stofftiere „**PittiPlatsch**“ oder „**Moppi**“ aus „**Das Sandmännchen**“, das Buch „**Das DDR-Sammelsurium**“ und der Film „**Die Chroniken der Wende**“. Einen musikalischen Einblick liefern „**Die Hits der DDR**“. Die Materialien zeigen wie der Alltag der Menschen damals war, wie die Politik den Staat und das Leben der Menschen geprägt hat und informiert über die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme von BRD und DDR. Unterschiede zu Schulsystemen, Freizeit und Sport, soziales Leben, Kultur, Mode und Musik werden durch die verschiedenen Medien sichtbar.

Vergleiche, lebhafte und aussagekräftige Bilder und Filme helfen, ein Bild von der Zeit während der Teilung Deutschlands zu bekommen. Die Medienkiste regt Jugendliche zu Diskussionen über die neuzeitliche Geschichte an.

Kontakt für die Medienkiste: Daniela Wasgien | 06151 / 881-1464 | www.ladadi.de

Doswidanja Luise

Puh...was für eine Tour! Ich hoffe, das Lesen hat dir nicht so viel Mühe gemacht wie mir das Schreiben. Kein Wunder, dass meine Haare in den letzten Jahren so grau geworden sind. Wie viel hier in diesem Heft hier steckt! Ich könnte fast sagen: Zweimal Deutschland hat zweimal so viel Geschichte geschrieben. Und davon hat es nur ein Bruchteil auf diese Seiten geschafft. Es kommt nicht darauf an, was und wie viel du gelesen hast – die Vergangenheit rennt ja nicht weg. Das ist ihre besondere Eigenschaft, die uns sowohl erschrecken als auch ermutigen kann. Jetzt ist es an dir zu entscheiden, was die Geschichte der deutschen Teilung für dich bedeutet. Welches Bild kommt dir als Erstes in den Sinn? Der Grenzverlauf auf einer Landkarte? Ein Stück der Berliner Mauer, mit Graffiti besprüht? Ich verrate dir, wie mein Bild von der deutsch-deutschen Vergangenheit aussieht: Es ist ein kleiner, abgewetzter Plüschhund, der 47 Jahre brauchte, um zu mir zurückzukehren. Damit verabschiede ich mich und sage ein letztes Mal Doswidanja & Au revoir!